BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Oktober 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage: Die große Ernüchterung S. 887
- Dr. Hermann Rauschning: Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (II) S. 895
- Dr. Rudolf Hilf: Weder Wiedervereinigung noch Sicherheit S. 905
- Klaus Ehrler, M. A.: Das Berlin-Problem vor seiner Lösung S. 917
- Hans-Moritz von Frankenberg und Proschlitz: Entweder Rüstung oder Fortschritt S. 927
- Prof. Dr. Manfred von Ardenne: Niemals ein dritter Weltkrieg! S. 937
- Prof. Dr. Erich Fromm (Mexico): Das neue kommunistische Programm S. 942
- Werner Lody: „Lieber tot als rot"? S. 946
- Heinz Abosch: Hans Zehrer oder die ewige Wiederkehr S. 953
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 960
- Buchbesprechungen S. 969
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 974

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 10

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Zum Problem der Strafrechtsreform

Dr. Achim v. Borries:
Kuba — Beispiel und Herausforderung (II)

Dr. Hildegard Forres:
Nonkonformismus in Großbritannien

Dr. Horst Lademacher:
Rapallo

Gerd Lauschke:
Großbritannien und die EWG

Julius Silverman, M. P.:
Großbritanniens Wirtschaftskrise

Peter Hartmut Wittke:
Liberalismus, Kommunismus und wir

In den letzten Heften u. a.:

Dr. Hermann Rauschning:
Im Schatten des Nationalsozialismus (4 und 7/61)

Earl Bertrand Russell:
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten? (5/61)

Prof. Dr. Erich Kahler:
Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede (7/61)

Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl:
Gedanken zum 20. Juli (8/61)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Dr. Horst Lademacher:
Der Friede von Brest-Litowsk (9/61)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: HHde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pohl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | **Oktober 1961** | **Heft 10**

Die Lage:

Die große Ernüchterung

Nach Tische ...

Vor einem Monat ist in diesen „Blättern" auf die Fragwürdigkeit des bundesdeutschen Wahlkampfes 1961, auf das Mißverhältnis zwischen den vordringlichsten nationalpolitischen Problemen und der Argumentation der großen Parteien in den Wochen vor der Wahl hingewiesen worden. Nur allzuschnell sollte diese Beurteilung unmittelbar nach dem 17. September eine Bestätigung erfahren. Vor Monatsfrist wurde an dieser Stelle davon gesprochen, es sei dieser Wahlkampf unter falscher Flagge geführt worden. Schon am 18. September konnte man in einem Leitartikel der „Welt", aus der Feder des Bonner Korrespondenten dieser Zeitung, Herrn Schröder, lesen: „Die Stimmen sind gezählt, die Wahlkämpfer rüsten ab, nun muß offen und deutlich von den schweren Entscheidungen gesprochen werden, vor denen wir stehen ... Während des Wahlkampfes haben die Besucher der Versammlungen davon wenig verspüren können." Deutlicher läßt sich kaum sagen, in welchem Maße die Wähler von den großen Parteien vor dem 17. September getäuscht worden sind! Aber nicht nur von diesen, sondern auch von jenen großen westdeutschen Zeitungen, die heute auf einmal von den „schweren Entscheidungen" und von dem, „was auf uns zukommt" reden — als sei das nach allem früheren die selbstverständlichste Sache der Welt!

Unmittelbar nach dem 17. September — dessen Ergebnis auf dem Hintergrund solch fragwürdiger Täuschung des Wählers gesehen werden muß — hat schlagartig die große Ernüchterung und Desillusionierung begonnen, die die bisherige westdeutsche Außenpolitik abschließt. Die Bundesrepublik steht bereits am Grabe von Hoffnungen, Erwartungen und Wunschträumen, die sich heute auch allen denjenigen als Illusion und Fiktion erweisen, die diesbezügliche Warnungen bis vor kurzem noch glaubten in den Wind schlagen oder gar als „feindliche Propaganda" denunzieren zu dürfen. Der Schleier ist zerrissen, die Bundesrepublik unmißverständlich den weltpolitischen Realitäten konfrontiert, denen sie bis heute glaubte ausweichen zu können. Schon der 13. August hatte diesem illusionistischen Bewußtsein breiter Kreise in der Bundesrepublik einen schweren Schlag versetzt. Es folgte Anfang September die Belgrader Konferenz der nichtgebundenen Staaten, die ebenfalls manche Bonner Illusionen zerstörte. Zu alledem ist nun aber seit dem 17. September noch eine unmißverständliche Offen-

herzigkeit Washingtons hinsichtlich seiner Kompromißbereitschaft in der Deutschland-Frage getreten. Die „Wahl-Schonzeit", von der Richard Thilenius in der Süddeutschen Zeitung vom 30. 9. sprach, ist ein für allemal vorbei. Die Meldungen über eine Verhandlungsbereitschaft des Westens, über einzelne Vorschläge zu einer Regelung des Deutschland- und Berlin-Problems mehren sich seither von Tag zu Tag. Offensichtlich bedient sich die amerikanische Regierung zunächst einzelner angesehener Persönlichkeiten — wie des Sonderbotschafters des Präsidenten in Berlin, General Clay, der Senatoren Fulbright, Mansfield, Humphrey etc. — um die deutsche Öffentlichkeit nun deutlich über ihren Willen zu konstruktiven Verhandlungen über Berlin und das Deutschland-Problem aufzuklären, sie gleichzeitig auf Entscheidungen vorzubereiten, die für die Deutschen von besonderer Bedeutung sind. All dies unmittelbar nach jenen Wahlen, durch die die bundesdeutsche Regierung bestellt werden sollte, die für jene schwerwiegenden Entscheidungen mitverantwortlich sein wird. Und doch war von all diesen unaufschiebbar gewordenen Problemen im deutschen Wahlkampf entweder überhaupt nicht oder nur im Rahmen eben der politischen Vorstellungen die Rede, die heute endgültig zu Grabe getragen werden müssen.

Verantwortlichkeiten

Ein großer Teil der westdeutschen Öffentlichkeit ist schockiert durch diese unverkennbare Bereitschaft Washingtons, mit der Sowjetunion über ein Arrangement in der Deutschland-Frage zu verhandeln. Es zeigt sich jetzt von Tag zu Tag deutlicher, welch' verheerende Folgen die seit langem völlig unrealistische Politik der Bundesregierung haben mußte. War es schon problematisch genug, daß Bonn überhaupt eine Politik der Stärke, gestützt auf die NATO und mit deutlich anti-sowjetischen Vorzeichen, begonnen hatte, weit schlimmer noch war es, daß die Bundesregierung diese Politik auch dann noch um jeden Preis fortsetzte, ja forcierte, als deren ganze Fragwürdigkeit, schließlich ihr Fiasko sich bereits abzeichneten. Die Regierung Adenauer entschied sich, statt rechtzeitig ihre Politik zu modifizieren, dazu, den einmal eingeschlagenen Weg bis zum bitteren Ende zu gehen. Und dies bittere Ende ist heute da. Daß Bonn eine evolutionäre Umorientierung versäumt und alle Alternativen zu seiner extremistischen Politik grundsätzlich verworfen hat, kommt der Bundesrepublik heute teuer zu stehen. Denn es ist nicht gleichgültig, daß die unvermeidliche Wendung erst jetzt unter massivstem Druck von außen, und zwar einem Druck nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Westen, kommt: Das bedeutet, daß sie unter weit ungünstigeren außenpolitischen Bedingungen als je vorher kommt. Bonn hat sich weltpolitisch immer mehr exponiert — und damit isoliert.

Es haben sich der Bundesregierung in den letzten Jahren eine Unzahl von Möglichkeiten geboten, ohne allzu großen Prestigeverlust und durchaus in Übereinstimmung mit den westlichen Verbündeten auf eine gemäßigtere, konstruktivere außenpolitische Linie einzuschwenken. Aber es hat nicht nur die Bundesregierung bis jetzt ein jedes solches Einschwenken abgelehnt und stattdessen wider besseres Wissen aus propagandistischen Gründen immer noch von „Erfolgen" gesprochen — nicht minder folgenschwer war auch die Haltung fast aller großen westdeutschen Zeitungen, die bis heute der Bundesregierung assistiert und das deutsche Volk damit über das Scheitern der Bonner Politik hinweggetäuscht haben. Das bedeutet, daß Regierung und Presse (von Ausnahmen abgesehen) verantwortlich sind für die Schockwirkung, die von den heutigen freimütigen Erklärungen westlicher Kreise ausgeht. Regierung und Presse haben es versäumt, die Bevölkerung der Bundesrepublik langsam und vorsichtig, aber

doch beharrlich und unmißverständlich auf das Notwendige und Unumgängliche vorzubereiten. Insbesondere gilt das hinsichtlich des Problems der Wiedervereinigung und des Berlin-Problems. Sogar in der Zeit zwischen Ende 1958, dem Augenblick von Chrustschows erster nachdrücklicher Berlin-Erklärung, hat man es für richtig gehalten, die Diskussion konstruktiver westlicher Gegenvorschläge soweit wie möglich zu ersticken, als vertraue man, höchst fahrlässig, darauf, man werde schon „irgendwie über die Runden kommen". Aber gerade das konnte unter den gegebenen Umständen nicht der Fall sein.

Ein Teil der bundesdeutschen Presse und auch einige Repräsentanten der großen Parteien versuchen nun auf einmal sehr unvermittelt die Bevölkerung auf gewisse Konzessionen des Westens vorzubereiten, indem sie darauf hinweisen, wir hätten jetzt die Zeche für den verlorenen Hitler-Krieg zu bezahlen. Auch aus verschiedenen westlichen Quellen verlautet, den Deutschen werde nun unvermeidlich noch einmal eine Rechnung für diesen Krieg vorgelegt. So notwendig es ist, immer wieder an jene Jahre des Dritten Reiches zu erinnern, die zumal in der Bundesrepublik vor allem auf Grund der Wirtschaftswunder-Euphorie allzu schnell in Vergessenheit geraten sind, — mit einem solchen Hinweis allein ist es in diesem Zusammenhang nicht getan. Und zweifellos dient diese Argumentation denn auch gewissen Leuten heute als Mittel der Verschleierung ihrer eigenen Verantwortung für die Tatsache gewordene Spaltung Deutschlands, der nun auch noch die Spaltung Berlins gefolgt ist. Wir haben heute nicht allein die Rechnung für den Krieg Hitlers, sondern auch für die Stärke-Politik der Adenauer und Strauß zu bezahlen. Gerade daß die vorläufig unabänderliche Teilung Deutschlands und Berlins ein letzter, bitterer Preis für den Hitler-Krieg geworden ist, gerade daß wir diesen Preis bezahlen müssen, daran hat jene vermessene Bonner Politik der Stärke entscheidenden Anteil, die uns allzulange wähnen ließ, wir kämen um einen Preis überhaupt herum ... Man wird im Interesse der Nation auf diese Verantwortlichkeiten in Zukunft mit allem Nachdruck hinweisen müssen, besteht doch Anlaß zu der Annahme, daß die seit 1949 für die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik Verantwortlichen diese Zusammenhänge zu verschleiern beabsichtigen, um das Debakel ihrer Politik, ein Debakel auf Kosten Deutschlands, zu verdecken.

Verhandlungen — nicht Kapitulation

So notwendig es ist, gerade jetzt noch einmal die politische Entwicklung seit 1949 zu rekonstruieren und die erwähnten Verantwortlichkeiten deutlich zu machen, so notwendig ist es auch, mit aller Nüchternheit die Proportionen der heutigen Probleme zu erkennen. Dies um so mehr, als eine höchst bedenkliche westdeutsche Publizistik, von der später noch zu sprechen sein wird, sich bereits anschickt, diese Proportionen in propagandistischer Weise zu verzerren und die Lage in einem falschen Sinne zu dramatisieren.

Die französische Zeitung Le Monde schrieb am 23. 9. 61: „Die kommenden Monate, daran zweifelt niemand mehr in Bonn, werden den Zusammenbruch aller bisher peinlichst gehüteten Illusionen über die Oder-Neiße-Linie, die Wiedervereinigung und den Status der DDR bringen — gar nicht zu reden von dem hinkenden Kompromiß, der sich für Berlin ankündigt." Zweifellos bedeutet diese Desillusionierung einen schweren Schlag für das Prestige der großen Parteien in der Bundesrepublik, die alle zu jenen Illusionen bis heute sich bekannt haben. Bei alledem geht es aber, das muß hier ganz entschieden gesagt werden, nicht um irgendeine „Kapitulation" des Westens vor der Sowjetunion in der Deutschlandfrage. Es heißt die unvermeidlich gewordene Modifizierung der bisherigen

westlichen Deutschland-Politik in höchst gefährlicher Weise dramatisieren, wenn man sie in eine solche „Kapitulation" umfälscht. Washington hat offensichtlich erkannt, daß es im Interesse des Friedens und der Entspannung in der Deutschland-Frage gewisse Konzessionen machen muß. Doch bedeutet das nicht, daß die USA bereit oder gewillt seien, Westberlin oder gar die Bundesrepublik preiszugeben. Schon aus Prestigegründen, von den machtpolitischen ganz zu schweigen, sind sie dazu gar nicht in der Lage. Aber man weiß heute in Washington weit deutlicher als bisher zu unterscheiden zwischen der unabdingbaren Aufrechterhaltung gewisser Positionen und Grundsätze und der Verhandlungsbereitschaft in einzelnen Fragen. Präsident K e n n e d y hat in seiner großen Rede vor den Vereinten Nationen diese Unterscheidung gemacht, und Senator Humphrey hat in demselben Sinne erklärt: „Weder der Präsident noch irgendein verantwortliches Mitglied der Regierung hat die Absicht, zu irgendetwas seine Zustimmung zu geben, das die Sicherheit der Nation beeinträchtigen könnte. Es wäre jedoch unverantwortlich, in Fragen hart zu bleiben, die nicht unsere lebenswichtigen Interessen berühren, wenn eine Konzession in einer dieser Fragen konstruktive Verhandlungen vorantreiben könnte." Der Senator sprach von dem Willen, zu geben und zu nehmen, der auf beiden Seiten notwendig sei. Es sei „verderblich und töricht, derartige Verhandlungen als Beschwichtigung oder Schwäche zu bezeichnen." (Nürnberger Nachrichten vom 25. 9. 61.)

Die USA sind bereit, sich mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo zu arrangieren, weil nur ein solches, soweit wie möglich vertraglich fixiertes Arrangement eine Milderung der für alle Nationen lebensgefährlichen weltpolitischen Spannungen herbeiführen kann.

Das bedeutet einerseits eine de-facto-Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und andererseits das Bestehen auf der Selbständigkeit West-Berlins. Offensichtlich denkt man heute in Washington daran, auch eine Einschaltung der Organe der DDR in die Kontrolle des Berlin-Verkehrs zu akzeptieren, falls damit dieser Verkehr selbst gesichert werden kann. Man wird sich wohl auch in den USA kaum noch Illusionen darüber machen, daß West-Berlin seine ihm durch falsche Freunde aufoktroyierte Rolle als „Frontstadt", als „Pfahl im Fleische der DDR" etc. ausgespielt hat. Sehr offen wird des weiteren von der Bereitschaft des Westens gesprochen, über eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verhandeln. Schließlich ist offensichtlich zum erstenmal ernsthaft von den Möglichkeiten eines Disengagements in Mitteleuropa die Rede; es sei in diesem Zusammenhang besonders auf die bemerkenswerte Sinneswandlung des belgischen Außenministers S p a a k hingewiesen, der Mitte September Chrustschow einen Besuch abgestattet hat und sich nach seiner Rückkehr durchaus befriedigt über seine Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten äußerte. Wie denn Chrustschow nicht müde wird, dem Westen durch einzelne angesehene Persönlichkeiten, mit denen er eingehend spricht, wie L i p p m a n n , S p a a k , R e y n a u d , S u l z b e r g e r etc., zu verstehen zu geben, daß er jetzt auf ein Deutschland-Übereinkommen drängt und gewisse Mindestforderungen stellt, daß er aber einen Kompromiß durchaus für möglich hält und nicht daran denkt, den Westen zu einer Kapitulation auf ganzer Linie zu zwingen. Ein derartiges Ansinnen müßte, das weiß vermutlich auch Chrustschow, die Westmächte zum entschiedenen Widerstand zwingen und könnte damit womöglich den Krieg provozieren. Besonders bedeutsam erscheint die Äußerung des Präsidenten Kennedy über die Probleme der atomaren Bewaffnung (in seiner Rede vor den UN, vgl. Dokumentation), deutet sich hier doch der Verzicht auf eine atomare Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr an.

Diese Verhandlungsbereitschaft entspringt nicht einer Laune und nicht der Willkür, sondern sie beruht auf der Erkenntnis der weltpolitischen Gegebenheiten und Gefahren. Überraschen und schockieren kann sie in der Bundesrepublik nur denjenigen, der sich bis heute an die Illusionen und Fiktionen der Bonner Politik geklammert hat. Diese Politik freilich ist endgültig zusammengebrochen. Der Zusammenbruch war seit langem abzusehen und ist in diesen Blättern mit allen seinen Konsequenzen oft genug vorausgesagt worden. Die Bilanz der zwölf Jahre Adenauer'scher Außenpolitik ist bitter genug. Aber es wäre verhängnisvoll, wollte man sich heute durch die unvermeidliche Ernüchterung und Desillusionierung in eine Katastrophenstimmung treiben lassen, die zu unbedachten, rein affektiven, womöglich selbstmörderischen Reaktionen führen kann.

„Verraten und verkauft"

Es muß deutlich gesagt werden, daß die Bundesrepublik durch die jetzt sich abzeichnende Neuorientierung der amerikanischen Deutschland-Politik nichts zu verlieren hat als jene Illusionen, die von Einsichtigen seit langem schon als solche erkannt worden waren. Es wird uns nichts genommen als lang gehegte Wunschvorstellungen. Wir werden um eine realistischere Einschätzung der Gegebenheiten nicht mehr länger herumkommen, aber sie ist auch der einzige Weg zu einer neuen deutschen Politik, die die Fehler der bisherigen vermeidet. Recht verstanden, kann die Desillusionierung durchaus heilsam und fruchtbar sein.

Die unzweideutigen Eröffnungen maßgeblicher Amerikaner — denen die Äußerungen einer ständig wachsenden Zahl von politischen Vereinigungen, Zeitungen und Einzelpersönlichkeiten in den anderen NATO-Staaten entsprechen — haben bereits eine Reihe von westdeutschen Zeitungen zu der oben erwähnten unverantwortlichen Dramatisierung der Lage veranlaßt. Es zeichnet sich bereits jetzt die Tendenz gewisser Kreise ab, eine neue Dolchstoß-Legende zu schaffen und eine Art „nationale Opposition" aufzubauen! Diese Äußerungen lassen auf einen bedenklichen Geisteszustand schließen. Alte deutsche Ressentiments werden wieder lebendig. Die Balken-Überschrift des weitverbreiteten Massenblattes BILD „Wird Deutschland jetzt verkauft?" hat im Westen begreiflicherweise peinliches Aufsehen erregt. Dergleichen kann die Position der Bundesrepublik im Westen nur weiter schwächen, ganz im Gegensatz zu der Auffassung derer, die für ein solches Sich-Stark-Machen verantwortlich sind. Bemerkenswert ist es, daß man eine solche Tonart heute sogar schon in dem nationalistischer Aufwallungen bisher eher unverdächtigen „Rheinischen Merkur" findet. In einem Aufsatz von Dr. Otto B. Roegele (Rheinischer Merkur vom 29. 9.) wird gegen den Plan einer Kanzlerschaft Adenauers auf Zeit polemisiert. Er sei nicht zuletzt „eine Aufforderung an Freund und Feind, den ‚Kanzler auf Zeit' nach Kräften zu prügeln und ihm alle Konzessionen, Verzichte und Lasten aufzuladen, die von der weltweiten Liga der Deutschland-Gegner, angefangen bei Chrustschow bis zu den britischen Wirtschaftsneidern (!!) und den linksverdrehten Intellektuellen in Amerika (!) und anderswo in unerschöpflicher Fülle bereit gehalten werden." Man darf gespannt sein, wann zum erstenmal wieder, wenn auch opportunitätshalber zunächst noch verschämt, von dem „jüdischen Einfluß" bei alledem die Rede ist ... Der Jargon jedenfalls kommt uns nur allzu bekannt vor. Einmal mehr wird die Legende von der anti-deutschen „Weltverschwörung" aufgezäumt. Der Düsseldorfer „Mittag" bezeichnete am 26. 9. die amerikanischen Hinweise, die Deutschen müßten sich 16 Jahre nach Kriegsende an den Gedanken gewöhnen, daß sie den Krieg verloren haben und dafür mit einer Aufteilung des Reiches in die Bundesrepublik, die DDR und West-Berlin zu zahlen haben, als „töricht". Das Blatt droht dem Westen mit „innerpolitischen Rückwirkungen" und spricht von einer

„nationalen Opposition". Die „Deutsche Zeitung" schließlich stimmte ebenfalls am 26. 9. in diesen Chorus der neo-nationalistischen Nein-Sager ein: „Es ist schwer vorstellbar, daß eine deutsche Regierung sich zu derartigen Opfern bereit finden könnte. Sie würden nicht nur bedeuten, daß die bisherige deutsche Außenpolitik in allen wesentlichen Punkten gescheitert ist, sie würden das Vertrauen des deutschen Volkes zu den Alliierten erschüttern und vermutlich im Innern stärkste Umwandlungen auslösen. Vor allem ist der Gedanke, die Bundeswehr von modernen Waffen auszuschließen, politisch indiskutabel, weil er die Bundesrepublik auf den Status eines Satelliten verweist." Hier deutet sich, in einem der Bundesregierung nahestehenden Blatt, eine besonders gefährliche Tendenz an: weil ein realistischer Kompromiß das Eingeständnis des Zusammenbruches der bisherigen Bonner Politik bedeuten würde, soll dieser Kompromiß um jeden Preis verhindert werden. Das Schicksal des deutschen Volkes wird damit dem Prestige des Regimes Adenauer untergeordnet. Aufschlußreich ist aber auch, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, diese schwerste politische Hypothek der Bundesrepublik, hier abermals als unverzichtbar, als vermeintlicher politischer Trumpf hingestellt wird, obgleich sich längst der Bumerang-Charakter dieser Waffen erwiesen hat. Die „Deutsche Zeitung" scheute sich auch nicht, am 2. Oktober den amerikanischen Senator Fulbright, den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, wegen seiner konstruktiven Vorschläge zu einer Regelung des Deutschland-Problems als „genialen Wirrkopf" der amerikanischen Außenpolitik zu bezeichnen. Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen wandte sich am 26. September gegen „Aufweichungstendenzen" der deutschen Öffentlichkeit in mittel- und ostdeutschen Fragen. Gewisse westliche und auch innenpolitische ‚Preisgabetendenzen' seien eine Herausforderung der Vertriebenen, gegen die der Bund der Vertriebenen seine Reserven mobilisieren werde (Stuttg. Ztg. 27. 9.).

Es wäre ein Leichtes, diesen Zitaten andere entsprechende anzufügen. Wir müssen uns das hier aus naheliegenden Gründen versagen.

Schon jetzt aber muß gewarnt werden vor den innen- und außenpolitischen Folgen einer solchen bedenkenlosen Agitation. Es geht nicht an, daß die Deutschen heute die Westmächte anklagen, sie würden ihren Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber untreu. Vor Jahren schon ist von nüchternen Kritikern der Bonner NATO-Politik darauf hingewiesen worden, daß diese Politik niemals zu einer Wiedervereinigung Deutschlands führen könne, sondern die Spaltung Deutschlands immer mehr vertiefen müsse, und zwar ganz unabhängig davon, ob dergleichen beabsichtigt sei oder nicht. Die Westmächte haben i h r e Politik gemacht und für eine solche konnte die Wiedervereinigung Deutschlands stets nur ein sekundäres Problem sein. Auch war frühzeitig zu erkennen, daß gewissen Kreise im Westen die Verhärtung der Zweiteilung Deutschlands durchaus nicht unsympathisch war, auch wenn sie selbst die Fiktion aufrechterhielten, der Westen wünsche die Wiedervereinigung. Es wäre Sache der w e s t d e u t s c h e n Regierung gewesen, diese Z u s a m m e n h ä n g e rechtzeitig zu erkennen und die Tragweite der NATO-Bindung richtig abzuschätzen. Entweder ist eine solche Abschätzung unterblieben und Bonn hat sich einer erschreckenden außenpolitischen Fehlkalkulation schuldig gemacht —, oder aber die Bundesregierung hat seit Jahren die Bevölkerung über ihre eigentlichen Absichten getäuscht und ihr nur vorgespiegelt, sie strebe die Wiedervereinigung an. Das Eine ist so schlimm wie das Andere. Anzuklagen sind heute nicht die Westmächte, sondern die für die westdeutsche Außenpolitik seit 1949 Verantwortlichen.

Indem die Bundesregierung bis heute gefährliche Illusionen und Fiktionen genährt hat, hat sie einem neuen deutschen Irredentismus den Weg bereitet, der

heute schon seine Stimme erhebt. Denn nun kommt der Umschlag längst unerfüllbar gewordener Hoffnungen in Bitterkeit und Trotz. Die Geister scheiden sich. Die einen sind bereit, endlich dem Unvermeidlichen realistisch Rechnung zu tragen. Und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine neue, weniger anspruchsvolle, aber auch weniger vermessene und darum konstruktivere deutsche Politik. Die anderen aber mobilisieren nun alle latent noch immer oder schon wieder vorhandenen nationalistischen Affekte. Nicht nur, daß diese Kreise die politische und moralische Selbstisolierung der Bundesrepublik sehr schnell weitertreiben — noch größer beinahe ist die Gefahr, daß sie, gewollt oder ungewollt, zu den Herolden eines nationalpolitischen Amoklaufes werden.

Die Verantwortung der neuen Regierung

Zweifellos wird der Druck der Westmächte auf Bonn, mittelbar und auch unmittelbar, noch weiter zunehmen. Es darf aber auch die Möglichkeit eines sich steigernden Druckes jener chauvinistisch-nationalistischen Kreise auf die neue Bundesregierung nicht unterschätzt werden. Wie immer diese Regierung aussehen mag, sie steht vor einer für die ganze Nation und nicht nur sie allein lebenswichtigen Entscheidung. Das deutsche Interesse ist heute nicht mit dem der irredentistischen Scharfmacher, sondern mit den der verständnisbereiten Kreise in West und Ost identisch. Die neue Bundesregierung steht vor der Wahl, entweder konsequent und entschlossen die bisherige Bonner Politik zu liquidieren und diese Neuorientierung auch gegen den Widerstand der Aufpeitscher durchzusetzen — oder aber ihren Parolen zu folgen, mit allen bedrohlichen außen- und innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Intransigenz gegenüber Ost und West. Über die innenpolitischen Aspekte dieser neuen Entwicklung wird in den nächsten Nummern dieser Blätter zu sprechen sein. Jenseits aller parteitaktischen Schachzüge ist die bevorstehende Bildung der neuen Bundesregierung in Bonn zunächst vor allem danach zu beurteilen, ob die neue Regierung endlich den Erfordernissen der Stunde Rechnung trägt oder trotzig-nihilistisch auf einer Fortsetzung der alten Politik um jeden Preis beharrt.

So hoffnungsvoll die sich abzeichnende amerikanische Kompromißbereitschaft stimmen mag, so wenig Anlaß zu übertriebenem Optimismus ist doch vorerst. Der Bundeskanzler hat noch am 13. September in einer Wahlrede in Köln erklärt, es komme jetzt nur darauf an, sich stark zu machen, weil die Stärke die einzige Sprache sei, die die Sowjetunion verstände: „Wenn deutsche Truppen . . . nicht dieselbe nukleare Bewaffnung wie ihre Gegner bekommen, werden sie wie die Schafe zur Schlachtbank geführt" (Basler Nachrichten vom 14. 9. 61). Der Bundesverteidigungsminister, dessen Stellung im politischen Kräftespiel in Bonn durch den Wahlausgang in demselben Maße stärker geworden ist, in dem die Adenauers an Stärke verloren hat, wandte sich Ende September abermals mit allem Nachdruck gegen ein Disengagement, wie es z. Zt. in den westlichen Hauptstädten ernsthaft diskutiert wird. Beunruhigend aber ist auch, daß der Berliner Bürgermeister Brandt sich ebenfalls, ungeachtet der jüngsten weltpolitischen Entwicklung, so stark macht, daß er sich damit selbst gewissermaßen den Rückweg zu realistischeren Positionen verbaut. Am 25. 9. meldete die FAZ aus Berlin: „Auch in Kreisen, die dem Berliner Bürgermeister Brandt nahestehen, wird die Bildung einer großen Koalition zwischen der CDU/CSU und SPD gefordert. Nur eine derartige Regierung könne, wie unsere Berliner Redaktion meldet, die auf Deutschland und Berlin zukommenden Probleme meistern, falls Washington von der Bundesregierung die de-facto-Anerkennung des Zonen-Regimes wünsche — die Anerkennung des ‚Ulbricht-KZ'. Die Bundesrepublik stelle heute eine Macht dar, wurde in diesen Kreisen bemerkt, die nicht ohne weiteres von der amerikani-

schen Politik übergangen werden könne. An Stelle einer zu großen Kompromißbereitschaft gegenüber dem sowjetischen Druck auf Berlin sei eine harte Haltung angebracht, die das Risiko eines Krieges wegen Berlin den Sowjets zuschieben müsse."

Bonn hat die Partie längst verloren, aber es hat sich immer noch nicht zu einer Neuorientierung entschlossen. Und es wird in den kommenden Monaten des beharrlichen Druckes der verantwortungsbewußten und besonnenen Kreise der Bundesrepublik auf die neue Regierung bedürfen, wenn es zu einer solchen kommen soll. Ohnehin ist es bedenklich genug, daß erst der Zwang der Umstände und das unmißverständliche Drängen Chrustschows und der Westmächte die Bundesrepublik auf den Weg der Vernunft bringen, anstatt daß die Bonner Regierung diesen Weg längst aus freien Stücken eingeschlagen hat. In diesem Falle wäre die deutsche Situation heute zweifellos günstiger. Es gilt heute gleichzeitig, jetzt schon prophylaktisch den emporschießenden, durch einen Teil der Presse hochgetriebenen nationalistischen Ressentiments mit dem Mut zur Unpopularität entgegenzutreten. Diese Propaganda denunziert schon a priori den notwendigen Kompromiß als „Verzicht und Verrat" und versucht damit die nächste Bundesregierung auf die Bahn eines nationalistischen Alleinganges zu zwingen, der nichts anderes sein kann als eine Flucht nach vorn, die in einer Katastrophe enden muß.

Diejenigen, die seit Jahr und Tag vor den Folgen der Bonner Politik gewarnt und unermüdlich eine Alternative gefordert und selbst vorgeschlagen haben, sehen ihre Konzeption heute bestätigt. Sie haben freilich dabei keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, zumal es ihnen bei den Bundestagswahlen noch nicht gelungen ist, eine wirklich ins Gewicht fallende Zahl von Stimmen zu gewinnen. Die Deutsche Friedens-Union als parteipolitische Sammlungsbewegung dieser Kreise ist nicht in den Bundestag eingezogen, obgleich sie als einzige bundesdeutsche Partei nach dem 17. September so wenig wie nach dem 13. August ihre Hefte hat revidieren brauchen. Es war von vornherein abzusehen, daß diese neue Partei mit ganz außerordentlichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen haben würde. Sie wurde von denselben Leuten vor dem 17. September systematisch verketzert, die unmittelbar nach dem 17. September auf einmal wie selbstverständlich von der Notwendigkeit deutscher Konzessionen etc. sprachen. Alle diese ungünstigen Umstände äußerer Art, insbesondere aber die jahrelange Täuschung der Bevölkerung durch die Bonner Propaganda, sind in Rechnung zu stellen, wenn man das Wahlergebnis beurteilen will. Gleichwohl wäre die DFU schlecht beraten, würde sie allein diese Faktoren bei ihrer „Manöver-Kritik" berücksichtigen. Es bleibt das Problem der inneren Struktur dieser neuen Partei, es bleiben schwerwiegende personelle Hypotheken und anderes noch. Gerade weil auch jetzt, nach den Wahlen, die Opposition in der Bundesrepublik vor überaus wichtigen Aufgaben steht und die Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit i h r e r politischen Arbeit besonders ins Gewicht fallen wird, gerade darum wird man von der DFU im Interesse dieser zukünftigen „konstruktiven Opposition" auch ein gut Teil Selbstkritik erwarten müssen. Weit mehr als am Ausgang der Bundestagswahl selbst wird am praktischen Ergebnis dieser Gewissenserforschung der DFU sich erweisen, ob diese Partei geeignet ist, Anwalt und Instrument einer neuen deutschen Politik zu sein.

(Abgeschlossen am 2. 10. 61)

Dr. Hermann Rauschning

Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (II)

Zugang zum Verständnis des turbulenten und zeitweise mysteriösen Agierens der USA in den letzten Monaten der akuten Berlin-Krise findet man nur, wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, daß die USA bisher im Stadium der Neubildung einer militärischen Konzeption und einer außenpolitischen Strategie waren und erst in der Auseinandersetzung mit der Berliner und der Kubanischen Krise im Begriff stehen, zu festen Linien beider, der militärischen wie politischen Strategie, zu gelangen. Es ist ein schwieriger und verworrener Prozeß gewesen, der nun zu einem Abschluß gekommen zu sein scheint. Die einzelnen Phasen dieses Klärungsvorganges können hier nicht verfolgt werden, obwohl sie höchst aufschlußreich sind und Einblicke in den schwierigen und zu Zeiten umständlichen Prozeß der politischen Willensbildung in der amerikanischen Demokratie gewähren, die den Bundesdeutschen eine Lektion dafür hätten sein können, daß es mit dem sich „auf Vordermann ausrichten" und den Kanzler-Präsidenten die Richtlinien der Politik ohne „advice and consent" festlegen lassen nicht getan ist, wenn eine große Nation sich im Kampf um Sein oder Nichtsein behaupten will. Es kann hier nur in wenigen Zügen das Resultat der schwierigen Abklärung wiedergegeben werden.

Um was es dabei zunächst ging, charakterisierte vor längerer Zeit der bekannte Kommentator James Reston, — und es wäre auch dies für einsichtige bundesdeutsche Politiker instruktiv, weil die politische Kalamität in ihrem Bereich noch viel ärger ist. Die amerikanische Politik sei „out of balance mit der tatsächlichen politischen Machtsituation". Sie bewegt sich in einer illusionären Wirklichkeit. Daher operiert sie mit Zusagen, „die wir nicht zu halten willens sind und die, wie unser besseres Urteil uns sagt, wir nicht halten sollten". Das erste Erfordernis des Klärungsprozesses war somit die Anpassung der Politik an die tatsächliche Lage; das setzte eine Überprüfung der bestimmenden Züge und bewegenden Kräfte der politischen Realität voraus. Was Wirklichkeit ist, ist nicht nur unter Theologen, Philosophen und Weltkindern eine Streitfrage, die nie zu einer alle befriedigenden Antwort führen wird; auch über das, was die politische Wirklichkeit in einer bestimmten konkreten Lage ist, kommt es unter Politikern zu keiner Übereinstimmung, weil — wie bekannt — jeder seine vorgefaßten Meinungen und Wünsche in sie hineininterpretiert, nach dem bekannten Wort, daß nicht sein kann, was nicht sein darf; das man dahin ergänzen kann, daß etwas ist, weil es sein soll. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn hinsichtlich der grundlegenden Vorbedingung einer neuen Politik noch keine volle Übereinstimmung in USA herrscht, was nicht wenig zu dem verwirrenden Lärm einander widersprechender Meinungen beiträgt.

Das zweite, was zu überwinden war, ist die Direktionslosigkeit der bisherigen amerikanischen Politik, die Neigung, sich von Fall zu Fall durch den Strom der Ereignisse tragen zu lassen, zu improvisieren, to muddle through, wie die Engländer sagen, ohne deren eingeborenen und durch lange Erfahrung entwickelten Instinkt für das jeweils Angemessene zu besitzen, der die englische Politik, bisher wenigstens, befähigte, sich in ihrem „dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt" zu sein. Die eigentliche Schwäche der amerikanischen Politik sei ihr „ständiges Hintreiben auf einem Meere von abgetragenen Plattheiten", hatte Walter Lippmann getadelt. Sie haftete vor allem der äußerlich allzu geschäftigen und in alle Winkel der Welt mit dem amerikanischen Besen hineinfuhrwerkenden Politik Dulles' an. Es war daher vordringlich, bestimmte Linien

einer auf längere Sicht festzulegenden Politik zu ziehen. Mit einer einleuchtend formulierten Doktrin oder Formel, wie sie bisher mehr der Phantasie der politisch Halbgebildeten als der Politik selbst die Richtung gaben, war es dabei nicht getan. Es bedurfte konkreter Vorstellungen über notwendige und mögliche Aktionen in einem voll entwickelten System politischer Strategie.

Ein drittes war notwendig. Trotz des scheinbaren Offensiv-Charakters der sogenannten Rückroll-Politik des Außenministers Dulles, die er aus der Truman-Doktrin und der „Eindämmungspolitik" zu entwickeln unternommen hatte, war die amerikanische Politik seit Kriegsende ausschließlich defensiv. Sie war Reaktion auf die Aktion der Sowjets. Sie war restaurativ angesichts der leidenschaftlichen progressiven Bewegtheit der farbigen Völker. Sie war konservativ in einer Zeit einer großen allgemeinen Revolution. Ihr war der eigene frühe revolutionäre Geist völlig abhanden gekommen, der Aktivismus einer sich noch jung wissenden Nation. Amerika überließ die Initiative andern, vornehmlich der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten waren nicht imstande, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Es waren nicht sie, die in der Welt führten. Sie selbst waren die Getriebenen und vorwärts Gestoßenen. Daher des jugendlichen Präsidentschaftskandidaten ungeduldiges Wort: „Move, America, move". „Vorwärts, vorwärts". „Dieses Land ist bereit, aktiv zu werden. Ich werde es zur Aktion führen." Eine alte amerikanische Regel lautet: „In den Defensive sei so offensiv, als du kannst." Ihr folgend hat J. F. Kennedy in den letzten Wochen und Monaten gehandelt. Das erklärt die, viele Politiker anderer Länder irritierenden und irreführenden Formulierungen, mit denen verglichen, zum Erstaunen mancher, die der Eisenhower'schen Außenminister Dulles und Herter entgegenkommender und verhandlungswilliger waren. Welches sind demzufolge nun die wirklichen Linien der neuen Politik, wenn man von der offensiven und mitunter aggressiven Sprache und ihren pädagogischen und taktischen Motiven absieht?

Es ist in gewissen Kreisen der USA und nicht nur hier üblich geworden, den jugendlichen Präsidenten etwas über die Achsel anzusehen oder gar als einen „Versager", eine „failure" zu charakterisieren, der nicht wisse, was er wolle, inspiriert rede, aber zaudernd handle, der sich überall Rat suche, bei Vorgängern und politischen Feinden, und sich ein bedenkliches Armutszeugnis damit ausstelle. Nichst ist von der Wirklichkeit weiter entfernt als solches Bild eines hilflosen, unselbständigen, Anlehnung und Anregung suchenden Zauderers. Der Präsident ist an Statur gewachsen und zu einer staatsmännischen Gestalt gereift. Nicht daß ihm nicht Irrtümer unterlaufen wären und er nicht schwere Rückschläge erlitten hätte. Aber seine Gewissenhaftigkeit, das Verantwortungsbewußtsein und das Eindringen in das breite Detail der politischen Probleme stehen in der Geschichte der amerikanischen Präsidenten einzig da. Es ist er, der die politischen Zügel hält, und es ist er, der die politischen Ziele geseckt und die neuen Linien vorgezeichnet hat. Mit weit ausholender Taktik hat er es verstanden, gegnerische Positionen zu umgehen und Widerstände zu beseitigen und so seine anfänglich schmale Vertrauensbasis ständig zu erweitern. Indem der Präsident sich vorübergehend an die Spitze derjenigen Gruppen stellte, die eine „harte" Politik verlangten, nahm er einem beträchtlichen Teil der auf einen Krieg hindrängenden Kräfte dadurch den Wind aus den Segeln, daß er sie mit der Realität des Krieges und dem Entschluß zu einem solchen konfrontierte. Indem er selbst seine Bereitschaft zu einem Kriege in den Vordergrund stellte, zugleich aber auch den vollen Ernst der wirklichen Lage enthüllte, brachte er das Gerede von appeasement, von Besänftigungspolitik dem Kommunismus gegenüber, nahezu zum Verstummen und zwang die Leute, die, wie der Bürgermeister Brandt, unbekümmert um die Folgen nach „action" schrien, näher zu bestimmen, was sie darunter verstünden.

Aber was will der Präsident wirklich? Arbeitet er nun auf einen Krieg mit Sowjetrußland hin, den er, wie viele seiner militärischen Mitarbeiter, für unvermeidlich hält, und versucht er nur, Zeit zu gewinnen und den Ausbruch der Krise zu verzögern? Bereitet er sich auf einen langfristigen kalten Abnutzungskrieg der zwei Weltlager vor? Oder wünscht und sucht er eine Verständigung mit Sowjetrußland, weil er sie für notwendig und möglich hält? Warum dann eine offenfive politische Strategie? Warum neue, vermehrte Rüstungen? Äußerlich gesehen läuft die bisherige Politik des Präsidenten auf vermehrte Reibungen, schärfere Zuspitzung von Konflikten, eine neue Phase des Rüstungswettlaufes und eine Verschärfung des Kalten Krieges hinaus. Wo blieben somit die Hoffnungen auf Entspannung, auf Verständigung? Hat der Präsident eine politische Kehrtwendung gemacht, seine frühere Meinung geändert, und ist er nicht nur taktisch vorübergehend, sondern wirklich an die Spitze jener Kräfte getreten, die, als die „power elite" charakterisiert, in den großen Krieg hineinsteuern? Keine Frage: die weit ausholende Taktik des Präsidenten hat zu einem zweideutigen Ergebnis geführt. Der Präsident bereitet sich in der Tat auf zwei mögliche Entwicklungen vor; auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland und auf die Notwendigkeit eines in seiner Dauer und seinen Einzelzügen unabsehbaren Ringens mit den kommunistischen Mächten. Erste Voraussetzung dafür ist, sich von der furchtbaren lähmenden Alternative zu befreien, in jedem akuten Konflikt entweder klein beigeben oder zur äußersten, zur Atomwaffe greifen zu müssen. Militärisch verlangt das, Mittel bereit zu stellen, die die Anwendung der Atomwaffe auf äußerste Krisen beschränken. Die Kennedy'sche Konzeption bleibt militärisch defensiv; sie ist politisch offensiv.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß der Präsident durch das Wiener Gespräch mit Chrustschow in seinem Glauben an eine Verständigungs- und Entspannungsmöglichkeit gründlich erschüttert worden ist und daß seitdem die Vorstellung, sich auf ein hartes und langes Ringen mit den kommunistischen Mächten, statt einer von Rußland als möglich hingestellten, friedlichen Ko-existenz vorbereiten zu müssen, in den Vordergrund seiner Überlegungen und Maßnahmen getreten ist. Er sieht voraus, daß der sowjetisch-chinesische Druck auf die Machtpositionen des Westens nicht nachlassen wird. Es wird demnach notwendig sein, die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zu lokalisieren und ihren Austrag so zu begrenzen, daß es, wenn irgend möglich, weder unmittelbar noch in einem fatalen Automatismus der Steigerung der Mittel zu einem Atomkrieg komme. Trotz Zweifel und Bedenken ist jedoch der Präsident willens, nicht nur von Fall zu Fall kritischer Zuspitzungen zu einer friedlichen Beilegung mit Sowjetrußland zu kommen, sondern auf breiter Basis eine Verständigung und ein Ende des Kalten Krieges in beiderseitiger Anerkennung und Respektierung der Gleichberechtigung zu erreichen.

Die militärischen Maßnahmen brauchen hier im einzelnen nicht charakterisiert zu werden. Es genügt, festzustellen, daß das geradezu groteske Herumtaumeln und Gliederverrenken im Irrgarten der militärischen Konzeptionen (wobei die gestern vertretene heute von denselben Experten umgestoßen wird) endlich zu seinem Ende gelangt ist und die Theorie des „New Look", die Strategie unter Eisenhower-Dulles mit ihrer einseitigen Betonung der im Laufe der Entwicklung völlig unglaubwürdig gewordenen „massiven Vergeltung", zu den Akten gelegt worden ist. Ob man die neue Konzeption eine „ausbalancierte Verteidigung" nennt oder „kontrollierte Erwiderung", als „abgestufte Abschreckung" bezeichnet oder die territoriale Begrenzung auf einen „kleinen Krieg" in den Vordergrund rückt, das Entscheidende ist das Bestreben, den Einsatz der Atomwaffe auf den alleräußersten Fall eines Konfliktes auf Leben und Tod zu beschränken und damit in

solchem Zusammenhange wieder glaubhaft zu machen. Das leitende Prinzip ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn, „Minsk für Hartford"; jeder begrenzten Aktion der Gegners ist mit den entsprechenden Mitteln entgegenzutreten. Das setzt für den Austrag von Konflikten minderen Ranges die Bereitstellung anderer Mittel als die Atombombe voraus und schließt die Konzentration auf einen modernen „Druckknopf-Krieg" aus. Die „konventionellen Waffen" und Grundtruppen kommen wieder zu ihrem Recht. Es wird für die Westmächte notwendig, ihre Rußland, China und deren Verbündeten gegenüber zahlenmäßig weit unterlegenen, konventionell ausgerüsteten Grundtruppen erheblich zu verstärken, da der Gebrauch taktischer Atomwaffen sofort zum Einsatz strategischer durch den Gegner führen würde. Damit ist die Aufrüstung und Heeresvermehrung der Vereinigten Staaten nicht als ein vorbereitender Akt einer aggressiven Politik erklärt, sondern als eine wohl überlegte Maßnahme, der Menschheit die Zerstörungen durch einen Atomkrieg zu ersparen, wobei begrenzte Kriege in der Erwartung geführt werden sollen, daß, bevor es zum Einsatz der äußersten Waffe im kritischen Augenblick drohender Niederlage seitens der unterliegenden Seite kommt, Verhandlungen mit dem Ziel der Beilegung der Konflikte durch beiderseitige Zugeständnisse möglich werden. Inwieweit solche Hoffnungen illusionär sein können, soll hier nicht untersucht werden, wie wir auch auf eine Kritik an der Durchführbarkeit und Richtigkeit dieser Konzeption, besonders auf die europäischen Verhältnisse bezogen, verzichten. Die naheliegende Schlußfolgerung, daß angesichts der Massenvernichtungswaffen, die nicht auf Atombomben beschränkt sind und die nicht minder gefährlichen B- und C-Waffen mit einschließen, Kriege überhaupt nicht mehr als Mittel der Politik zulässig, wenn auch immer noch möglich sind, daß politische Probleme nicht länger mehr militärisch gelöst oder beseitigt werden können, ist in der gegenwärtigen kritischen Phase wohl ein Postulat der Vernunft, aber eine noch nicht realisierbare Maxime des praktischen Handelns. Es ist offensichtlich, daß diese neue militärische Konzeption und die Tatsache, daß die für sie erforderlichen konventionell ausgerüsteten Grundtruppen zur Zeit nicht zur Verfügung stehen, die Behandlung des Berlin-Problems und den Willen der USA, es dabei nicht hart auf hart und zum eventuellen Entschluß zu einem Atomkrieg kommen zu lassen, weitgehend beeinflußt haben.

Es ist interessiert hier nicht, wer der neuen Konzeption eigentlicher Urheber ist, ob General Maxwell Taylor, der frühere, frondierende Generalstabschef und Verfasser der „Unbestimmten Posaune" (Uncertain Trumpet), der neue Verteidigungsminister McNamara, oder wer sonst noch dazu beigetragen haben mag: es genügt zu wissen, daß der Präsident es ist, der sie zur ausschließlichen Geltung gebracht und zum Mittel der Durchführung seiner politischen Strategie wie zur künftigen Richtlinie der NATO gemacht hat. Man folgt dem Präsidenten in USA wie im europäischen Westen, wiewohl nicht überall mit unbeschwertem Herzen. Mit einer Ausnahme: der bundesdeutsche Verteidigungsminister, Herr Strauß, erhob Einspruch. Er hatte sich nicht von modischen Doktrinen vom Wesentlichen ablenken lassen: erster Schuß der angreifenden Russen wird mit der Atomwaffe beantwortet. Jede Aufweichung dieses Automatismus weicht die Position der Bundesrepublik auf, macht sie unhaltbar. Ohne taktische Atomwaffen und die Entscheidung über ihren Einsatz durch den Oberbefehl der kämpfenden Truppe in vorderster Linie ist ein Krieg aussichtslos.

Herr Strauß hat recht. Vom Standpunkt der Bundesrepublik und ihres Sicherheitsbedürfnisses ist Herr Strauß völlig im Recht. Aber das deutsche Sicherheitsbedürfnis steht nicht an erster, sondern an letzter Stelle. Das war bereits vor acht Jahren einsehbar und hätte die Grundlinien der Politik bestimmen müssen. Die Strauß-Kissingersche-Kontroverse, ob die neue Strategie den an konventionellen

Waffen überlegenen Gegner nicht geradezu einlade, begrenzte Vorstöße zu unternehmen oder ob nicht umgekehrt die Unwahrscheinlichkeit eines atomaren Schlages angesichts der Gefährdung durch Gegenschläge eine solche Einladung sei, ist nicht viel gescheiter als die Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst dagewesen sei. Fest steht jedenfalls, daß in einem System abgestufter Abschreckung, in dem die Entscheidung, Beistand durch Einsatz der atomaren Waffe zu leisten, dem Ermessen der USA überlassen bleibt, eine militärische Sicherung der Bundesrepublik problematisch wird. Die Bedenken, die Strauß im Frühjahr gegen einen „Einschnitt" zwischen konventionellen und atomaren Waffen vorgebracht hat, und sein Zweifel, daß dann jemals ein Zeitpunkt eintreten werde, an dem die Atomwaffe für die Integrität des Bundesterritoriums eingesetzt werden würde, bestehen zu Recht. Die neue amerikanische Konzeption könnte sich somit zu einer umstürzenden Änderung des Charakters der NATO wie anderer Verteidigungsgemeinschaften auswirken, in denen bisher die Gleichberechtigung der Mitglieder in der Sicherung ihrer territorialen Integrität galt. Jedenfalls ist die bisher geltende, ansprechende Formel der „Schild-Schwert"-Fuktionen in der NATO bedeutungsvoll geworden.

Wie weit die strategische Planung der NATO durch die neue amerikanische Konzeption beeinflußt werden wird, muß dem Urteil unabhängiger Fachleute überlassen bleiben. Auch wenn es gelänge, eine von den europäischen Mitgliedern mit Ausnahme der Bundesrepublik finanziell schwer zu tragende schnelle Rüstungsvermehrung durch konventionell ausgerüstete Truppenverbände zahlenmäßig so zu verwirklichen, daß auch ein begrenzter, konventioneller Krieg für die Sowjetmacht und ihre Verbündeten ein zu großes Risiko darstellen würde, so bleibt doch das politische Bedenken bestehen, ob nicht dieses erste Anzeichen einer beginnenden Isolierung der USA und der Unterscheidung zwischen für sie und für die anderen Bundesgenossen tödlichen Brdrohungen eine ernste Gefährdung der Einheit der NATO sei. Das Bedenken meldete sich schon in dem Konflikt über das Mitspracherecht der europäischen Staaten im Einsatz der Atomwaffe, über die „Zwei-Finger-am-Abdruckhebel"-Frage, und das an, was man die „Atomschwelle" nannte, mit dem Strauß'schen richtigen Einwand, daß, je höher sie gehoben, um so unwahrscheinlicher ihre Anwendung sein würde. Die ganze Diskussion ist heute gegenstandslos geworden; aber die Bedenken sind es nicht. Man wird Herrn Strauß, auch als Gegner, die Folgerichtigkeit seines Denkens innerhalb seines Aufgabenbereiches einer militärischen Verteidigung der Bundesrepublik nicht abstreiten können. Er hat in den USA bei seinem Besuch in diesem Sommer klein beigegeben. Der Frage, ob Westdeutschland Atomwaffen verlange, wich er aus. Daraufhin gestellt, ob er noch bezweifle, daß ein begrenzter Krieg in Europa möglich sei, antwortete er: man solle alles tun, den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten. Wir, an Herrn Straußens Stelle, hätten etwas anderes geantwortet. Wohlan, hätten wir gesagt, wir erkennen die triftigen Gründe an, daß die USA nicht ihre Städte wegen deutscher Interessen zerstören lassen wollen. Aber erlauben Sie dann auch uns, an unsere Städte zu denken und die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß keine ausreichende militärische Sicherung der Bundesrepublik mehr möglich sei. Lassen Sie uns statt unzureichenden militärischen Schutzes es mit p o l i t i s c h e n S i c h e r u n g e n versuchen. Stimmen Sie einer durch internationale Verträge gesicherten Neutralität Deutschlands oder einer zentraleuropäischen Zone zu. Damit wäre uns und Ihnen geholfen. Sie wären einer Verpflichtung ledig geworden, die Sie nicht halten wollen und können. Wir aber gewinnen damit das karge Pflänzchen S i c h e r h e i t, das noch allenfalls in dieser dürren Zeit wachsen kann . . .

Die europäischen Glieder der NATO können sich auf die Dauer nicht der Er-

kenntnis verschließen, daß die Bedrohung durch einen thermonuklearen Krieg, in den sie gegebenenfalls durch außereuropäische Konflikte der USA mit den kommunistischen Mächten verwickelt werden könnten, gewaltige Gradunterschiede in der zu befürchtenden Zerstörung der einzelnen Länder zeigen wird. Während die großräumigen Staaten USA, UdSSR und China immerhin eine gewisse Chance haben, daß Reste ihrer Bevölkerung und Produktionsstätten erhalten bleiben, sind die engräumigen westeuropäischen Industriestaaten mit ihrer dichten Besiedlung und der räumlichen Massierung ihrer industriellen Anlagen mit wenigen Bomben für alle Zeit buchstäblich in einem Augenblick „vom Antlitz der Erde weggewischt". Das muß in einer ernsthaften Krise, die das Berliner Problem bisher noch nicht heraufbeschworen hat, zu einer den amerikanischen Motiven in der Begrenzung des Einsatzes der Atomwaffe entsprechenden Überlegung der europäischen Westmächte führen, ob es für die eigene mit Sicherheit zu erwartende Vernichtung überhaupt zu haltende und Priorität beanspruchende Bündnisverpflichtungen geben könne.

Die Neuformulierung der militärischen Konzeption hat ihre bedenklichen Seiten. Sie enthält Widersprüche. Die Verstrickung in solche ist indessen unvermeidlich. Sie liegt in der Sache selbst. Das gilt für jede militärische Konzeption, jede „Lehre vom Krieg" im Atomzeitalter. Es liegt in der Inkongruenz der Mittel und Ziele. Die Wirksamkeit der Mittel ist keine Gewähr mehr für die Erreichung der Ziele, sondern hebt sie auf. Aber die neue militärische Konzeption nimmt in der Politik Amerikas nicht mehr die erste Rangstellung ein, wie bisher seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist wieder einer p o l i t i s c h e n Strategie ein- und untergeordnet. Das ist das Neue, das ist ein großer Fortschritt und das Bedeutendste, das die Politik Präsident Kennedys bisher erreicht hat. Es ist den meisten Beobachtern der amerikanischen Politik entgangen. Eine politische Strategie, abgestützt durch eine ihr angemessene militärische Konzeption, statt wie bisher eine militärische Strategie, der die Außenpolitik Assistenz leistet: das ist der bisher entscheidende Zug der Kennedy'schen Politik. Die Aufgabe der militärischen Konzeption ist im wesentlichen eine defensive. Die Neuorganisation und Vervollständigung der Rüstung hat zum Ziel, für „wahrscheinliche" Kriege gewappnet zu sein, statt wie bisher nur für einen „unwahrscheinlichen" Krieg, einen Atomwaffen-Angriff, mit General Taylor's Unterscheidung. Es gilt, an jedem Punkt der Erde zu jeder Zeit bereit zu sein, Angriffe, Gewaltakte mit den jeweils angemessenen Mitteln niederzukämpfen und solcherweise etwaige Versuche, die Erosion der Machtsphäre des Westens durch eine Serie von örtlichen Kriegen und Putschen, einen Krieg „im Teilzahlungsgeschäft", aufzuhalten; das aber ist durch den zur bloßen Drohung herabgesunkenen, weil der Löschung jedes Buschfeuers irgendwo in Hinterasien oder Zentralafrika völlig unangemessenen und deshalb mit Sicherheit nicht erfolgenden Einsatz „massiver Vergeltung" nicht zu erreichen. Kennedy's Programm: „Bereit sein für einen Krieg", das mit soviel Nachdruck in der Öffentlichkeit vorbereitet wurde, galt somit keineswegs vornehmlich oder gar ausschließlich der Berlin-Krise, sondern hatte allgemeine Bedeutung. Das trifft vor allem für die Bekundung der Entschlossenheit zu, notfalls nicht vor einem Atomkrieg zurückzuschrecken; nicht um „für Berlin zu sterben", sondern, was immer der konkrete Anlaß sein möge, für den Fall, daß die Existenz der Vereinigten Staaten in Frage gestellt ist, ihre geschichtliche Identität andernfalls verloren ginge. Man wird diese Entschlossenheit, für die es keine konkrete Demarkationslinie gibt, sondern die wesentlich auf Imponderabilien gegründet ist, nicht bagatellisieren dürfen.

Ist somit das Ziel der militärischen Konzeption eine allen Eventualitäten angemessene Verteidigung, deren Kernstück nach wie vor für den äußersten Fall

die „massive Vergeltung" des Atomschlages bleibt, so ist die politische Strategie um eine zentrale Idee offensiven Charakters organisiert. Damit begegnet der Präsident nicht nur republikanischer Kritik, seine neue Politik sei kein großer Wechsel gegenüber der von der demokratischen Partei kritisierten „Brinkmanship"-Politik des J. F. Dulles; sie zeige keine Lösung gegen nichtmilitärische Angriffe der Sowjets und Chinas, und böte keine Maßnahmen, um die Schicksalsgemeinschaft der Westmächte straffer zusammenzufassen. Der Präsident unterscheide vielmehr von vornherein zwischen den Aufgaben, die mit militärischen Mitteln zu erfüllen sind, die defensiven, von solchen, die durch politische Mittel, Verhandlungen, Verträge, Rechtsschöpfung, durch Kooperation allein erreicht werden müssen, die offensiven. Womit hervorgehoben wird, daß die Vereinigten Staaten keine militärische Offensive planen, wie ihnen häufig unterstellt wird und angesichts der militärischen Politik, die im Schwange war, nahe lag, und daß an keine Neuauflage der „Rückroll-Politik" von J. F. Dulles gedacht ist, die durch militärische Überlegenheit zu erzwingen sucht, was allein durch politische Verträge erreichbar ist.

Es ist nicht zweifelhaft, daß das konstituierende Prinzip der politischen Strategie Kennedy's das S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t der Völker ist. Mit diesem revolutionären Prinzip, das bereits von einem früheren demokratischen Präsidenten zum Kern seiner Politik gegen die Zentralmächte Deutschland, Österreich und die Türkei, zur Bildung einer Reihe von Nachfolgestaaten und zur Grundlage einer Friedensordnung der Nationen gemacht worden ist, glaubt der Präsident die politische Initiative und das Gesetz des Handelns für Amerika und den Westen zurückgewinnen zu können. Es ist vorauszusehen, daß es auch der Kern der Vorschläge der USA in der Beilegung des Berlin-Problems und für einen deutschen Friedensschluß sein wird. Hat das Aussicht auf Erfolg? Ist das nicht ein Rückfall in Ideen und Vorstellungen einer verflossenen Zeit? Von Roosevelt wohlweislich im Zweiten Weltkriege nicht mehr aufs Tapet gebracht, weil es in die robuster gewordene Zeit der Aufteilung der Welt in Einflußsphären und hegemoniale Ordnungssysteme nicht mehr hineinpaßt, klingt schon seine Formulierung sonderbar weltfremd, dogmatisch und idealistisch angesichts der allseitigen Abhängigkeit und Schicksalsverflechtung der Nationen miteinander und voneinander, die selbst die Souveränität und die politische Willensbildung der Großmächte alter Rangordnung mit einer schweren Hypothek der Abhängigkeit belasten. Das Selbstbestimmungsrecht ist außerdem weder in gutem Gedächtnis derjenigen Mächte, die an der Aufrechterhaltung eines status quo ante interessiert waren oder sind, noch bei solchen, denen es beschnitten oder ganz vorenthalten war; denn es ist ein Prinzip, dem nach Meinung der Abhängigen nie Genüge getan, der Gewährenden aber immer an unrichtiger Stelle und zu frühzeitig Rechnung getragen wird. Zweierlei ist jedenfalls unbestreitbar. Es kann nicht als ein absolut geltendes Naturrecht und es kann nicht ohne eine gleichzeitige Verpflichtung zur Eingliederung in allgemein verbindliche Ordnungssysteme der Nationen verwirklicht werden. Es kann nicht im leeren Raum als ein Abstraktum konkretisiert werden; es ist nur in Anpassung an eine bestimmte konkrete Machtlage und daher durch andere Tendenzen gebrochen, immer nur annäherungsweise durchführbar. Wird es ohne Rücksicht auf die Grundlinie eines status quo in Anspruch genommen, dann wird aus einem Ordnungsprinzip ein Element des Umsturzes; dann wird es ein Mittel der Zersetzung, der Revolution oder Gegenrevolution. Es kann somit im doppelten Sinne verwandt werden, womit sich die Frage erhebt, in welchem Sinne und für welche Ziele Kennedy es zu verwenden beabsichtigt.

Die naheliegende Antwort wäre, daß es nach dem Vorbilde Woodrow W i l s o n s zu einem der Grundelemente einer umfassenden, den Kalten Krieg be-

endenden Ordnung der Nationen durch die Beseitigung von Konfliktstoffen in den Beziehungen der gegnerischen Mächtegruppen, zur Beilegung nationaler Spannung und damit zu einem dauerhaften Frieden verwandt werden soll. Zahlreiche Nachrichten und Hinweise deuten jedoch auf die Möglichkeit einer anderen Verwendung hin. Es ist in den letzten Monaten und nicht erst in Verbindung mit Kuba viel die Rede davon gewesen, wie man kommunistische Regime stürzen könne, ohne einen allgemeinen oder auch nur begrenzten Krieg zu riskieren. Man kam dabei auf den Einfall einer „unkonventionellen Kriegführung" mit „subversiven" Mitteln und Methoden durch besonders ausgebildete revolutionäre oder gegenrevolutionäre Kaderorganisationen, die nach dem Beispiel der „Kommandos" des Zweiten Weltkrieges und der Untergrundkämpfer, der Maquis, die kommunistischen Herrschaftssysteme unterminieren und schließlich durch einen allgemeinen Massenaufstand stürzen sollte. Eine etwas romantisch und reichlich dilettantisch anmutende Idee, die indessen ernsthaft erwogen und in Zusammenhang mit der neuen militärischen Konzeption der „ausbalancierten Verteidigung" und „kontrollierten Erwiderung" gebracht wurde und die einer kommunistisch subversiven Aktion an irgend einem Punkt die entsprechende Antwort geben soll. Wäre sie so als Defensivmaßnahme im Einsatz beschränkt, wäre dagegen kaum etwas anderes einzuwenden als ein Zweifel an ihrem Erfolg, der vieler anderer Vorbedingungen bedarf als des bloßen Trainings von Spezialtruppen in der Guerillataktik und der Partisanentechnik. Aber schon der Versuch in Kuba zeigte einen anderen Charakter und deutet auf weiter hinzielende Bestrebungen, die, wenn man Erfolg mit ihnen gehabt hätte, eine ungleich ernstere Krise heraufbeschworen haben würden, als es die Berlin-Krise ist. Im Dienste einer offensiven politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Umsturzelement anwendet, würde eine „unkonventionelle Kriegsführung" mit subversiven Mitteln in größerem Maßstabe, etwa in Europa als „zentraleuropäische Freiheitsbewegung", nicht mehr als Verteidigung gegen die kommunistische Weltrevolution oder -konspiration, sondern als Provokation, als Versuch einer gewaltsamen Änderung des derzeitigen Machtgleichgewichtes wirken und zu Entwicklungen und Verwicklungen führen, in denen es nicht bei begrenzten Kriegen mit konventionell ausgerüsteten Truppen bleiben würde, sondern die zu einem Atomkrieg führen müßten. Es würde auf sowjetischer Seite genau so den Atomkrieg unvermeidlich machen wie auf amerikanischer Seite die Rückdrängung und Einkreisung der USA in eine isolierte Position.

Man wird nicht bezweifeln dürfen, daß es in USA und anderwärts gewichtige Kreise gibt, die die Verwendung des Selbstbestimmungsrechtes gerade in solchem Sinne als politisches Sprengmittel im großen Maßstabe verwandt zu sehen wünschen und darin das einzig wirksame Mittel zum Sturz des kommunistischen Systems von innen heraus sehen. Dem amerikanischen Präsidenten wird man derartige Absichten nicht unterstellen dürfen, trotz seiner Billigung des Kuba-Abenteuers. Gerade der Ausgang, die schlechte Vorbereitung und die mangelnde Resonanz der Befreiungsaktion in der kubanischen Bevölkerung wird ihm die begrenzten Möglichkeiten subversiver Kriegführung gezeigt haben. Sein Verantwortungsbewußtsein, sein nüchterner Realismus, seine Abneigung gegen alles Amateurhafte und sein scharfer Verstand werden ihn davon abhalten, das Selbstbestimmungsrecht anders als in einem klärenden und befriedenden Sinne und zugleich als Element echter Gewinnung von Nationen und neuer Völker zur Zusammenarbeit mit dem Westen zu verwenden. Nicht hinter dem Vorhaben, Guerilla-Kommandos aufzustellen, um einen Krieg im Dunkeln zu beginnen, steht, wie großspurig behauptet wurde, ein „ganz neues psychologisches Konzept des Krieges", nämlich statt der Vernichtung von Völkern ihre Gewinnung, wohl

aber hinter einer politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht als einen geistigen Machtfaktor in der richtigen Verbindung und Einordnung statt in der Isolierung zu gebrauchen versteht. „In einem Zeitalter der Revolutionen ist die Herrschaft des Gesetzes die Rüstung des Konservatismus", sagte Walter Lippman und fuhr fort, daß diese Herrschaft des Gesetzes das eigentliche Herz der Freiheit sei, das man nicht preisgeben dürfe, wenn man nicht zugleich die Macht wegwerfen wolle, der Revolution mit etwas anderem als bloß physischer Gewalt zu begegnen. Damit wandte er sich gegen diejenigen, die nach dem Scheitern der gegenrevolutionären Guerilla-Aktion in Kuba nach offener Intervention der Vereinigten Staaten gegen das Castro-Regime riefen. Die Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes darf nicht zu einer Intervention gegen bestehende Regime werden, zu keiner direkten noch indirekten. Es ist anzunehmen, daß der Präsident diese Schlußfolgerung aus der Kritik des ihm nahestehenden politischen Denkers gezogen hat.

Damit wären wir wieder zu der Berliner Krise zurückgekehrt mit der Frage, in welcher Weise die Westmächte ihre Vorschläge zu einer Beilegung des Streites über Berlin und eines Friedensschlusses mit Deutschland auf der Grundlage der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes präsentieren werden. Die Deutschen selbst sehen eine solche ausschließlich als Intervention der Westmächte in bestehende, die Selbstbestimmung ausschließende Macht- und Ordnungselemente staatlichen Charakters und hoffen auf eine solche nicht nur, sondern fordern sie in der naiven Annahme der Allmacht der USA, des Glaubens, daß es nur des guten Willens der Amerikaner bedürfe, um ihnen die „Einheit in Freiheit" und die Revision der Oder-Neiße-Linie noch dazu auf dem Präsentierbrett darzureichen. „Nicht zum zweitenmal den Abfall vom Selbstbestimmungsrecht zu begehen und die offene Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes zuzugestehen", hatte Bundesverteidigungsminister Strauß in USA gewarnt.

Was haben wir demnach von Verhandlungen zu erwarten? Wir müssen uns hier kürzer fassen, als es der Wichtigkeit der Sache entspräche. Aber es wird nach den Wahlen noch Gelegenheit geben, ausführlicher darauf hinzuweisen, was etwa von deutscher Seite selbst noch geschehen könne und nur noch durch deutsche Initiative überhaupt noch geschehen könnte, um aus einer völlig ausweglosen Lage noch zu retten, was als Ansatz für eine bessere Zukunft rettenswert ist; es sei denn, daß die Erklärung eines Notstandes, das Verbot nicht-konformistischer Presseorgane als „staatsfeindlich" Kirchhofsschweigen über die Bundesrepublik verhängt und uns verbietet, unsere Warnungen den wirklichkeitsfremden Warnungen und Forderungen bundesdeutscher Minister und Kanzlerkandidaten gegenüberzustellen.

Wir sind am Ende der Illusionen. Wir sind auch aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende der Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik. Ein tiefer Riß beginnt sich in der Politik beider zu zeigen, den wieder zu schließen auch dem taktischen Geschick und dem Charisma des alten Kanzlers nicht gelingen wird. Denn kein denkender und urteilsfähiger Mensch in der Bundesrepublik kann sich der Einsicht verschließen, daß die Adenauer'sche Politik gescheitert ist und daß das deutsche Volk durch eine von Grund auf falsche und sogar verwerfliche Politik, die nach der Hitlerepoche nicht hätte unternommen werden dürfen, um frühere Möglichkeiten einer erträglichen Existenz gebracht worden ist. Der Riß und die Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und den USA wird durch die schließlich unvermeidliche Erkenntnis nicht geringer werden, daß die Deutschen nicht nur für ihre eigenen früheren und gegenwärtigen Fehler, sondern auch für die Irrtümer, Schwächen und Illusionen ihrer Verbündeten die Zeche zu zahlen haben werden. Der Riß wird sich um so weniger schließen, je mehr die Deutschen

erkennen, daß die Beziehungen des amerikanischen Präsidenten zu den deutschen Problemen auf rein nüchternen Zweckmäßigkeitserwägungen gegründet sind und jeder Wärme ermangeln, daß er an dem Selbstbestimmungsrecht etwa der Polen sehr viel wärmeres Interesse nimmt als an dem der Deutschen.

Es ist nicht schwierig, vorauszusehen, daß, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht zum Rahmen oder zur ideologischen Basis eigener Gegenvorschläge zu den russischen machen, dies nur in den Grenzen einer möglichen Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse und realen politischen Fakten geschehen wird. Es kann nicht ausbleiben, daß dies im vollen Gegensatz zu den Erwartungen und Zielen der bisher verfolgten Politik der Bundesrepublik stehen wird. Bitter rächt es sich, daß ein Jahrzehnt hindurch die öffentliche Meinung falsch unterrichtet wurde, noch bitterer rächt sich eine einseitige Machtpolitik, die nur auf erborgter Macht begründet war und jedes Augenmaß für die realen Verhältnisse verlieren ließ. Wären die Deutschen durch Schaden klug und durch tragische Erlebnisse politisch weise geworden — und mindestens hätte es dem Alter geziemt, weise zu werden —, so hätten sie um der Zukunft willen den Versuch der Amerikaner, wenigstens den Anschein zu retten, daß es in Berlin und in der Regelung der deutschen Frage nicht zu einem Rückzug oder einer Preisgabe kommt, unterstützt, statt ihn in plumper Weise bloßzustellen. Die Deutschen hätten erkennen sollen, daß es ihr eigenstes Interesse ist, wenn die USA nicht vor die Alternative offener Preisgabe und politischer Niederlage oder Atomkrieg gestellt werden. Denn es bedeutet für sie selbst die Alternative totalen Unterganges oder einer nicht mehr nur militärisch, sondern auch politisch schutzlosen Lage einer Macht gegenüber, die sie selbst in Verblendung zu ihrem Todfeind erklärt haben.

„Geordneter Wandel" sei der Schlüssel für ein vernünftiges Überleben, hatte Senator Mansfield, einer der einflußreichsten und weisesten Politiker Amerikas, gegen den Vorwurf erwidert, er treibe Besänftigungspolitik, appeasement. Senator Mansfield ist in der Bundesrepublik von oben herab geringschätzig abgekanzelt worden; so ist es Senator Fulbright, den wir wiederholt zitierten, und das nicht in üblichen Adenauer-Blättern, sondern in vergleichsweise noch unabhängigen Blättern wie „Die Zeit". Was denken eigentlich die Bundesdeutschen, was sie sind und was sie politisch vermögen? „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." Was bleibt in dieser ausweglosen Lage anderes übrig, als in Geduld und Selbstüberwindung in kleinen, in allerkleinsten Schritten versuchen, den Weg zum Besseren zu gehen; einen halben Schritt vor und einen viertel wieder zurücktun zu müssen? Was bleibt anderes übrig als der Versuch „geordneten Wandels" im einzelnen, im Konkreten?

Nicht nur die Zeit der Illusion ist um; nicht nur die Politik der erborgten Stärke ist an ihr logisches Ende gelangt, nicht nur die Identität der deutschen mit der amerikanischen Außenpolitik bricht auseinander. Das Adenauer-Regime ist am Ende, mag der Kanzler noch einmal einen Wahlsieg erreichen oder nicht. Denn auch die Zeit ist zu Ende, während der die Deutschen aus dem Konflikt der Westmächte und des Ostens Vorteile zogen. Von ihm lebte das Regime Adenauer. Was nun noch übrig bleibt, ist, dem abermaligen Zusammenbruch aller Hoffnungen standzuhalten, um, wenn sich der Staub gesetzt hat, zu sehen, was noch aus eigener deutscher Initiative geschehen könne. Nicht der Mächtige wird siegen, nicht der, der sich auf Gewalt verläßt, wird ausdauern, sondern der die große Geduld geistiger und moralischer Überlegenheit besitzt. Die Friedfertigen werden das Erdreich erben. Das wäre von Rechts wegen Hoffnung und Richtlinie einer sich auf das Christentum gründenden Demokratie gewesen, statt andere zu richten und vernichten zu wollen und in anderen das Böse verkörpert zu sehen,

wo man selbst in Sünde bloß stand. „Einen Menschen töten, heißt niemals eine Lehre verteidigen, sondern einen Menschen töten", hatte der große Humanist Castellio einst gelehrt. Sollte es nicht noch mehr von der Vernichtung ganzer Völker in der Verteidigung der eigenen Lehre und Ordnung gelten? Auch die Zeit der Kreuzzüge ist vorbei. Alte Leute sollten nicht für Kriege sein, die die Jugend auszukämpfen hätte, sagte unlängst voll Bitterkeit Walter Lippmann.

Dr. Rudolf Hilf

Weder Wiedervereinigung noch Sicherheit

„Die Antwort kann nur sein, daß die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein." (Franz Josef Strauß in seinem Artikel „Glaubhafte Sicherheit durch Abschreckung" in der Zeitschrift „Außenpolitik".)

Vor dem Scherbenhaufen der Hoffnungen

In diesen Tagen, Wochen und Monaten beginnt ein großes Zerbrechen. Zerschlagen, in Stücke gebrochen und auf den Abfallhaufen gekehrt werden die Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik.

Zuerst einmal zersplittert da, was man als gradlinige Fortsetzung der Politik des nationalsozialistischen Staates ansprechen kann: das Vertrauen in die angeblich höchste Macht der Geschichte: in die Gewalt. Lassen wir allen ideologischen Firlefanz des Dritten Reiches beiseite: sein harter und realer Kern bestand in dem Glauben an die physische Macht und die Anbetung der Gewalt. Diese unsere Gewalt ist im Jahre 1945 von noch stärkerer Gewalt gebrochen worden. Als dann einige Jahre später wieder ein deutscher Staat entstand, versuchte er keineswegs, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, aus unserem Zusammenbruch neuen Sinn zu gewinnen. Vom Ursprung her stellte er sich einer Politik zur Verfügung, die genau so phantasielos die Gewalt für das Fundament und die ultima ratio hielt. Die ganze Umkehr bestand darin, daß man die westliche Demokratie der Interessenverbände und Parteicliquen einführte und daß man sich das Mäntelchen eines Christentums umhing, aus dem bereits jedes echte, die Wirklichkeit gestaltende Leben gewichen war. Die Realität dieses neuen deutschen Staates aber wurde das Vertrauen in die Macht eines die halbe Welt umspannenden Militärbündnisses, wiederum der Glaube, daß die Gewalt in der Lage sei, die deutsche Zukunft zu sichern. Wir werden nun zum zweiten Male — wenn auch noch nicht im Ausmaß einer neuen militärischen Katastrophe — erleben müssen, wie dieser Glaube an die Gewalt gebrochen wird.

Zusammenbrechen werden damit gleichzeitig unsere Hoffnungen auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, unsere Erwartungen eines Friedens, der uns Verlorenes wiedergibt, und schließlich wird auch für diejenigen Bundesbürger und Politiker, die diesen westdeutschen Staat als die Quintessenz der deutschen Geschichte ansehen und glauben, sich hinter seinen Grenzen auf ein dauerhaftes geruhsames Leben einrichten zu können, die letzte Illusion, die der Sicherheit, in Stücke gehen.

Die Bundesrepublik steht vor einem Scherbenhaufen unerfüllter Hoffnungen.

Die Fragestellung

Geistig werden wir damit in der Geschichte wieder auf den Nullpunkt der deutschen Niederlage von 1945 zurückgeworfen.

Wir haben die Frage, die uns damals gestellt wurde — nicht von den Siegern, sondern von unserer eigenen Geschichte — nicht beantwortet. Vielleicht wollten wir sie auch nicht hören. Vielleicht aber konnten wir sie damals auch gar nicht beantworten. Unser Zusammenbruch rief nach dem radikalen Umdenken, nach der großen geistigen Umkehr; die Verzweiflung, in die uns unser eigenes Handeln gestürzt hatte, wollte die dialektische Bewegung einer neuen, alles umwertenden Sinngebung. Aber da waren die sogenannten Sieger. Sie kamen mit fertigen Rezepten. Sie wußten genau, was gut und böse, falsch und richtig war — und sie waren nicht besser als wir alle. Was ein echter Neuanfang, ein neues „aus sich rollendes Rad" hätte sein können, wurde zur lakaienhaften Übernahme von Klischees, die uns die neuen Herren präsentierten.

Bevor die Frage überhaupt gestellt wurde, waren die fertigen Antworten da. Nur: es waren nicht unsere eigenen Antworten auf eine Frage, die unser Schicksal an uns gerichtet hatte.

Die Frage ist: Was gibt unserer Existenz in dem Strom der Ereignisse, die wir Geschichte nennen, neuen Sinn? Die Frage, aus unserem Zusammenbruch erwachsen, schließt in sich die Ablehnung, die radikale Ablehnung aller bloß restaurativen Bestrebungen. Das können die nicht verstehen, die das Dritte Reich Hitlers oder vielleicht gar nur einen Teil seiner Politik als eine Art vermeidbaren Betriebsunfall betrachten. Für diese Leute ist es sehr einfach: sie fangen dort an, wo sie 1933 aufhören mußten. Die Frage braucht hier gar nicht gestellt zu werden, denn die Antwort ist ja seit Jahrzehnten bereits vorhanden (wenngleich ihr auch ein durchaus merkbarer Modergeruch anhaftet).

In einer Welt, die sich in einem sich ständig beschleunigenden revolutionären Umbruch befindet, in einem reißenden Strom, von dem man fühlt, daß er immer schneller auf einen engen Durchgang zutreibt, hinter dem Ruhe und Sicherheit eines die Himmel spiegelnden weiten Meeres oder auch ein alles verschlingender Abgrund warten kann; in dieser Welt haben die Deutschen, die in einer gewissen Freiheit über ihren Weg entscheiden konnten, einen Staat nach den Maßstäben des vorigen Jahrhunderts aufgebaut, wie er spießiger, egoistischer und zwergenhafter kaum gedacht werden kann. Fürwahr, es ist wie ein böser Witz der Geschichte: Millionen mußten sterben, eine Welt erhob durch uns die Waffen gegeneinander — und dann: dieses Ergebnis!

Diejenigen Menschen unseres Volkes, die diesen Staat schufen, handelten aus zwei Motiven heraus: einmal erfüllten sie einen Auftrag der westlichen Siegermächte, der darin bestand, das Vakuum in Zentraleuropa aufzufüllen und eine feste Stellung gegen den Osten zu errichten; zum anderen glaubten sie, mit dem Aufbau eigener Macht und der Rückendeckung des großen Bündnisses der einen Welthälfte zu dem vorhitlerischen Ausgangspunkt der Wiedererrichtung des deutschen Nationalstaates zurückkehren zu können.

Sie wollten gleichzeitig dabei dem Schicksal der Mitte entfliehen, das soviel Leid und Unglück über das deutsche Volk gebracht hatte. Dies war ihre Schlußfolgerung aus 1945. Nach Lage der Dinge hieß dies, für die eine oder für die andere Welthälfte, wie sie aus diesem Krieg entstanden waren, zu optieren. Die notwendige Konsequenz dieser Option mußte zuerst die Teilung des Volkes sein und schließlich an Stelle der gewünschten Sicherheit und Ruhe: äußerste Unsicherheit.

Diese Früchte der deutschen Nachkriegspolitik reifen nun in diesen Tagen. Sie sind nicht böse Zauberei von Chrustschow, sondern entspringen unseren

eigenen Handlungen, unserem Tun und unserem Unterlassen. Die Wochen vor der Wahl zum neuen Bundestag haben eine geradezu beispiellose Verlogenheit und Vernebelung der Tatsachen aufgezeigt. Es ist daher sicher gut, den Propagandadunst nun zu zerstreuen und die Fragen, die die deutsche Politik heute bewegen — nämlich die der Wiedervereinigung, die der gerechten Grenzen, die der Sicherheit — im Zusammenhang mit einer harten Wirklichkeit aufzuzeigen, die wir nur überwinden und verändern können, wenn wir zuvor einmal den Mut besitzen, uns ihr überhaupt zu stellen.

Möglichkeit und Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung

Um zum Kern vorstoßen zu können, müssen wir beginnen, von außen eine Schale nach der anderen zu lösen, anderenfalls verrennen wir uns in Behauptungen und Forderungen, die mit der Realität nicht übereinstimmen oder die wir nicht weiter erklären können und die damit zu Glaubenssätzen werden.

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hatte sich bereits die künftige Teilung dieses Landes in eine westliche und östliche Machtsphäre entlang den militärischen Demarkationslinien in der letzten Kriegsphase abgezeichnet. Als das einigende Band des gemeinsamen Gegners nicht mehr vorhanden war und die natürlichen Gegensätze immer offener zutage treten mußten, wurden West wie Ost zum erstenmal vor eine Wahl gestellt, auf die wohl eine Antwort gegeben wurde, die aber trotzdem bis heute das Problem nicht gelöst hat. Nach über einem Jahrzehnt stehen wir genau wieder vor derselben Frage — was beweisen könnte, daß die damalige Antwort falsch war.

Die Entscheidung, um die es ging und um die es auch heute geht, heißt:

Dient es dem Frieden und der Sicherheit der Welt, wenn das Land, das in einem Menschenalter allein durch seine Existenz zwei Weltkriege hervorgerufen hat, auf unabsehbare Zeit zwischen West und Ost aufgeteilt bleibt, oder soll man es wagen, aus Deutschland abzuziehen und damit dieses Volk in eine neue politische Freiheit zu entlassen, von der man nicht weiß, wozu es sie gebrauchen wird?

Die Entscheidung fiel für die Beibehaltung der Teilung. Nicht nur wegen des Mißtrauens gegenüber den Deutschen, sondern vor allem auch, weil das Ringen um den Besitz des zentraleuropäischen Entscheidungsraumes bereits jeden Ansatz eines Kompromisses zwischen West und Ost zu vergiften begann. Der Osten wäre in den ersten Nachkriegsjahren wohl am ehesten bereit gewesen, seine Zone — das kleinere Stück Deutschland — aufzugeben, um dafür Einfluß auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland einzutauschen. Stalin versuchte noch in seinen letzten beiden Lebensjahren, diese Entwicklung einzuleiten. Dem Westen und seinen deutschen Satelliten aber mangelte jedes Selbstvertrauen, auf ein großes Spiel in diesem Sinne einzugehen. Im Besitz des größeren Teiles des deutschen Kuchens war er zudem — im Gegensatz zum Osten — saturiert. Sein Deutschland war groß genug, die westeuropäisch-atlantische Front in Zentraleuropa zu stabilisieren. Und um etwas anderes ging es nicht.

Die Bundesrepublik, die also als militärische westliche Satrapie entstand, konnte aber zugunsten dieser Aufgabe die deutsche Geschichte nicht völlig über Bord werfen. Sie erklärte sich selbst in ihrem Grundgesetz als Provisorium und setzte sich als oberstes Ziel die Wiedervereinigung der Nation.

Beide Ziele — die reale Aufgabe der westlichen Festung in Zentraleuropa gegen den Osten und die Wiedervereinigung des Volkes in einem neuen Gesamtdeutschland — schließen einander aber ganz und gar aus. Wie ein angelsächsisches Sprichwort sagt: Man kann nicht ein Omelette essen wollen und dabei die Eier ganz lassen.

Wenn man es anders nennen will: die Bundesrepublik krankt an einer inneren Lüge, die ihre Existenz bis ins Mark vergiftet. Ein Jahrzehnt hindurch hat man bewußt das Volk in dieser Kardinalfrage betrogen. Die Politik Chrustschows wird nun westliche wie westdeutsche Politiker in dieser Hinsicht zum Offenbarungseid zwingen — und das ist gut so. Denn: es kann keine Wendung zum Guten geben, solange der Nebel von Illusionen, Lügen und Selbsttäuschungen, die die Wirklichkeit unserer deutschen Frage verhüllen, nicht zerstreut und weggeblasen worden ist.

Was sind die Tatsachen?

1. West und Ost stehen sich heute nuklear bewaffnet gegenüber. Jeder kann den anderen substantiell vernichten, aber diese Vernichtung schließt jeweils den eigenen Selbstmord mit ein. Das Ergebnis ist, daß keiner den anderen in Fragen zu einem Nachgeben zwingen kann, in denen die eigene Substanz, das eigene Überleben, bzw. das entscheidende Umwerfen des weltpolitischen Gleichgewichts auf dem Spiel steht.

2. Mit jeder Lösung des deutschen Problems aber kann das weltpolitische, ohnehin sehr prekäre Gleichgewicht äußerst gefährdet werden. Um nur die beiden Extreme zu betrachten: würde Gesamtdeutschland kommunistisch, so würde ganz Europa zusammenbrechen; nach Lage der Dinge im afro-asiatischen und lateinamerikanischen Raum wären die USA isoliert und stünden nur noch vor der Wahl, atomaren Selbstmord zu begehen oder den unaufhaltsamen Einbruch des Ostens überall in der Welt hinzunehmen. Würde Gesamtdeutschland westlich orientiert, so würde die östliche Ideologie bei den 17 Millionen Deutschen des östlichen Staates eine derartige psychologische Niederlage erleiden, daß davon der mittelosteuropäische Satellitenraum der Sowjetunion wahrscheinlich in Flammen aufgehen würde. Nur eine sowjetische Regierung, die die Absicht hat, nach innen und außen Selbstmord zu begehen, kann sich auf einen solchen Kurs einlassen. Die Schlußfolgerung: Das deutsch-westslawische Zentraleuropa und Deutschland insbesondere sind nach wie vor der Entscheidungsraum Nr. 1 in der Welt, ungeachtet der zeitweiligen Ohnmacht der dort lebenden Völker. In diesem Entscheidungsraum kann keine Weltmacht die andere zu einer Kapitulation zugunsten ihres jeweiligen Deutschland zwingen, ohne den festen Willen zu haben, sofort dafür mit Mann und Maus zu sterben.

3. Wenn die Bundesrepublik daher von einer Politik der Wiedervereinigung spricht und gleichzeitig ihren Willen zu einer immer stärkeren Integration in den Westen kundgibt, so ist eines dieser beiden Ziele Lüge oder Selbsttäuschung. Die Politik von Bonn ist dann richtig, wenn man als Deutscher auf alles östlich der Grenzen eben dieser Bundesrepublik Verzicht leistet. Also: auf die Wiedervereinigung unseres Volkes, auf die Ansprüche der Vertriebenen und auch auf Westberlin. Verzichtet man auch nur auf eines von den dreien nicht, so ist die Politik der Bundesrepublik von Anfang an falsch.

Denn es ist doch ganz klar und logisch: Jedes der drei Ziele kann real nur dann angestrebt werden, wenn wir bereit sind, mit dem Osten einen Kompromiß zu suchen, der voraussetzen und einschließen muß, daß die Bundesrepublik eben nicht ihre raison d'être darin findet, an der Front der einen Weltmacht gegen die andere teilzunehmen.

Umgekehrt: wenn die Bundesrepublik daran festhält, daß sie Festung und Waffe der einen Weltmacht gegen die andere ist, so kann sie tausendmal von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit", von Selbstbestimmungs- und Heimatrecht und dem Leuchtturm Westberlin deklamieren, die realen Konsequenzen können nur sein:

a) daß die Teilung immer tiefer und furchtbarer wird,

b) daß die Ansprüche der Vertriebenen endgültig aus der Geschichte gestrichen werden, und daß

c) Westberlin schrittweise verlorengehen muß.

Das ist das Fazit der Bonner Wiedervereinigungspolitik, die von Anfang an nicht viel mehr als eine Lüge, bestenfalls ein Selbstbetrug war. Wie konnte es anders ausgehen? In dem Moment, als klar war, daß Bonn zu keinerlei Disengagement der Weltmächte in Zentraleuropa seinen Beitrag leisten würde (aus Angst, den westlichen Schutz zu verlieren, und damit letztlich aus Mangel an Selbstvertrauen), in dem Moment, als gewiß war, daß Bonn an seiner Rolle einer westlichen Militärbastion festhalten würde, in dem Moment, als es aber gleichzeitig gegen den Osten seine Forderungen auf Wiedervereinigung etc. erhob und der Osten annehmen mußte, daß dieses Westdeutschland mit Rückendeckung des Westens darauf aus war, ihm eine entscheidende Niederlage in Zentraleuropa beizubringen, — in diesem Moment konnte der Osten gar nicht anders handeln, als seinen deutschen Staat als Gegenbastion aufzubauen und dort, wo ihn das Vertrauen der Bevölkerung nicht trug, Zwang einzusetzen.

In der Geschichte zählen die Ergebnisse, nicht die Wünsche. Die Ergebnisse der Bonner Teilnahme an der Frontpolitik der einen Weltmacht gegen die andere liegen nun vor. Sie bestehen in einem zweiten deutschen Staat, in der Anerkennung der durch die Vertreibung geschaffenen neuen Grenzen und in einer tödlichen Gefahr für Westberlin.

Seit der ersten Berliner Blockade mußte man wissen, daß diese Insel nur dann zu halten sein wird, wenn man

entweder eine neue Politik des west-östlichen Disengagements in Zentraleuropa sucht und die Berlin-Frage damit in einen größeren Ausgleich einbaut,

oder wenn man stark genug ist, gegen den Osten einen begrenzten oder auch unbegrenzten Krieg zu führen.

Seitdem der Osten an Kernwaffen mit dem Westen gleichgezogen und in der Raketenwaffe sogar eine Überlegenheit erreicht hat, seitdem sein immer vorhandenes Übergewicht an konventioneller Rüstung ungehindert zum Tragen kommt, seitdem gerät Westberlin in einen tödlichen Griff.

Es geht dem Osten nicht in erster Linie um diese Stadt; dazu wäre eine solche Krise von diesen Ausmaßen nicht notwendig. Was der Osten will, ist: den Westen zu zwingen, seine Deutschlandpolitik und die von Bonn als das zu enthüllen, was sie immer gewesen ist: eine Politik der Teilung. Die Stadt ist lediglich der schwächste und damit strategisch-politisch günstigste Ansatzpunkt. Der Westen hat die Wahl, entweder zu kämpfen, und zwar in einem Zustand klarer Unterlegenheit, was den zentraleuropäischen Raum anbetrifft, oder aber eine Weltblamage einzustecken, dadurch, daß er schrittweise zurückgetrieben wird, oder aber, um beides zu vermeiden, den Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik von Wiedervereinigung, Grenzen von 1937, Heimatrecht etc. selbst das Grab zu schaufeln.

Die Lügen und Phrasen, die Selbsttäuschungen und die geborgte Stärke werden fallen, und die bisherige Teilungspolitik wird nackt und bloß ohne jede Hülle dastehen.

Bedeutet dies alles, daß eine Wiedervereinigung unseres Volkes ein für allemal oder zumindest auf absehbare Zeit unmöglich geworden ist?

Darauf kann man sowohl mit einem Ja als auch mit einem Nein antworten. Absolut unmöglich ist sie geworden, wenn wir auch künftighin davon ausgehen, daß dieser westdeutsche Staat Instrument Washingtons gegen Moskau zu sein hat.

Unmöglich ist sie auch, wenn wir uns der Illusion hingeben, daß für ein militärisch und außenpolitisch neutrales Gesamtdeutschland Moskau seinen deutschen Staat aufgeben würde. Nicht nur Bündnisse und Stützpunkte zählen als Faktoren des weltpolitischen Gleichgewichts im zentraleuropäischen Entscheidungsraum, sondern genau so sehr oder mehr noch die Gesellschaftsordnungen. Unmöglich ist die Wiedervereinigung generell, wenn wir sie als Selbstzweck anstreben.

Denn: wir nehmen mit unserem Volk nicht nur an der machtpolitischen Teilung dieser Erde in West und Ost in einem besonders prekären Entscheidungsraum teil, wir werden auch wie kein Volk unter diese Spannung gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen gestellt, und schließlich ist es bei uns, wo der Zwischenzustand, den man fälschlicherweise Frieden nennt, der härtesten Belastungsprobe ausgesetzt wird.

Wenn die deutsche Politik neuen Sinn gewinnen soll, so kann er weder darin bestehen, daß wir auf unsere eigene Seele Verzicht leisten und an der einen oder anderen Weltfront teilnehmen und damit den Graben zwischen den Menschen (nicht nur zwischen unserem Volk allein) immer tiefer aufreißen. Er kann auch nicht darin bestehen, daß wir, so als ob nichts gewesen wäre, einfach zu einem vorhitlerischen Zustand zurückkehren und die Restauration des deutschen Nationalstaates in diesen oder jenen Grenzen nun weinerlich oder trotzig bei West und Ost einklagen. Der neue Sinn kann nur bedeuten, daß wir eine konsequente Umwertung vollziehen, daß wir erkennen: wir haben unser Schicksal der Mitte bisher falsch aufgefaßt. Wir wollten von dieser Mitte aus unser Imperium nach West und nach Ost ausdehnen und über andere Völker herrschen. Das Ergebnis war, daß West und Ost in diese Mitte eingebrochen sind und sie aufgehoben haben. Letztlich aber zu ihrem eigenen Schaden, wie sie beide merken werden. Denn sie sind nun mit diesen Fragen der Mitte belastet worden, die von ihrem jeweiligen Standpunkt her nicht lösbar sind, mehr noch, sie sind mit ihrer Macht und Ohnmacht nun so in der Mitte verzahnt und verbissen, daß die Katastrophe geradezu unabwendbar erscheint. Falsch ist es und jämmerlich, wenn wir selbst diesem Schicksal der Mitte entfliehen wollen. Wir können es nicht, wir werden immer zurückgestoßen werden. Was uns bleibt, ist allein, den Auftrag, den uns diese Mitte gibt, in einen neuen Geist zu fassen. Wir müssen begreifen, daß dies heißt:

Uns mit unserer ganzen Existenz dafür einzusetzen, daß an diesem intensivsten Berührungspunkt der beiden Teilungsmächte der Welt d e r F r i e d e n g e w a h r t wird. Das will besagen, daß wir einmal jede Politik unterstützen müssen, die dem Abbau der Spannungen in Zentraleuropa dient: von der atomwaffenfreien Zone über den Abzug der nicht-zentraleuropäischen Truppen bis zur international kontrollierten Zone beschränkter Rüstungen. Das bedeutet weiter, daß wir versuchen müssen, an Stelle des Kalten Krieges die schrittweise Kooperation der zentraleuropäischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur zu setzen. Unser Ziel soll es nicht sein, Grenzen zu verändern, sondern in ihrer Bedeutung zu vermindern, Mauern niederzulegen, Gräben zuzuschütten. Das heißt nicht, daß wir uns in der Illusion wiegen, nur mit der Friedenspalme wedeln zu brauchen, und alles werde sich in Wohlgefallen auflösen. Die Auseinandersetzung mit der östlichen Gesellschaftsstruktur bleibt uns ebenso wenig erspart, wie auch der Osten sich auf die Dauer nicht vor jeder Zugluft durch hermetische Absperrung wird schützen können. Die Welt strebt doch in revolutionären Zuckungen, aber in ungeheuer raschen Bewegungen z u e i n a n d e r : sie will Einheit werden, und es würde sehr töricht und in sich selbst schädlich sein, wenn man behaupten wollte (wie das allerdings auf beiden Seiten bisher geschieht), das Patentrezept für diese neue Welt schon in der Tasche zu haben. Wäre dies wirklich der Fall, die Einheit

der Welt wäre schon längst da. Was uns angeht: wir sollten nicht nach neuen Theorien suchen, neue Absoluta verkündigen. Es genügt, wenn wir zunächst nicht mehr daran glauben, daß auf der einen Seite der Welt die Guten und auf der anderen die Bösen sitzen. Es genügt, wenn wir versuchen, das Vernünftige in den jeweils konkreten Entscheidungen zu tun, wenn wir versuchen, Gerechtigkeit zu üben gegenüber dem einzelnen und gegenüber dem Kollektiv. Was immer wir hier in der Mitte anpacken, es darf unter keinen Umständen mit der Absicht geschehen, der einen Welthälfte zugunsten der anderen eine Niederlage beizubringen. Wir haben uns nicht auf eine „neutrale Insel" im Sinne allseitiger Passivität zurückzuziehen, denn die kann es in diesem Streit, der die ganze Welt zerreißt, gar nicht geben, sondern unsere Aufgabe ist es, für den wirklichen Frieden, für die umfassende Einheit und für die Versöhnung dieser Welt einzutreten. Ob wir diese Aufgabe erfüllen können, kann niemand wissen. Wir können sie nur als neuen Sinn ergreifen und uns selbst daran wagen. Mehr kann kein Mensch und kein Volk tun, heute nicht, in der Vergangenheit nicht und auch morgen nicht. Aus der Teilung der Welt ergibt sich die dialektische Bewegung zur Einheit. Wenn hier allein unsere Aufgabe liegen kann, einmal weil wir selbst an der Herbeiführung dieser Teilung schuld haben, zum anderen, weil wir unter ihr mehr als die anderen Völker leiden müssen, so heißt dies, daß die Wiedervereinigung unseres Volkes als Selbstzweck unerreichbar, als Nebenprodukt dieser viel größeren und eigentlichen Aufgabe wohl möglich, ja sogar sicher sein wird.

Die Frage nach den Grenzen

Soll es unsere Aufgabe werden, unsere Existenz daran zu wagen, Trennendes zu verbinden, Spannungen zu entspannen, Brücken zu schlagen, so ergibt sich von selbst, daß das Grenzproblem dabei zu einer zweit- und drittrangigen Frage wird.

Die Grenze spielt eine wesentliche Rolle, wenn wir Teil der einen Weltfront gegen die andere sind. Die Grenze ist auch von erstrangiger Bedeutung, wenn wir daran glauben, daß Gesamtdeutschland als passive „neutrale Insel" zwischen West und Ost existieren könnte.

Isoliert, als reines Rechtsproblem, existiert die Grenzfrage allerdings nur für Juristen und für politische Phantasten.

Auch hier hat die Bundesrepublik, wie in der Wiedervereinigungsfrage, ein Spiel der Halbwahrheiten, wenn nicht der bewußten Täuschung getrieben, deren Opfer die 10 Millionen in Westdeutschland lebenden Heimatvertriebenen sind.

Die Bundesrepublik hat den Kurs der militärischen Integration in den Westen eingeschlagen und gleichzeitig die Forderung nach Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen des deutschen Nationalstaates erhoben. Sie hat ständig darauf verwiesen, daß über diese Grenzfrage erst in einem Friedensvertrag entschieden werden könnte. Sie hat aber gleichzeitig nicht den geringsten Versuch gemacht, mit dem Osten über die Herstellung eines Friedenszustandes zu reden. Warum? Weil dies ja wohl die einzige reale Aufgabe der Bundesrepublik: westliche Festung und Waffe gegen den Osten zu sein, aufgehoben hätte.

Das alles ist zuletzt noch Hand in Hand mit der atomaren Aufrüstung gegangen. Zutiefst von ihrer inneren Unsicherheit getrieben, ging und geht die westdeutsche Verteidigungspolitik darauf aus, innerhalb des Bündnisses einen atomaren Automatismus zu schaffen (zu dem logischerweise die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gehört). Für den Osten hat dies die Bedeutung, daß die Gefahr entsteht, durch eines der ungelösten deutschen Probleme vor den großen Weltkonflikt gestellt zu werden, den man keinesfalls wünscht. Für den Westen ergibt sich die gleiche Drohung, wegen dieser deutschen Fragen in die Endkatastrophe hineingerissen zu werden.

Wenig nützt dabei die Versicherung, man wolle alle diese Probleme ja nicht mit Gewalt lösen. Die Mischung von ungelösten Problemen, Verweigerung echter Friedensgespräche, Aufrechterhaltung von Forderungen und Ansprüchen und gleichzeitigem Drängen nach atomarer Bewaffnung erscheint außerhalb Deutschlands jedem gefährlich. Da wir unsere jüngste Vergangenheit in uns selbst erfolgreich verdrängt haben, begreifen wir es nicht, wie sich plötzlich an diesem einzigen Punkt unserer Grenzforderungen eine neue Augenblickskoalition von Ost und West gegen die Deutschen bilden kann.

Kurz: auch hier ist es so wie mit der Wiedervereinigung und dem Westbündnis. Beides zugleich kann man nicht haben. Man muß sich schon entscheiden. Entweder das Bündnis mit dem Westen und die atomare Aufrüstung, dann aber müssen alle Außenposten und Forderungen abgestoßen werden. Der Westen selbst wird um seiner eigenen Sicherheit willen mithelfen, daß dies geschieht. Oder aber man sieht Wiedervereinigung und Lösung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Probleme, ohne von vornherein deshalb auf wirkliches Recht zu verzichten, als die Hauptaufgabe der deutschen Politik an. Dann geht dies aber keinesfalls, indem man damit beginnt, sich als westliche Festung gegen den Osten zu fühlen, und schon gar nicht mit atomarer Begleitmusik.

Dürfen wir uns darüber wundern, daß der Osten bei unserem heftigen Drang nach der atomaren Automatik des Westbündnisses daran geht, vorsorglich zusammen mit dem Westen unsere Forderungen, die über die Existenz und Grenzen dieses westdeutschen Staates hinausgehen, zu liquidieren? Auch dies ist durchaus eine logische Folge der Politik von Bonn selbst. Und man würde es den Vertriebenen, die lediglich als Stimmvieh und in ihrer Enttäuschung als antikommunistisches Korsett verwendet und ausgebeutet werden, wünschen, daß sie diese Zusammenhänge begreifen lernen. Es würde sich dann viel in Westdeutschland ändern, wenn diese Schicht von Menschen sehen könnte, daß es für sie nur Hoffnung gibt, wenn sie selbst Pioniere einer neuen Friedenspolitik in Zentraleuropa werden.

Ist das zuviel verlangt? Bis heute unterstützen sie eine Politik der Feindschaft gegen den Osten und sind für jede Scharfmacherei zu haben. Sie haben auf den Sieg der einen Welthälfte gegen die andere gesetzt, den es nicht geben kann. Real haben sie damit lediglich beigetragen, ihre eigenen Forderungen zu liquidieren. Sie werden es in diesen kommenden Wochen und Monaten erleben müssen.

Leider steht auch schon eine Partei bereit, die, wie man so sagt, nichts vergessen und nichts dazugelernt hat. Sie wird versuchen, die Stimmen der Enttäuschten aufzufangen und daraus einen neuen Nationalismus zu entfachen. Er würde eine Karikatur der Bewegung von gestern werden, und das ohnmächtige Fäusteschütteln nach allen Seiten würde die Sache der Vertriebenen endgültig isolieren und diskreditieren.

Mit der Illusion, die Wiedervereinigung Deutschlands, sprich die Liquidierung der DDR, könnte durch die Anerkennung der derzeitigen deutschen Ostgrenzen erkauft werden, eine recht zählebige Dummheit, brauchen wir uns nicht näher auseinanderzusetzen. Die Entwicklung der Dinge spricht für sich.

Was bleibt also?

1. Wenn es unsere Aufgabe werden soll, von der Mitte her für die Überwindung der Fronten in der Welt zu wirken, so kann man nicht damit anfangen, daß man starre Grenzforderungen aufstellt, die den Zugang zu unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn von vornherein erschweren oder ganz unmöglich machen.

2. Die Kluft, die Kriegs- und Nachkriegsereignisse zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen aufgerissen haben, kann man mit juristischen Formeln nicht überbrücken. Es gehört dazu als Voraussetzung, daß zwischen un-

seren Völkern wieder Vertrauen wächst. Die ganze Forderung, von der Mitte her zur Überwindung der Gegensätze und Fronten, zur Versöhnung und Einheit aller beizutragen, wäre idealistisches Geschwätz und bar jeder realen Bedeutung, wenn wir uns nicht zuerst und zunächst am deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Problem bewähren würden. Damit steht und fällt unser ganzes Fragen nach einem neuen Sinn unserer geschichtlichen Existenz.

3. Trotz aller bestehenden Gegensätze und trotz allen aus der Vergangenheit herrührenden gegenseitigen Mißtrauens treibt uns doch die konkrete geschichtliche Entwicklung in eine neue Gemeinsamkeit. Vor Jahren hat der polnische Außenminister Rapacki den Plan einer atomwaffenfreien zentraleuropäischen Zone in die Debatte geworfen. Diese Frage bleibt immer noch aktuell. Vielleicht werden West und Ost in den kommenden Krisen um Deutschland bis an den Rand des Abgrunds vorrücken müssen, um erkennen zu können, daß es nur den einen Ausweg gibt: die Schaffung einer zentraleuropäischen Friedenszone, aus der beide Weltmächte militärisch abrücken und die dann die deutschen und westslawischen Völker zu einer in sich wachsenden Gemeinsamkeit vereinigt. Die Fragen, die Krieg und Nachkrieg zwischen den Völkern Zentraleuropas geschaffen haben, werden nicht gelöst, indem man Grenzen verschiebt — also quantitativ —, sondern indem in einer solchen mitteleuropäischen Friedenszone die Bedeutung der Grenzen ständig vermindert, also indem ein neuer qualitativer Prozeß in Gang gesetzt wird.

Im übrigen entspricht dies allein der Grundtendenz der Entwicklung unserer heutigen gesamten Welt. Wenngleich noch Nationalstaaten am laufenden Band in die Geschichte eintreten, zeigt sich doch schon klar und deutlich, wie ausgehöhlt diese nationalen Souveränitäten von den technischen, wirtschaftlichen und auch geistigen Entwicklungen werden, die alle zu umfassenderen Einheiten hinstreben.

Im alten Stil der Verschiebung nationalstaatlicher Grenzen lassen sich diese Fragen nicht mehr lösen. Es soll aber nicht der Versuch gemacht werden, recht unschöne Sachen durch schöne Worte hinwegzuinterpretieren. Dafür sind diese Dinge viel zu ernst. Wenn sie für uns die wesentliche Bewährung darstellen, wenn es darauf ankommt, daß zwischen Deutschen und Slawen, die gleichzeitig heute westlich und östlich der Welttrennungslinie stehen, eine neue brüderliche Nachbarschaft, ja Gemeinschaft entsteht, so gibt es dafür keine bequeme Lösung. Keine, die sich nur an Rechtsformeln ausrichtet, keine, die man einfach dem hauptbetroffenen Teil unseres Volkes auferlegen kann, keine, die sich auf westliche oder östliche Gewalt stützt. Alles das wäre zutiefst unehrlich und würde keinen Frieden bringen.

An diesem Punkt muß die geistige Umkehr stattfinden, die allein Gegensätze auflösen kann. Und diese Aufgabe ist zunächst einmal uns selbst aufgegeben. Wenn die Charta der deutschen Heimatvertriebenen sagt: „Wir fühlen uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird", so sollten wir uns vorher daran erinnern, daß es die Führung unseres Volkes war, die da sprach: „Kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht." Und wir haben das nicht nur gesagt, wir haben auch danach gehandelt.

Wenn man an Gott wirklich glaubt, dann kann man ihn nicht, so als ob nichts geschehen wäre, nun in den Zeugenstand für die eigene Sache zitieren. Gott ist nicht Zeuge für unsere Forderung und läßt sich nicht von uns einspannen. Versuchen wir, unser Leben als ein Leben vor ihm aufzufassen und mit unseren ge-

ringen und irrenden Kräften nach bestem Wissen und Gewissen das Rechte zu tun, was in unserem Fall heist: die Existenz unseres Volkes an den Frieden zu wagen, die Kluft von Haß und Rache zwischen uns und unseren Nachbarn zu überwinden, so wird uns schließlich auch Recht werden.

Nicht die Gewalt der Kriegsmaschinen, nicht die Klugheit der Diplomaten, nicht das Beharren der Juristen kann diese Fragen lösen, sondern nur ein neuer Geist, den wir selbst zuerst ohne jeden Rückhalt bejahen und l e b e n müssen.

„Nur in dem Maße, als Deutschland fähig und bereit ist, dem Frieden zu dienen, kann es seine eigenen Schicksalsaufgaben lösen helfen; und nur in dem Maße, als eine Entspannung möglich wird, können realpolitische Lösungen für die deutschen Fragen gefunden werden; nicht durch die Fortsetzung des Kalten Krieges, nicht durch einen Sieg in diesem." So sagt Hermann R a u s c h n i n g in seinem Buch „Mut zu einer neuen Politik", und er fährt fort: „Die Aufspaltung der Welt ist ein tief spirituelles Ereignis; so ist es die Teilung Deutschlands, in der sie sich im kleinen Maßstabe wiederholt. Es ist die Herausforderung zu einer tiefen Gemeinsamkeit, einer neuen Einheit. Unsere Heimatlosigkeit, dies Bewußtsein, hinausgestoßen zu sein, ... diese Fremdheit und Einsamkeit zeigen das Ende des bisherigen Weges, das Ende einer Weltzeit an. Wir können nur noch ein neuer Mensch sein wollen, sofern wir überhaupt noch Mensch bleiben können. Wir haben nur noch in einer gewandelten Welt eine Zukunft. Eine neue Zeit bricht im Wissen um ein neues Gemeinsames an, mit einem neu gefundenen Bleibenden, einer neuen Gemeinschaft. Um dieses beides geht es fortan: um die große Gemeinschaft der Menschen und um ihren Auftrag zur Wandlung. Über beides entscheidet kein äußerer Kampf. Dort, wo man aus eigenem Irrtum aufbricht, ihn zu überwinden, warten die fruchtbaren Kämpfe des Reifens. Nicht dort, wo man ihn verschweigt, wo man sich weigert, am allgemeinen Irrtum teilgenommen zu haben. Durch Irrtum und Schuld wachsen den Menschen die Kräfte zur Wandlung."

D i e „S i c h e r h e i t" w i r d v o n u n s g e n o m m e n

Da wir uns innerlich nicht „sicher" waren, haben wir auf die äußere Sicherheit gesetzt, die auf Militärbündnissen, fremden Stützpunkten und schließlich unserer atomaren Bewaffnung gründet. Unter der Glocke der amerikanischen Kernwaffen wurde dieser Staat gebaut, konnte er seine Integrationspolitik entwickeln, h a t e i n V o l k v e r s u c h t, s i c h a u s d e r G e s c h i c h t e h i n w e g z u s t e h l e n und nur noch seinen privaten Geschäften nachzugehen. „Es kann uns nichts passieren, wenn wir diese ‚bewährte' Politik weiter verfolgen", — diese Überzeugung verbreitete unsere Regierung mit durchschlagendem Erfolg.

Auch hier wird es nun einen jähen Sturz aus allen Illusionen geben. Die Option für die eine Seite der Weltauseinandersetzung wird uns die erhoffte Sicherheit nicht geben. Gleichzeitig zeigt sich damit die Ausweglosigkeit, ja Hoffnungslosigkeit jedes bloß technisch-militärischen Denkens.

Zur Zeit hat der Westen keine strategische Doktrin mehr, und alle Diskussionen, Pläne und Erklärungen, alle die Einführungen neuer Begriffe von der „Erhöhung der atomaren Schwelle", der „Pause" vor dem atomaren Einsatz usw. sind letztlich Ausdruck einer Ratlosigkeit. Kein Staat des Westens aber wird von diesem Zusammenbruch militärisch-strategischer Auffassungen so in Mitleidenschaft gezogen wie die deutsche Bundesrepublik, die die erste Frontlinie besetzt hält und an der der Osten sich versucht fühlen könnte auszuprobieren, was an der Neuformung der westlichen Militärdoktrin wirklich dran ist.

Tatsache ist: seit die Sowjetunion an Kernwaffen mit den USA gleichgezogen hat und seit sie auf dem Raketensektor sogar einen Vorsprung errungen hat, den die amerikanischen Sachverständigen bis zum Jahre 1965 glauben hinnehmen zu

müssen, hat die Doktrin der Abschreckung die Wirkung eines Bumerangs bekommen. Der Westen wird schon heute bedeutend mehr abgeschreckt als der Osten — und das nicht nur auf Grund seiner Struktur der offenen Diskussion und des Auswalzens aller Tatsachen in der Öffentlichkeit. Von den wenigen mobilen Polaris-Unterseebooten abgesehen, sind dem Osten alle westlichen Bomber- und Raketenstützpunkte bekannt und damit zum großen Teil im ersten Schlag vernichtbar. Bis die Amerikaner in zwei, drei Jahren bewegliche Raketenrampen für die neuen Feststoffraketen haben werden oder sie unterirdisch so abdecken können, daß sich ihre Verwundbarkeit sehr mindert, wird die strategische Bomberwaffe der USA in einer Art Daueralarm leben müssen, was ungeheure Anforderungen an Nerven, Material und Mittel stellt. Die Sowjetunion hat dagegen den Vorteil, daß nur ein kleiner Teil ihrer Abschußbasen bekannt ist, daß die gegnerische Bomberwaffe (im Gegensatz zu Interkontinentalraketen) doch zu einem Großteil durch Abwehrraketen abgefangen werden kann und daß die Masse der Mittelstreckenraketen des Westens, die in Europa stationiert sind, von eigenen Raketen präzis erfaßt werden kann. Wenngleich die Rechnung für keine der beiden Seiten glatt aufgehen kann und man deshalb vor diesem letzten Risiko zurückscheuen wird, so bleibt eben doch Tatsache, daß die Abschreckungsdoktrin des Westens auf Grund dieser Lage absolut unglaubwürdig geworden ist. Damit aber kommt das noch bedeutend eindeutigere konventionelle Übergewicht des Ostens auf dem europäischen Festland zum Tragen.

Der jetzige oberste Militärberater des amerikanischen Präsidenten, General T a y l o r , hat seit Jahr und Tag deshalb eine verstärkte konventionelle Rüstung gefordert. Unter der Regierung E i s e n h o w e r blieb diese Forderung ohne Gehör. K e n n e d y hat sie aufgegriffen, denn, wie er sagte, hat er es satt, immer vor der unmöglichen Wahl zu stehen, den atomaren Selbstmord zu entfesseln oder eine weitere Demütigung hinzunehmen. Also spricht man heute von der „abgestuften Abschreckung", von der „verstärkten konventionellen Aufrüstung", von der „Erhöhung der atomaren Schwelle" und von der „Pause" vor dem atomaren Einsatz.

Aber zur Zeit sind das nicht viel mehr als Theorien, und die verstärkte konventionelle Rüstung, die einem praktischen Vergleich mit den Sowjets standhalten könnte, ist einfach nicht vorhanden. Und es braucht einige Jahre, bis sie hier sein wird. Und bis dahin? Die Sowjets werden sicher auch nicht schlafen ... Man kann keine Politik des ‚als ob' treiben; als ob diese Rüstung schon vorhanden wäre. Die Niederlage würde auf dem Fuß folgen.

Der bundesdeutsche Verteidigungsminister hat das schon erkannt, wenn er schreibt: „Wenn wir ... zu der Auffassung kommen sollten, wir sollten jedem Angreifer garantieren, daß er bis zu einer gewissen Grenze, bis zu einem gewissen Umfang des von ihm unternommenen Angriffs kein ernsthaftes Risiko läuft, dann laden wir gerade dazu ein, das Schießen oder die Gewaltanwendung wieder zu einem Mittel der Politik in Europa zu machen." Das heißt, auf Grund unserer eindeutigen Unterlegenheit an konventioneller Rüstung glaubt Strauß, daß der Osten seine militärische Macht in Zentraleuropa in die Waagschale werfen wird, sobald er sicher ist, daß er dafür keinen Preis in Form atomarer Vergeltung zu bezahlen hat. Und er fährt fort: „Solange wir den Sowjets glaubhaft machen können, daß wir die Mittel haben — und die Entschlossenheit, sie anzuwenden —, die bei jeder Form eines bewaffneten Konflikts ... für sie selbst ein unübersehbares Risiko auslösen werden, solange werden wir in Sicherheit leben können."

Wie aber kann der Westen den Sowjets glaubhaft machen, daß er zum Schutze der Deutschen seine atomaren Waffen einsetzen wird, will sagen, daß er bereit ist, für uns Selbstmord zu begehen? Hier zählen keine Deklamationen und Drohun-

gen, sondern die harten Tatsachen. Und auf Grund dieser ist ein westlicher Atomeinsatz für uns eben nicht mehr glaubhaft zu machen, um so weniger, wenn die Sowjets vorsichtig und schrittweise vorgehen. Das Dilemma bleibt: der Westen kann und wird für uns keinen Atomkrieg riskieren, und der Westen kann auch konventionell in Zentraleuropa nicht das Gleichgewicht halten.

Da also der Vordersatz in der Erklärung des Verteidigungsministers nicht mehr zutrifft, ergibt sich genau nach seinem Wort, daß wir von nun an eben nicht mehr in der Sicherheit leben werden.

Wieder stehen wir vor einer Grundentscheidung. Es bleiben uns zwei Wege:

Wir können die „bewährte" Politik des Herrn Bundeskanzlers und seiner Partei fortsetzen. Dann könnte es unvermeidbar werden, daß die Russen in Deutschland ausprobieren werden, was an dieser Politik der Abschreckung und der vermeintlichen Stärke dran ist. Es würde sich dann herausstellen, daß die Dulles-Doktrin der atomaren Vergeltung nicht mehr funktioniert. Es würde sich auch ergeben, daß wir einen konventionellen Waffengang nicht durchstehen können. Im übrigen: was würde selbst bei einem Durchhalten das Endresultat sein? Da in einem Entscheidungsraum wie dem zentraleuropäischen keine der beiden Weltmächte eine 100prozentige Niederlage wird hinnehmen wollen, würden nach einiger Zeit Atomwaffen auf diesem begrenzten Territorium eingesetzt werden. Schließlich würde, nachdem das deutsche, polnische und tschechische Volk in der Substanz vernichtet worden wären, alles wie in Korea an der alten Demarkationslinie enden. Da wir nicht mehr Mitte sein wollen, würde die Mitte eben auch physisch ausgelöscht werden. Es kann auch sein, daß es bei Fortsetzung dieser Politik nicht zur militärischen Auseinandersetzung in Zentraleuropa kommt, aber das würde nur bedeuten, daß der Westen unter Druck seine Positionen in der Bundesrepublik räumt und wir selbst unter Druck neutralisiert werden. Die letzte und eigentliche Chance hätten wir dann vergeben, denn es ist klar, daß sich aus einer erzwungenen Kapitulation keine neue Politik der Mitte entwickeln kann.

Der andere Weg ist der Versuch, mit politischen Mitteln das militärische Dilemma aufzulösen. Wir sollten uns keinesfalls wehrlos machen, wir sollten im Gegenteil, anstatt uns wie bisher hinter der amerikanischen Bombe zu verstecken, wieder den Sinn für das vernünftige, dem Frieden dienende Opfer erwecken, ohne das es kein Menschentum gibt. So glasklar, wie eine neue deutsche Politik für den Frieden und die Überwindung der Teilung dieser Welt und die Versöhnung und Begrenzung der Gegensätze eintreten sollte, so deutlich wir uns jedem Kalten oder Heißen Krieg der einen und anderen Seite verweigern sollten, so entschieden sollte man wissen, daß dieses Volk sich niemals etwas aufzwingen läßt, das seiner Auffassung von Wahrheit und Gerechtigkeit widerspricht. Wir brauchen keine Atomwaffen, denn wir wollen niemanden angreifen, und ohne den Rückhalt dieser Waffe ist ein Angriff heute unmöglich, zumindest in Zentraleuropa. Auch wenn wir welche hätten, wir könnten damit ohnehin niemals siegen, sondern unser Land nur einem alles vernichtenden Vergeltungsschlag aussetzen.

Was wir brauchen, ist eine Aufgabe, die uns erfüllt, die unserer geschichtlichen Existenz wieder Sinn gibt. Welche Aufgabe dies allein sein kann, ist gesagt worden. Wenn man nur materiell denkt, so stimmt es, was Strauß sagt, daß „die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein"; wenn wir uns aber mit dieser Tatsache zufrieden geben, wenn wir nicht mehr glauben können, daß unser Geist diese Fesseln sprengen kann, und wenn wir uns selbst nicht in diesem Sinne aufs Spiel setzen, dann sind wir geschichtlich abgetreten.

Klaus Ehrler, M. A.

Das Berlin-Problem vor seiner Lösung

Die Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters in West-Berlin, General Clay, vom 22. September 1961[1]) haben außerordentlich starke Beachtung gefunden und eine Vielzahl von unterschiedlichen Stellungnahmen ausgelöst. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich zum wiederholten Male, daß das Berlin-Problem zu einem nicht geringen Teil das Problem einer den Realitäten vielfach nicht entsprechenden Bewußtseinslage der westdeutschen und westberliner Öffentlichkeit ist. Zwölf Jahre Illusionspropaganda fordern jetzt ihren unheimlichen Tribut: wenn es gut geht, besteht er in Gefühlen der Enttäuschung und Verbitterung über einen politischen Irrweg, der vielen guten Chancen bewußt ausgewichen ist, um die vermeintlich beste Chance zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung nicht zu verfehlen; wenn es schlimm kommt, werden nicht nur wir Deutschen, sondern sehr sehr viele Menschen und Völker mit uns in einem atomaren Weltkriegsinferno einen totalen, endgültigen Tribut zu entrichten haben: das Opfer der Existenz.

Selten — oder sogar nie — ist eine lokale Krise in einem so eminenten Ausmaße zugleich eine Welt-Krise gewesen. Man möchte es und kann es auch jetzt kaum glauben, wenn man das etwas provinziell gewordene Berlin besucht und erlebt. Die Schockwirkung der Mauer des 13. August ist verhältnismäßig schnell abgeklungen, und bei aller unverminderten Polemik in Presse und Öffentlichkeit West-Berlins gegen die Trennungsmaßnahmen ist eine zumindest äußerliche Normalisierung oder Anpassung an die neue Situation unverkennbar. Dennoch ist das Bewußtsein der Krise in West-Berlin ziemlich allgegenwärtig. Hinter der wenig veränderten Physiognomie des Alltags besteht eine starke Spannung; es gilt kurzschlüssigen oder fehlgeleiteten Entladungen vorzubeugen.

Die Möglichkeiten produktiver und positiver Verwandlung dieser starken Angespanntheit des allgemeinen Krisenbewußtseins in Erkenntnisse und Maßnahmen politischer Vernunft auf weite Sicht sind zur Zeit noch gering. Die teils empörten, teils beschwichtigenden amtlichen und journalistischen Kommentare zu der AP-Meldung über die Ansichten „maßgeblicher amerikanischer Kreise in Berlin" (sprich: General Clays) beweisen, daß auch eine späte Neuorientierung anhand bitterer und harter Realitäten nur schwer und langsam durchzusetzen ist. Selbst wacher Sinn für politische Ereignisse ist nicht vor Panik und Kopflosigkeit zu bewahren, wenn er auf die Dauer einem falschen politischen Bezugssystem oder einem schon längst ungültig gewordenen politischen Fahrplan verhaftet bleibt.

Genau dies ist die Hauptgefahr für die bevorstehende Lösung des Berlin-Problems, wie günstig, praktikabel und vernünftig sie auch für die Westberliner selbst ausfalle. Denn es gibt bestimmte Einzelheiten, die in jeder wie immer gearteten Berlin-Regelung enthalten sein müssen, soll sie allenthalben akzeptabel und praktikabel sein. General Clay hat dies ansatzweise klarzumachen versucht. Es sollte keine Gelegenheit versäumt werden, die von ihm angedeuteten Tatsachen und Notwendigkeiten immer wieder zu betonen und zu begründen. Die objektive Lösbarkeit des Berlin-Problems darf nicht an subjektiver Lösungs-Unwilligkeit oder gar an Lösungs-Sabotage scheitern.

Die Schwierigkeit, das Berlin-Problem zu verstehen, ist kaum weniger groß als die, es einer positiven Lösung näherzubringen. Man muß es in dem richtigen Rahmen all seiner entscheidenden Voraussetzungen und Bedingungen sehen. Leider ist dies bisher viel zu wenig und viel zu selten geschehen. Die komplexe

Struktur des Berlin-Problems erfordert eine mindestens ebenso komplizierte Untersuchung und Behandlung der Berlin-Krise. Da es sich ohne jede Übertreibung um eine schwere Welt-Krise handelt, darf das durch sie aufgegebene schwere Problem nicht eine Angelegenheit lokaler und nationaler Instanzen bleiben, selbst wenn das starke lokale Engagement der vier Atom- und Großmächte zugleich ein internationales ist und weltweite Auswirkungen und Rückwirkungen erwarten oder befürchten läßt. Berlin ist heute Kreuzungspunkt verschiedener historischer Entwicklungslinien und Berührungspunkt vieler politischer Kraftlinien. Ein einigermaßen zutreffendes Bild der Berlin-Krise läßt sich nur dann gewinnen, wenn man die wichtigsten von ihnen einbezieht. Bei aller partiellen Richtigkeit können daher einseitige Charakterisierungen der Situation Berlins sehr in die Irre führen. Es genügt einfach nicht, von West-Berlin als der bis zum 13. 8. 1961 virulent gewesenen und seither eingeschlossenen „Trichine", oder aber, um ein anderes Bild zu gebrauchen, von der „abgetrockneten Pflaume" am gebrechlichen Ast der Luftkorridore zu sprechen. Auch der „verlandende Teich" oder das „teuerste Altersheim der Welt" sind Gleichnisse, die zu sehr die lokale Seite und ortsgebundene Konsequenz-Perspektive des Problems betonen. Schon eher wäre das Bild vom „Zünder des Atombrandes" angemessen, das aber die Last der Problematik zu sehr den vier Atom- und Besatzungsmächten zuweist. Und wenn man an das heutige Berlin als den „Kyffhäuser der deutschen Wiedervereinigung" denkt, verliert sich die Dringlichkeit der Problemlösung zu sehr im romantischen Idyll dieses Bildes. Bezeichnend ist jetzt vor allem, daß das alte Vokabular der Berlin-Charakteristik außer Kurs gesetzt ist: „billigste Atombombe", „Schaufenster des Westens", „Menschenschleuse" sind inzwischen historisch gewordene Schlagworte. Merkwürdig ist besonders, daß auch der Terminus „Frontstadt", obwohl doch seit dem 13. August noch um einiges zutreffender geworden, da sich Verbände der NATO und des Warschauer Pakts in Distanz einer Straßenbreite gegenüberstehen, kaum mehr über die Lippen des Berliners geht.

Drei Phasen

Die Berlin-Krise findet auf drei Ebenen statt. Sie steht seit Mitte 1961 in ihrer dritten Phase. Diese Grundtatsachen seien kurz erläutert:

Der Streit um und über Berlin wird auf internationaler Ebene mit weitgehend beschränkter Partnerzahl (vier) ausgetragen, ferner auf nationaler Ebene zwischen den Regierungen in Ost-Berlin und Bonn teils als Reflex, teils aber auch als Antriebsmoment der internationalen Auseinandersetzung. Die lokale Ebene zeigt die beiden streitenden Parteien in weitgehender bis vollständiger Abhängigkeit von den jeweils zu- und übergeordneten internationalen und nationalen Mächten. Das größere Engagement der Großmächte auf Berliner Ebene gibt den lokalen Selbstverwaltungsinstanzen die Unmittelbarkeit des „direkten Drahtes" zu ihnen. Damit erhalten die Ortsbehörden einen Sonderstatus gegenüber ihrem jeweiligen nationalen „Hinterland" und auch die Möglichkeit, in engem Rahmen selbständig initiativ zu werden. Tatsache und Ausmaß solcher Eigeninitiativen der Berliner Ortsbehörden in Ost und West hingen bisher stets vom Entwicklungsstand der jeweiligen Phase der Berlin-Krise ab. Es ist für die Geschichte Berlins sehr bezeichnend, daß in manchen Situationen die Lokalvertretungen mehr Initiative entwickelten, als den übergeordneten Besatzungsmächten genehm war, während es bei anderen Gelegenheiten nicht leicht für die eine oder andere von ihnen war, ihre Wünsche oder Intentionen von den Lokalbehörden respektiert zu sehen.[2])

Im ganzen sind also acht Partner und Parteien direkt am Berlin-Konflikt beteiligt: fünf auf westlicher, drei auf östlicher Seite. Es wäre verfehlt, ihre Positio-

nen je nach Blockzugehörigkeit als völlig identisch anzusehen. Dies gilt noch mehr, wenn der Kreis der mittelbar am Berlin-Konflikt beteiligten Staaten der NATO und des Warschauer Pakts in Betracht gezogen wird.

Der Beginn der ersten Phase der Berlin-Krise spielte sich auf der internationalen Ebene ab: Die Uneinigkeit der vier Großmächte in der Deutschlandfrage führte zum Ende der Arbeit des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Da er keine ganz Deutschland betreffenden Direktiven mehr zustandebringen konnte und zu bestehen aufhörte, verlor Berlin seine Funktion als Sitz dieses letzten wirklich gesamtdeutschen zentralen Regierungsapparates (März 48). Die Funktionslosigkeit der Viersektorenstadt machte die internationale Krise zugleich zur lokalen Krise. Getrennte Währungsreformen, Trennung der Stadtverwaltung in eine westliche und eine östliche, Blockade und Luftbrücke sind Stationen dieser ersten Phase der Berlin-Krise, die mit dem Jessup-Malik-Abkommen vom Mai 1949 auf Eis gelegt wurde. Das Berlin-Problem trat in den Hintergrund, die Auseinandersetzung der Welt-Blöcke in Europa fand von dieser Zeit an vorwiegend auf der nationalen deutschen Ebene statt: die Bildung der Bundesrepublik (September 1949) und der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1949) bedeutete eine Entlastung der exponierten Stellung der Großmächte in ihrem Streit um Deutschland, eine teilweise Delegierung ihrer gegensätzlichen Programme an ihre jeweiligen Partner-Staaten in Deutschland. Bei aller Stellvertretung, die in dieser Kompetenzverlagerung auf die beiden deutschen Staatsgebilde im Zuge der sich konsolidierenden Blockbildung in Ost und West liegen mochte, war doch auf die Dauer eine sich ständig ausweitende Eigenständigkeit und Besonderheit in ihrer Entwicklung unvermeidlich. Gerade diese nicht von den westlichen bzw. östlichen Besatzungs- oder Schutzmächten direkt verantwortliche Eigenpolitik ihrer deutschen Partnerstaaten hat zu Rückwirkungen geführt, die zu erneuter und erhöhter Belastung ihrer internationalen Großmachtpositionen wurden. Die Interdependenz der verschiedenen Gebiete und Ebenen, auf denen der Ost-West-Gegensatz ausgetragen wurde, ließ es auf diese Weise nicht zu einer Beruhigung und Entspannung in Europa kommen.

Der entscheidende Schritt, der in diesem Zusammenhang das Faß zum Überlaufen brachte, war der vom Bundestag gebilligte Entschluß der Bundesregierung, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten (März 1958). Die Eile, mit der Minister Strauß das NATO-Dokument MC 70 aufgriff und zur Grundlage einer besonderen westdeutschen Politik der Stärke machte, verschärfte die Zuspitzung der internationalen Situation so erheblich, daß eine entsprechende Rückwirkung unvermeidlich war. Die auf Eis liegende Berlin-Frage wurde von der Sowjetunion in die Hitze der aktuellen internationalen Diskussion zurückbefördert (November 1958) und in den Rahmen einer notwendigen friedensvertraglichen Regelung des Deutschlandproblems gestellt (Januar 1959). Damit begann die zweite Phase der Berlin-Krise.

Schon im Dezember 1957 hatte George F. Kennan im dritten seiner vielbeachteten Rundfunkvorträge über Atombewaffnung und Disengagement auf die zu besonderer Achtsamkeit zwingende Labilität der Lage Berlins hingewiesen, indem er von den „äußerst gewagten und unhaltbaren Vereinbarungen" sprach, „die gegenwärtig über den Status von Berlin bestehen, Vereinbarungen, deren leiseste Verletzung unschwer eine neue Weltkrise auslösen könnte". Kennan warnte die Westmächte damals, ein Jahr vor Beginn der zweiten Phase der Berlin-Krise, sehr eindringlich: „In England und Amerika neigt man beharrlich dazu, die Situation in Berlin zu übersehen, solange sie uns nicht zu schaffen macht, — und anzunehmen, daß alles schon irgendwie gut ausgehen wird. Darf ich darauf hinweisen, daß die Stellung der Westmächte in Berlin durchaus nicht

fest oder sicher ist?" [3]). Wenn man daneben liest, was Walter Lippmann im September 1961 zur Berlin-Krise schreibt, wird sofort deutlich, daß nicht nur die Politik der Westmächte, sondern auch die der Bundesrepublik für ihre Aktualisierung verantwortlich zu machen ist: „In beiden Ländern (USA und UdSSR) gibt es eine Grenze, die zu überschreiten für den anderen nicht sicher ist. Es ist jene Grenze, nach deren Überschreitung ein Kompromiß als Demütigung und Kapitulation aufgefaßt wird. In Verhandlungen sollte man diese Grenze sehr genau feststellen. Für die Vereinigten Staaten ist eine Blockade der Zufahrtswege nach Berlin z. B. eine solche Grenze, und für die Sowjetunion wäre es die Überlassung von Atomwaffen an Westdeutschland. Dies sind Provokationsgrenzen, deren Nichtbeachtung unkontrollierte, ja selbstmörderische Reaktionen zur Folge haben könnte."[4])

Die Chance der Genfer Konferenz von 1959 ist von der Bundesregierung nicht wahrgenommen worden. Bonn hinderte ganz im Gegenteil die ihm verbündeten Westmächte daran, eine Politik zu verfolgen, die für die westliche Position in Berlin eine Entlastung hätte bringen können. Auch im Jahre 1960 hielt die Bundesregierung ihre Illusionspolitik aufrecht. Die Sowjetunion sah sich gezwungen, zu erklären, daß sie notfalls den von ihr als dringlich erachteten Abschluß eines Friedensvertrages nur mit der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen werde. Damit war klargeworden, daß spätestens vom Zeitpunkt dieses Vertragsabschlusses an eine Neuregelung des Kontrollmodus auf den Transitverkehrswegen von und nach Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft notwendig wird.

Das Memorandum zur Deutschland- und Berlinfrage, das Ministerpräsident Chrustschow Anfang Juni 1961 dem amerikanischen Präsidenten Kennedy überreichte, leitete die dritte Phase der Berlin-Krise ein, indem es den Terminplan der sowjetischen Politik des Friedensvertragsabschlusses mindestens mit der DDR auf den Zeitraum der letzten sechs Monate von 1961 festlegte. In diesem Zusammenhang wirkt die Mauer durch Berlin wie ein harter Strich, der den Ernst dieser Ankündigung betonen soll. Mindestens seit Juni 1961 war West-Berlin auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise vom „Pfahl im Fleische des Ostblocks" zum Faustpfand in der Hand der Sowjetunion geworden, eine traurige Bilanz nach vielen chancenreichen Jahren westlicher Politik, die nicht zu vernünftigen Verhandlungen ausgenützt worden waren.

Die Bundesregierung zeigte sich von alledem ungerührt. Sie dachte nicht daran, ihrem amerikanischen Bundesgenossen aus seiner selbstmörderischen Prestigeposition in West-Berlin mit herauszuhelfen, sie dachte nur an ihren Wahlkampf. Sie beutete rücksichtslos das amerikanische Engagement in Berlin als Argument der „Richtigkeit" ihrer eigenen Illusionspolitik aus. Da kam der 13. August, der die Sektorengrenze in Berlin mit Billigung der Warschauer Pakt-Staaten zur hermetisch dichten Staatsgrenze verwandelte. Das Kartenhaus der Bundesregierung brach zusammen: die von ihr genährten Hoffnungen der bundesdeutschen Öffentlichkeit erwiesen sich als unerfüllbar, das reale und substanzielle Engagement der Westmächte hatte niemals den aus wahl- und anderen taktischen Gründen aufgeblähten Umfang. Auf den Wahlkampf wurde kaum noch Rücksicht genommen. Präsident Kennedy ernannte einen Botschafter speziell für West-Berlin. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem neuen und sicheren Status für West-Berlin als autonomes Gemeinwesen war damit getan. Die Zeit war plötzlich so sehr in Bewegung gekommen, daß der durch langgenährte Illusionen in Diskrepanz zu den Realitäten geratene Bewußtseinszustand der westberliner und westdeutschen Öffentlichkeit einfach nicht mehr schonend berücksichtigt werden konnte. Die Stellungnahme der meisten Teilnehmer der Belgrader Konferenz zur Frage der deutschen Zweistaatlichkeit war für Amerika ein Signal, den Anschluß

an den internationalen Stand der Deutschland-Diskussion nicht zu versäumen. Da Bonn nichts dazu beigetragen hatte, die USA aus der Unausweichlichkeit der furchtbaren Berlin-Alternative Atomkrieg oder Kapitulation zu befreien, konnte es insbesondere nach der Bundestagswahl nicht erwarten, von der allgemeinen Ernüchterungs-Kur der amerikanischen Politik verschont zu bleiben.

Botschafter Clay hat es unbarmherzig durchsickern lassen: „ . . . Die Deutschen müssen sich ‚für einige Jahre' mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden."[5]) Dennoch hält Minister L e m m e r in Straßburg eine Rede, in der er die allein den Frieden erhaltende Stabilisierung der jetzigen europäischen Grenz- und Souveränitätsverhältnisse den Postulaten seiner irrealen Wiedervereinigungs- und Selbstbestimmungsparolen zum Opfer bringt. Das nötige Umdenken der bisherigen Illusionen zu realen Erkenntnissen wird weiter behindert. Die Springer-Presse wirft den Westmächten bereits den „Verkauf der Deutschen" an den Osten vor. Es wird noch immer keine vernünftige Konzeption zur politischen Überwindung der Krise entwickelt oder wenigstens zugelassen. In dieser Situation ist es gut für die Westberliner, der Konzeptionslosigkeit der Bonner und westberliner Parteien nicht völlig ausgeliefert zu sein. Präsident Kennedy erklärte in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung unmißverständlich: „Wir sind an keine starre Formel gebunden", d. h. es gibt genug Spielraum für Verhandlungen. Sein Hinweis, daß im Zuge künftiger Abrüstungspolitik keine Atomwaffen für bisher noch nicht nuklear gerüstete Staaten zur Verfügung gestellt werden dürften, deutet zugleich Richtung und Ziel kommender Verhandlungen an: eine atomwaffenfreie Zone nach Art des R a p a c k i - Plans und anderer Disengagement-Modelle. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der belgische Außenminister S p a a k bei seinem Besuch in Moskau von der sowjetischen Bereitschaft in Kenntnis gesetzt wurde, über diese Gegenstände zu verhandeln. Für eine positive Lösung der Berlin-Krise wäre eine solche Entwicklung der internationalen Beziehungen unschätzbar wichtig. Denn als Teil des allgemeinen politischen und militärischen Abrüstungsproblems muß das Berlin-Problem von jedem Fortschritt auf diesem Gebiete im Sinne seiner schnelleren Lösbarkeit profitieren.

L ö s u n g s m ö g l i c h k e i t e n

Diese wenigen Striche lassen vielleicht schon erkennen, welche Lösungselemente die jetzige Struktur des Berlin-Problems verlangt. Es sind dies: 1. Strenge Beachtung des jetzigen Status quo sic et nunc, 2. Abbau aller Positionen, die auf Veränderung dieses Status quo ausgerichtet sind, 3. Abwehr jeder Diffamierung des Status quo sic et nunc.

Das heißt im einzelnen: Ein stabiler West-Berlin-Status als Teil dieses neuformulierten Status quo sic et nunc muß frei sein von politischen Institutionen und Tendenzen, die die Revision von Grenz- und Souveränitätsverhältnissen zum Ziele haben. Mit einer solchen p o l i t i s c h e n Abrüstung ist auch der Weg frei für eine wirksame m i l i t ä r i s c h e Abrüstung. Anders gesagt: Der Status quo sic et nunc darf insbesondere in der durch Rüstungswettlauf primär bedingten Berlin-Krise keinen West-Berlin-Status enthalten, der noch Momente des Rüstungswettlaufes verkörpert. Nur dadurch ist ein Ansatz zur Beendigung des Rüstungswettlaufs im ganzen und der Berlin-Krise im einzelnen möglich. Revisionistische Propaganda ist demnach nicht zulässig, wenn man aus der Krise herausschwimmen will.

Angesichts dieser grundsätzlichen Erkenntnisse erhebt sich die Frage: Wer kann die Berlin-Krise in diesem Sinne überhaupt lösen, ohne sie nur auf Eis zu legen? Wer kann die Dauerhaftigkeit der Lösung garantieren?

Vor knapp drei Jahren war es noch sinnvoll und möglich, die Lösung von deutschen Initiativen zu erwarten. Damals hätte auf nationaler Ebene durch gewiß sehr langwierige Verhandlungen eine im wesentlich intern deutsche Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage im Sinne einer Konföderation herbeigeführt werden können. Es sei hier erinnert an den im Dezember 1958 in den „Blättern" [6]) publizierten Gedanken, West-Berlin zum Sitz des Rates der Konföderation, d. h. zu ihrer Hauptstadt, zu bestimmen. Die Bundesregierung ließ diese Chance wie so viele andere um ihrer unerreichbaren und vermeintlichen Ideallösung willen — Wiedervereinigung auf einmal, ohne Zwischenschritte und durch Anschluß der DDR auf dem Wege der Selbstbestimmung — unbeachtet und ungenutzt vergehen. Ihre forcierte Rüstungspolitik war im Gegenteil die gewisseste Methode, auch diese Chance preiszugeben. Die Westmächte haben sich von Bonn dazu bestimmen lassen, auf eigene Initiativen diplomatischer und politischer Art in der Deutschland- und Berlinfrage zu verzichten, obwohl es nicht an warnenden Stimmen und diskutablen Vorschlägen in Presse und Öffentlichkeit des Westens gefehlt hat. Nach dem 13. August stellte der „Aufbau", die größte deutschsprachige Zeitschrift New Yorks, resigniert fest: „Wir sind allmählich, weniger unbewußt als vielmehr leichtfertig in die (Berlin-)Krise hineingeschliddert und haben, wenigstens öffentlich, den Eindruck erweckt, über keinen Plan für sie (d. h. zu ihrer Überwindung) zu verfügen. Vielleicht haben wir gehofft, die Krise durch Abwarten einzufrieren, oder, es würde ein Zwischenfall eintreten, durch den die Frage Berlin verdrängt würde." [7]) Ende September 1961 kommt der „Aufbau" auf den Kern des Problems: „Diese Frage (Berlin, d. V.) spielt augenblicklich in Washington bei der Betrachtung der bisherigen Beziehung zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten eine ganz besondere Rolle. Man ist sich klar darüber, daß eine demagogische Politik in der Bundesrepublik sehr leicht versuchen könnte, die Fehler der eigenen Politik, die vor allem durch die Beharrung auf dem (revisionistischen, d. V.) Status-quo-Gedanken und dem Verschweigen der wahren Situation gegenüber der deutschen Bevölkerung beruhte, zu vertuschen und die Schuld an der Enttäuschung, die kommende Ereignisse unter der Bevölkerung hervorrufen müssen, auf die (West-)Alliierten abzuwälzen. De facto hat in allen führenden Kreisen Bonns wie überhaupt der deutschen Presse und politisch Interessierten schon geraume Zeit niemand mehr an die Möglichkeit einer gegenwärtigen Vereinigung Deutschlands geglaubt. Mit wem immer man sprach, man konnte hinter vorgehaltener Hand die Ansicht hören, man sei sich dessen bewußt, daß die Bundesrepublik jetzt die Schulden des Zweiten Weltkrieges begleichen müsse. ... Praktisch haben beide Länder (USA und Bundesrepublik, d. V.) die Folgen einer Politik zu tragen, die nicht zuletzt durch den Einfluß Bonns auf Dulles in der Eisenhower-Ära geformt worden war." [8])

Diese Schlußfolgerungen lassen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig, sie zeigen vor allem auch, daß nicht einmal die endgültige Überweisung oder Rückverweisung des Berlin-Problems an die vier Großmächte den Erfordernissen der internationalen Friedenssicherung entsprechen würde. Die fortgesetzte Betonung ihrer Prestigepositionen, die sie zur Wiederaufnahme der Atomtests und in die fast ausweglose Alternative „Kapitulation oder Atomkrieg" getrieben hat, läßt Kompromißkonzeptionen zu leicht als kapitulationsnahe Konzessionen und damit als innenpolitisch nicht durchsetzbar erscheinen. Die Einbeziehung des „dritten Faktors", die Erweiterung der Teilnehmerzahl der an der rettenden Berlin-Lösung aktiv beteiligten Staaten, d. h. eine wesentliche Verbreiterung des Lösungs-Spielraums auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise, wird immer unabweisbarer. Offenbar können nur bei Einschaltung des großen neutralen

Sektors der Weltpolitik die bisherigen schwachen Ansätze einer „pax russo-americana", die durch Rücksichtnahmen auf Blockpartner der beiden Supermächte in Ost und West nie recht weiterwachsen konnten — man denke nur an den Rückpfiff Eisenhowers nach dem Treffen von Camp David 1959 —, so weiterentwickelt werden, daß aus dem fragwürdigen „Gleichgewicht des Schreckens" ein echtes Gleichgewicht des friedlichen internationalen Nehmens und Gebens in Wirtschaft und Kultur hervorgehen kann. Die Belgrader Konferenz hat das schicksalhafte unfreiwillige Einbezogensein der Nicht-Blockgebundenen in die als Berlin-Krise zugespitzte Welt-Krise sehr klar betont: „Während die Entscheidung über Krieg und Frieden gegenwärtig bei den Großmächten liegt, wirken sich die Konsequenzen auf die gesamte Welt aus. Alle Nationen und Völker haben daher ein dauerndes Interesse daran, daß diese Annäherungen und Maßnahmen der Großmächte so beschaffen sein sollten, daß es der Menschheit ermöglicht werde, vorwärtszuschreiten zu Frieden und Wohlstand und daß sie nicht dem Schicksal der Ausrottung anheimfällt." [9])

Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Lösung des Berlin-Problems

Eine allgemein zufriedenstellende Berlin-Lösung wird demnach in der jetzt gebotenen Eile nicht mehr auf den bisherigen drei Ebenen oder einer von ihnen zu finden sein. Die Größe der Kriegsgefahr und die Dringlichkeit politischer wie militärischer Abrüstung in weltweitem Ausmaß zwingen alle Staaten zu einer aktiven und positiven Beteiligung an der Beilegung und Beendigung der Berlin-Krise.

Der Gedanke einer Lösung der Berlin-Krise durch die volle oder teilweise Einschaltung der Vereinten Nationen wurde schon vor der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz von 1960 geäußert. Auch Dag Hammarskjöld hat damals seine Bereitschaft zur Mitwirkung bekanntgegeben. Diese schon seinerzeit fast einzige noch offenstehende realisierbare Möglichkeit wurde aber von den Westmächten nicht recht ernst genommen und nicht aufgegriffen oder gar zu einem eigenen Konzept künftiger Politik weiterentwickelt. Es blieb prominenten Persönlichkeiten und einigen Pressestimmen überlassen, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Interessant ist besonders die Anfang Dezember 1960 vom Präsidenten der Pan-Europa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, im „Industriekurier" veröffentlichte Anregung, das Berlin-Problem durch eine Verlegung des Sitzes der UN nach Berlin zu lösen. Sie geht nämlich in richtiger Einschätzung der wirklichen Weltlage nicht vom Deutschlandproblem aus, von dem sich das Berlin-Problem ja mehr und mehr verselbständigt hat, sondern vom Hauptproblem der Verhinderung des Atomkrieges: „Die Weltlage wird beherrscht vom Kalten Krieg zwischen der von Amerika geführten atlantischen Staatengruppe und dem von Rußland geführten Sowjetblock. Zwischen diesen beiden Staatengruppen besteht ein labiles Gleichgewicht, das ständig den Weltfrieden bedroht. Die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen besteht nun darin, diesen Gegensatz zwischen Ost und West zu überbrücken. Zu verhindern, daß der Kalte Krieg über Nacht den Atomkrieg auslöst. Unter diesen Umständen ist es paradox, daß der Sitz der Vereinten Nationen nicht auf neutralem Boden liegt, sondern in der größten Metropole der atlantischen Welt. . . . Es war nur logisch, daß Chrustschow anläßlich der jüngsten (d. i. der fünfzehnten) Tagung der Vollversammlung (im Herbst 1960) die Konsequenz aus dieser neuen Weltlage gezogen und die Frage der Verlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Territorium aufgerollt hat. . . . Nichts wäre leichter, als die Vollversammlung zu einem Beschluß zu veranlassen, ihren Sitz in ein neutrales Land zu verlegen. Viel schwe-

rer ist es, ein passendes Land zu finden, das bereit wäre, die Vereinten Nationen zu beherbergen . . . (Es folgt die Schilderung der Bedenken der beiden einzigen garantiert neutralen Staaten der Erde, der Schweiz und Österreichs, die UN auf ihrem Gebiet festes Quartier nehmen zu lassen) . . . Es gibt nur eine Stadt der Welt, die jedes Interesse daran hätte, Sitz der Vereinten Nationen zu werden: Berlin. Heute (Dezember 1960) ist Berlin eine belagerte Stadt; gespalten in zwei feindliche Hälften, ruht sie auf einem überlebten Statut . . . Die Geographie ist mit Rußland verbündet — und die Zeit . . . Eines Tages kann der Westen sich vor die tragische Alternative gestellt sehen, entweder für die Freiheit Berlins einen Atomkrieg zu riskieren oder vor der russischen Drohung zu kapitulieren. Die Moskauer Forderung nach einer Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen eröffnet für den Westen eine neue und unverhoffte Chance. Die Westmächte haben hier eine Möglichkeit, der Forderung nach Sitzverlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Gebiet entgegenzukommen, falls Moskau ihre Gegenforderung annimmt: Sicherung der Freiheit Berlins . . . durch alle Mitglieder der Vereinten Nationen, also auch durch die Sowjetunion . . . die Baulichkeiten der Vereinten Nationen (sollten) in Berlin in einem Vorort errichtet werden, damit im Falle der Wiedervereinigung dieser Vorort ein ähnliches exterritoriales Statut erhalten könnte wie die Vatikan-Stadt in Rom. Durch die Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen wäre die Berliner Frage bis zum Zustandekommen der Wiedervereinigung gelöst. Die Welt wäre von einem Alpdruck befreit." [10])

Nach dem 13. August wurden diese Argumente höchst aktuell. Sie erhielten von zahlreichen offiziellen und privaten Stimmen in aller Welt Unterstützung und Bereicherung um mancherlei Nuancen. Anfang September äußerte Chrustschow seine Zustimmung zur Verlegung der UN nach West-Berlin. Mitte September kündigte der kanadische Premierminister Diefenbaker eine entsprechende Initiative seiner Delegation in der Vollversammlung der UN an. Die umstrittene AP-Meldung vom 22. 9. 61 betont die Befürwortung der UN-Sitzverlegung nach Berlin durch die USA. In Großbritannien setzen sich namhafte Zeitungen für den Vorschlag ein, z. B. der „Daily Telegraph", der „Daily Herald" und die „Sunday Times". Nur in Deutschland wird der Gedanke sehr zögernd oder gar ablehnend aufgenommen. Die Wiedervereinigung ist verständlicher-, aber vielleicht auch gefährlicherweise bei uns ein wichtigeres Problem als die Sicherung des Friedens. Dabei würde auf längere Sicht die entsprechende Wirkung einer UN-Funktion West-Berlins gerade für die Vorbereitung und den Beginn einer schrittweisen Wiedervereinigung von Vorteil sein. Bei aller hier in Deutschland vorwiegenden Skepsis gegen die UNO-Lösung für Berlin sind doch einige bekannte deutsche Stimmen für das Projekt zu nennen: der FDP-Vorsitzende Dr. Mende, der frühere FAZ-Mitherausgeber Dr. Paul Sethe, der Publizist Peter Bender (in einem Rundfunkvortrag für das Kuratorium „Unteilbares Deutschland".)[11])

Die Berliner selbst würden es begrüßen, wenn ihre Stadt wieder die friedliche Funktion einer Stätte der Begegnung und des gegenseitigen Austausches auf vielen Gebieten des nationalen und internationalen Lebens erhielte, etwa nach dem fernen Ideal des Berlins der „goldenen zwanziger Jahre". Besonders nach dem 23. August,[12]) der auch Ostberlin den Charakter einer Stätte der Begegnung nahm, weil von da an den Westberlinern das Betreten dieses Stadtteils praktisch verwehrt ist, wird die lokale Zuspitzung der Berlin-Krise auch in Westberlin doppelt und dreifach verspürt. Um so schmerzlicher ist in dieser Situation die Tatsache, daß außer starren Durchhalteparolen und öffentlichen Investitionsprogrammen keinerlei ersichtliche Berlin-Konzeption des westberliner Senats zu registrieren ist. Dennoch wird der Gedanke der UNO-Lösung im weiteren Ver-

laufe der Berlin-Krise in Berlin selbst mehr und mehr Anklang finden, zumal er keine Verlegenheitslösung darstellt, sondern eine durch die komplexe Struktur des Berlin-Problems selbst geforderte prinzipielle Lösung bezeichnet. Dabei ist es nicht von allzu großer Bedeutung, ob im Sinne einer Maximallösung die Weltzentrale der UN nach West-Berlin verlegt wird oder „nur" die europäische UN-Zentrale, die zur Zeit in Genf ihren Sitz hat. Entscheidend ist ein exterritorialer, „UNO-unmittelbarer" Status für West-Berlin, der durch einen Verzicht der beiden deutschen Staaten auf territoriale und souveränitätsrechtliche Ansprüche gegenüber diesem Teil der Stadt ermöglicht und — einschließlich der Regelung freier Verkehrsverbindungen — durch die UN de jure und de facto garantiert werden kann. Die mehrfach geäußerte Idee, ganz Berlin den Vereinten Nationen zu unterstellen, erweist sich bei genauer Betrachtung der Verhältnisse als vorerst unrealistisch. Zur Zeit ist für die meisten West-Berliner der Gedanke auch schwer vollziehbar, daß ostberliner Behörden bei einer solchen Gesamtberlin-Regelung in einer Vorbereitungs- oder Übergangszeit Einfluß auf die westberliner Angelegenheiten nehmen könnten. Von Kennern staats- und völkerrechtlicher Fragen in Westberlin werden zur Zeit theoretische und praktische Einzelheiten für ein Statut eines solchen UN-Territoriums geprüft. Voraussetzung für die Realisierung eines UN-Statuts in Berlin ist allerdings eine Änderung des Artikels 107 der UN-Charta, der den Großmächten bisher die ausschließliche Kompetenz zur Lösung und Regelung von Angelegenheiten zuerkennt, die sich aus der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg ergeben. Diese Klippe wird aber bei allgemeiner prinzipieller Bereitschaft zu einer vernünftigen Berlin-Lösung leicht zu umfahren sein.

Wichtiger als diese juristische Filigranarbeit, die auf dem Boden politischer Grundsatzentscheidungen schnell und sachlich zu leisten sein wird, sind jetzt erst einmal die Aufklärung der Bevölkerung über die Dringlichkeit einer grundlegenden, international geregelten Berlin-Lösung und ihre Gewinnung zur moralischen und praktischen Unterstützung des Projekts. Es kommt darauf an, zu zeigen, daß es sich dabei um weit mehr als um die Behebung lokaler Schwierigkeiten handelt. Auf die Dauer sind die schon jetzt unverkennbaren Abwanderungstendenzen aus der Stadt nicht mit Durchhalteparolen und noch so kräftigen Subventionierungen aufzuhalten. Vor allem kann dadurch einer Verschärfung der Krise nicht im mindesten vorgebeugt werden. Eine grundlegende Lösung aber beendet nicht nur die Krise, sondern verhindert ihre Wiederholung. Es bleibt abzuwarten, ob Amerikas West-Berlin-Botschafter Clay die in der AP-Meldung vom 22. 9. 61 angedeutete Unterstützung der Verlegung des UN-Hauptquartiers nach Berlin dem westberliner Senat zugleich als Empfehlung für eine politische Neuorientierung erläutern wird. Der internationale Terminplan duldet kaum langen Aufschub des Zeitpunktes einer positiven Behandlung des Problems. Am besten für den Frieden und für West-Berlin wäre es, wenn noch vor Abschluß des Friedensvertrages zwischen der UdSSR und der DDR die Umwandlung des Status der Stadt im Sinne der UNO-Lösung beginnen könnte. Nicht nur Fragen des Prestiges, sondern Fragen des Lebens und Überlebens der Völker stehen auf dem Spiel. Vielleicht war Zeit noch nie so kostbar wie jetzt, da Präsident Kennedy sagen konnte, in den folgenden wenigen Jahren entscheide sich womöglich das Schicksal der nächsten zehntausend Jahre. Wie tröstlich, daß er gleichzeitig erklärte, Amerika fühle sich in seinen politischen Positionen an keine starre Formel gebunden. Die entsprechende Kompromißbereitschaft Gromykos in der Frage der Nachfolgeregelung für Dag Hammarskjöld läßt vielleicht doch die Hoffnung zu, daß der schlimmste Teil der Krise schon überstanden sei.

Das deutsche Volk aber muß sich mit einigen harten Tatsachen abfinden, die es um seiner Existenz und des Friedens willen zu akzeptieren hat. Oder-Neiße-Grenze, DDR, Rapacki-Zone ohne Atomwaffen in Mitteleuropa, internationaler West-Berlin-Status, Disengagement werden bald Begriffe oder Bewußtseinsinhalte sein, die so im allgemein praktizierten Wortschatz beheimatet sind wie bisher die Termini des Kalten Krieges . . ., wenn alles gut geht. Noch kann niemand sagen, welche Berlin-Lösung und welcher Friede in Kraft tritt. Tun wir das unsere, daß nicht atomare Auflösung und der Friede des Grabes, sondern eine fruchtbare Berlin-Lösung Symbol und Unterpfand einer friedlich-glücklichen Zukunft wird.

Hinweise:

[1]) Vgl. Anhang.

[2]) Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Verbot der Aufführung des französischen Films „Weg zum Ruhm" im französischen Sektor von Berlin.

[3]) George F. Kennan, „Rußland, der Westen und die Atomwaffe", Frankfurt a. M., 1958, S. 55.

[4]) Zitiert nach „Aufbau", New York, 22. 9. 61.

[5]) Nach der AP-Meldung vom 22. 9. 61.

[6]) „Blätter ...", Heft 12/58, Dr. A. v. Borries, „Berlin — Anfang oder Ende?", S. 888.

[7]) „Aufbau", New York, 25. 8. 61.

[8]) „Aufbau", 22. 9. 61.

[9]) Aus dem Friedensappell der Belgrader Konferenz, zitiert nach „Die Welt" v. 7. 9. 61.

[10]) Zitiert nach „Industriekurier" v. 3. 12. 1960.

[11]) Am 26. August im NDR, WDR und SFB.

[12]) Diese Maßnahme ostberliner und DDR-Behörden ist erst nachträglich von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt gebilligt bzw. bekräftigt worden.

Anhang: „Mit zwei deutschen Staaten abfinden"

Tap. Berlin. Der persönliche Vertreter des amerikanischen Präsidenten Kennedy in Berlin, Botschafter Lucius D. Clay, hat gestern abend ein Informationsgespräch mit Journalisten geführt. Ohne Quelle, aber offensichtlich unter Bezug auf dieses Gespräch veröffentlicht die amerikanische Presseagentur AP folgende wörtlich wiedergegebene Fassung. Der Vertreter des Tagesspiegels hat diesem Gespräch beigewohnt. In seiner Gegenwart sind Äußerungen, die auf die Bereitschaft Amerikas schließen lassen könnten, dem „DDR"-Regime auf den Verkehrswegen weitergehende Befugnisse einzuräumen, als sie bisher von den Sowjets ausgeübt wurden, nicht gefallen. Das bezieht sich insbesondere auf den Verkehr in den Luftkorridoren. Die Verantwortung für die folgende Fassung trägt die amerikanische Agentur.

Berlin (AP). Maßgebliche amerikanische Kreise in Berlin haben nach den Bundestagswahlen zu erkennen gegeben, daß sich die Deutschen „für einige Jahre" mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden müßten. In diesem Zusammenhang werde man auch dem Sowjetzonen-Regime mehr Kontrollrechte über die Verbindungen West-Berlins zur Bundesrepublik einschließlich des Luftverkehrs zubilligen müssen. In welcher Form diese Kontrolle vorgenommen werden solle, sei zur Zeit noch ungeklärt.

In aller Deutlichkeit wurde aber von denselben amerikanischen Persönlichkeiten erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit seien, den sowjetischen Forderungen nachzugeben, wonach die westlichen Truppen Berlin zu verlassen hätten. Im Gegenteil liege den USA daran, die Einheit Berlins aufrechtzuerhalten, trotz der Mauer, die mitten durch die Stadt hindurchgehe.

Nach amerikanischer Ansicht müsse man bei der Beurteilung der deutschen Situation davon ausgehen, daß es zwei deutsche Staaten gebe, die aber nicht miteinander sprechen wollten, weil die Atmosphäre für ein Gespräch zur Zeit nicht günstig sei. Es sei aber zu erwarten, daß in fünf oder sechs Jahren es doch wegen der Wiedervereinigung zu Gesprächen kommen könne. Es gebe keinen Grund, die Hoffnung auf die Wiedervereinigung aufzugeben, die dann allerdings Sache der Deutschen selbst sein werde.

Dem Plan einer Internationalisierung Berlins durch Verlegung des UNO-Hauptquartiers nach Berlin stehe man amerikanischerseits positiv gegenüber, wurde weiter erklärt. Allerdings würden die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß sich diese Internationalisierung auf ganz Berlin erstrecken müßte. Es sei aber zu erwarten, daß die Sowjets die Einbeziehung Ost-Berlins in einen solchen internationalisierten Staat ablehnen würden.

Tagesspiegel v. 23. IX. 61.

Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Entweder Rüstung oder Fortschritt

Die sowjetischen Vorschläge, das Deutschland- und Berlinproblem bis Ende des Jahres durch Verhandlungen mit den Westmächten einer Lösung zuzuführen, hat in der ganzen Welt eine Welle der Kriegshysterie ausgelöst.

Neben dem Verlangen nach „Kühnheit" und „Aktionen" brachten die Zeitungen Tag für Tag alarmierende Meldungen über Mobilisationsmaßnahmen, Erhöhung der Rüstungskosten, Einberufung von Reservisten, Verlängerung der Dienstzeit von Wehrpflichtigen, Entsendung neuer Divisionen von den USA nach Europa, gegenseitige Besuche der Verteidigungsminister und Ähnliches. So berief das US-Verteidigungsministerium außerplanmäßig 148 000 Mann zum aktiven Militärdienst für 4 Divisionen der Nationalgarde ein. Außerdem wurden von dieser Maßnahme 52 000 Einzelreservisten betroffen. Sie sollen an die Stelle von 3 Divisionen treten, die in Übersee eingesetzt werden. Planmäßig wurden außerdem 76 500 Reservisten zum 1. Oktober einberufen. Großbritannien verlegt das 22. Flakregiment nach Dortmund zur Verstärkung der Rheinarmee. Außerdem ist mit der Verlegung des 36. Army Group Regiments bereits begonnen, dem das 16. Leichte Flakregiment im Oktober folgen soll. Das in der Bundesrepublik augenblicklich stationierte 3. Königl. Panzerregiment, welches nach England zurückkehren sollte, bleibt zunächst in Westdeutschland. Auch zusätzliche Düsenjägergruppen werden in die Bundesrepublik verlegt.

Kanada plant eine Erhöhung seiner Streitkräfte um 15 000 Mann. Holland wirft einige Kampfeinheiten in das Wesergebiet. Außerdem ist im Parlament die Verlängerung der Dienstzeit auf 20, bzw. 24 Monate beantragt. Eine Verschiebung belgischer Truppen weiter nach Osten ist vorgesehen. Frankreich hat eine Division aus Algerien abgezogen und in das Mutterland verlegt.

In der Bundesrepublik wird die Bundeswehr weiter ausgebaut. Eine Erhöhung der Zahl der Divisionen im Rahmen des MC 96-Planes ist vorgesehen. Dazu kommt eine Modernisierung der Streitkräfte mit einem entsprechenden finanziellen Mehraufwand und eine Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate. Schon jetzt sollen die am 30. September zu entlassenden 36 000 Soldaten weitere 3 Monate unter Waffen bleiben.

Die Sowjetunion hat ihrerseits die für dieses Jahr vorgesehene Entlassung von Soldaten aus ihren Streitkräften „bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages" verschoben. Die Befehlshaber der Warschauer Paktstaaten traten am 9. September in Moskau zusammen und beschlossen eine Verstärkung ihrer Streitkräfte.

Dr. Hermann Rauschning

Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (II)

Zugang zum Verständnis des turbulenten und zeitweise mysteriösen Agierens der USA in den letzten Monaten der akuten Berlin-Krise findet man nur, wenn man sich darüber Rechenschaft gibt, daß die USA bisher im Stadium der Neubildung einer militärischen Konzeption und einer außenpolitischen Strategie waren und erst in der Auseinandersetzung mit der Berliner und der Kubanischen Krise im Begriff stehen, zu festen Linien beider, der militärischen wie politischen Strategie, zu gelangen. Es ist ein schwieriger und verworrener Prozeß gewesen, der nun zu einem Abschluß gekommen zu sein scheint. Die einzelnen Phasen dieses Klärungsvorganges können hier nicht verfolgt werden, obwohl sie höchst aufschlußreich sind und Einblicke in den schwierigen und zu Zeiten umständlichen Prozeß der politischen Willensbildung in der amerikanischen Demokratie gewähren, die den Bundesdeutschen eine Lektion dafür hätten sein können, daß es mit dem sich „auf Vordermann ausrichten" und den Kanzler-Präsidenten die Richtlinien der Politik ohne „advice and consent" festlegen lassen nicht getan ist, wenn eine große Nation sich im Kampf um Sein oder Nichtsein behaupten will. Es kann hier nur in wenigen Zügen das Resultat der schwierigen Abklärung wiedergegeben werden.

Um was es dabei zunächst ging, charakterisierte vor längerer Zeit der bekannte Kommentator James Reston, — und es wäre auch dies für einsichtige bundesdeutsche Politiker instruktiv, weil die politische Kalamität in ihrem Bereich noch viel ärger ist. Die amerikanische Politik sei „out of balance mit der tatsächlichen politischen Machtsituation". Sie bewegt sich in einer illusionären Wirklichkeit. Daher operiert sie mit Zusagen, „die wir nicht zu halten willens sind und die, wie unser besseres Urteil uns sagt, wir nicht halten sollten". Das erste Erfordernis des Klärungsprozesses war somit die Anpassung der Politik an die tatsächliche Lage; das setzte eine Überprüfung der bestimmenden Züge und bewegenden Kräfte der politischen Realität voraus. Was Wirklichkeit ist, ist nicht nur unter Theologen, Philosophen und Weltkindern eine Streitfrage, die nie zu einer alle befriedigenden Antwort führen wird; auch über das, was die politische Wirklichkeit in einer bestimmten konkreten Lage ist, kommt es unter Politikern zu keiner Übereinstimmung, weil — wie bekannt — jeder seine vorgefaßten Meinungen und Wünsche in sie hineininterpretiert, nach dem bekannten Wort, daß nicht sein kann, was nicht sein darf; das man dahin ergänzen kann, daß etwas ist, weil es sein soll. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn hinsichtlich der grundlegenden Vorbedingung einer neuen Politik noch keine volle Übereinstimmung in USA herrscht, was nicht wenig zu dem verwirrenden Lärm einander widersprechender Meinungen beiträgt.

Das zweite, was zu überwinden war, ist die Direktionslosigkeit der bisherigen amerikanischen Politik, die Neigung, sich von Fall zu Fall durch den Strom der Ereignisse tragen zu lassen, zu improvisieren, to muddle through, wie die Engländer sagen, ohne deren eingeborenen und durch lange Erfahrung entwickelten Instinkt für das jeweils Angemessene zu besitzen, der die englische Politik, bisher wenigstens, befähigte, sich in ihrem „dunklen Drange des rechten Weges wohl bewußt" zu sein. Die eigentliche Schwäche der amerikanischen Politik sei ihr „ständiges Hintreiben auf einem Meere von abgetragenen Plattheiten", hatte Walter Lippmann getadelt. Sie haftete vor allem der äußerlich allzu geschäftigen und in alle Winkel der Welt mit dem amerikanischen Besen hineinfuhrwerkenden Politik Dulles' an. Es war daher vordringlich, bestimmte Linien

einer auf längere Sicht festzulegenden Politik zu ziehen. Mit einer einleuchtend formulierten Doktrin oder Formel, wie sie bisher mehr der Phantasie der politisch Halbgebildeten als der Politik selbst die Richtung gaben, war es dabei nicht getan. Es bedurfte konkreter Vorstellungen über notwendige und mögliche Aktionen in einem voll entwickelten System politischer Strategie.

Ein drittes war notwendig. Trotz des scheinbaren Offensiv-Charakters der sogenannten Rückroll-Politik des Außenministers Dulles, die er aus der Truman-Doktrin und der „Eindämmungspolitik" zu entwickeln unternommen hatte, war die amerikanische Politik seit Kriegsende ausschließlich defensiv. Sie war Reaktion auf die Aktion der Sowjets. Sie war restaurativ angesichts der leidenschaftlichen progressiven Bewegtheit der farbigen Völker. Sie war konservativ in einer Zeit einer großen allgemeinen Revolution. Ihr war der eigene frühe revolutionäre Geist völlig abhanden gekommen, der Aktivismus einer sich noch jung wissenden Nation. Amerika überließ die Initiative andern, vornehmlich der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten waren nicht imstande, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Es waren nicht sie, die in der Welt führten. Sie selbst waren die Getriebenen und vorwärts Gestoßenen. Daher des jugendlichen Präsidentschaftskandidaten ungeduldiges Wort: „Move, America, move". „Vorwärts, vorwärts". „Dieses Land ist bereit, aktiv zu werden. Ich werde es zur Aktion führen." Eine alte amerikanische Regel lautet: „In den Defensive sei so offensiv, als du kannst." Ihr folgend hat J. F. Kennedy in den letzten Wochen und Monaten gehandelt. Das erklärt die, viele Politiker anderer Länder irritierenden und irreführenden Formulierungen, mit denen verglichen, zum Erstaunen mancher, die der Eisenhower'schen Außenminister Dulles und Herter entgegenkommender und verhandlungswilliger waren. Welches sind demzufolge nun die wirklichen Linien der neuen Politik, wenn man von der offensiven und mitunter aggressiven Sprache und ihren pädagogischen und taktischen Motiven absieht?

Es ist in gewissen Kreisen der USA und nicht nur hier üblich geworden, den jugendlichen Präsidenten etwas über die Achsel anzusehen oder gar als einen „Versager", eine „failure" zu charakterisieren, der nicht wisse, was er wolle, inspiriert rede, aber zaudernd handle, der sich überall Rat suche, bei Vorgängern und politischen Feinden, und sich ein bedenkliches Armutszeugnis damit ausstelle. Nichst ist von der Wirklichkeit weiter entfernt als solches Bild eines hilflosen, unselbständigen, Anlehnung und Anregung suchenden Zauderers. Der Präsident ist an Statur gewachsen und zu einer staatsmännischen Gestalt gereift. Nicht daß ihm nicht Irrtümer unterlaufen wären und er nicht schwere Rückschläge erlitten hätte. Aber seine Gewissenhaftigkeit, das Verantwortungsbewußtsein und das Eindringen in das breite Detail der politischen Probleme stehen in der Geschichte der amerikanischen Präsidenten einzig da. Es ist er, der die politischen Zügel hält, und es ist er, der die politischen Ziele geseckt und die neuen Linien vorgezeichnet hat. Mit weit ausholender Taktik hat er es verstanden, gegnerische Positionen zu umgehen und Widerstände zu beseitigen und so seine anfänglich schmale Vertrauensbasis ständig zu erweitern. Indem der Präsident sich vorübergehend an die Spitze derjenigen Gruppen stellte, die eine „harte" Politik verlangten, nahm er einem beträchtlichen Teil der auf einen Krieg hindrängenden Kräfte dadurch den Wind aus den Segeln, daß er sie mit der Realität des Krieges und dem Entschluß zu einem solchen konfrontierte. Indem er selbst seine Bereitschaft zu einem Kriege in den Vordergrund stellte, zugleich aber auch den vollen Ernst der wirklichen Lage enthüllte, brachte er das Gerede von appeasement, von Besänftigungspolitik dem Kommunismus gegenüber, nahezu zum Verstummen und zwang die Leute, die, wie der Bürgermeister Brandt, unbekümmert um die Folgen nach „action" schrien, näher zu bestimmen, was sie darunter verstünden.

Aber was will der Präsident wirklich? Arbeitet er nun auf einen Krieg mit Sowjetrußland hin, den er, wie viele seiner militärischen Mitarbeiter, für unvermeidlich hält, und versucht er nur, Zeit zu gewinnen und den Ausbruch der Krise zu verzögern? Bereitet er sich auf einen langfristigen kalten Abnutzungskrieg der zwei Weltlager vor? Oder wünscht und sucht er eine Verständigung mit Sowjetrußland, weil er sie für notwendig und möglich hält? Warum dann eine offenfive politische Strategie? Warum neue, vermehrte Rüstungen? Äußerlich gesehen läuft die bisherige Politik des Präsidenten auf vermehrte Reibungen, schärfere Zuspitzung von Konflikten, eine neue Phase des Rüstungswettlaufes und eine Verschärfung des Kalten Krieges hinaus. Wo blieben somit die Hoffnungen auf Entspannung, auf Verständigung? Hat der Präsident eine politische Kehrtwendung gemacht, seine frühere Meinung geändert, und ist er nicht nur taktisch vorübergehend, sondern wirklich an die Spitze jener Kräfte getreten, die, als die „power elite" charakterisiert, in den großen Krieg hineinsteuern? Keine Frage: die weit ausholende Taktik des Präsidenten hat zu einem zweideutigen Ergebnis geführt. Der Präsident bereitet sich in der Tat auf zwei mögliche Entwicklungen vor; auf die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland und auf die Notwendigkeit eines in seiner Dauer und seinen Einzelzügen unabsehbaren Ringens mit den kommunistischen Mächten. Erste Voraussetzung dafür ist, sich von der furchtbaren lähmenden Alternative zu befreien, in jedem akuten Konflikt entweder klein beigeben oder zur äußersten, zur Atomwaffe greifen zu müssen. Militärisch verlangt das, Mittel bereit zu stellen, die die Anwendung der Atomwaffe auf äußerste Krisen beschränken. Die Kennedy'sche Konzeption bleibt militärisch defensiv; sie ist politisch offensiv.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß der Präsident durch das Wiener Gespräch mit Chrustschow in seinem Glauben an eine Verständigungs- und Entspannungsmöglichkeit gründlich erschüttert worden ist und daß seitdem die Vorstellung, sich auf ein hartes und langes Ringen mit den kommunistischen Mächten, statt einer von Rußland als möglich hingestellten, friedlichen Ko-existenz vorbereiten zu müssen, in den Vordergrund seiner Überlegungen und Maßnahmen getreten ist. Er sieht voraus, daß der sowjetisch-chinesische Druck auf die Machtpositionen des Westens nicht nachlassen wird. Es wird demnach notwendig sein, die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zu lokalisieren und ihren Austrag so zu begrenzen, daß es, wenn irgend möglich, weder unmittelbar noch in einem fatalen Automatismus der Steigerung der Mittel zu einem Atomkrieg komme. Trotz Zweifel und Bedenken ist jedoch der Präsident willens, nicht nur von Fall zu Fall kritischer Zuspitzungen zu einer friedlichen Beilegung mit Sowjetrußland zu kommen, sondern auf breiter Basis eine Verständigung und ein Ende des Kalten Krieges in beiderseitiger Anerkennung und Respektierung der Gleichberechtigung zu erreichen.

Die militärischen Maßnahmen brauchen hier im einzelnen nicht charakterisiert zu werden. Es genügt, festzustellen, daß das geradezu groteske Herumtaumeln und Gliederverrenken im Irrgarten der militärischen Konzeptionen (wobei die gestern vertretene heute von denselben Experten umgestoßen wird) endlich zu seinem Ende gelangt ist und die Theorie des „New Look", die Strategie unter Eisenhower-Dulles mit ihrer einseitigen Betonung der im Laufe der Entwicklung völlig unglaubwürdig gewordenen „massiven Vergeltung", zu den Akten gelegt worden ist. Ob man die neue Konzeption eine „ausbalancierte Verteidigung" nennt oder „kontrollierte Erwiderung", als „abgestufte Abschreckung" bezeichnet oder die territoriale Begrenzung auf einen „kleinen Krieg" in den Vordergrund rückt, das Entscheidende ist das Bestreben, den Einsatz der Atomwaffe auf den alleräußersten Fall eines Konfliktes auf Leben und Tod zu beschränken und damit in

solchem Zusammenhange wieder glaubhaft zu machen. Das leitende Prinzip ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn, „Minsk für Hartford"; jeder begrenzten Aktion der Gegners ist mit den entsprechenden Mitteln entgegenzutreten. Das setzt für den Austrag von Konflikten minderen Ranges die Bereitstellung anderer Mittel als die Atombombe voraus und schließt die Konzentration auf einen modernen „Druckknopf-Krieg" aus. Die „konventionellen Waffen" und Grundtruppen kommen wieder zu ihrem Recht. Es wird für die Westmächte notwendig, ihre Rußland, China und deren Verbündeten gegenüber zahlenmäßig weit unterlegenen, konventionell ausgerüsteten Grundtruppen erheblich zu verstärken, da der Gebrauch taktischer Atomwaffen sofort zum Einsatz strategischer durch den Gegner führen würde. Damit ist die Aufrüstung und Heeresvermehrung der Vereinigten Staaten nicht als ein vorbereitender Akt einer aggressiven Politik erklärt, sondern als eine wohl überlegte Maßnahme, der Menschheit die Zerstörungen durch einen Atomkrieg zu ersparen, wobei begrenzte Kriege in der Erwartung geführt werden sollen, daß, bevor es zum Einsatz der äußersten Waffe im kritischen Augenblick drohender Niederlage seitens der unterliegenden Seite kommt, Verhandlungen mit dem Ziel der Beilegung der Konflikte durch beiderseitige Zugeständnisse möglich werden. Inwieweit solche Hoffnungen illusionär sein können, soll hier nicht untersucht werden, wie wir auch auf eine Kritik an der Durchführbarkeit und Richtigkeit dieser Konzeption, besonders auf die europäischen Verhältnisse bezogen, verzichten. Die naheliegende Schlußfolgerung, daß angesichts der Massenvernichtungswaffen, die nicht auf Atombomben beschränkt sind und die nicht minder gefährlichen B- und C-Waffen mit einschließen, Kriege überhaupt nicht mehr als Mittel der Politik zulässig, wenn auch immer noch möglich sind, daß politische Probleme nicht länger mehr militärisch gelöst oder beseitigt werden können, ist in der gegenwärtigen kritischen Phase wohl ein Postulat der Vernunft, aber eine noch nicht realisierbare Maxime des praktischen Handelns. Es ist offensichtlich, daß diese neue militärische Konzeption und die Tatsache, daß die für sie erforderlichen konventionell ausgerüsteten Grundtruppen zur Zeit nicht zur Verfügung stehen, die Behandlung des Berlin-Problems und den Willen der USA, es dabei nicht hart auf hart und zum eventuellen Entschluß zu einem Atomkrieg kommen zu lassen, weitgehend beeinflußt haben.

Es ist interessiert hier nicht, wer der neuen Konzeption eigentlicher Urheber ist, ob General Maxwell T a y l o r , der frühere, frondierende Generalstabschef und Verfasser der „Unbestimmten Posaune" (Uncertain Trumpet), der neue Verteidigungsminister M c N a m a r a , oder wer sonst noch dazu beigetragen haben mag: es genügt zu wissen, daß der Präsident es ist, der sie zur ausschließlichen Geltung gebracht und zum Mittel der Durchführung seiner politischen Strategie wie zur künftigen Richtlinie der NATO gemacht hat. Man folgt dem Präsidenten in USA wie im europäischen Westen, wiewohl nicht überall mit unbeschwertem Herzen. Mit einer Ausnahme: der bundesdeutsche Verteidigungsminister, Herr S t r a u ß , erhob Einspruch. Er hatte sich nicht von modischen Doktrinen vom Wesentlichen ablenken lassen: erster Schuß der angreifenden Russen wird mit der Atomwaffe beantwortet. Jede Aufweichung dieses Automatismus weicht die Position der Bundesrepublik auf, macht sie unhaltbar. Ohne taktische Atomwaffen und die Entscheidung über ihren Einsatz durch den Oberbefehl der kämpfenden Truppe in vorderster Linie ist ein Krieg aussichtslos.

Herr Strauß hat recht. Vom Standpunkt der Bundesrepublik und ihres Sicherheitsbedürfnisses ist Herr Strauß völlig im Recht. Aber das deutsche Sicherheitsbedürfnis steht nicht an erster, sondern an letzter Stelle. Das war bereits vor acht Jahren einsehbar und hätte die Grundlinien der Politik bestimmen müssen. Die Strauß-Kissingersche-Kontroverse, ob die neue Strategie den an konventionellen

Waffen überlegenen Gegner nicht geradezu einlade, begrenzte Vorstöße zu unternehmen oder ob nicht umgekehrt die Unwahrscheinlichkeit eines atomaren Schlages angesichts der Gefährdung durch Gegenschläge eine solche Einladung sei, ist nicht viel gescheiter als die Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst dagewesen sei. Fest steht jedenfalls, daß in einem System abgestufter Abschreckung, in dem die Entscheidung, Beistand durch Einsatz der atomaren Waffe zu leisten, dem Ermessen der USA überlassen bleibt, eine militärische Sicherung der Bundesrepublik problematisch wird. Die Bedenken, die Strauß im Frühjahr gegen einen „Einschnitt" zwischen konventionellen und atomaren Waffen vorgebracht hat, und sein Zweifel, daß dann jemals ein Zeitpunkt eintreten werde, an dem die Atomwaffe für die Integrität des Bundesterritoriums eingesetzt werden würde, bestehen zu Recht. Die neue amerikanische Konzeption könnte sich somit zu einer umstürzenden Änderung des Charakters der NATO wie anderer Verteidigungsgemeinschaften auswirken, in denen bisher die Gleichberechtigung der Mitglieder in der Sicherung ihrer territorialen Integrität galt. Jedenfalls ist die bisher geltende, ansprechende Formel der „Schild-Schwert"-Fuktionen in der NATO bedeutungsvoll geworden.

Wie weit die strategische Planung der NATO durch die neue amerikanische Konzeption beeinflußt werden wird, muß dem Urteil unabhängiger Fachleute überlassen bleiben. Auch wenn es gelänge, eine von den europäischen Mitgliedern mit Ausnahme der Bundesrepublik finanziell schwer zu tragende schnelle Rüstungsvermehrung durch konventionell ausgerüstete Truppenverbände zahlenmäßig so zu verwirklichen, daß auch ein begrenzter, konventioneller Krieg für die Sowjetmacht und ihre Verbündeten ein zu großes Risiko darstellen würde, so bleibt doch das politische Bedenken bestehen, ob nicht dieses erste Anzeichen einer beginnenden Isolierung der USA und der Unterscheidung zwischen für sie und für die anderen Bundesgenossen tödlichen Brdrohungen eine ernste Gefährdung der Einheit der NATO sei. Das Bedenken meldete sich schon in dem Konflikt über das Mitspracherecht der europäischen Staaten im Einsatz der Atomwaffe, über die „Zwei-Finger-am-Abdruckhebel"-Frage, und das an, was man die „Atomschwelle" nannte, mit dem Strauß'schen richtigen Einwand, daß, je höher sie gehoben, um so unwahrscheinlicher ihre Anwendung sein würde. Die ganze Diskussion ist heute gegenstandslos geworden; aber die Bedenken sind es nicht. Man wird Herrn Strauß, auch als Gegner, die Folgerichtigkeit seines Denkens innerhalb seines Aufgabenbereiches einer militärischen Verteidigung der Bundesrepublik nicht abstreiten können. Er hat in den USA bei seinem Besuch in diesem Sommer klein beigegeben. Der Frage, ob Westdeutschland Atomwaffen verlange, wich er aus. Daraufhin gestellt, ob er noch bezweifle, daß ein begrenzter Krieg in Europa möglich sei, antwortete er: man solle alles tun, den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten. Wir, an Herrn Straußens Stelle, hätten etwas anderes geantwortet. Wohlan, hätten wir gesagt, wir erkennen die triftigen Gründe an, daß die USA nicht ihre Städte wegen deutscher Interessen zerstören lassen wollen. Aber erlauben Sie dann auch uns, an unsere Städte zu denken und die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß keine ausreichende militärische Sicherung der Bundesrepublik mehr möglich sei. Lassen Sie uns statt unzureichenden militärischen Schutzes es mit p o l i t i s c h e n S i c h e r u n g e n versuchen. Stimmen Sie einer durch internationale Verträge gesicherten Neutralität Deutschlands oder einer zentraleuropäischen Zone zu. Damit wäre uns und Ihnen geholfen. Sie wären einer Verpflichtung ledig geworden, die Sie nicht halten wollen und können. Wir aber gewinnen damit das karge Pflänzchen S i c h e r h e i t, das noch allenfalls in dieser dürren Zeit wachsen kann . . .

Die europäischen Glieder der NATO können sich auf die Dauer nicht der Er-

kenntnis verschließen, daß die Bedrohung durch einen thermonuklearen Krieg, in den sie gegebenenfalls durch außereuropäische Konflikte der USA mit den kommunistischen Mächten verwickelt werden könnten, gewaltige Gradunterschiede in der zu befürchtenden Zerstörung der einzelnen Länder zeigen wird. Während die großräumigen Staaten USA, UdSSR und China immerhin eine gewisse Chance haben, daß Reste ihrer Bevölkerung und Produktionsstätten erhalten bleiben, sind die engräumigen westeuropäischen Industriestaaten mit ihrer dichten Besiedlung und der räumlichen Massierung ihrer industriellen Anlagen mit wenigen Bomben für alle Zeit buchstäblich in einem Augenblick „vom Antlitz der Erde weggewischt". Das muß in einer ernsthaften Krise, die das Berliner Problem bisher noch nicht heraufbeschworen hat, zu einer den amerikanischen Motiven in der Begrenzung des Einsatzes der Atomwaffe entsprechenden Überlegung der europäischen Westmächte führen, ob es für die eigene mit Sicherheit zu erwartende Vernichtung überhaupt zu haltende und Priorität beanspruchende Bündnisverpflichtungen geben könne.

Die Neuformulierung der militärischen Konzeption hat ihre bedenklichen Seiten. Sie enthält Widersprüche. Die Verstrickung in solche ist indessen unvermeidlich. Sie liegt in der Sache selbst. Das gilt für jede militärische Konzeption, jede „Lehre vom Krieg" im Atomzeitalter. Es liegt in der Inkongruenz der Mittel und Ziele. Die Wirksamkeit der Mittel ist keine Gewähr mehr für die Erreichung der Ziele, sondern hebt sie auf. Aber die neue militärische Konzeption nimmt in der Politik Amerikas nicht mehr die erste Rangstellung ein, wie bisher seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist wieder einer p o l i t i s c h e n Strategie ein- und untergeordnet. Das ist das Neue, das ist ein großer Fortschritt und das Bedeutendste, das die Politik Präsident Kennedys bisher erreicht hat. Es ist den meisten Beobachtern der amerikanischen Politik entgangen. Eine politische Strategie, abgestützt durch eine ihr angemessene militärische Konzeption, statt wie bisher eine militärische Strategie, der die Außenpolitik Assistenz leistet: das ist der bisher entscheidende Zug der Kennedy'schen Politik. Die Aufgabe der militärischen Konzeption ist im wesentlichen eine defensive. Die Neuorganisation und Vervollständigung der Rüstung hat zum Ziel, für „wahrscheinliche" Kriege gewappnet zu sein, statt wie bisher nur für einen „unwahrscheinlichen" Krieg, einen Atomwaffen-Angriff, mit General Taylor's Unterscheidung. Es gilt, an jedem Punkt der Erde zu jeder Zeit bereit zu sein, Angriffe, Gewaltakte mit den jeweils angemessenen Mitteln niederzukämpfen und solcherweise etwaige Versuche, die Erosion der Machtsphäre des Westens durch eine Serie von örtlichen Kriegen und Putschen, einen Krieg „im Teilzahlungsgeschäft", aufzuhalten; das aber ist durch den zur bloßen Drohung herabgesunkenen, weil der Löschung jedes Buschfeuers irgendwo in Hinterasien oder Zentralafrika völlig unangemessenen und deshalb mit Sicherheit nicht erfolgenden Einsatz „massiver Vergeltung" nicht zu erreichen. Kennedy's Programm: „Bereit sein für einen Krieg", das mit soviel Nachdruck in der Öffentlichkeit vorbereitet wurde, galt somit keineswegs vornehmlich oder gar ausschließlich der Berlin-Krise, sondern hatte allgemeine Bedeutung. Das trifft vor allem für die Bekundung der Entschlossenheit zu, notfalls nicht vor einem Atomkrieg zurückzuschrecken; nicht um „für Berlin zu sterben", sondern, was immer der konkrete Anlaß sein möge, für den Fall, daß die Existenz der Vereinigten Staaten in Frage gestellt ist, ihre geschichtliche Identität andernfalls verloren ginge. Man wird diese Entschlossenheit, für die es keine konkrete Demarkationslinie gibt, sondern die wesentlich auf Imponderabilien gegründet ist, nicht bagatellisieren dürfen.

Ist somit das Ziel der militärischen Konzeption eine allen Eventualitäten angemessene Verteidigung, deren Kernstück nach wie vor für den äußersten Fall

die „massive Vergeltung" des Atomschlages bleibt, so ist die politische Strategie um eine zentrale Idee offensiven Charakters organisiert. Damit begegnet der Präsident nicht nur republikanischer Kritik, seine neue Politik sei kein großer Wechsel gegenüber der von der demokratischen Partei kritisierten „Brinkmanship"-Politik des J. F. Dulles; sie zeige keine Lösung gegen nichtmilitärische Angriffe der Sowjets und Chinas, und böte keine Maßnahmen, um die Schicksalsgemeinschaft der Westmächte straffer zusammenzufassen. Der Präsident unterscheide vielmehr von vornherein zwischen den Aufgaben, die mit militärischen Mitteln zu erfüllen sind, die defensiven, von solchen, die durch politische Mittel, Verhandlungen, Verträge, Rechtsschöpfung, durch Kooperation allein erreicht werden müssen, die offensiven. Womit hervorgehoben wird, daß die Vereinigten Staaten keine militärische Offensive planen, wie ihnen häufig unterstellt wird und angesichts der militärischen Politik, die im Schwange war, nahe lag, und daß an keine Neuauflage der „Rückroll-Politik" von J. F. Dulles gedacht ist, die durch militärische Überlegenheit zu erzwingen sucht, was allein durch politische Verträge erreichbar ist.

Es ist nicht zweifelhaft, daß das konstituierende Prinzip der politischen Strategie Kennedy's das S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t der Völker ist. Mit diesem revolutionären Prinzip, das bereits von einem früheren demokratischen Präsidenten zum Kern seiner Politik gegen die Zentralmächte Deutschland, Österreich und die Türkei, zur Bildung einer Reihe von Nachfolgestaaten und zur Grundlage einer Friedensordnung der Nationen gemacht worden ist, glaubt der Präsident die politische Initiative und das Gesetz des Handelns für Amerika und den Westen zurückgewinnen zu können. Es ist vorauszusehen, daß es auch der Kern der Vorschläge der USA in der Beilegung des Berlin-Problems und für einen deutschen Friedensschluß sein wird. Hat das Aussicht auf Erfolg? Ist das nicht ein Rückfall in Ideen und Vorstellungen einer verflossenen Zeit? Von Roosevelt wohlweislich im Zweiten Weltkriege nicht mehr aufs Tapet gebracht, weil es in die robuster gewordene Zeit der Aufteilung der Welt in Einflußsphären und hegemoniale Ordnungssysteme nicht mehr hineinpaßt, klingt schon seine Formulierung sonderbar weltfremd, dogmatisch und idealistisch angesichts der allseitigen Abhängigkeit und Schicksalsverflechtung der Nationen miteinander und voneinander, die selbst die Souveränität und die politische Willensbildung der Großmächte alter Rangordnung mit einer schweren Hypothek der Abhängigkeit belasten. Das Selbstbestimmungsrecht ist außerdem weder in gutem Gedächtnis derjenigen Mächte, die an der Aufrechterhaltung eines status quo ante interessiert waren oder sind, noch bei solchen, denen es beschnitten oder ganz vorenthalten war; denn es ist ein Prinzip, dem nach Meinung der Abhängigen nie Genüge getan, der Gewährenden aber immer an unrichtiger Stelle und zu frühzeitig Rechnung getragen wird. Zweierlei ist jedenfalls unbestreitbar. Es kann nicht als ein absolut geltendes Naturrecht und es kann nicht ohne eine gleichzeitige Verpflichtung zur Eingliederung in allgemein verbindliche Ordnungssysteme der Nationen verwirklicht werden. Es kann nicht im leeren Raum als ein Abstraktum konkretisiert werden; es ist nur in Anpassung an eine bestimmte konkrete Machtlage und daher durch andere Tendenzen gebrochen, immer nur annäherungsweise durchführbar. Wird es ohne Rücksicht auf die Grundlinie eines status quo in Anspruch genommen, dann wird aus einem Ordnungsprinzip ein Element des Umsturzes; dann wird es ein Mittel der Zersetzung, der Revolution oder Gegenrevolution. Es kann somit im doppelten Sinne verwandt werden, womit sich die Frage erhebt, in welchem Sinne und für welche Ziele Kennedy es zu verwenden beabsichtigt.

Die naheliegende Antwort wäre, daß es nach dem Vorbilde Woodrow W i l s o n s zu einem der Grundelemente einer umfassenden, den Kalten Krieg be-

endenden Ordnung der Nationen durch die Beseitigung von Konfliktstoffen in den Beziehungen der gegnerischen Mächtegruppen, zur Beilegung nationaler Spannung und damit zu einem dauerhaften Frieden verwandt werden soll. Zahlreiche Nachrichten und Hinweise deuten jedoch auf die Möglichkeit einer anderen Verwendung hin. Es ist in den letzten Monaten und nicht erst in Verbindung mit Kuba viel die Rede davon gewesen, wie man kommunistische Regime stürzen könne, ohne einen allgemeinen oder auch nur begrenzten Krieg zu riskieren. Man kam dabei auf den Einfall einer „unkonventionellen Kriegführung" mit „subversiven" Mitteln und Methoden durch besonders ausgebildete revolutionäre oder gegenrevolutionäre Kaderorganisationen, die nach dem Beispiel der „Kommandos" des Zweiten Weltkrieges und der Untergrundkämpfer, der Maquis, die kommunistischen Herrschaftssysteme unterminieren und schließlich durch einen allgemeinen Massenaufstand stürzen sollte. Eine etwas romantisch und reichlich dilettantisch anmutende Idee, die indessen ernsthaft erwogen und in Zusammenhang mit der neuen militärischen Konzeption der „ausbalancierten Verteidigung" und „kontrollierten Erwiderung" gebracht wurde und die einer kommunistisch subversiven Aktion an irgend einem Punkt die entsprechende Antwort geben soll. Wäre sie so als Defensivmaßnahme im Einsatz beschränkt, wäre dagegen kaum etwas anderes einzuwenden als ein Zweifel an ihrem Erfolg, der vieler anderer Vorbedingungen bedarf als des bloßen Trainings von Spezialtruppen in der Guerillataktik und der Partisanentechnik. Aber schon der Versuch in Kuba zeigte einen anderen Charakter und deutet auf weiter hinzielende Bestrebungen, die, wenn man Erfolg mit ihnen gehabt hätte, eine ungleich ernstere Krise heraufbeschworen haben würden, als es die Berlin-Krise ist. Im Dienste einer offensiven politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Umsturzelement anwendet, würde eine „unkonventionelle Kriegsführung" mit subversiven Mitteln in größerem Maßstabe, etwa in Europa als „zentraleuropäische Freiheitsbewegung", nicht mehr als Verteidigung gegen die kommunistische Weltrevolution oder -konspiration, sondern als Provokation, als Versuch einer gewaltsamen Änderung des derzeitigen Machtgleichgewichtes wirken und zu Entwicklungen und Verwicklungen führen, in denen es nicht bei begrenzten Kriegen mit konventionell ausgerüsteten Truppen bleiben würde, sondern die zu einem Atomkrieg führen müßten. Es würde auf sowjetischer Seite genau so den Atomkrieg unvermeidlich machen wie auf amerikanischer Seite die Rückdrängung und Einkreisung der USA in eine isolierte Position.

Man wird nicht bezweifeln dürfen, daß es in USA und anderwärts gewichtige Kreise gibt, die die Verwendung des Selbstbestimmungsrechtes gerade in solchem Sinne als politisches Sprengmittel im großen Maßstabe verwandt zu sehen wünschen und darin das einzig wirksame Mittel zum Sturz des kommunistischen Systems von innen heraus sehen. Dem amerikanischen Präsidenten wird man derartige Absichten nicht unterstellen dürfen, trotz seiner Billigung des Kuba-Abenteuers. Gerade der Ausgang, die schlechte Vorbereitung und die mangelnde Resonanz der Befreiungsaktion in der kubanischen Bevölkerung wird ihm die begrenzten Möglichkeiten subversiver Kriegführung gezeigt haben. Sein Verantwortungsbewußtsein, sein nüchterner Realismus, seine Abneigung gegen alles Amateurhafte und sein scharfer Verstand werden ihn davon abhalten, das Selbstbestimmungsrecht anders als in einem klärenden und befriedenden Sinne und zugleich als Element echter Gewinnung von Nationen und neuer Völker zur Zusammenarbeit mit dem Westen zu verwenden. Nicht hinter dem Vorhaben, Guerilla-Kommandos aufzustellen, um einen Krieg im Dunkeln zu beginnen, steht, wie großspurig behauptet wurde, ein „ganz neues psychologisches Konzept des Krieges", nämlich statt der Vernichtung von Völkern ihre Gewinnung, wohl

aber hinter einer politischen Strategie, die das Selbstbestimmungsrecht als einen geistigen Machtfaktor in der richtigen Verbindung und Einordnung statt in der Isolierung zu gebrauchen versteht. „In einem Zeitalter der Revolutionen ist die Herrschaft des Gesetzes die Rüstung des Konservatismus", sagte Walter Lippman und fuhr fort, daß diese Herrschaft des Gesetzes das eigentliche Herz der Freiheit sei, das man nicht preisgeben dürfe, wenn man nicht zugleich die Macht wegwerfen wolle, der Revolution mit etwas anderem als bloß physischer Gewalt zu begegnen. Damit wandte er sich gegen diejenigen, die nach dem Scheitern der gegenrevolutionären Guerilla-Aktion in Kuba nach offener Intervention der Vereinigten Staaten gegen das C a s t r o - Regime riefen. Die Vertretung des Selbstbestimmungsrechtes darf nicht zu einer I n t e r v e n t i o n gegen bestehende Regime werden, zu keiner direkten noch indirekten. Es ist anzunehmen, daß der Präsident diese Schlußfolgerung aus der Kritik des ihm nahestehenden politischen Denkers gezogen hat.

Damit wären wir wieder zu der Berliner Krise zurückgekehrt mit der Frage, in welcher Weise die Westmächte ihre Vorschläge zu einer Beilegung des Streites über Berlin und eines Friedensschlusses mit Deutschland auf der Grundlage der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes präsentieren werden. Die Deutschen selbst sehen eine solche ausschließlich als Intervention der Westmächte in bestehende, die Selbstbestimmung ausschließende Macht- und Ordnungselemente staatlichen Charakters und hoffen auf eine solche nicht nur, sondern fordern sie in der naiven Annahme der Allmacht der USA, des Glaubens, daß es nur des guten Willens der Amerikaner bedürfe, um ihnen die „Einheit in Freiheit" und die Revision der Oder-Neiße-Linie noch dazu auf dem Präsentierbrett darzureichen. „Nicht zum zweitenmal den Abfall vom Selbstbestimmungsrecht zu begehen und die offene Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes zuzugestehen", hatte Bundesverteidigungsminister Strauß in USA gewarnt.

Was haben wir demnach von Verhandlungen zu erwarten? Wir müssen uns hier kürzer fassen, als es der Wichtigkeit der Sache entspräche. Aber es wird nach den Wahlen noch Gelegenheit geben, ausführlicher darauf hinzuweisen, was etwa von deutscher Seite selbst noch geschehen könne und nur noch durch deutsche Initiative überhaupt noch geschehen könnte, um aus einer völlig ausweglosen Lage noch zu retten, was als Ansatz für eine bessere Zukunft rettenswert ist; es sei denn, daß die Erklärung eines Notstandes, das Verbot nicht-konformistischer Presseorgane als „staatsfeindlich" Kirchhofsschweigen über die Bundesrepublik verhängt und uns verbietet, u n s e r e Warnungen den wirklichkeitsfremden Warnungen und Forderungen bundesdeutscher Minister und Kanzlerkandidaten gegenüberzustellen.

Wir sind am Ende der Illusionen. Wir sind auch aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende der Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik. Ein tiefer Riß beginnt sich in der Politik beider zu zeigen, den wieder zu schließen auch dem taktischen Geschick und dem Charisma des alten Kanzlers nicht gelingen wird. Denn kein denkender und urteilsfähiger Mensch in der Bundesrepublik kann sich der Einsicht verschließen, daß die Adenauer'sche Politik gescheitert ist und daß das deutsche Volk durch eine von Grund auf falsche und sogar verwerfliche Politik, die nach der Hitlerepoche nicht hätte unternommen werden dürfen, um frühere Möglichkeiten einer erträglichen Existenz gebracht worden ist. Der Riß und die Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und den USA wird durch die schließlich unvermeidliche Erkenntnis nicht geringer werden, daß die Deutschen nicht nur für ihre eigenen früheren und gegenwärtigen Fehler, sondern auch für die Irrtümer, Schwächen und Illusionen ihrer Verbündeten die Zeche zu zahlen haben werden. Der Riß wird sich um so weniger schließen, je mehr die Deutschen

erkennen, daß die Beziehungen des amerikanischen Präsidenten zu den deutschen Problemen auf rein nüchternen Zweckmäßigkeitserwägungen gegründet sind und jeder Wärme ermangeln, daß er an dem Selbstbestimmungsrecht etwa der Polen sehr viel wärmeres Interesse nimmt als an dem der Deutschen.

Es ist nicht schwierig, vorauszusehen, daß, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht zum Rahmen oder zur ideologischen Basis eigener Gegenvorschläge zu den russischen machen, dies nur in den Grenzen einer möglichen Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse und realen politischen Fakten geschehen wird. Es kann nicht ausbleiben, daß dies im vollen Gegensatz zu den Erwartungen und Zielen der bisher verfolgten Politik der Bundesrepublik stehen wird. Bitter rächt es sich, daß ein Jahrzehnt hindurch die öffentliche Meinung falsch unterrichtet wurde, noch bitterer rächt sich eine einseitige Machtpolitik, die nur auf erborgter Macht begründet war und jedes Augenmaß für die realen Verhältnisse verlieren ließ. Wären die Deutschen durch Schaden klug und durch tragische Erlebnisse politisch weise geworden — und mindestens hätte es dem Alter geziemt, weise zu werden —, so hätten sie um der Zukunft willen den Versuch der Amerikaner, wenigstens den Anschein zu retten, daß es in Berlin und in der Regelung der deutschen Frage nicht zu einem Rückzug oder einer Preisgabe kommt, unterstützt, statt ihn in plumper Weise bloßzustellen. Die Deutschen hätten erkennen sollen, daß es ihr eigenstes Interesse ist, wenn die USA nicht vor die Alternative offener Preisgabe und politischer Niederlage oder Atomkrieg gestellt werden. Denn es bedeutet für sie selbst die Alternative totalen Unterganges oder einer nicht mehr nur militärisch, sondern auch politisch schutzlosen Lage einer Macht gegenüber, die sie selbst in Verblendung zu ihrem Todfeind erklärt haben.

„Geordneter Wandel" sei der Schlüssel für ein vernünftiges Überleben, hatte Senator Mansfield, einer der einflußreichsten und weisesten Politiker Amerikas, gegen den Vorwurf erwidert, er treibe Besänftigungspolitik, appeasement. Senator Mansfield ist in der Bundesrepublik von oben herab geringschätzig abgekanzelt worden; so ist es Senator Fulbright, den wir wiederholt zitierten, und das nicht in üblichen Adenauer-Blättern, sondern in vergleichsweise noch unabhängigen Blättern wie „Die Zeit". Was denken eigentlich die Bundesdeutschen, was sie sind und was sie politisch vermögen? „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit." Was bleibt in dieser ausweglosen Lage anderes übrig, als in Geduld und Selbstüberwindung in kleinen, in allerkleinsten Schritten versuchen, den Weg zum Besseren zu gehen; einen halben Schritt vor und einen viertel wieder zurücktun zu müssen? Was bleibt anderes übrig als der Versuch „geordneten Wandels" im einzelnen, im Konkreten?

Nicht nur die Zeit der Illusion ist um; nicht nur die Politik der erborgten Stärke ist an ihr logisches Ende gelangt, nicht nur die Identität der deutschen mit der amerikanischen Außenpolitik bricht auseinander. Das Adenauer-Regime ist am Ende, mag der Kanzler noch einmal einen Wahlsieg erreichen oder nicht. Denn auch die Zeit ist zu Ende, während der die Deutschen aus dem Konflikt der Westmächte und des Ostens Vorteile zogen. Von ihm lebte das Regime Adenauer. Was nun noch übrig bleibt, ist, dem abermaligen Zusammenbruch aller Hoffnungen standzuhalten, um, wenn sich der Staub gesetzt hat, zu sehen, was noch aus eigener deutscher Initiative geschehen könne. Nicht der Mächtige wird siegen, nicht der, der sich auf Gewalt verläßt, wird ausdauern, sondern der die große Geduld geistiger und moralischer Überlegenheit besitzt. Die Friedfertigen werden das Erdreich erben. Das wäre von Rechts wegen Hoffnung und Richtlinie einer sich auf das Christentum gründenden Demokratie gewesen, statt andere zu richten und vernichten zu wollen und in anderen das Böse verkörpert zu sehen,

wo man selbst in Sünde bloß stand. „Einen Menschen töten, heißt niemals eine Lehre verteidigen, sondern einen Menschen töten", hatte der große Humanist Castellio einst gelehrt. Sollte es nicht noch mehr von der Vernichtung ganzer Völker in der Verteidigung der eigenen Lehre und Ordnung gelten? Auch die Zeit der Kreuzzüge ist vorbei. Alte Leute sollten nicht für Kriege sein, die die Jugend auszukämpfen hätte, sagte unlängst voll Bitterkeit Walter Lippmann.

Dr. Rudolf Hilf

Weder Wiedervereinigung noch Sicherheit

„Die Antwort kann nur sein, daß die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein." (Franz Josef Strauß in seinem Artikel „Glaubhafte Sicherheit durch Abschreckung" in der Zeitschrift „Außenpolitik".)

Vor dem Scherbenhaufen der Hoffnungen

In diesen Tagen, Wochen und Monaten beginnt ein großes Zerbrechen. Zerschlagen, in Stücke gebrochen und auf den Abfallhaufen gekehrt werden die Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik.

Zuerst einmal zersplittert da, was man als gradlinige Fortsetzung der Politik des nationalsozialistischen Staates ansprechen kann: das Vertrauen in die angeblich höchste Macht der Geschichte: in die Gewalt. Lassen wir allen ideologischen Firlefanz des Dritten Reiches beiseite: sein harter und realer Kern bestand in dem Glauben an die physische Macht und die Anbetung der Gewalt. Diese unsere Gewalt ist im Jahre 1945 von noch stärkerer Gewalt gebrochen worden. Als dann einige Jahre später wieder ein deutscher Staat entstand, versuchte er keineswegs, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, aus unserem Zusammenbruch neuen Sinn zu gewinnen. Vom Ursprung her stellte er sich einer Politik zur Verfügung, die genau so phantasielos die Gewalt für das Fundament und die ultima ratio hielt. Die ganze Umkehr bestand darin, daß man die westliche Demokratie der Interessenverbände und Parteicliquen einführte und daß man sich das Mäntelchen eines Christentums umhing, aus dem bereits jedes echte, die Wirklichkeit gestaltende Leben gewichen war. Die Realität dieses neuen deutschen Staates aber wurde das Vertrauen in die Macht eines die halbe Welt umspannenden Militärbündnisses, wiederum der Glaube, daß die Gewalt in der Lage sei, die deutsche Zukunft zu sichern. Wir werden nun zum zweiten Male — wenn auch noch nicht im Ausmaß einer neuen militärischen Katastrophe — erleben müssen, wie dieser Glaube an die Gewalt gebrochen wird.

Zusammenbrechen werden damit gleichzeitig unsere Hoffnungen auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, unsere Erwartungen eines Friedens, der uns Verlorenes wiedergibt, und schließlich wird auch für diejenigen Bundesbürger und Politiker, die diesen westdeutschen Staat als die Quintessenz der deutschen Geschichte ansehen und glauben, sich hinter seinen Grenzen auf ein dauerhaftes geruhsames Leben einrichten zu können, die letzte Illusion, die der Sicherheit, in Stücke gehen.

Die Bundesrepublik steht vor einem Scherbenhaufen unerfüllter Hoffnungen.

Die Fragestellung

Geistig werden wir damit in der Geschichte wieder auf den Nullpunkt der deutschen Niederlage von 1945 zurückgeworfen.

Wir haben die Frage, die uns damals gestellt wurde — nicht von den Siegern, sondern von unserer eigenen Geschichte — nicht beantwortet. Vielleicht wollten wir sie auch nicht hören. Vielleicht aber konnten wir sie damals auch gar nicht beantworten. Unser Zusammenbruch rief nach dem radikalen Umdenken, nach der großen geistigen Umkehr; die Verzweiflung, in die uns unser eigenes Handeln gestürzt hatte, wollte die dialektische Bewegung einer neuen, alles umwertenden Sinngebung. Aber da waren die sogenannten Sieger. Sie kamen mit fertigen Rezepten. Sie wußten genau, was gut und böse, falsch und richtig war — und sie waren nicht besser als wir alle. Was ein echter Neuanfang, ein neues „aus sich rollendes Rad" hätte sein können, wurde zur lakaienhaften Übernahme von Klischees, die uns die neuen Herren präsentierten.

Bevor die Frage überhaupt gestellt wurde, waren die fertigen Antworten da. Nur: es waren nicht unsere eigenen Antworten auf eine Frage, die unser Schicksal an uns gerichtet hatte.

Die Frage ist: Was gibt unserer Existenz in dem Strom der Ereignisse, die wir Geschichte nennen, neuen Sinn? Die Frage, aus unserem Zusammenbruch erwachsen, schließt in sich die Ablehnung, die radikale Ablehnung aller bloß restaurativen Bestrebungen. Das können die nicht verstehen, die das Dritte Reich Hitlers oder vielleicht gar nur einen Teil seiner Politik als eine Art vermeidbaren Betriebsunfall betrachten. Für diese Leute ist es sehr einfach: sie fangen dort an, wo sie 1933 aufhören mußten. Die Frage braucht hier gar nicht gestellt zu werden, denn die Antwort ist ja seit Jahrzehnten bereits vorhanden (wenngleich ihr auch ein durchaus merkbarer Modergeruch anhaftet).

In einer Welt, die sich in einem sich ständig beschleunigenden revolutionären Umbruch befindet, in einem reißenden Strom, von dem man fühlt, daß er immer schneller auf einen engen Durchgang zutreibt, hinter dem Ruhe und Sicherheit eines die Himmel spiegelnden weiten Meeres oder auch ein alles verschlingender Abgrund warten kann; in dieser Welt haben die Deutschen, die in einer gewissen Freiheit über ihren Weg entscheiden konnten, einen Staat nach den Maßstäben des vorigen Jahrhunderts aufgebaut, wie er spießiger, egoistischer und zwergenhafter kaum gedacht werden kann. Fürwahr, es ist wie ein böser Witz der Geschichte: Millionen mußten sterben, eine Welt erhob durch uns die Waffen gegeneinander — und dann: dieses Ergebnis!

Diejenigen Menschen unseres Volkes, die diesen Staat schufen, handelten aus zwei Motiven heraus: einmal erfüllten sie einen Auftrag der westlichen Siegermächte, der darin bestand, das Vakuum in Zentraleuropa aufzufüllen und eine feste Stellung gegen den Osten zu errichten; zum anderen glaubten sie, mit dem Aufbau eigener Macht und der Rückendeckung des großen Bündnisses der einen Welthälfte zu dem vorhitlerischen Ausgangspunkt der Wiedererrichtung des deutschen Nationalstaates zurückkehren zu können.

Sie wollten gleichzeitig dabei dem Schicksal der Mitte entfliehen, das soviel Leid und Unglück über das deutsche Volk gebracht hatte. Dies war ihre Schlußfolgerung aus 1945. Nach Lage der Dinge hieß dies, für die eine oder für die andere Welthälfte, wie sie aus diesem Krieg entstanden waren, zu optieren. Die notwendige Konsequenz dieser Option mußte zuerst die Teilung des Volkes sein und schließlich an Stelle der gewünschten Sicherheit und Ruhe: äußerste Unsicherheit.

Diese Früchte der deutschen Nachkriegspolitik reifen nun in diesen Tagen. Sie sind nicht böse Zauberei von Chrustschow, sondern entspringen unseren

eigenen Handlungen, unserem Tun und unserem Unterlassen. Die Wochen vor der Wahl zum neuen Bundestag haben eine geradezu beispiellose Verlogenheit und Vernebelung der Tatsachen aufgezeigt. Es ist daher sicher gut, den Propagandadunst nun zu zerstreuen und die Fragen, die die deutsche Politik heute bewegen — nämlich die der Wiedervereinigung, die der gerechten Grenzen, die der Sicherheit — im Zusammenhang mit einer harten Wirklichkeit aufzuzeigen, die wir nur überwinden und verändern können, wenn wir zuvor einmal den Mut besitzen, uns ihr überhaupt zu stellen.

Möglichkeit und Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung

Um zum Kern vorstoßen zu können, müssen wir beginnen, von außen eine Schale nach der anderen zu lösen, anderenfalls verrennen wir uns in Behauptungen und Forderungen, die mit der Realität nicht übereinstimmen oder die wir nicht weiter erklären können und die damit zu Glaubenssätzen werden.

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hatte sich bereits die künftige Teilung dieses Landes in eine westliche und östliche Machtsphäre entlang den militärischen Demarkationslinien in der letzten Kriegsphase abgezeichnet. Als das einigende Band des gemeinsamen Gegners nicht mehr vorhanden war und die natürlichen Gegensätze immer offener zutage treten mußten, wurden West wie Ost zum erstenmal vor eine Wahl gestellt, auf die wohl eine Antwort gegeben wurde, die aber trotzdem bis heute das Problem nicht gelöst hat. Nach über einem Jahrzehnt stehen wir genau wieder vor derselben Frage — was beweisen könnte, daß die damalige Antwort falsch war.

Die Entscheidung, um die es ging und um die es auch heute geht, heißt:

Dient es dem Frieden und der Sicherheit der Welt, wenn das Land, das in einem Menschenalter allein durch seine Existenz zwei Weltkriege hervorgerufen hat, auf unabsehbare Zeit zwischen West und Ost aufgeteilt bleibt, oder soll man es wagen, aus Deutschland abzuziehen und damit dieses Volk in eine neue politische Freiheit zu entlassen, von der man nicht weiß, wozu es sie gebrauchen wird?

Die Entscheidung fiel für die Beibehaltung der Teilung. Nicht nur wegen des Mißtrauens gegenüber den Deutschen, sondern vor allem auch, weil das Ringen um den Besitz des zentraleuropäischen Entscheidungsraumes bereits jeden Ansatz eines Kompromisses zwischen West und Ost zu vergiften begann. Der Osten wäre in den ersten Nachkriegsjahren wohl am ehesten bereit gewesen, seine Zone — das kleinere Stück Deutschland — aufzugeben, um dafür Einfluß auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland einzutauschen. Stalin versuchte noch in seinen letzten beiden Lebensjahren, diese Entwicklung einzuleiten. Dem Westen und seinen deutschen Satelliten aber mangelte jedes Selbstvertrauen, auf ein großes Spiel in diesem Sinne einzugehen. Im Besitz des größeren Teiles des deutschen Kuchens war er zudem — im Gegensatz zum Osten — saturiert. Sein Deutschland war groß genug, die westeuropäisch-atlantische Front in Zentraleuropa zu stabilisieren. Und um etwas anderes ging es nicht.

Die Bundesrepublik, die also als militärische westliche Satrapie entstand, konnte aber zugunsten dieser Aufgabe die deutsche Geschichte nicht völlig über Bord werfen. Sie erklärte sich selbst in ihrem Grundgesetz als Provisorium und setzte sich als oberstes Ziel die Wiedervereinigung der Nation.

Beide Ziele — die reale Aufgabe der westlichen Festung in Zentraleuropa gegen den Osten und die Wiedervereinigung des Volkes in einem neuen Gesamtdeutschland — schließen einander aber ganz und gar aus. Wie ein angelsächsisches Sprichwort sagt: Man kann nicht ein Omelette essen wollen und dabei die Eier ganz lassen.

Wenn man es anders nennen will: die Bundesrepublik krankt an einer inneren Lüge, die ihre Existenz bis ins Mark vergiftet. Ein Jahrzehnt hindurch hat man bewußt das Volk in dieser Kardinalfrage betrogen. Die Politik Chrustschows wird nun westliche wie westdeutsche Politiker in dieser Hinsicht zum Offenbarungseid zwingen — und das ist gut so. Denn: es kann keine Wendung zum Guten geben, solange der Nebel von Illusionen, Lügen und Selbsttäuschungen, die die Wirklichkeit unserer deutschen Frage verhüllen, nicht zerstreut und weggeblasen worden ist.

Was sind die Tatsachen?

1. West und Ost stehen sich heute nuklear bewaffnet gegenüber. Jeder kann den anderen substantiell vernichten, aber diese Vernichtung schließt jeweils den eigenen Selbstmord mit ein. Das Ergebnis ist, daß keiner den anderen in Fragen zu einem Nachgeben zwingen kann, in denen die eigene Substanz, das eigene Überleben, bzw. das entscheidende Umwerfen des weltpolitischen Gleichgewichts auf dem Spiel steht.

2. Mit jeder Lösung des deutschen Problems aber kann das weltpolitische, ohnehin sehr prekäre Gleichgewicht äußerst gefährdet werden. Um nur die beiden Extreme zu betrachten: würde Gesamtdeutschland kommunistisch, so würde ganz Europa zusammenbrechen; nach Lage der Dinge im afro-asiatischen und lateinamerikanischen Raum wären die USA isoliert und stünden nur noch vor der Wahl, atomaren Selbstmord zu begehen oder den unaufhaltsamen Einbruch des Ostens überall in der Welt hinzunehmen. Würde Gesamtdeutschland westlich orientiert, so würde die östliche Ideologie bei den 17 Millionen Deutschen des östlichen Staates eine derartige psychologische Niederlage erleiden, daß davon der mittelosteuropäische Satellitenraum der Sowjetunion wahrscheinlich in Flammen aufgehen würde. Nur eine sowjetische Regierung, die die Absicht hat, nach innen und außen Selbstmord zu begehen, kann sich auf einen solchen Kurs einlassen. Die Schlußfolgerung: Das deutsch-westslawische Zentraleuropa und Deutschland insbesondere sind nach wie vor der Entscheidungsraum Nr. 1 in der Welt, ungeachtet der zeitweiligen Ohnmacht der dort lebenden Völker. In diesem Entscheidungsraum kann keine Weltmacht die andere zu einer Kapitulation zugunsten ihres jeweiligen Deutschland zwingen, ohne den festen Willen zu haben, sofort dafür mit Mann und Maus zu sterben.

3. Wenn die Bundesrepublik daher von einer Politik der Wiedervereinigung spricht und gleichzeitig ihren Willen zu einer immer stärkeren Integration in den Westen kundgibt, so ist eines dieser beiden Ziele Lüge oder Selbsttäuschung. Die Politik von Bonn ist dann richtig, wenn man als Deutscher auf alles östlich der Grenzen eben dieser Bundesrepublik Verzicht leistet. Also: auf die Wiedervereinigung unseres Volkes, auf die Ansprüche der Vertriebenen und auch auf Westberlin. Verzichtet man auch nur auf eines von den dreien nicht, so ist die Politik der Bundesrepublik von Anfang an falsch.

Denn es ist doch ganz klar und logisch: Jedes der drei Ziele kann real nur dann angestrebt werden, wenn wir bereit sind, mit dem Osten einen Kompromiß zu suchen, der voraussetzen und einschließen muß, daß die Bundesrepublik eben nicht ihre raison d'être darin findet, an der Front der einen Weltmacht gegen die andere teilzunehmen.

Umgekehrt: wenn die Bundesrepublik daran festhält, daß sie Festung und Waffe der einen Weltmacht gegen die andere ist, so kann sie tausendmal von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit", von Selbstbestimmungs- und Heimatrecht und dem Leuchtturm Westberlin deklamieren, die realen Konsequenzen hönnen nur sein:

a) daß die Teilung immer tiefer und furchtbarer wird,

b) daß die Ansprüche der Vertriebenen endgültig aus der Geschichte gestrichen werden, und daß

c) Westberlin schrittweise verlorengehen muß.

Das ist das Fazit der Bonner Wiedervereinigungspolitik, die von Anfang an nicht viel mehr als eine Lüge, bestenfalls ein Selbstbetrug war. Wie konnte es anders ausgehen? In dem Moment, als klar war, daß Bonn zu keinerlei Disengagement der Weltmächte in Zentraleuropa seinen Beitrag leisten würde (aus Angst, den westlichen Schutz zu verlieren, und damit letztlich aus Mangel an Selbstvertrauen), in dem Moment, als gewiß war, daß Bonn an seiner Rolle einer westlichen Militärbastion festhalten würde, in dem Moment, als es aber gleichzeitig gegen den Osten seine Forderungen auf Wiedervereinigung etc. erhob und der Osten annehmen mußte, daß dieses Westdeutschland mit Rückendeckung des Westens darauf aus war, ihm eine entscheidende Niederlage in Zentraleuropa beizubringen, — in diesem Moment konnte der Osten gar nicht anders handeln, als seinen deutschen Staat als Gegenbastion aufzubauen und dort, wo ihn das Vertrauen der Bevölkerung nicht trug, Zwang einzusetzen.

In der Geschichte zählen die Ergebnisse, nicht die Wünsche. Die Ergebnisse der Bonner Teilnahme an der Frontpolitik der einen Weltmacht gegen die andere liegen nun vor. Sie bestehen in einem zweiten deutschen Staat, in der Anerkennung der durch die Vertreibung geschaffenen neuen Grenzen und in einer tödlichen Gefahr für Westberlin.

Seit der ersten Berliner Blockade mußte man wissen, daß diese Insel nur dann zu halten sein wird, wenn man

entweder eine neue Politik des west-östlichen Disengagements in Zentraleuropa sucht und die Berlin-Frage damit in einen größeren Ausgleich einbaut,

oder wenn man stark genug ist, gegen den Osten einen begrenzten oder auch unbegrenzten Krieg zu führen.

Seitdem der Osten an Kernwaffen mit dem Westen gleichgezogen und in der Raketenwaffe sogar eine Überlegenheit erreicht hat, seitdem sein immer vorhandenes Übergewicht an konventioneller Rüstung ungehindert zum Tragen kommt, seitdem gerät Westberlin in einen tödlichen Griff.

Es geht dem Osten nicht in erster Linie um diese Stadt; dazu wäre eine solche Krise von diesen Ausmaßen nicht notwendig. Was der Osten will, ist: den Westen zu zwingen, seine Deutschlandpolitik und die von Bonn als das zu enthüllen, was sie immer gewesen ist: eine Politik der Teilung. Die Stadt ist lediglich der schwächste und damit strategisch-politisch günstigste Ansatzpunkt. Der Westen hat die Wahl, entweder zu kämpfen, und zwar in einem Zustand klarer Unterlegenheit, was den zentraleuropäischen Raum anbetrifft, oder aber eine Weltblamage einzustecken, dadurch, daß er schrittweise zurückgetrieben wird, oder aber, um beides zu vermeiden, den Illusionen der deutschen Nachkriegspolitik von Wiedervereinigung, Grenzen von 1937, Heimatrecht etc. selbst das Grab zu schaufeln.

Die Lügen und Phrasen, die Selbsttäuschungen und die geborgte Stärke werden fallen, und die bisherige Teilungspolitik wird nackt und bloß ohne jede Hülle dastehen.

Bedeutet dies alles, daß eine Wiedervereinigung unseres Volkes ein für allemal oder zumindest auf absehbare Zeit unmöglich geworden ist?

Darauf kann man sowohl mit einem Ja als auch mit einem Nein antworten. Absolut unmöglich ist sie geworden, wenn wir auch künftighin davon ausgehen, daß dieser westdeutsche Staat Instrument Washingtons gegen Moskau zu sein hat.

Unmöglich ist sie auch, wenn wir uns der Illusion hingeben, daß für ein militärisch und außenpolitisch neutrales Gesamtdeutschland Moskau seinen deutschen Staat aufgeben würde. Nicht nur Bündnisse und Stützpunkte zählen als Faktoren des weltpolitischen Gleichgewichts im zentraleuropäischen Entscheidungsraum, sondern genau so sehr oder mehr noch die Gesellschaftsordnungen. Unmöglich ist die Wiedervereinigung generell, wenn wir sie als Selbstzweck anstreben.

Denn: wir nehmen mit unserem Volk nicht nur an der machtpolitischen Teilung dieser Erde in West und Ost in einem besonders prekären Entscheidungsraum teil, wir werden auch wie kein Volk unter diese Spannung gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen gestellt, und schließlich ist es bei uns, wo der Zwischenzustand, den man fälschlicherweise Frieden nennt, der härtesten Belastungsprobe ausgesetzt wird.

Wenn die deutsche Politik neuen Sinn gewinnen soll, so kann er weder darin bestehen, daß wir auf unsere eigene Seele Verzicht leisten und an der einen oder anderen Weltfront teilnehmen und damit den Graben zwischen den Menschen (nicht nur zwischen unserem Volk allein) immer tiefer aufreißen. Er kann auch nicht darin bestehen, daß wir, so als ob nichts gewesen wäre, einfach zu einem vorhitlerischen Zustand zurückkehren und die Restauration des deutschen Nationalstaates in diesen oder jenen Grenzen nun weinerlich oder trotzig bei West und Ost einklagen. Der neue Sinn kann nur bedeuten, daß wir eine konsequente Umwertung vollziehen, daß wir erkennen: wir haben unser Schicksal der Mitte bisher falsch aufgefaßt. Wir wollten von dieser Mitte aus unser Imperium nach West und nach Ost ausdehnen und über andere Völker herrschen. Das Ergebnis war, daß West und Ost in diese Mitte eingebrochen sind und sie aufgehoben haben. Letztlich aber zu ihrem eigenen Schaden, wie sie beide merken werden. Denn sie sind nun mit diesen Fragen der Mitte belastet worden, die von ihrem jeweiligen Standpunkt her nicht lösbar sind, mehr noch, sie sind mit ihrer Macht und Ohnmacht nun so in der Mitte verzahnt und verbissen, daß die Katastrophe geradezu unabwendbar erscheint. Falsch ist es und jämmerlich, wenn wir selbst diesem Schicksal der Mitte entfliehen wollen. Wir können es nicht, wir werden immer zurückgestoßen werden. Was uns bleibt, ist allein, den Auftrag, den uns diese Mitte gibt, in einen neuen Geist zu fassen. Wir müssen begreifen, daß dies heißt:

Uns mit unserer ganzen Existenz dafür einzusetzen, daß an diesem intensivsten Berührungspunkt der beiden Teilungsmächte der Welt d e r Fr i e d e n g e w a h r t wird. Das will besagen, daß wir einmal jede Politik unterstützen müssen, die dem Abbau der Spannungen in Zentraleuropa dient: von der atomwaffenfreien Zone über den Abzug der nicht-zentraleuropäischen Truppen bis zur international kontrollierten Zone beschränkter Rüstungen. Das bedeutet weiter, daß wir versuchen müssen, an Stelle des Kalten Krieges die schrittweise Kooperation der zentraleuropäischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur zu setzen. Unser Ziel soll es nicht sein, Grenzen zu verändern, sondern in ihrer Bedeutung zu vermindern, Mauern niederzulegen, Gräben zuzuschütten. Das heißt nicht, daß wir uns in der Illusion wiegen, nur mit der Friedenspalme wedeln zu brauchen, und alles werde sich in Wohlgefallen auflösen. Die Auseinandersetzung mit der östlichen Gesellschaftsstruktur bleibt uns ebenso wenig erspart, wie auch der Osten sich auf die Dauer nicht vor jeder Zugluft durch hermetische Absperrung wird schützen können. Die Welt strebt doch in revolutionären Zuckungen, aber in ungeheuer raschen Bewegungen z u e i n a n d e r: sie will Einheit werden, und es würde sehr töricht und in sich selbst schädlich sein, wenn man behaupten wollte (wie das allerdings auf beiden Seiten bisher geschieht), das Patentrezept für diese neue Welt schon in der Tasche zu haben. Wäre dies wirklich der Fall, die Einheit

der Welt wäre schon längst da. Was uns angeht: wir sollten nicht nach neuen Theorien suchen, neue Absoluta verkündigen. Es genügt, wenn wir zunächst nicht mehr daran glauben, daß auf der einen Seite der Welt die Guten und auf der anderen die Bösen sitzen. Es genügt, wenn wir versuchen, das Vernünftige in den jeweils konkreten Entscheidungen zu tun, wenn wir versuchen, Gerechtigkeit zu üben gegenüber dem einzelnen und gegenüber dem Kollektiv. Was immer wir hier in der Mitte anpacken, es darf unter keinen Umständen mit der Absicht geschehen, der einen Welthälfte zugunsten der anderen eine Niederlage beizubringen. Wir haben uns nicht auf eine „neutrale Insel" im Sinne allseitiger Passivität zurückzuziehen, denn die kann es in diesem Streit, der die ganze Welt zerreißt, gar nicht geben, sondern unsere Aufgabe ist es, für den wirklichen Frieden, für die umfassende Einheit und für die Versöhnung dieser Welt einzutreten. Ob wir diese Aufgabe erfüllen können, kann niemand wissen. Wir können sie nur als neuen Sinn ergreifen und uns selbst daran wagen. Mehr kann kein Mensch und kein Volk tun, heute nicht, in der Vergangenheit nicht und auch morgen nicht. Aus der Teilung der Welt ergibt sich die dialektische Bewegung zur Einheit. Wenn hier allein unsere Aufgabe liegen kann, einmal weil wir selbst an der Herbeiführung dieser Teilung schuld haben, zum anderen, weil wir unter ihr mehr als die anderen Völker leiden müssen, so heißt dies, daß die Wiedervereinigung unseres Volkes als Selbstzweck unerreichbar, als Nebenprodukt dieser viel größeren und eigentlichen Aufgabe wohl möglich, ja sogar sicher sein wird.

Die Frage nach den Grenzen

Soll es unsere Aufgabe werden, unsere Existenz daran zu wagen, Trennendes zu verbinden, Spannungen zu entspannen, Brücken zu schlagen, so ergibt sich von selbst, daß das Grenzproblem dabei zu einer zweit- und drittrangigen Frage wird.

Die Grenze spielt eine wesentliche Rolle, wenn wir Teil der einen Weltfront gegen die andere sind. Die Grenze ist auch von erstrangiger Bedeutung, wenn wir daran glauben, daß Gesamtdeutschland als passive „neutrale Insel" zwischen West und Ost existieren könnte.

Isoliert, als reines Rechtsproblem, existiert die Grenzfrage allerdings nur für Juristen und für politische Phantasten.

Auch hier hat die Bundesrepublik, wie in der Wiedervereinigungsfrage, ein Spiel der Halbwahrheiten, wenn nicht der bewußten Täuschung getrieben, deren Opfer die 10 Millionen in Westdeutschland lebenden Heimatvertriebenen sind.

Die Bundesrepublik hat den Kurs der militärischen Integration in den Westen eingeschlagen und gleichzeitig die Forderung nach Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen des deutschen Nationalstaates erhoben. Sie hat ständig darauf verwiesen, daß über diese Grenzfrage erst in einem Friedensvertrag entschieden werden könnte. Sie hat aber gleichzeitig nicht den geringsten Versuch gemacht, mit dem Osten über die Herstellung eines Friedenszustandes zu reden. Warum? Weil dies ja wohl die einzige reale Aufgabe der Bundesrepublik: westliche Festung und Waffe gegen den Osten zu sein, aufgehoben hätte.

Das alles ist zuletzt noch Hand in Hand mit der atomaren Aufrüstung gegangen. Zutiefst von ihrer inneren Unsicherheit getrieben, ging und geht die westdeutsche Verteidigungspolitik darauf aus, innerhalb des Bündnisses einen atomaren Automatismus zu schaffen (zu dem logischerweise die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gehört). Für den Osten hat dies die Bedeutung, daß die Gefahr entsteht, durch eines der ungelösten deutschen Probleme vor den großen Weltkonflikt gestellt zu werden, den man keinesfalls wünscht. Für den Westen ergibt sich die gleiche Drohung, wegen dieser deutschen Fragen in die Endkatastrophe hineingerissen zu werden.

Wenig nützt dabei die Versicherung, man wolle alle diese Probleme ja nicht mit Gewalt lösen. Die Mischung von ungelösten Problemen, Verweigerung echter Friedensgespräche, Aufrechterhaltung von Forderungen und Ansprüchen und gleichzeitigem Drängen nach atomarer Bewaffnung erscheint außerhalb Deutschlands jedem gefährlich. Da wir unsere jüngste Vergangenheit in uns selbst erfolgreich verdrängt haben, begreifen wir es nicht, wie sich plötzlich an diesem einzigen Punkt unserer Grenzforderungen eine neue Augenblickskoalition von Ost und West gegen die Deutschen bilden kann.

Kurz: auch hier ist es so wie mit der Wiedervereinigung und dem Westbündnis. Beides zugleich kann man nicht haben. Man muß sich schon entscheiden. Entweder das Bündnis mit dem Westen und die atomare Aufrüstung, dann aber müssen alle Außenposten und Forderungen abgestoßen werden. Der Westen selbst wird um seiner eigenen Sicherheit willen mithelfen, daß dies geschieht. Oder aber man sieht Wiedervereinigung und Lösung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Probleme, ohne von vornherein deshalb auf wirkliches Recht zu verzichten, als die Hauptaufgabe der deutschen Politik an. Dann geht dies aber keinesfalls, indem man damit beginnt, sich als westliche Festung gegen den Osten zu fühlen, und schon gar nicht mit atomarer Begleitmusik.

Dürfen wir uns darüber wundern, daß der Osten bei unserem heftigen Drang nach der atomaren Automatik des Westbündnisses daran geht, vorsorglich zusammen mit dem Westen unsere Forderungen, die über die Existenz und Grenzen dieses westdeutschen Staates hinausgehen, zu liquidieren? Auch dies ist durchaus eine logische Folge der Politik von Bonn selbst. Und man würde es den Vertriebenen, die lediglich als Stimmvieh und in ihrer Enttäuschung als antikommunistisches Korsett verwendet und ausgebeutet werden, wünschen, daß sie diese Zusammenhänge begreifen lernen. Es würde sich dann viel in Westdeutschland ändern, wenn diese Schicht von Menschen sehen könnte, daß es für sie nur Hoffnung gibt, wenn sie selbst Pioniere einer neuen Friedenspolitik in Zentraleuropa werden.

Ist das zuviel verlangt? Bis heute unterstützen sie eine Politik der Feindschaft gegen den Osten und sind für jede Scharfmacherei zu haben. Sie haben auf den Sieg der einen Welthälfte gegen die andere gesetzt, den es nicht geben kann. Real haben sie damit lediglich beigetragen, ihre eigenen Forderungen zu liquidieren. Sie werden es in diesen kommenden Wochen und Monaten erleben müssen.

Leider steht auch schon eine Partei bereit, die, wie man so sagt, nichts vergessen und nichts dazugelernt hat. Sie wird versuchen, die Stimmen der Enttäuschten aufzufangen und daraus einen neuen Nationalismus zu entfachen. Er würde eine Karikatur der Bewegung von gestern werden, und das ohnmächtige Fäusteschütteln nach allen Seiten würde die Sache der Vertriebenen endgültig isolieren und diskreditieren.

Mit der Illusion, die Wiedervereinigung Deutschlands, sprich die Liquidierung der DDR, könnte durch die Anerkennung der derzeitigen deutschen Ostgrenzen erkauft werden, eine recht zählebige Dummheit, brauchen wir uns nicht näher auseinanderzusetzen. Die Entwicklung der Dinge spricht für sich.

Was bleibt also?

1. Wenn es unsere Aufgabe werden soll, von der Mitte her für die Überwindung der Fronten in der Welt zu wirken, so kann man nicht damit anfangen, daß man starre Grenzforderungen aufstellt, die den Zugang zu unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn von vornherein erschweren oder ganz unmöglich machen.

2. Die Kluft, die Kriegs- und Nachkriegsereignisse zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen aufgerissen haben, kann man mit juristischen Formeln nicht überbrücken. Es gehört dazu als Voraussetzung, daß zwischen un-

seren Völkern wieder Vertrauen wächst. Die ganze Forderung, von der Mitte her zur Überwindung der Gegensätze und Fronten, zur Versöhnung und Einheit aller beizutragen, wäre idealistisches Geschwätz und bar jeder realen Bedeutung, wenn wir uns nicht zuerst und zunächst am deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Problem bewähren würden. Damit steht und fällt unser ganzes Fragen nach einem neuen Sinn unserer geschichtlichen Existenz.

3. Trotz aller bestehenden Gegensätze und trotz allen aus der Vergangenheit herrührenden gegenseitigen Mißtrauens treibt uns doch die konkrete geschichtliche Entwicklung in eine neue Gemeinsamkeit. Vor Jahren hat der polnische Außenminister Rapacki den Plan einer atomwaffenfreien zentraleuropäischen Zone in die Debatte geworfen. Diese Frage bleibt immer noch aktuell. Vielleicht werden West und Ost in den kommenden Krisen um Deutschland bis an den Rand des Abgrunds vorrücken müssen, um erkennen zu können, daß es nur den einen Ausweg gibt: die Schaffung einer zentraleuropäischen Friedenszone, aus der beide Weltmächte militärisch abrücken und die dann die deutschen und westslawischen Völker zu einer in sich wachsenden Gemeinsamkeit vereinigt. Die Fragen, die Krieg und Nachkrieg zwischen den Völkern Zentraleuropas geschaffen haben, werden nicht gelöst, indem man Grenzen verschiebt — also quantitativ —, sondern indem in einer solchen mitteleuropäischen Friedenszone die Bedeutung der Grenzen ständig vermindert, also indem ein neuer qualitativer Prozeß in Gang gesetzt wird.

Im übrigen entspricht dies allein der Grundtendenz der Entwicklung unserer heutigen gesamten Welt. Wenngleich noch Nationalstaaten am laufenden Band in die Geschichte eintreten, zeigt sich doch schon klar und deutlich, wie ausgehöhlt diese nationalen Souveränitäten von den technischen, wirtschaftlichen und auch geistigen Entwicklungen werden, die alle zu umfassenderen Einheiten hinstreben.

Im alten Stil der Verschiebung nationalstaatlicher Grenzen lassen sich diese Fragen nicht mehr lösen. Es soll aber nicht der Versuch gemacht werden, recht unschöne Sachen durch schöne Worte hinwegzuinterpretieren. Dafür sind diese Dinge viel zu ernst. Wenn sie für uns die wesentliche Bewährung darstellen, wenn es darauf ankommt, daß zwischen Deutschen und Slawen, die gleichzeitig heute westlich und östlich der Welttrennungslinie stehen, eine neue brüderliche Nachbarschaft, ja Gemeinschaft entsteht, so gibt es dafür keine bequeme Lösung. Keine, die sich nur an Rechtsformeln ausrichtet, keine, die man einfach dem hauptbetroffenen Teil unseres Volkes auferlegen kann, keine, die sich auf westliche oder östliche Gewalt stützt. Alles das wäre zutiefst unehrlich und würde keinen Frieden bringen.

An diesem Punkt muß die geistige Umkehr stattfinden, die allein Gegensätze auflösen kann. Und diese Aufgabe ist zunächst einmal uns selbst aufgegeben. Wenn die Charta der deutschen Heimatvertriebenen sagt: „Wir fühlen uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird", so sollten wir uns vorher daran erinnern, daß es die Führung unseres Volkes war, die da sprach: „Kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht." Und wir haben das nicht nur gesagt, wir haben auch danach gehandelt.

Wenn man an Gott wirklich glaubt, dann kann man ihn nicht, so als ob nichts geschehen wäre, nun in den Zeugenstand für die eigene Sache zitieren. Gott ist nicht Zeuge für unsere Forderung und läßt sich nicht von uns einspannen. Versuchen wir, unser Leben als ein Leben vor ihm aufzufassen und mit unseren ge-

ringen und irrenden Kräften nach bestem Wissen und Gewissen das Rechte zu tun, was in unserem Fall heist: die Existenz unseres Volkes an den Frieden zu wagen, die Kluft von Haß und Rache zwischen uns und unseren Nachbarn zu überwinden, so wird uns schließlich auch Recht werden.

Nicht die Gewalt der Kriegsmaschinen, nicht die Klugheit der Diplomaten, nicht das Beharren der Juristen kann diese Fragen lösen, sondern nur ein neuer Geist, den wir selbst zuerst ohne jeden Rückhalt bejahen und l e b e n müssen.

„Nur in dem Maße, als Deutschland fähig und bereit ist, dem Frieden zu dienen, kann es seine eigenen Schicksalsaufgaben lösen helfen; und nur in dem Maße, als eine Entspannung möglich wird, können realpolitische Lösungen für die deutschen Fragen gefunden werden; nicht durch die Fortsetzung des Kalten Krieges, nicht durch einen Sieg in diesem." So sagt Hermann R a u s c h n i n g in seinem Buch „Mut zu einer neuen Politik", und er fährt fort: „Die Aufspaltung der Welt ist ein tief spirituelles Ereignis; so ist es die Teilung Deutschlands, in der sie sich im kleinen Maßstabe wiederholt. Es ist die Herausforderung zu einer tiefen Gemeinsamkeit, einer neuen Einheit. Unsere Heimatlosigkeit, dies Bewußtsein, hinausgestoßen zu sein, . . . diese Fremdheit und Einsamkeit zeigen das Ende des bisherigen Weges, das Ende einer Weltzeit an. Wir können nur noch ein neuer Mensch sein wollen, sofern wir überhaupt noch Mensch bleiben können. Wir haben nur noch in einer gewandelten Welt eine Zukunft. Eine neue Zeit bricht im Wissen um ein neues Gemeinsames an, mit einem neu gefundenen Bleibenden, einer neuen Gemeinschaft. Um dieses beides geht es fortan: um die große Gemeinschaft der Menschen und um ihren Auftrag zur Wandlung. Über beides entscheidet kein äußerer Kampf. Dort, wo man aus eigenem Irrtum aufbricht, ihn zu überwinden, warten die fruchtbaren Kämpfe des Reifens. Nicht dort, wo man ihn verschweigt, wo man sich weigert, am allgemeinen Irrtum teilgenommen zu haben. Durch Irrtum und Schuld wachsen den Menschen die Kräfte zur Wandlung."

D i e „S i c h e r h e i t" w i r d v o n u n s g e n o m m e n

Da wir uns innerlich nicht „sicher" waren, haben wir auf die äußere Sicherheit gesetzt, die auf Militärbündnissen, fremden Stützpunkten und schließlich unserer atomaren Bewaffnung gründet. Unter der Glocke der amerikanischen Kernwaffen wurde dieser Staat gebaut, konnte er seine Integrationspolitik entwickeln, h a t e i n V o l k v e r s u c h t , s i c h a u s d e r G e s c h i c h t e h i n w e g z u s t e h l e n und nur noch seinen privaten Geschäften nachzugehen. „Es kann uns nichts passieren, wenn wir diese ‚bewährte' Politik weiter verfolgen", — diese Überzeugung verbreitete unsere Regierung mit durchschlagendem Erfolg.

Auch hier wird es nun einen jähen Sturz aus allen Illusionen geben. Die Option für die eine Seite der Weltauseinandersetzung wird uns die erhoffte Sicherheit nicht geben. Gleichzeitig zeigt sich damit die Ausweglosigkeit, ja Hoffnungslosigkeit jedes bloß technisch-militärischen Denkens.

Zur Zeit hat der Westen keine strategische Doktrin mehr, und alle Diskussionen, Pläne und Erklärungen, alle die Einführungen neuer Begriffe von der „Erhöhung der atomaren Schwelle", der „Pause" vor dem atomaren Einsatz usw. sind letztlich Ausdruck einer Ratlosigkeit. Kein Staat des Westens aber wird von diesem Zusammenbruch militärisch-strategischer Auffassungen so in Mitleidenschaft gezogen wie die deutsche Bundesrepublik, die die erste Frontlinie besetzt hält und an der der Osten sich versucht fühlen könnte auszuprobieren, was an der Neuformung der westlichen Militärdoktrin wirklich dran ist.

Tatsache ist: seit die Sowjetunion an Kernwaffen mit den USA gleichgezogen hat und seit sie auf dem Raketensektor sogar einen Vorsprung errungen hat, den die amerikanischen Sachverständigen bis zum Jahre 1965 glauben hinnehmen zu

müssen, hat die Doktrin der Abschreckung die Wirkung eines Bumerangs bekommen. Der Westen wird schon heute bedeutend mehr abgeschreckt als der Osten — und das nicht nur auf Grund seiner Struktur der offenen Diskussion und des Auswalzens aller Tatsachen in der Öffentlichkeit. Von den wenigen mobilen Polaris-Unterseebooten abgesehen, sind dem Osten alle westlichen Bomber- und Raketenstützpunkte bekannt und damit zum großen Teil im ersten Schlag vernichtbar. Bis die Amerikaner in zwei, drei Jahren bewegliche Raketenrampen für die neuen Feststoffraketen haben werden oder sie unterirdisch so abdecken können, daß sich ihre Verwundbarkeit sehr mindert, wird die strategische Bomberwaffe der USA in einer Art Daueralarm leben müssen, was ungeheure Anforderungen an Nerven, Material und Mittel stellt. Die Sowjetunion hat dagegen den Vorteil, daß nur ein kleiner Teil ihrer Abschußbasen bekannt ist, daß die gegnerische Bomberwaffe (im Gegensatz zu Interkontinentalraketen) doch zu einem Großteil durch Abwehrraketen abgefangen werden kann und daß die Masse der Mittelstreckenraketen des Westens, die in Europa stationiert sind, von eigenen Raketen präzis erfaßt werden kann. Wenngleich die Rechnung für keine der beiden Seiten glatt aufgehen kann und man deshalb vor diesem letzten Risiko zurückscheuen wird, so bleibt eben doch Tatsache, daß die Abschreckungsdoktrin des Westens auf Grund dieser Lage absolut unglaubwürdig geworden ist. Damit aber kommt das noch bedeutend eindeutigere konventionelle Übergewicht des Ostens auf dem europäischen Festland zum Tragen.

Der jetzige oberste Militärberater des amerikanischen Präsidenten, General T a y l o r , hat seit Jahr und Tag deshalb eine verstärkte konventionelle Rüstung gefordert. Unter der Regierung E i s e n h o w e r blieb diese Forderung ohne Gehör. K e n n e d y hat sie aufgegriffen, denn, wie er sagte, hat er es satt, immer vor der unmöglichen Wahl zu stehen, den atomaren Selbstmord zu entfesseln oder eine weitere Demütigung hinzunehmen. Also spricht man heute von der „abgestuften Abschreckung", von der „verstärkten konventionellen Aufrüstung", von der „Erhöhung der atomaren Schwelle" und von der „Pause" vor dem atomaren Einsatz.

Aber zur Zeit sind das nicht viel mehr als Theorien, und die verstärkte konventionelle Rüstung, die einem praktischen Vergleich mit den Sowjets standhalten könnte, ist einfach nicht vorhanden. Und es braucht einige Jahre, bis sie hier sein wird. Und bis dahin? Die Sowjets werden sicher auch nicht schlafen . . . Man kann keine Politik des ‚als ob' treiben; als ob diese Rüstung schon vorhanden wäre. Die Niederlage würde auf dem Fuß folgen.

Der bundesdeutsche Verteidigungsminister hat das schon erkannt, wenn er schreibt: „Wenn wir . . . zu der Auffassung kommen sollten, wir sollten jedem Angreifer garantieren, daß er bis zu einer gewissen Grenze, bis zu einem gewissen Umfang des von ihm unternommenen Angriffs kein ernsthaftes Risiko läuft, dann laden wir gerade dazu ein, das Schießen oder die Gewaltanwendung wieder zu einem Mittel der Politik in Europa zu machen." Das heißt, auf Grund unserer eindeutigen Unterlegenheit an konventioneller Rüstung glaubt Strauß, daß der Osten seine militärische Macht in Zentraleuropa in die Waagschale werfen wird, sobald er sicher ist, daß er dafür keinen Preis in Form atomarer Vergeltung zu bezahlen hat. Und er fährt fort: „Solange wir den Sowjets glaubhaft machen können, daß wir die Mittel haben — und die Entschlossenheit, sie anzuwenden —, die bei jeder Form eines bewaffneten Konflikts . . . für sie selbst ein unübersehbares Risiko auslösen werden, solange werden wir in Sicherheit leben können."

Wie aber kann der Westen den Sowjets glaubhaft machen, daß er zum Schutze der Deutschen seine atomaren Waffen einsetzen wird, will sagen, daß er bereit ist, für uns Selbstmord zu begehen? Hier zählen keine Deklamationen und Drohun-

gen, sondern die harten Tatsachen. Und auf Grund dieser ist ein westlicher Atomeinsatz für uns eben nicht mehr glaubhaft zu machen, um so weniger, wenn die Sowjets vorsichtig und schrittweise vorgehen. Das Dilemma bleibt: der Westen kann und wird für uns keinen Atomkrieg riskieren, und der Westen kann auch konventionell in Zentraleuropa nicht das Gleichgewicht halten.

Da also der Vordersatz in der Erklärung des Verteidigungsministers nicht mehr zutrifft, ergibt sich genau nach seinem Wort, daß wir von nun an eben nicht mehr in der Sicherheit leben werden.

Wieder stehen wir vor einer Grundentscheidung. Es bleiben uns zwei Wege:

Wir können die „bewährte" Politik des Herrn Bundeskanzlers und seiner Partei fortsetzen. Dann könnte es unvermeidbar werden, daß die Russen in Deutschland ausprobieren werden, was an dieser Politik der Abschreckung und der vermeintlichen Stärke dran ist. Es würde sich dann herausstellen, daß die Dulles-Doktrin der atomaren Vergeltung nicht mehr funktioniert. Es würde sich auch ergeben, daß wir einen konventionellen Waffengang nicht durchstehen können. Im übrigen: was würde selbst bei einem Durchhalten das Endresultat sein? Da in einem Entscheidungsraum wie dem zentraleuropäischen keine der beiden Weltmächte eine 100prozentige Niederlage wird hinnehmen wollen, würden nach einiger Zeit Atomwaffen auf diesem begrenzten Territorium eingesetzt werden. Schließlich würde, nachdem das deutsche, polnische und tschechische Volk in der Substanz vernichtet worden wären, alles wie in Korea an der alten Demarkationslinie enden. Da wir nicht mehr Mitte sein wollen, würde die Mitte eben auch physisch ausgelöscht werden. Es kann auch sein, daß es bei Fortsetzung dieser Politik nicht zur militärischen Auseinandersetzung in Zentraleuropa kommt, aber das würde nur bedeuten, daß der Westen unter Druck seine Positionen in der Bundesrepublik räumt und wir selbst unter Druck neutralisiert werden. Die letzte und eigentliche Chance hätten wir dann vergeben, denn es ist klar, daß sich aus einer erzwungenen Kapitulation keine neue Politik der Mitte entwickeln kann.

Der andere Weg ist der Versuch, mit politischen Mitteln das militärische Dilemma aufzulösen. Wir sollten uns keinesfalls wehrlos machen, wir sollten im Gegenteil, anstatt uns wie bisher hinter der amerikanischen Bombe zu verstecken, wieder den Sinn für das vernünftige, dem Frieden dienende Opfer erwecken, ohne das es kein Menschentum gibt. So glasklar, wie eine neue deutsche Politik für den Frieden und die Überwindung der Teilung dieser Welt und die Versöhnung und Begrenzung der Gegensätze eintreten sollte, so deutlich wir uns jedem Kalten oder Heißen Krieg der einen und anderen Seite verweigern sollten, so entschieden sollte man wissen, daß dieses Volk sich niemals etwas aufzwingen läßt, das seiner Auffassung von Wahrheit und Gerechtigkeit widerspricht. Wir brauchen keine Atomwaffen, denn wir wollen niemanden angreifen, und ohne den Rückhalt dieser Waffe ist ein Angriff heute unmöglich, zumindest in Zentraleuropa. Auch wenn wir welche hätten, wir könnten damit ohnehin niemals siegen, sondern unser Land nur einem alles vernichtenden Vergeltungsschlag aussetzen.

Was wir brauchen, ist eine Aufgabe, die uns erfüllt, die unserer geschichtlichen Existenz wieder Sinn gibt. Welche Aufgabe dies allein sein kann, ist gesagt worden. Wenn man nur materiell denkt, so stimmt es, was Strauß sagt, daß „die deutsche Politik aufgehört hat, eine autonome Größe zwischen West und Ost zu sein"; wenn wir uns aber mit dieser Tatsache zufrieden geben, wenn wir nicht mehr glauben können, daß unser Geist diese Fesseln sprengen kann, und wenn wir uns selbst nicht in diesem Sinne aufs Spiel setzen, dann sind wir geschichtlich abgetreten.

Klaus Ehrler, M. A.

Das Berlin-Problem vor seiner Lösung

Die Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters in West-Berlin, General Clay, vom 22. September 1961[1]) haben außerordentlich starke Beachtung gefunden und eine Vielzahl von unterschiedlichen Stellungnahmen ausgelöst. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich zum wiederholten Male, daß das Berlin-Problem zu einem nicht geringen Teil das Problem einer den Realitäten vielfach nicht entsprechenden Bewußtseinslage der westdeutschen und westberliner Öffentlichkeit ist. Zwölf Jahre Illusionspropaganda fordern jetzt ihren unheimlichen Tribut: wenn es gut geht, besteht er in Gefühlen der Enttäuschung und Verbitterung über einen politischen Irrweg, der vielen guten Chancen bewußt ausgewichen ist, um die vermeintlich beste Chance zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung nicht zu verfehlen; wenn es schlimm kommt, werden nicht nur wir Deutschen, sondern sehr sehr viele Menschen und Völker mit uns in einem atomaren Weltkriegsinferno einen totalen, endgültigen Tribut zu entrichten haben: das Opfer der Existenz.

Selten — oder sogar nie — ist eine lokale Krise in einem so eminenten Ausmaße zugleich eine Welt-Krise gewesen. Man möchte es und kann es auch jetzt kaum glauben, wenn man das etwas provinziell gewordene Berlin besucht und erlebt. Die Schockwirkung der Mauer des 13. August ist verhältnismäßig schnell abgeklungen, und bei aller unverminderten Polemik in Presse und Öffentlichkeit West-Berlins gegen die Trennungsmaßnahmen ist eine zumindest äußerliche Normalisierung oder Anpassung an die neue Situation unverkennbar. Dennoch ist das Bewußtsein der Krise in West-Berlin ziemlich allgegenwärtig. Hinter der wenig veränderten Physiognomie des Alltags besteht eine starke Spannung; es gilt kurzschlüssigen oder fehlgeleiteten Entladungen vorzubeugen.

Die Möglichkeiten produktiver und positiver Verwandlung dieser starken Angespanntheit des allgemeinen Krisenbewußtseins in Erkenntnisse und Maßnahmen politischer Vernunft auf weite Sicht sind zur Zeit noch gering. Die teils empörten, teils beschwichtigenden amtlichen und journalistischen Kommentare zu der AP-Meldung über die Ansichten „maßgeblicher amerikanischer Kreise in Berlin" (sprich: General Clays) beweisen, daß auch eine späte Neuorientierung anhand bitterer und harter Realitäten nur schwer und langsam durchzusetzen ist. Selbst wacher Sinn für politische Ereignisse ist nicht vor Panik und Kopflosigkeit zu bewahren, wenn er auf die Dauer einem falschen politischen Bezugssystem oder einem schon längst ungültig gewordenen politischen Fahrplan verhaftet bleibt.

Genau dies ist die Hauptgefahr für die bevorstehende Lösung des Berlin-Problems, wie günstig, praktikabel und vernünftig sie auch für die Westberliner selbst ausfalle. Denn es gibt bestimmte Einzelheiten, die in jeder wie immer gearteten Berlin-Regelung enthalten sein müssen, soll sie allenthalben akzeptabel und praktikabel sein. General Clay hat dies ansatzweise klarzumachen versucht. Es sollte keine Gelegenheit versäumt werden, die von ihm angedeuteten Tatsachen und Notwendigkeiten immer wieder zu betonen und zu begründen. Die objektive Lösbarkeit des Berlin-Problems darf nicht an subjektiver Lösungs-Unwilligkeit oder gar an Lösungs-Sabotage scheitern.

Die Schwierigkeit, das Berlin-Problem zu verstehen, ist kaum weniger groß als die, es einer positiven Lösung näherzubringen. Man muß es in dem richtigen Rahmen all seiner entscheidenden Voraussetzungen und Bedingungen sehen. Leider ist dies bisher viel zu wenig und viel zu selten geschehen. Die komplexe

Struktur des Berlin-Problems erfordert eine mindestens ebenso komplizierte Untersuchung und Behandlung der Berlin-Krise. Da es sich ohne jede Übertreibung um eine schwere Welt-Krise handelt, darf das durch sie aufgegebene schwere Problem nicht eine Angelegenheit lokaler und nationaler Instanzen bleiben, selbst wenn das starke lokale Engagement der vier Atom- und Großmächte zugleich ein internationales ist und weltweite Auswirkungen und Rückwirkungen erwarten oder befürchten läßt. Berlin ist heute Kreuzungspunkt verschiedener historischer Entwicklungslinien und Berührungspunkt vieler politischer Kraftlinien. Ein einigermaßen zutreffendes Bild der Berlin-Krise läßt sich nur dann gewinnen, wenn man die wichtigsten von ihnen einbezieht. Bei aller partiellen Richtigkeit können daher einseitige Charakterisierungen der Situation Berlins sehr in die Irre führen. Es genügt einfach nicht, von West-Berlin als der bis zum 13. 8. 1961 virulent gewesenen und seither eingeschlossenen „Trichine", oder aber, um ein anderes Bild zu gebrauchen, von der „abgetrockneten Pflaume" am gebrechlichen Ast der Luftkorridore zu sprechen. Auch der „verlandende Teich" oder das „teuerste Altersheim der Welt" sind Gleichnisse, die zu sehr die lokale Seite und ortsgebundene Konsequenz-Perspektive des Problems betonen. Schon eher wäre das Bild vom „Zünder des Atombrandes" angemessen, das aber die Last der Problematik zu sehr den vier Atom- und Besatzungsmächten zuweist. Und wenn man an das heutige Berlin als den „Kyffhäuser der deutschen Wiedervereinigung" denkt, verliert sich die Dringlichkeit der Problemlösung zu sehr im romantischen Idyll dieses Bildes. Bezeichnend ist jetzt vor allem, daß das alte Vokabular der Berlin-Charakteristik außer Kurs gesetzt ist: „billigste Atombombe", „Schaufenster des Westens", „Menschenschleuse" sind inzwischen historisch gewordene Schlagworte. Merkwürdig ist besonders, daß auch der Terminus „Frontstadt", obwohl doch seit dem 13. August noch um einiges zutreffender geworden, da sich Verbände der NATO und des Warschauer Pakts in Distanz einer Straßenbreite gegenüberstehen, kaum mehr über die Lippen des Berliners geht.

Drei Phasen

Die Berlin-Krise findet auf drei Ebenen statt. Sie steht seit Mitte 1961 in ihrer dritten Phase. Diese Grundtatsachen seien kurz erläutert:

Der Streit um und über Berlin wird auf internationaler Ebene mit weitgehend beschränkter Partnerzahl (vier) ausgetragen, ferner auf nationaler Ebene zwischen den Regierungen in Ost-Berlin und Bonn teils als Reflex, teils aber auch als Antriebsmoment der internationalen Auseinandersetzung. Die lokale Ebene zeigt die beiden streitenden Parteien in weitgehender bis vollständiger Abhängigkeit von den jeweils zu- und übergeordneten internationalen und nationalen Mächten. Das größere Engagement der Großmächte auf Berliner Ebene gibt den lokalen Selbstverwaltungsinstanzen die Unmittelbarkeit des „direkten Drahtes" zu ihnen. Damit erhalten die Ortsbehörden einen Sonderstatus gegenüber ihrem jeweiligen nationalen „Hinterland" und auch die Möglichkeit, in engem Rahmen selbständig initiativ zu werden. Tatsache und Ausmaß solcher Eigeninitiativen der Berliner Ortsbehörden in Ost und West hingen bisher stets vom Entwicklungsstand der jeweiligen Phase der Berlin-Krise ab. Es ist für die Geschichte Berlins sehr bezeichnend, daß in manchen Situationen die Lokalvertretungen mehr Initiative entwickelten, als den übergeordneten Besatzungsmächten genehm war, während es bei anderen Gelegenheiten nicht leicht für die eine oder andere von ihnen war, ihre Wünsche oder Intentionen von den Lokalbehörden respektiert zu sehen.[2])

Im ganzen sind also acht Partner und Parteien direkt am Berlin-Konflikt beteiligt: fünf auf westlicher, drei auf östlicher Seite. Es wäre verfehlt, ihre Positio-

nen je nach Blockzugehörigkeit als völlig identisch anzusehen. Dies gilt noch mehr, wenn der Kreis der mittelbar am Berlin-Konflikt beteiligten Staaten der NATO und des Warschauer Pakts in Betracht gezogen wird.

Der Beginn der ersten Phase der Berlin-Krise spielte sich auf der internationalen Ebene ab: Die Uneinigkeit der vier Großmächte in der Deutschlandfrage führte zum Ende der Arbeit des Alliierten Kontrollrates in Berlin. Da er keine ganz Deutschland betreffenden Direktiven mehr zustandebringen konnte und zu bestehen aufhörte, verlor Berlin seine Funktion als Sitz dieses letzten wirklich gesamtdeutschen zentralen Regierungsapparates (März 48). Die Funktionslosigkeit der Viersektorenstadt machte die internationale Krise zugleich zur lokalen Krise. Getrennte Währungsreformen, Trennung der Stadtverwaltung in eine westliche und eine östliche, Blockade und Luftbrücke sind Stationen dieser ersten Phase der Berlin-Krise, die mit dem Jessup-Malik-Abkommen vom Mai 1949 auf Eis gelegt wurde. Das Berlin-Problem trat in den Hintergrund, die Auseinandersetzung der Welt-Blöcke in Europa fand von dieser Zeit an vorwiegend auf der nationalen deutschen Ebene statt: die Bildung der Bundesrepublik (September 1949) und der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1949) bedeutete eine Entlastung der exponierten Stellung der Großmächte in ihrem Streit um Deutschland, eine teilweise Delegierung ihrer gegensätzlichen Programme an ihre jeweiligen Partner-Staaten in Deutschland. Bei aller Stellvertretung, die in dieser Kompetenzverlagerung auf die beiden deutschen Staatsgebilde im Zuge der sich konsolidierenden Blockbildung in Ost und West liegen mochte, war doch auf die Dauer eine sich ständig ausweitende Eigenständigkeit und Besonderheit in ihrer Entwicklung unvermeidlich. Gerade diese nicht von den westlichen bzw. östlichen Besatzungs- oder Schutzmächten direkt verantwortliche Eigenpolitik ihrer deutschen Partnerstaaten hat zu Rückwirkungen geführt, die zu erneuter und erhöhter Belastung ihrer internationalen Großmachtpositionen wurden. Die Interdependenz der verschiedenen Gebiete und Ebenen, auf denen der Ost-West-Gegensatz ausgetragen wurde, ließ es auf diese Weise nicht zu einer Beruhigung und Entspannung in Europa kommen.

Der entscheidende Schritt, der in diesem Zusammenhang das Faß zum Überlaufen brachte, war der vom Bundestag gebilligte Entschluß der Bundesregierung, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten (März 1958). Die Eile, mit der Minister Strauß das NATO-Dokument MC 70 aufgriff und zur Grundlage einer besonderen westdeutschen Politik der Stärke machte, verschärfte die Zuspitzung der internationalen Situation so erheblich, daß eine entsprechende Rückwirkung unvermeidlich war. Die auf Eis liegende Berlin-Frage wurde von der Sowjetunion in die Hitze der aktuellen internationalen Diskussion zurückbefördert (November 1958) und in den Rahmen einer notwendigen friedensvertraglichen Regelung des Deutschlandproblems gestellt (Januar 1959). Damit begann die zweite Phase der Berlin-Krise.

Schon im Dezember 1957 hatte George F. Kennan im dritten seiner vielbeachteten Rundfunkvorträge über Atombewaffnung und Disengagement auf die zu besonderer Achtsamkeit zwingende Labilität der Lage Berlins hingewiesen, indem er von den „äußerst gewagten und unhaltbaren Vereinbarungen" sprach, „die gegenwärtig über den Status von Berlin bestehen, Vereinbarungen, deren leiseste Verletzung unschwer eine neue Weltkrise auslösen könnte". Kennan warnte die Westmächte damals, ein Jahr vor Beginn der zweiten Phase der Berlin-Krise, sehr eindringlich: „In England und Amerika neigt man beharrlich dazu, die Situation in Berlin zu übersehen, solange sie uns nicht zu schaffen macht, — und anzunehmen, daß alles schon irgendwie gut ausgehen wird. Darf ich darauf hinweisen, daß die Stellung der Westmächte in Berlin durchaus nicht

fest oder sicher ist?" [3]). Wenn man daneben liest, was Walter Lippmann im September 1961 zur Berlin-Krise schreibt, wird sofort deutlich, daß nicht nur die Politik der Westmächte, sondern auch die der Bundesrepublik für ihre Aktualisierung verantwortlich zu machen ist: „In beiden Ländern (USA und UdSSR) gibt es eine Grenze, die zu überschreiten für den anderen nicht sicher ist. Es ist jene Grenze, nach deren Überschreitung ein Kompromiß als Demütigung und Kapitulation aufgefaßt wird. In Verhandlungen sollte man diese Grenze sehr genau feststellen. Für die Vereinigten Staaten ist eine Blockade der Zufahrtswege nach Berlin z. B. eine solche Grenze, und für die Sowjetunion wäre es die Überlassung von Atomwaffen an Westdeutschland. Dies sind Provokationsgrenzen, deren Nichtbeachtung unkontrollierte, ja selbstmörderische Reaktionen zur Folge haben könnte." [4])

Die Chance der Genfer Konferenz von 1959 ist von der Bundesregierung nicht wahrgenommen worden. Bonn hinderte ganz im Gegenteil die ihm verbündeten Westmächte daran, eine Politik zu verfolgen, die für die westliche Position in Berlin eine Entlastung hätte bringen können. Auch im Jahre 1960 hielt die Bundesregierung ihre Illusionspolitik aufrecht. Die Sowjetunion sah sich gezwungen, zu erklären, daß sie notfalls den von ihr als dringlich erachteten Abschluß eines Friedensvertrages nur mit der Deutschen Demokratischen Republik vollziehen werde. Damit war klargeworden, daß spätestens vom Zeitpunkt dieses Vertragsabschlusses an eine Neuregelung des Kontrollmodus auf den Transitverkehrswegen von und nach Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft notwendig wird.

Das Memorandum zur Deutschland- und Berlinfrage, das Ministerpräsident Chrustschow Anfang Juni 1961 dem amerikanischen Präsidenten Kennedy überreichte, leitete die dritte Phase der Berlin-Krise ein, indem es den Terminplan der sowjetischen Politik des Friedensvertragsabschlusses mindestens mit der DDR auf den Zeitraum der letzten sechs Monate von 1961 festlegte. In diesem Zusammenhang wirkt die Mauer durch Berlin wie ein harter Strich, der den Ernst dieser Ankündigung betonen soll. Mindestens seit Juni 1961 war West-Berlin auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise vom „Pfahl im Fleische des Ostblocks" zum Faustpfand in der Hand der Sowjetunion geworden, eine traurige Bilanz nach vielen chancenreichen Jahren westlicher Politik, die nicht zu vernünftigen Verhandlungen ausgenützt worden waren.

Die Bundesregierung zeigte sich von alledem ungerührt. Sie dachte nicht daran, ihrem amerikanischen Bundesgenossen aus seiner selbstmörderischen Prestigeposition in West-Berlin mit herauszuhelfen, sie dachte nur an ihren Wahlkampf. Sie beutete rücksichtslos das amerikanische Engagement in Berlin als Argument der „Richtigkeit" ihrer eigenen Illusionspolitik aus. Da kam der 13. August, der die Sektorengrenze in Berlin mit Billigung der Warschauer Pakt-Staaten zur hermetisch dichten Staatsgrenze verwandelte. Das Kartenhaus der Bundesregierung brach zusammen: die von ihr genährten Hoffnungen der bundesdeutschen Öffentlichkeit erwiesen sich als unerfüllbar, das reale und substanzielle Engagement der Westmächte hatte niemals den aus wahl- und anderen taktischen Gründen aufgeblähten Umfang. Auf den Wahlkampf wurde kaum noch Rücksicht genommen. Präsident Kennedy ernannte einen Botschafter speziell für West-Berlin. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem neuen und sicheren Status für West-Berlin als autonomes Gemeinwesen war damit getan. Die Zeit war plötzlich so sehr in Bewegung gekommen, daß der durch langgenährte Illusionen in Diskrepanz zu den Realitäten geratene Bewußtseinszustand der westberliner und westdeutschen Öffentlichkeit einfach nicht mehr schonend berücksichtigt werden konnte. Die Stellungnahme der meisten Teilnehmer der Belgrader Konferenz zur Frage der deutschen Zweistaatlichkeit war für Amerika ein Signal, den Anschluß

an den internationalen Stand der Deutschland-Diskussion nicht zu versäumen. Da Bonn nichts dazu beigetragen hatte, die USA aus der Unausweichlichkeit der furchtbaren Berlin-Alternative Atomkrieg oder Kapitulation zu befreien, konnte es insbesondere nach der Bundestagswahl nicht erwarten, von der allgemeinen Ernüchterungs-Kur der amerikanischen Politik verschont zu bleiben.

Botschafter Clay hat es unbarmherzig durchsickern lassen: „ . . . Die Deutschen müssen sich ‚für einige Jahre' mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden."[5]) Dennoch hält Minister L e m m e r in Straßburg eine Rede, in der er die allein den Frieden erhaltende Stabilisierung der jetzigen europäischen Grenz- und Souveränitätsverhältnisse den Postulaten seiner irrealen Wiedervereinigungs- und Selbstbestimmungsparolen zum Opfer bringt. Das nötige Umdenken der bisherigen Illusionen zu realen Erkenntnissen wird weiter behindert. Die Springer-Presse wirft den Westmächten bereits den „Verkauf der Deutschen" an den Osten vor. Es wird noch immer keine vernünftige Konzeption zur politischen Überwindung der Krise entwickelt oder wenigstens zugelassen. In dieser Situation ist es gut für die Westberliner, der Konzeptionslosigkeit der Bonner und westberliner Parteien nicht völlig ausgeliefert zu sein. Präsident Kennedy erklärte in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung unmißverständlich: „Wir sind an keine starre Formel gebunden", d. h. es gibt genug Spielraum für Verhandlungen. Sein Hinweis, daß im Zuge künftiger Abrüstungspolitik keine Atomwaffen für bisher noch nicht nuklear gerüstete Staaten zur Verfügung gestellt werden dürften, deutet zugleich Richtung und Ziel kommender Verhandlungen an: eine atomwaffenfreie Zone nach Art des R a p a c k i - Plans und anderer Disengagement-Modelle. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der belgische Außenminister S p a a k bei seinem Besuch in Moskau von der sowjetischen Bereitschaft in Kenntnis gesetzt wurde, über diese Gegenstände zu verhandeln. Für eine positive Lösung der Berlin-Krise wäre eine solche Entwicklung der internationalen Beziehungen unschätzbar wichtig. Denn als Teil des allgemeinen politischen und militärischen Abrüstungsproblems muß das Berlin-Problem von jedem Fortschritt auf diesem Gebiete im Sinne seiner schnelleren Lösbarkeit profitieren.

L ö s u n g s m ö g l i c h k e i t e n

Diese wenigen Striche lassen vielleicht schon erkennen, welche Lösungselemente die jetzige Struktur des Berlin-Problems verlangt. Es sind dies: 1. Strenge Beachtung des jetzigen Status quo sic et nunc, 2. Abbau aller Positionen, die auf Veränderung dieses Status quo ausgerichtet sind, 3. Abwehr jeder Diffamierung des Status quo sic et nunc.

Das heißt im einzelnen: Ein stabiler West-Berlin-Status als Teil dieses neuformulierten Status quo sic et nunc muß frei sein von politischen Institutionen und Tendenzen, die die Revision von Grenz- und Souveränitätsverhältnissen zum Ziele haben. Mit einer solchen p o l i t i s c h e n Abrüstung ist auch der Weg frei für eine wirksame m i l i t ä r i s c h e Abrüstung. Anders gesagt: Der Status quo sic et nunc darf insbesondere in der durch Rüstungswettlauf primär bedingten Berlin-Krise keinen West-Berlin-Status enthalten, der noch Momente des Rüstungswettlaufes verkörpert. Nur dadurch ist ein Ansatz zur Beendigung des Rüstungswettlaufs im ganzen und der Berlin-Krise im einzelnen möglich. Revisionistische Propaganda ist demnach nicht zulässig, wenn man aus der Krise herausschwimmen will.

Angesichts dieser grundsätzlichen Erkenntnisse erhebt sich die Frage: Wer kann die Berlin-Krise in diesem Sinne überhaupt lösen, ohne sie nur auf Eis zu legen? Wer kann die Dauerhaftigkeit der Lösung garantieren?

Vor knapp drei Jahren war es noch sinnvoll und möglich, die Lösung von d e u t s c h e n Initiativen zu erwarten. Damals hätte auf nationaler Ebene durch gewiß sehr langwierige Verhandlungen eine im wesentlich intern deutsche Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage im Sinne einer Konföderation herbeigeführt werden können. Es sei hier erinnert an den im Dezember 1958 in den „Blättern"[6]) publizierten Gedanken, West-Berlin zum Sitz des Rates der Konföderation, d. h. zu ihrer Hauptstadt, zu bestimmen. Die Bundesregierung ließ diese Chance wie so viele andere um ihrer unerreichbaren und vermeintlichen Ideallösung willen — Wiedervereinigung auf einmal, ohne Zwischenschritte und durch Anschluß der DDR auf dem Wege der Selbstbestimmung — unbeachtet und ungenutzt vergehen. Ihre forcierte Rüstungspolitik war im Gegenteil die gewisseste Methode, auch diese Chance preiszugeben. Die Westmächte haben sich von Bonn dazu bestimmen lassen, auf eigene Initiativen diplomatischer und politischer Art in der Deutschland- und Berlinfrage zu verzichten, obwohl es nicht an warnenden Stimmen und diskutablen Vorschlägen in Presse und Öffentlichkeit des Westens gefehlt hat. Nach dem 13. August stellte der „Aufbau", die größte deutschsprachige Zeitschrift New Yorks, resigniert fest: „Wir sind allmählich, weniger unbewußt als vielmehr leichtfertig in die (Berlin-)Krise hineingeschliddert und haben, wenigstens öffentlich, den Eindruck erweckt, über keinen Plan für sie (d. h. zu ihrer Überwindung) zu verfügen. Vielleicht haben wir gehofft, die Krise durch Abwarten einzufrieren, oder, es würde ein Zwischenfall eintreten, durch den die Frage Berlin verdrängt würde."[7]) Ende September 1961 kommt der „Aufbau" auf den Kern des Problems: „Diese Frage (Berlin, d. V.) spielt augenblicklich in Washington bei der Betrachtung der bisherigen Beziehung zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten eine ganz besondere Rolle. Man ist sich klar darüber, daß eine demagogische Politik in der Bundesrepublik sehr leicht versuchen könnte, die Fehler der eigenen Politik, die vor allem durch die Beharrung auf dem (revisionistischen, d. V.) Status-quo-Gedanken und dem Verschweigen der wahren Situation gegenüber der deutschen Bevölkerung beruhte, zu vertuschen und die Schuld an der Enttäuschung, die kommende Ereignisse unter der Bevölkerung hervorrufen müssen, auf die (West-)Alliierten abzuwälzen. De facto hat in allen führenden Kreisen Bonns wie überhaupt der deutschen Presse und politisch Interessierten schon geraume Zeit niemand mehr an die Möglichkeit einer gegenwärtigen Vereinigung Deutschlands geglaubt. Mit wem immer man sprach, man konnte hinter vorgehaltener Hand die Ansicht hören, man sei sich dessen bewußt, daß die Bundesrepublik jetzt die Schulden des Zweiten Weltkrieges begleichen müsse. ... Praktisch haben beide Länder (USA und Bundesrepublik, d. V.) die Folgen einer Politik zu tragen, die nicht zuletzt durch den Einfluß Bonns auf D u l l e s in der E i s e n h o w e r - Ära geformt worden war."[8])

Diese Schlußfolgerungen lassen nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig, sie zeigen vor allem auch, daß nicht einmal die endgültige Überweisung oder Rückverweisung des Berlin-Problems an die vier Großmächte den Erfordernissen der internationalen Friedenssicherung entsprechen würde. Die fortgesetzte Betonung ihrer Prestigepositionen, die sie zur Wiederaufnahme der Atomtests und in die fast ausweglose Alternative „Kapitulation oder Atomkrieg" getrieben hat, läßt Kompromißkonzeptionen zu leicht als kapitulationsnahe Konzessionen und damit als innenpolitisch nicht durchsetzbar erscheinen. Die Einbeziehung des „dritten Faktors", die Erweiterung der Teilnehmerzahl der an der rettenden Berlin-Lösung aktiv beteiligten Staaten, d. h. eine wesentliche Verbreiterung des Lösungs-Spielraums auf der internationalen Ebene der Berlin-Krise, wird immer unabweisbarer. Offenbar können nur bei Einschaltung des großen n e u t r a l e n

Sektors der Weltpolitik die bisherigen schwachen Ansätze einer „pax russo-americana", die durch Rücksichtnahmen auf Blockpartner der beiden Supermächte in Ost und West nie recht weiterwachsen konnten — man denke nur an den Rückpfiff Eisenhowers nach dem Treffen von Camp David 1959 —, so weiterentwickelt werden, daß aus dem fragwürdigen „Gleichgewicht des Schreckens" ein echtes Gleichgewicht des friedlichen internationalen Nehmens und Gebens in Wirtschaft und Kultur hervorgehen kann. Die Belgrader Konferenz hat das schicksalhafte unfreiwillige Einbezogensein der Nicht-Blockgebundenen in die als Berlin-Krise zugespitzte Welt-Krise sehr klar betont: „Während die Entscheidung über Krieg und Frieden gegenwärtig bei den Großmächten liegt, wirken sich die Konsequenzen auf die gesamte Welt aus. Alle Nationen und Völker haben daher ein dauerndes Interesse daran, daß diese Annäherungen und Maßnahmen der Großmächte so beschaffen sein sollten, daß es der Menschheit ermöglicht werde, vorwärtszuschreiten zu Frieden und Wohlstand und daß sie nicht dem Schicksal der Ausrottung anheimfällt." [9])

Die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Lösung des Berlin-Problems

Eine allgemein zufriedenstellende Berlin-Lösung wird demnach in der jetzt gebotenen Eile nicht mehr auf den bisherigen drei Ebenen oder einer von ihnen zu finden sein. Die Größe der Kriegsgefahr und die Dringlichkeit politischer wie militärischer Abrüstung in weltweitem Ausmaß zwingen alle Staaten zu einer aktiven und positiven Beteiligung an der Beilegung und Beendigung der Berlin-Krise.

Der Gedanke einer Lösung der Berlin-Krise durch die volle oder teilweise Einschaltung der Vereinten Nationen wurde schon vor der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz von 1960 geäußert. Auch Dag Hammarskjöld hat damals seine Bereitschaft zur Mitwirkung bekanntgegeben. Diese schon seinerzeit fast einzige noch offenstehende realisierbare Möglichkeit wurde aber von den Westmächten nicht recht ernst genommen und nicht aufgegriffen oder gar zu einem eigenen Konzept künftiger Politik weiterentwickelt. Es blieb prominenten Persönlichkeiten und einigen Pressestimmen überlassen, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Interessant ist besonders die Anfang Dezember 1960 vom Präsidenten der Pan-Europa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, im „Industriekurier" veröffentlichte Anregung, das Berlin-Problem durch eine Verlegung des Sitzes der UN nach Berlin zu lösen. Sie geht nämlich in richtiger Einschätzung der wirklichen Weltlage nicht vom Deutschlandproblem aus, von dem sich das Berlin-Problem ja mehr und mehr verselbständigt hat, sondern vom Hauptproblem der Verhinderung des Atomkrieges: „Die Weltlage wird beherrscht vom Kalten Krieg zwischen der von Amerika geführten atlantischen Staatengruppe und dem von Rußland geführten Sowjetblock. Zwischen diesen beiden Staatengruppen besteht ein labiles Gleichgewicht, das ständig den Weltfrieden bedroht. Die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen besteht nun darin, diesen Gegensatz zwischen Ost und West zu überbrücken. Zu verhindern, daß der Kalte Krieg über Nacht den Atomkrieg auslöst. Unter diesen Umständen ist es paradox, daß der Sitz der Vereinten Nationen nicht auf neutralem Boden liegt, sondern in der größten Metropole der atlantischen Welt. . . . Es war nur logisch, daß Chrustschow anläßlich der jüngsten (d. i. der fünfzehnten) Tagung der Vollversammlung (im Herbst 1960) die Konsequenz aus dieser neuen Weltlage gezogen und die Frage der Verlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Territorium aufgerollt hat. . . . Nichts wäre leichter, als die Vollversammlung zu einem Beschluß zu veranlassen, ihren Sitz in ein neutrales Land zu verlegen. Viel schwe-

rer ist es, ein passendes Land zu finden, das bereit wäre, die Vereinten Nationen zu beherbergen . . . (Es folgt die Schilderung der Bedenken der beiden einzigen garantiert neutralen Staaten der Erde, der Schweiz und Österreichs, die UN auf ihrem Gebiet festes Quartier nehmen zu lassen) . . . Es gibt nur eine Stadt der Welt, die jedes Interesse daran hätte, Sitz der Vereinten Nationen zu werden: Berlin. Heute (Dezember 1960) ist Berlin eine belagerte Stadt; gespalten in zwei feindliche Hälften, ruht sie auf einem überlebten Statut . . . Die Geographie ist mit Rußland verbündet — und die Zeit . . . Eines Tages kann der Westen sich vor die tragische Alternative gestellt sehen, entweder für die Freiheit Berlins einen Atomkrieg zu riskieren oder vor der russischen Drohung zu kapitulieren. Die Moskauer Forderung nach einer Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen eröffnet für den Westen eine neue und unverhoffte Chance. Die Westmächte haben hier eine Möglichkeit, der Forderung nach Sitzverlegung der Vereinten Nationen in ein neutrales Gebiet entgegenzukommen, falls Moskau ihre Gegenforderung annimmt: Sicherung der Freiheit Berlins . . . durch alle Mitglieder der Vereinten Nationen, also auch durch die Sowjetunion . . . die Baulichkeiten der Vereinten Nationen (sollten) in Berlin in einem Vorort errichtet werden, damit im Falle der Wiedervereinigung dieser Vorort ein ähnliches exterritoriales Statut erhalten könnte wie die Vatikan-Stadt in Rom. Durch die Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen wäre die Berliner Frage bis zum Zustandekommen der Wiedervereinigung gelöst. Die Welt wäre von einem Alpdruck befreit." [10])

Nach dem 13. August wurden diese Argumente höchst aktuell. Sie erhielten von zahlreichen offiziellen und privaten Stimmen in aller Welt Unterstützung und Bereicherung um mancherlei Nuancen. Anfang September äußerte Chrustschow seine Zustimmung zur Verlegung der UN nach West-Berlin. Mitte September kündigte der kanadische Premierminister Diefenbaker eine entsprechende Initiative seiner Delegation in der Vollversammlung der UN an. Die umstrittene AP-Meldung vom 22. 9. 61 betont die Befürwortung der UN-Sitzverlegung nach Berlin durch die USA. In Großbritannien setzen sich namhafte Zeitungen für den Vorschlag ein, z. B. der „Daily Telegraph", der „Daily Herald" und die „Sunday Times". Nur in Deutschland wird der Gedanke sehr zögernd oder gar ablehnend aufgenommen. Die Wiedervereinigung ist verständlicher-, aber vielleicht auch gefährlicherweise bei uns ein wichtigeres Problem als die Sicherung des Friedens. Dabei würde auf längere Sicht die entsprechende Wirkung einer UN-Funktion West-Berlins gerade für die Vorbereitung und den Beginn einer schrittweisen Wiedervereinigung von Vorteil sein. Bei aller hier in Deutschland vorwiegenden Skepsis gegen die UNO-Lösung für Berlin sind doch einige bekannte deutsche Stimmen für das Projekt zu nennen: der FDP-Vorsitzende Dr. Mende, der frühere FAZ-Mitherausgeber Dr. Paul Sethe, der Publizist Peter Bender (in einem Rundfunkvortrag für das Kuratorium „Unteilbares Deutschland".)[11])

Die Berliner selbst würden es begrüßen, wenn ihre Stadt wieder die friedliche Funktion einer Stätte der Begegnung und des gegenseitigen Austausches auf vielen Gebieten des nationalen und internationalen Lebens erhielte, etwa nach dem fernen Ideal des Berlins der „goldenen zwanziger Jahre". Besonders nach dem 23. August,[12]) der auch Ostberlin den Charakter einer Stätte der Begegnung nahm, weil von da an den Westberlinern das Betreten dieses Stadtteils praktisch verwehrt ist, wird die lokale Zuspitzung der Berlin-Krise auch in Westberlin doppelt und dreifach verspürt. Um so schmerzlicher ist in dieser Situation die Tatsache, daß außer starren Durchhalteparolen und öffentlichen Investitionsprogrammen keinerlei ersichtliche Berlin-Konzeption des westberliner Senats zu registrieren ist. Dennoch wird der Gedanke der UNO-Lösung im weiteren Ver-

laufe der Berlin-Krise in Berlin selbst mehr und mehr Anklang finden, zumal er keine Verlegenheitslösung darstellt, sondern eine durch die komplexe Struktur des Berlin-Problems selbst geforderte prinzipielle Lösung bezeichnet. Dabei ist es nicht von allzu großer Bedeutung, ob im Sinne einer Maximallösung die Weltzentrale der UN nach West-Berlin verlegt wird oder „nur" die europäische UN-Zentrale, die zur Zeit in Genf ihren Sitz hat. Entscheidend ist ein exterritorialer, „UNO-unmittelbarer" Status für West-Berlin, der durch einen Verzicht der beiden deutschen Staaten auf territoriale und souveränitätsrechtliche Ansprüche gegenüber diesem Teil der Stadt ermöglicht und — einschließlich der Regelung freier Verkehrsverbindungen — durch die UN de jure und de facto garantiert werden kann. Die mehrfach geäußerte Idee, ganz Berlin den Vereinten Nationen zu unterstellen, erweist sich bei genauer Betrachtung der Verhältnisse als vorerst unrealistisch. Zur Zeit ist für die meisten West-Berliner der Gedanke auch schwer vollziehbar, daß ostberliner Behörden bei einer solchen Gesamtberlin-Regelung in einer Vorbereitungs- oder Übergangszeit Einfluß auf die westberliner Angelegenheiten nehmen könnten. Von Kennern staats- und völkerrechtlicher Fragen in Westberlin werden zur Zeit theoretische und praktische Einzelheiten für ein Statut eines solchen UN-Territoriums geprüft. Voraussetzung für die Realisierung eines UN-Statuts in Berlin ist allerdings eine Änderung des Artikels 107 der UN-Charta, der den Großmächten bisher die ausschließliche Kompetenz zur Lösung und Regelung von Angelegenheiten zuerkennt, die sich aus der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg ergeben. Diese Klippe wird aber bei allgemeiner prinzipieller Bereitschaft zu einer vernünftigen Berlin-Lösung leicht zu umfahren sein.

Wichtiger als diese juristische Filigranarbeit, die auf dem Boden politischer Grundsatzentscheidungen schnell und sachlich zu leisten sein wird, sind jetzt erst einmal die Aufklärung der Bevölkerung über die Dringlichkeit einer grundlegenden, international geregelten Berlin-Lösung und ihre Gewinnung zur moralischen und praktischen Unterstützung des Projekts. Es kommt darauf an, zu zeigen, daß es sich dabei um weit mehr als um die Behebung lokaler Schwierigkeiten handelt. Auf die Dauer sind die schon jetzt unverkennbaren Abwanderungstendenzen aus der Stadt nicht mit Durchhalteparolen und noch so kräftigen Subventionierungen aufzuhalten. Vor allem kann dadurch einer Verschärfung der Krise nicht im mindesten vorgebeugt werden. Eine grundlegende Lösung aber beendet nicht nur die Krise, sondern verhindert ihre Wiederholung. Es bleibt abzuwarten, ob Amerikas West-Berlin-Botschafter Clay die in der AP-Meldung vom 22. 9. 61 angedeutete Unterstützung der Verlegung des UN-Hauptquartiers nach Berlin dem westberliner Senat zugleich als Empfehlung für eine politische Neuorientierung erläutern wird. Der internationale Terminplan duldet kaum langen Aufschub des Zeitpunktes einer positiven Behandlung des Problems. Am besten für den Frieden und für West-Berlin wäre es, wenn noch vor Abschluß des Friedensvertrages zwischen der UdSSR und der DDR die Umwandlung des Status der Stadt im Sinne der UNO-Lösung beginnen könnte. Nicht nur Fragen des Prestiges, sondern Fragen des Lebens und Überlebens der Völker stehen auf dem Spiel. Vielleicht war Zeit noch nie so kostbar wie jetzt, da Präsident Kennedy sagen konnte, in den folgenden wenigen Jahren entscheide sich womöglich das Schicksal der nächsten zehntausend Jahre. Wie tröstlich, daß er gleichzeitig erklärte, Amerika fühle sich in seinen politischen Positionen an keine starre Formel gebunden. Die entsprechende Kompromißbereitschaft G r o m y k o s in der Frage der Nachfolgeregelung für Dag Hammarskjöld läßt vielleicht doch die Hoffnung zu, daß der schlimmste Teil der Krise schon überstanden sei.

Das deutsche Volk aber muß sich mit einigen harten Tatsachen abfinden, die es um seiner Existenz und des Friedens willen zu akzeptieren hat. Oder-Neiße-Grenze, DDR, Rapacki-Zone ohne Atomwaffen in Mitteleuropa, internationaler West-Berlin-Status, Disengagement werden bald Begriffe oder Bewußtseinsinhalte sein, die so im allgemein praktizierten Wortschatz beheimatet sind wie bisher die Termini des Kalten Krieges . . ., wenn alles gut geht. Noch kann niemand sagen, welche Berlin-Lösung und welcher Friede in Kraft tritt. Tun wir das unsere, daß nicht atomare Auflösung und der Friede des Grabes, sondern eine fruchtbare Berlin-Lösung Symbol und Unterpfand einer friedlich-glücklichen Zukunft wird.

Hinweise:

[1]) Vgl. Anhang.

[2]) Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Verbot der Aufführung des französischen Films „Weg zum Ruhm" im französischen Sektor von Berlin.

[3]) George F. Kennan, „Rußland, der Westen und die Atomwaffe", Frankfurt a. M., 1958, S. 55.

[4]) Zitiert nach „Aufbau", New York, 22. 9. 61.

[5]) Nach der AP-Meldung vom 22. 9. 61.

[6]) „Blätter ...", Heft 12/58, Dr. A. v. Borries, „Berlin — Anfang oder Ende?", S. 888.

[7]) „Aufbau", New York, 25. 8. 61.

[8]) „Aufbau", 22. 9. 61.

[9]) Aus dem Friedensappell der Belgrader Konferenz, zitiert nach „Die Welt" v. 7. 9. 61.

[10]) Zitiert nach „Industriekurier" v. 3. 12. 1960.

[11]) Am 26. August im NDR, WDR und SFB.

[12]) Diese Maßnahme ostberliner und DDR-Behörden ist erst nachträglich von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt gebilligt bzw. bekräftigt worden.

Anhang: „Mit zwei deutschen Staaten abfinden"

Tap. Berlin. Der persönliche Vertreter des amerikanischen Präsidenten Kennedy in Berlin, Botschafter Lucius D. Clay, hat gestern abend ein Informationsgespräch mit Journalisten geführt. Ohne Quelle, aber offensichtlich unter Bezug auf dieses Gespräch veröffentlicht die amerikanische Presseagentur AP folgende wörtlich wiedergegebene Fassung. Der Vertreter des Tagesspiegels hat diesem Gespräch beigewohnt. In seiner Gegenwart sind Äußerungen, die auf die Bereitschaft Amerikas schließen lassen könnten, dem „DDR"-Regime auf den Verkehrswegen weitergehende Befugnisse einzuräumen, als sie bisher von den Sowjets ausgeübt wurden, nicht gefallen. Das bezieht sich insbesondere auf den Verkehr in den Luftkorridoren. Die Verantwortung für die folgende Fassung trägt die amerikanische Agentur.

Berlin (AP). Maßgebliche amerikanische Kreise in Berlin haben nach den Bundestagswahlen zu erkennen gegeben, daß sich die Deutschen „für einige Jahre" mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden müßten. In diesem Zusammenhang werde man auch dem Sowjetzonen-Regime mehr Kontrollrechte über die Verbindungen West-Berlins zur Bundesrepublik einschließlich des Luftverkehrs zubilligen müssen. In welcher Form diese Kontrolle vorgenommen werden solle, sei zur Zeit noch ungeklärt.

In aller Deutlichkeit wurde aber von denselben amerikanischen Persönlichkeiten erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit seien, den sowjetischen Forderungen nachzugeben, wonach die westlichen Truppen Berlin zu verlassen hätten. Im Gegenteil liege den USA daran, die Einheit Berlins aufrechtzuerhalten, trotz der Mauer, die mitten durch die Stadt hindurchgehe.

Nach amerikanischer Ansicht müsse man bei der Beurteilung der deutschen Situation davon ausgehen, daß es zwei deutsche Staaten gebe, die aber nicht miteinander sprechen wollten, weil die Atmosphäre für ein Gespräch zur Zeit nicht günstig sei. Es sei aber zu erwarten, daß in fünf oder sechs Jahren es doch wegen der Wiedervereinigung zu Gesprächen kommen könne. Es gebe keinen Grund, die Hoffnung auf die Wiedervereinigung aufzugeben, die dann allerdings Sache der Deutschen selbst sein werde.

Dem Plan einer Internationalisierung Berlins durch Verlegung des UNO-Hauptquartiers nach Berlin stehe man amerikanischerseits positiv gegenüber, wurde weiter erklärt. Allerdings würden die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß sich diese Internationalisierung auf ganz Berlin erstrecken müßte. Es sei aber zu erwarten, daß die Sowjets die Einbeziehung Ost-Berlins in einen solchen internationalisierten Staat ablehnen würden.

Tagesspiegel v. 23. IX. 61.

Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Entweder Rüstung oder Fortschritt

Die sowjetischen Vorschläge, das Deutschland- und Berlinproblem bis Ende des Jahres durch Verhandlungen mit den Westmächten einer Lösung zuzuführen, hat in der ganzen Welt eine Welle der Kriegshysterie ausgelöst.

Neben dem Verlangen nach „Kühnheit" und „Aktionen" brachten die Zeitungen Tag für Tag alarmierende Meldungen über Mobilisationsmaßnahmen, Erhöhung der Rüstungskosten, Einberufung von Reservisten, Verlängerung der Dienstzeit von Wehrpflichtigen, Entsendung neuer Divisionen von den USA nach Europa, gegenseitige Besuche der Verteidigungsminister und Ähnliches. So berief das US-Verteidigungsministerium außerplanmäßig 148 000 Mann zum aktiven Militärdienst für 4 Divisionen der Nationalgarde ein. Außerdem wurden von dieser Maßnahme 52 000 Einzelreservisten betroffen. Sie sollen an die Stelle von 3 Divisionen treten, die in Übersee eingesetzt werden. Planmäßig wurden außerdem 76 500 Reservisten zum 1. Oktober einberufen. Großbritannien verlegt das 22. Flakregiment nach Dortmund zur Verstärkung der Rheinarmee. Außerdem ist mit der Verlegung des 36. Army Group Regiments bereits begonnen, dem das 16. Leichte Flakregiment im Oktober folgen soll. Das in der Bundesrepublik augenblicklich stationierte 3. Königl. Panzerregiment, welches nach England zurückkehren sollte, bleibt zunächst in Westdeutschland. Auch zusätzliche Düsenjägergruppen werden in die Bundesrepublik verlegt.

Kanada plant eine Erhöhung seiner Streitkräfte um 15 000 Mann. Holland wirft einige Kampfeinheiten in das Wesergebiet. Außerdem ist im Parlament die Verlängerung der Dienstzeit auf 20, bzw. 24 Monate beantragt. Eine Verschiebung belgischer Truppen weiter nach Osten ist vorgesehen. Frankreich hat eine Division aus Algerien abgezogen und in das Mutterland verlegt.

In der Bundesrepublik wird die Bundeswehr weiter ausgebaut. Eine Erhöhung der Zahl der Divisionen im Rahmen des MC 96-Planes ist vorgesehen. Dazu kommt eine Modernisierung der Streitkräfte mit einem entsprechenden finanziellen Mehraufwand und eine Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate. Schon jetzt sollen die am 30. September zu entlassenden 36 000 Soldaten weitere 3 Monate unter Waffen bleiben.

Die Sowjetunion hat ihrerseits die für dieses Jahr vorgesehene Entlassung von Soldaten aus ihren Streitkräften „bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages" verschoben. Die Befehlshaber der Warschauer Paktstaaten traten am 9. September in Moskau zusammen und beschlossen eine Verstärkung ihrer Streitkräfte.

Dem Plan einer Internationalisierung Berlins durch Verlegung des UNO-Hauptquartiers nach Berlin stehe man amerikanischerseits positiv gegenüber, wurde weiter erklärt. Allerdings würden die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß sich diese Internationalisierung auf ganz Berlin erstrecken müßte. Es sei aber zu erwarten, daß die Sowjets die Einbeziehung Ost-Berlins in einen solchen internationalisierten Staat ablehnen würden.

Tagesspiegel v. 23. IX. 61.

Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Entweder Rüstung oder Fortschritt

Die sowjetischen Vorschläge, das Deutschland- und Berlinproblem bis Ende des Jahres durch Verhandlungen mit den Westmächten einer Lösung zuzuführen, hat in der ganzen Welt eine Welle der Kriegshysterie ausgelöst.

Neben dem Verlangen nach „Kühnheit" und „Aktionen" brachten die Zeitungen Tag für Tag alarmierende Meldungen über Mobilisationsmaßnahmen, Erhöhung der Rüstungskosten, Einberufung von Reservisten, Verlängerung der Dienstzeit von Wehrpflichtigen, Entsendung neuer Divisionen von den USA nach Europa, gegenseitige Besuche der Verteidigungsminister und Ähnliches. So berief das US-Verteidigungsministerium außerplanmäßig 148 000 Mann zum aktiven Militärdienst für 4 Divisionen der Nationalgarde ein. Außerdem wurden von dieser Maßnahme 52 000 Einzelreservisten betroffen. Sie sollen an die Stelle von 3 Divisionen treten, die in Übersee eingesetzt werden. Planmäßig wurden außerdem 76 500 Reservisten zum 1. Oktober einberufen. Großbritannien verlegt das 22. Flakregiment nach Dortmund zur Verstärkung der Rheinarmee. Außerdem ist mit der Verlegung des 36. Army Group Regiments bereits begonnen, dem das 16. Leichte Flakregiment im Oktober folgen soll. Das in der Bundesrepublik augenblicklich stationierte 3. Königl. Panzerregiment, welches nach England zurückkehren sollte, bleibt zunächst in Westdeutschland. Auch zusätzliche Düsenjägergruppen werden in die Bundesrepublik verlegt.

Kanada plant eine Erhöhung seiner Streitkräfte um 15 000 Mann. Holland wirft einige Kampfeinheiten in das Wesergebiet. Außerdem ist im Parlament die Verlängerung der Dienstzeit auf 20, bzw. 24 Monate beantragt. Eine Verschiebung belgischer Truppen weiter nach Osten ist vorgesehen. Frankreich hat eine Division aus Algerien abgezogen und in das Mutterland verlegt.

In der Bundesrepublik wird die Bundeswehr weiter ausgebaut. Eine Erhöhung der Zahl der Divisionen im Rahmen des MC 96-Planes ist vorgesehen. Dazu kommt eine Modernisierung der Streitkräfte mit einem entsprechenden finanziellen Mehraufwand und eine Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate. Schon jetzt sollen die am 30. September zu entlassenden 36 000 Soldaten weitere 3 Monate unter Waffen bleiben.

Die Sowjetunion hat ihrerseits die für dieses Jahr vorgesehene Entlassung von Soldaten aus ihren Streitkräften „bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages" verschoben. Die Befehlshaber der Warschauer Paktstaaten traten am 9. September in Moskau zusammen und beschlossen eine Verstärkung ihrer Streitkräfte.

Wie ernst die internationale Situation sich verschärft hat, beweist die sowjetische Ankündigung, die Kernwaffenversuche wieder aufnehmen zu wollen. Inzwischen sind derartige Versuche in der Atmosphäre durchgeführt. Die USA zogen nach und kündigten unterirdische Versuche an, die nun ebenfalls aufgenommen wurden. Auch Frankreich erklärte durch sein Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Dr. Crusis, auf einer Pressekonferenz in Helsinki am 4. September, daß es seine Versuche in der Sahara fortsetzen werde, unabhängig davon, was die USA und die Sowjetunion in dieser Frage beschließen werden.

Überall Waffengeklirr und Säbelrasseln, Kriegshysterie und Kriegsdrohung in der Welt, statt diplomatischer Vorschläge für Verhandlungen, die für die Sowjetunion annehmbar und für die Westmächte erträglich sind.

Die Last der Rüstungskosten

Während sich im Zeitalter der Kernenergie, Raketen, Elektronik und Weltraumfahrt großartige Perspektiven für die Zukunft der Menschheit eröffnen, hängt andererseits über der Welt das Damoklesschwert eines alles vernichtenden Atom- und Raketenkrieges, der unvorstellbares Leid und grauenvolle Zerstörung für alles Leben auf der Erde mit sich bringen würde.

So sollte es eigentlich keinen Menschen in der Welt geben, sei er Politiker oder Persönlichkeit des öffentlichen wie privaten Lebens, der nicht zugeben müßte, daß nur eine weltweite, totale und kontrollierte Abrüstung den lebenswichtigen Interessen aller Völker zugute kommen würde.

Und doch werden Jahr für Jahr von den Regierungen aller Länder Gelder in phantastischer Höhe für Rüstungszwecke ausgegeben, Riesensummen für ein sehr schnell veraltetes Projekt nach dem anderen im wahrsten Sinne des Wortes „verpulvert" und mühsam erarbeitete Steuergelder für militärische Anlagen von Staats wegen vergeudet.

Die Leidtragenden sind die Menschen, die überall in der Welt, in Europa, Asien, Amerika und Afrika, gezwungen sind, die drückenden Lasten der Rüstungsausgaben auf ihren Schultern zu tragen. Rechnet man einmal zusammen, was die Menschheit seit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges für militärische Zwecke ausgegeben hat und was an Werten durch die beiden Kriege verlorenging, dann ergibt sich eine Summe von rund 3 Billionen Dollar!

Wären diese Gelder dazu verwendet worden, den wirtschaftlich rückständigen Ländern zu helfen, so hätte die Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas heute denselben Lebensstandard wie Westeuropa!

Diese Summe Geldes ist unwiederbringlich vertan. Hat aber die Menschheit daraus eine Lehre gezogen?

Leider nein. Denn während die militärischen Ausgaben aller Länder sich im Jahre 1929 noch auf 4,2 Mrd. Dollar beliefen, haben sie 1961 die astronomische Zahl von 100 Mrd. Dollar pro Jahr erreicht. Würden diese Mittel zur Erzeugung von Getreide, Fleisch, Fett und Zucker verwendet, so könnte der Verbrauch dieser Nahrungsmittel in der ganzen Welt auf das 2,5fache gesteigert werden. Oder: Für 100 Mrd. Dollar könnte man jedes Jahr 10 Millionen Wohnhäuser, 50 000 Schulen oder 25 000 Krankenhäuser mit 4 Millionen Betten bauen. Das Antriebsmittel einer einzigen Rüstungseinheit friedlichen Zwecken zugeführt, würde der Wirtschaft einen beträchtlichen Auftrieb geben, wenn man sich vergegenwärtigt, daß allein der mitgeführte Treibstoffvorrat eines Flugzeugträgers zur einjährigen Beheizung einer ganzen Stadt mit 40 000 Häusern ausreichen würde — und darüber hinaus noch soviel Treibstoff übrig wäre, wie ihn 250 Kraftwagen in einem Jahr benötigen. 20 Millionen Menschen gehören in

aller Welt als Soldaten militärischen Einheiten an. Auf jeden Soldaten kommen 3—4 Menschen, die in Wirtschaft und Wissenschaft für ihn tätig sind und ihre geistigen und körperlichen Kräfte nur dafür einsetzen, immer schrecklichere Vernichtungswaffen herzustellen, statt zum Wohle ihrer Völker und der ganzen Menschheit schöpferische und aufbauende Arbeit zu leisten.

Für eine waffenstarrende Welt werden gigantische Summen vergeudet und Millionen von tüchtigen Menschen eingespannt, zur gleichen Zeit, da von den 670 Millionen Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, die es in der Welt gibt, 135 Millionen aus Mangel an Schulen, Lehrern und sonstigen Ausbildungsstätten Analphabeten bleiben müssen!

NATO

Der größte Teil aller Rüstungsausgaben der Welt — 60 Mrd. Dollar — entfällt auf die NATO-Länder. Im Haushalt der USA machen die Rüstungskosten fast 60%, in der Bundesrepublik 30%, in Großbritannien und Frankreich 25% bzw. 27% aus. Die kleinen NATO-Länder wie Belgien, Holland und Norwegen verpulvern für Rüstungszwecke 12—20% ihrer Haushalte. Vergleichen wir damit ein anderes kleines Land: Österreich. Dieses Land ist neutral und gehört keinem Block an. Seine Rüstungskosten betragen infolgedessen auch nur 6—7% des Staatshaushaltes.

Die Türkei wiederum, obwohl ein sehr armes Land, unterhält im Interesse der NATO die größte Armee in Europa (30 Divisionen). Sie gibt daher 32% mehr für Rüstungszwecke aus als für Gesundheitswesen und Volksbildung und sogar 57,3% mehr als für wirtschaftliche und soziale Zwecke. Die staatspolitischen Folgen haben sich denn auch entsprechend gezeigt.

Von 1949—1959 erreichten die militärischen Ausgaben der NATO die enorme Summe von 555 Mrd. Dollar. Somit übersteigt der jährliche Rüstungshaushalt der NATO das Nationaleinkommen Großbritanniens vom Jahre 1958 um rund 10 Mrd. Dollar. Nur 1/10 des jährlichen NATO-Rüstungsetats würde genügen, um 12 derartige Hüttenwerke erstellen zu können, wie die Bundesrepublik jetzt eines in Rourkela in Indien gebaut hat. Werfen wir dabei gleich einen Blick auf

Asiatische Länder

In den schwach entwickelten Ländern Asiens rechnet man allgemein, daß das Nationaleinkommen pro Kopf um 1 Dollar im Jahr zunimmt. Dagegen entfallen je Einwohner auf den Rüstungshaushalt in Pakistan pro Jahr 2,1 Dollar, in Thailand 3 Dollar, auf den Philippinen 3,4 Dollar und im Iran 6,8 Dollar. In den vom „Colombo-Plan" erfaßten Ländern Asiens werden mit wenigen Ausnahmen 6—7% des jährlichen Nationaleinkommens dem Kapital zugeschlagen. Da diese schwach entwickelten Länder aber 2—8% ihres Nationaleinkommens für militärische Zwecke ausgeben, ist leicht einzusehen, daß sie nur durch Wegfall der Rüstungsausgaben ihr Kapital aus eigenem Aufkommen erhöhen und ihr wirtschaftliches Entwicklungstempo beschleunigen können.

Dasselbe zeigt sich auch an einem anderen Beispiel. Die UNO-Wirtschaftskommission für die Länder Asiens und des Fernen Ostens stellte fest, daß zur Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit dieser Länder mindestens 5 Mrd. Dollar jährlich erforderlich sind, von denen sie 2 Mrd. Dollar selber aufbringen müßten und 1 Mrd. Dollar aus dem Ausland erhalten könnten. Da aber die asiatischen Länder insgesamt im Jahr fast genau 2 Mrd. Dollar für die Rüstung ausgeben, könnten sie also die fehlenden 2 Mrd. Dollar nur aufbringen, wenn die Rüstungsausgaben infolge allgemeiner Abrüstung wegfielen. Doch kehren wir zurück in die westliche Welt.

USA

Im letzten Rechnungsjahr machten die direkten Rüstungsausgaben in den USA 45,6 Mrd. Dollar aus, d. h. 58% aller Budgetausgaben. Diese militärischen Rüstungsausgaben betragen heute 10% des nationalen Bruttoprodukts, gegenüber 1,4% im Jahre 1935. Nach offiziellen Angaben der westlichen Presse gaben die USA im Jahre 1959 für ihre Stützpunkte in anderen Ländern 3,4 Mrd. Dollar, für den Bau von Raketen 3,9 Mrd. Dollar und für Militärflugzeuge 6,5 Mrd. Dollar aus. Für den Unterhalt der Stützpunkte und den Bau von Kernwaffenträgern geben die USA 6—7mal soviel wie für die soziale Fürsorge und das Gesundheitswesen und 35mal soviel wie für die Volksbildung aus. In dem reichsten Land der westlichen Welt entsprechen 15 Millionen Wohnungen nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen. Für 14 Mrd. Dollar könnte man alle Slums durch anständige Wohnungen ersetzen. Aber woher soll man das Geld nehmen, wenn ein Flugzeugträger mit Atomantrieb 435 Mill. Dollar, ein Atom-U-Boot mit Raketenstartrampen 110 Mill. Dollar, ein Bombenflugzeug „B-58" 26 Mill. Dollar kostet?

Präsident Kennedy schreibt in seiner „Botschaft über die Lage im Land": „In unseren Klassen sitzen 2 Millionen mehr Kinder, als darin Platz haben; sie werden von 90 000 Lehrern unterrichtet, die nicht die nötige Eignung besitzen. 1/3 unserer begabtesten Abiturienten kann aus Geldmangel nicht studieren. Wir haben nicht genug Wissenschaftler, Ingenieure und Lehrkräfte ..."

Und die Zeitschrift „Démocratie nouvelle" schreibt, daß im fortgeschrittensten Land, den USA, „3% der Bevölkerung Analphabeten sind. Das bedeutet, daß rund 5 Millionen Amerikaner weder lesen noch schreiben können!" In einer Broschüre des Nationalkomitees der Demokratischen Partei, die Ende 1960 erschien, wird über den schlechten Zustand der Schulen Alarm geschlagen. Der Broschüre zufolge hat das Land 200 000 Klassenräume zu wenig, wodurch die Schulung von 10 Millionen Schülern mehr oder minder gefährdet ist. Viele Jungen und Mädchen können aus Geldmangel nicht studieren. Das Studium an den meisten Colleges beträgt 1800 Dollar pro Jahr. Hinzu kommen die persönlichen Unterhaltskosten. Stipendien sind selten.

Prof. Baade, der ehemalige Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts in Kiel, schreibt in seinem Aufsehen erregenden Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000", daß der amerikanische Vizeadmiral Rickover, der „Vater des Atom-U-Bootes", nach einer Reise durch die US seine Erkenntnisse in den Worten zusammenfaßte: „Unser wirklich großer Wettlauf mit der Sowjetunion erfolgt auf dem Gebiet des Bildungswesens ... Die Nation, die dieses Rennen gewinnt, wird die potentiell herschende Macht sein."

Er stellte fest, daß im Jahre 1957 in der Sowjetunion 1,6 Millionen Absolventen von Sekundärschulen ein Abschlußexamen bestanden haben, das nur ungefähr 2 v. H. der amerikanischen High-Shool-Absolventen zu bestehen imstande gewesen wären. Im Jahre 1950 haben in den USA noch 52 732 Ingenieure das Diplom einer Technischen Hochschule erworben, im Jahre 1954 waren es dagegen nur noch 22 236. Die Zahl der naturwissenschaftlichen Diplome betrug 1950 noch 61 000, im Jahre 1954 nur 31 168, im Jahre 1957 nur noch 31 000.

Ganz anders ist die Lage in der Sowjetunion, auf die wir später noch zu sprechen kommen.

Baade schließt diesen Absatz mit dem Hinweis, daß zur Zeit das Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung in den USA größer ist als das heutige der Sowjetunion, und fährt dann wörtlich fort: „Aus diesem größeren Sozialprodukt ließen sich bei richtiger Verwendung durchaus Leistungen auf dem Gebiet des Erziehungs- und Forschungswesens herausholen, die den russischen ebenbürtig sind."

Bei richtiger Verwendung! Aber heute werden in den USA für jeden Soldaten ungefähr 20 00 Dollar pro Jahr aufgewendet, und die Rüstungskosten belaufen sich für jeden Amerikaner auf ca. 300 Dollar im Jahr. Der amerikanische Bomber „B-58" hat ein Eigengewicht von 47 000 Pfund und kostet 26,7 Millionen Dollar. Jedes Pfund Gewicht kostet also 568 Dollar. Da aber der Preis für 1 Pfund Gold nur 560 Dollar beträgt, könnte man das Flugzeug gleichsam aus Gold herstellen. Noch kostspieliger sind „Atlas"-Raketenanlagen. Die Kosten für eine solche Anlage belaufen sich auf 35 Millionen Dollar. Für diese Summe könnte man 30 große Schulen, 2 große Krankenhäuser oder 80 km betonierte Straße bauen. Das wäre eine richtige Verwendung der Steuergelder (1960 im Durchschnitt 629 Dollar pro Kopf), statt $^2/_3$ aller Rüstungsaufträge an 100 Mammutmonopole zu vergeben, die dann die Einpeitscher des Wettrüstens sind, weil sie davon profitieren. Dann sähe die Wirklichkeit nicht so aus, wie sie der ehemalige Präsident Eisenhower sah, daß „unter der finsteren Wolke des Krieges die Menschheit an einem stählernen Kreuz hängt".

England

Große Summen verausgabt auch Großbritannien für militärische Zwecke. Seit 1950 sind in die Rüstung 13,5 Mrd. Pfund Sterling gesteckt worden. Der Rüstungsetat im kommenden Rechnungsjahr 1961/62 ist abermals erhöht, und zwar auf die Rekordsumme von 1,655 Mrd. Pfund Sterling. England unterhält 24 militärische Stützpunkte auf fremdem Gebiet, was die englischen Steuerzahler 172 Mill. Pfund Sterling oder 500 Mill. Dollar im Jahr kostet. Swift-Jagdflugzeuge, Victor-Bomber, Avro-Bomber, Lenkgeschosse und Raketenprojekte verschlingen viele Gelder, die man dringend brauchte, um den Lebensstandard des englischen Volkes zu heben und die nötigen Schulen, Wohnhäuser, Krankenanstalten und Straßen zu bauen. Wie Riesensummen für unnütze Projekte vergeudet werden, zeigt die Blue-Streak-Rakete, deren Herstellung man nach jahrelangen Versuchen aufgeben mußte. Aber auch die Skybolt-Rakete ist schon wieder ein Mißerfolg, weil sie durch die bessere amerikanische Polaris-Rakete als veraltet angesehen werden muß. Auf diese Weise gibt England laut Augustheft 1960 der „Economic Review" für Rüstungszwecke — je Kopf der Bevölkerung berechnet — mehr aus als jedes andere Land, mit Ausnahme der USA und Frankreichs, nämlich rund 30 Pfund Sterling.

Frankreich

Im französischen Haushalt für 1961, einschließlich der Militärpensionen und der Kosten für den Algerienkrieg, erreichen die Rüstungsausgaben 16,8 Mrd. neue Franc, das sind 27% des gesamten Staatshaushalts. Dabei wächst das Budgetdefizit und erreicht in diesem Jahr 7 Mrd. neue Franc. Für die atomare Aufrüstung sind 920 Mill. neue Franc vorgesehen. Eine Bagatelle im Vergleich zu dem, was die USA für ihre Atomrüstung ausgegeben haben, nämlich von 1950—1960 etwa eine Billion neue Franc, was ungefähr 15 Jahresbudgets Frankreichs ausmacht. Um hier mitzuhalten, müßte Frankreich pro Jahr 60 Milliarden neue Franc ausgeben, etwa ein ganzes französisches Staatsbudget. Obwohl also die finanziellen und materiellen Ausgaben für das Land untragbar sind, hat sich die französische Regierung dennoch in das wahnwitzige Atomwettrüsten eingelassen. Dazu kommt der Bau von Kernbombenträgern und Raketen, die Anlage von Stützpunkten und Abschußbasen, der Bau von U-Booten und die Entwicklung eines Atom-U-Bootes, die Anlegung eines Systems der Atombombenabwehr sowie die Forschungsarbeiten, womöglich alles nach Plänen, die schon veraltet sind, wenn man diese Projekte in Angriff nimmt. Von der katastrophalen Be-

lastung durch den siebenjährigen Algerienkrieg ganz zu schweigen. Kein Wunder, daß man in Frankreich die Frage diskutiert: „Wohin führt diese Politik unser Land?" Sie wird eine Kettenreaktion auslösen, nämlich wachsende Steuern, Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung, Verelendung der Massen und schließlich Kampf der Bevölkerung gegen die Lasten der Atomaufrüstung. Die Aufstände der französischen Bauern sind bereits der Anfang. Die französische Zeitung „La Terre" hat nachgerechnet, was man mit den Mitteln, die die französische Regierung in einem Jahr für Rüstungszwecke ausgibt, für die Landbevölkerung tun könnte. Nämlich: Sämtliche Bezirke, wo die Landbevölkerung bisher noch Petroleumlampen benutzt, elektrifizieren, in sämtlichen Dörfern Wasserleitungen legen, Straßen mit einer Gesamtlänge von 100 000 km bauen, 200 000 Bauernhäuser errichten, 200 000 jungen Leuten eine Beihilfe für den Ankauf notwendigen Hausrats auszahlen und 700 000 alten Bauern eine Rente gewähren!

S o w j e t u n i o n

Werfen wir zum Vergleich einen Blick nach dem Osten, auf die zweite Weltmacht, die Sowjetunion.

Schon bei den Paktstaaten des Warschauer Vertrages sehen wir, daß deren Rüstungsausgaben unter denen der vergleichbaren Weststaaten liegen: Im Jahre 1960 betrugen die militärischen Ausgaben in der T s c h e c h o s l o w a k e i 8,5%, in P o l e n 7,8%, in R u m ä n i e n 6,2% und in B u l g a r i e n 5,8%. Während der Westen glaubte, durch eine „Politik der Stärke" und immer höher geschraubte Ausgaben für Rüstungen (der USA-Rüstungsetat für das Rechnungsjahr 1961/62 beträgt nach der jetzigen Erhöhung um 3,5 Mrd. Dollar 46,2 Mrd. Dollar) die Sowjetunion zum Gleichziehen und damit wirtschaftlich in die Kniee zwingen zu können, zeigt sich heute eindeutig, daß dieses Ziel nicht erreicht ist. Im Gegenteil! Das Kräfteverhältnis in der Welt hat sich durch die Entwicklung der Raketentechnik, in der die Sowjetunion allgemein anerkannt die Führung innehat, zugunsten der Sowjetunion verändert.

Infolgedessen konnte sie ihre Streitkräfte im Laufe von 4 Jahren um 2 140 000 Mann beträchtlich einschränken, so daß die zahlenmäßige Stärke ihrer Armee jetzt sogar niedriger ist, als es die Westmächte bei den Abrüstungsverhandlungen 1956 vorschlugen. Die sowjetische Armee ist kleiner als die amerikanische, obwohl das Gebiet der Sowjetunion dreimal so groß ist als das der USA. Allein die letzte Reduzierung der Sowjetarmee um 1,2 Millionen Mann brachte der SU eine Einsparung von rd. 16—17 Mrd. Rubel pro Jahr. Ein enormer Betrag, der nun der Entwicklung der Volkswirtschaft zugute kommen kann.

So ist die erstaunliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich im Staats-Haushaltsplan der UdSSR die militärischen Ausgaben ständig verringert haben. 1955 entfielen auf die Rüstungskosten noch 19,9%, 1960 waren es bereits nur 12,9%, und 1961 sind es mit 9 255 000 000 neuen Rubeln nur noch 11,9%. Infolgedessen konnten für Volksbildung, Nachwuchsschulung, Kultur und besonders Wissenschaft mehr Mittel als bisher bewilligt werden. Allein die Wissenschaft konnte eine Zunahme ihrer Mittel um 3,8 Mrd. Rubel (= 15,6%) gegenüber 1960 verbuchen. Damit ist ein weiteres quantitatives und qualitatives Heranwachsen von Fachleuten für die Volkswirtschaft verbunden. Innerhalb eines Jahres, von 1959 bis 1960, konnte der Haushalt der staatlichen Sozialversicherung auf 7,8 Mrd. Rubel, d. h. um 10,6%, erhöht werden.

Allerdings hat kürzlich der sowjetische Ministerpräsident unter Hinweis auf die vorangegangene Erhöhung des amerikanischen Rüstungsbudgets um 3,5 Mrd. Dollar einen Beschluß der sowjetischen Regierung bekanntgegeben, daß der

sowjetische Rüstungsetat um 3,144 Mrd. Rubel, also in den Gesamtkosten auf 12,399 Mrd. Rubel, erhöht wurde.

Im Jahre 1960 produzierte die sowjetische Industrie brutto etwa 60 % soviel wie die amerikanische und der Kopfquote nach mehr als 50 %. Dabei ist aber zu beachten, daß die durchschnittliche Zuwachsrate der industriellen Produktion von 1954 bis 1960 trotz der gewaltigen Kriegsverheerungen, die ja erst ausgeglichen werden mußten, 11,1 % betrug, in den USA dagegen, wo alles während des Krieges intakt geblieben war und sogar ausgeweitet wurde, nur 2,5 %. Unter Beibehaltung dieser Zuwachsraten wird die Sowjetunion die USA bald nach 1965 im allgemeinen Produktionsumfang und spätestens 1970 sowohl in der Bruttoproduktion als auch in der Kopfquote der industriellen Produktion eingeholt haben, wie man den Berichten des Vereinigten Wirtschaftsausschusses des USA-Kongresses entnehmen kann. Rechnet man aber die gesamten Oststaaten zusammen, so wird deren industrielle Produktion bereits 1965 größer sein als die der gesamten westlichen Welt.

Die „New York Times" v. 21. 12. 60 stellte fest, daß in der Sowjetunion ein wesentlich größerer Teil des Nationaleinkommens investiert wird als in den USA. Dieses aber ist der wichtigste allgemein anerkannte Wertmesser für die Hebung des Lebensstandards einer Bevölkerung. Im letzten Jahrzehnt ist das Nationaleinkommen der Sowjetunion mehr als dreimal so rasch gestiegen wie das der USA, 1961 wird das Nationaleinkommen der UdSSR wiederum um 9 % zunehmen, die Reallöhne um 5 % steigen, das Einzehandelsvolumen sich um 5 % vergrößern und 9—10 Millionen Sowjetbürger werden neue komfortable Wohnungen beziehen.

Die staatlichen Ausgaben für die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, für Renten, Beihilfen für kinderreiche Familien, Stipendien, unentgeltliche ärztliche Behandlung, Ferienfreiplätze und ermäßigte Aufenthaltskosten in den Sanatorien sowie zahlreiche andere Zuwendungen und Vergünstigungen haben im Jahre 1960 die beachtliche Summe von 24,5 Mrd. Rubel erreicht und sich damit seit den letzten 20 Jahren versechsfacht.

Das sind nur ein paar Beispiele dafür, daß das Wettrüsten nicht die Sowjetunion getroffen und geschwächt, sondern vielmehr als Bumerang sich nachteilig für die USA ausgewirkt und dem Westen zu keiner wirklich stabilen Konjunktur verholfen hat. In den ersten 11 Nachkriegsjahren belief sich die Zuwachsrate der industriellen Produktion der USA im Durchschnitt auf etwas mehr als 4 %, in den letzten Jahren dagegen ist sie fast auf die Hälfte zurückgegangen. Die Last des Wettrüstens drückt sich durch Erhöhung der Steuern aus. 1949/50 hatte noch jeder USA-Bürger im Durchschnitt 337 Dollar an Steuern zu zahlen, 1960 bereits 629 Dollar. In Großbritannien ist das Steueraufkommen so groß, daß es im Jahre 1958 bereits sämtlichen Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel, Kleidung und Schuhe gleichkam.

Aber noch etwas anderes, vielleicht bedeutsameres kommt hinzu, was man im Westen als „kommunistische Herausforderung" bezeichnet, der man aber wegen der hohen Rüstungskosten nicht zu begegnen in der Lage ist. Das ist der Wettlauf auf dem Gebiet des Bildungs- und Forschungswesens, bei dem die Sowjetunion die westliche Welt im Begriff ist zu überholen. 1950 wurden, nach Prof. Baade, 28 000 Ingenieurdiplome vergeben, 1954 waren es bereits 53 000, 1955 sogar 63 000, und gegenwärtig liegt die Zahl bei mehr als 70 000. Dies sind nur die Zahlen für den jährlichen Zuwachs an Diplomingenieuren. An Absolventen einfacher Ingenieurschulen stellt die Wissenschaft der Wirtschaft jährlich etwa 170 000 neue Führungskräfte zur Verfügung, d. h., daß hier dreimal mehr Ingenieure ihr Studium abschließen als in den USA.

Die Anzahl der Hochschulen ist von 105 (1914/15) auf 753 (1959/60) gestiegen. An diesen Hochschulen werden 2 267 000 Personen ausgebildet. Insgesamt sind über 4 Millionen Arbeiter und Angestellte gleichzeitig Schüler und Studenten an allgemeinbildenden Hoch- und Fachschulen. 2,5 Millionen Arbeiter erlernen alljährlich neue Berufe, und über 5 Millionen qualifizieren sich. In den mittelasiatischen Sowjetrepubliken kommen im Durchschnitt auf 10 000 Einwohner 91 Hochschul- und 72 Fachschulstudenten, dazu noch diejenigen, die außerhalb ihrer Republik — z. B. in Moskau, Kiew, Leningrad, Charkow, Saratow, Tomsk und anderen Städten — studieren.

In Frankreich dagegen entfallen auf 10 000 Einwohner nur 40 Hochschulstudenten, in Italien 34 und in der Bundesrepublik 31, d. h., daß bei uns nur 1/3 der entsprechenden Zahl aus den mittelasiatischen Sowjet-Republiken studiert.

In einem Sammelband vergleichen amerikanische Professoren das amerikanische und sowjetische Bildungswesen. In einem Aufsatz „Der Kalte Krieg in der Klasse" schreibt William B e n t o n : „In kaum 40 Jahren haben die Sowjets, die mit einer zu 50 % analphabetischen Bevölkerung anfingen, ein Grundschulsystem mit 7 Klassen aufgebaut, das fast 100 % aller Kinder erfaßt und in seiner Universalität unserem System den Rang abläuft. Seit dem 2. Weltkrieg ist die Zahl der Mittelschulen in der Sowjetunion erstaunlich gestiegen . . . Trotz des empfindlichen Mangels an Arbeitskräften müssen alle Kinder von 7 bis 17 Jahren in die Schule gehen. Jeder russische Junge und jedes Mädchen bekommt Bildung, natürlich eine kommunistische, die sich aber mit dem hohen Standard der englischen Schulen oder französischen Lyzeen messen kann." Benton kommt zu dem Schluß, daß die USA „den Wettbewerb verlieren können, wenn wir das potentielle Talent der Jugend weiter vergeuden". Interessant ist auch, was Lewis L. S t r a u s s , Vorsitzender der amerikanischen Atomenergiekommission, in dem gleichen Sammelband schreibt: „Ich kenne in unserem Land keine Mittelschule, wo der Schüler eine ebenso gründliche Ausbildung in Mathematik und anderen Fächern wie an den sowjetischen Schulen bekäme, selbst wenn er es wollte, und ein Einstein, Edison, Fermi oder Bell werden könnte."

Um alle Aufgaben der Wissenschaft zu lösen, ist eine noch größere Straffung geplant. Alle staatlichen Ämter für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit sind seit Juni 1961 dem Moskauer zentralen Koordinationsamt unterstellt. Diesem Amt und der Unionsakademie der Wissenschaften stehen im laufenden Jahr mehr als 3 Mrd. Rubel (= 3,5 Mrd. Dollar) zur Verfügung.

Aber auch die Sowjetunion weiß trotz aller steigenden Fortschritte, daß nur bei einer totalen Abrüstung noch schnellere und größere Erfolge erzielt werden können. Wie das Informationsbulletin aus Moskau errechnet hat, könnten dann jedes Jahr 600 000 Wohnungen zusätzlich gebaut und Hunderttausende von Kraftwagen hergestellt werden. Der Konsumgüterfonds würde sich um 30 bis 40 Mrd. Rubel erhöhen, die Produktion von Dünger-, Färbe-, Waschmitteln sowie synthetischen Werkstoffen für Kleidung und Haushalt würde beträchtlich gesteigert, der Gesundheitsschutz verbessert, die Zahl der Studenten um eine weitere Million erhöht und die Einführung der 30- bzw. 35-Stundenwoche für alle Arbeiter und Angestellten einige Jahre früher erfolgen.

B u n d e s r e p u b l i k

Wenden wir uns nun unserem Lande zu, um an Hand vorliegender Tatsachen und Beispiele festzustellen, wie die Rüstungslast sich hemmend auf Entwicklung und Fortschritt, Wissenschaft und Bildung auswirkt.

Die Haupteinnahmequelle des Staates sind die direkten und indirekten Steuern. Die Steuerpolitik des Finanzministers war und ist darauf abgestellt, dem

Bund die Steuereinnahmen zu garantieren, die für die Aufrüstung erforderlich sind. Von Jahr zu Jahr haben die effektiven Steuereinnahmen die Haushaltsansätze übertroffen. Denn der Ertrag aus den Verbrauchs- und Umsatzsteuern ist hauptsächlich gewachsen, was zeigt, daß die arbeitende Bevölkerung es ist, die vorwiegend mit den hohen Kosten der Aufrüstung belastet ist. Jahr für Jahr wurden die Beträge für die Aufrüstung in voller Höhe in den neuen Haushalt übernommen, wenn auch die im Vorjahr bewilligten Ausgaben nicht voll ausgenutzt worden waren. Sie trieben aber so die Ausgabenseite des Haushalts immer weiter in die Höhe, denn da der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein muß, wurde entsprechend die Einnahmeseite in die Höhe geschraubt. Während die Ausgaben 1953 rd. 27 Mrd. betrugen, stiegen sie 1957 auf 34,78 (um 28,8 %) und 1961 auf 48,15 Mrd. DM (um 38,4 %). Am 22. Juni d. J. kündigte der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages an, daß der neue Haushaltsplan für 1962 die 50-Milliardengrenze wegen der steigenden Rüstungsausgaben und wachsenden Inanspruchnahme des Bundes infolge der Entwicklungshilfe weit überschreiten werde. An eine Steuersenkung ist deshalb gar nicht zu denken. Im Gegenteil! Der Bundeswirtschaftsminister machte bereits das Eingeständnis, daß Steuererhöhungen möglich seien. Es sei zu erwarten, daß für „Verteidigungsausgaben" die Körperschafts- und Einkommensteuern um 10 % erhöht werden. Aber erst nach der Bundestagswahl wird dem Steuerzahler die Rechnung präsentiert werden.

Hinzu kommt, daß die Springflut der vermehrten Steuereinnahmen den Ländern zugute kommt. Ihre Einnahmen stiegen in den ersten vier Monaten des Jahres um 27 % gegenüber 17 % beim Bund. Infolgedessen ist der Finanzminister bestrebt, eine Finanzreform durchzusetzen, mit deren Hilfe den Ländern und Gemeinden mehr Geld für den Bundeshaushalt abgeknöpft werden kann, um die steigenden Rüstungskosten durch den Bund bezahlen zu können. Da aber die Länder und Gemeinden für die sozialen und kulturellen Belange zuständig sind, werden auf diesen Sektoren, die heute schon stark vernachlässigt sind, weitere Abstriche zu erwarten sein. Auch das wird jetzt nach der Wahl akut.

Die Mehreinnahmen im Rechnungsjahr 1961 betragen rd. 10 Mrd. DM. Wenn man fragt, woher diese Summen kommen, so muß man auf den hohen Anteil der Lohnsteueraufkommen verweisen. Da 85 % der Bevölkerung von Lohn, Gehalt und Rente leben, ist die Lohnsteuer zum Maß des Steueraufkommens geworden. Im April 1961 erbrachte sie 41 % mehr Einnahmen als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Rechnung ist ganz einfach. Eine 10 %ige Lohn- und Gehaltserhöhung bringt automatisch dem Staat eine 25—28 %ige Erhöhung der Lohnsteuer. Preiserhöhungen im Gefolge erhöhen weiterhin den Ertrag aus anderen Steuern.

So ist es kein Wunder, daß die heutigen Lebenshaltungskosten im Vergleich mit 1950 um fast 24 % gestiegen sind und die Einzelhandelspreise z. Z. im Schnitt um 14 % über denen des Jahres 1950 liegen. In den früheren Jahren konnte man noch für Rüstungskosten auf gehortete Steuern, den sogenannten „Juliusturm", zurückgreifen und im letzten Haushalt noch aus diesem Bestand den Rest von 1,2 Mrd. DM entnehmen. Das ist jetzt vorbei. Nun müssen die gesteigerten Ausgaben aus den laufenden Steuereinnahmen gedeckt werden. Daß man dann nicht auf die indirekten Wein-, Zucker-, Ölsteuern oder die Kaffee- und Teesteuer, die allein 830 Mill. DM einbringt, verzichten kann, ist einleuchtend, wäre aber bei Senkung der Rüstungsausgaben möglich. Desgleichen muß die hohe Besteuerung des Benzins und Dieselöls beibehalten werden. Die Kosten für eine einigermaßen angemessene Lebenshaltung in der Bundesrepublik ist nach einer Repräsentativ-Befragung des Institutes EMNID in Bielefeld von 1955 bis 1960 um 1/3 gestiegen. 1955 brauchte eine 4köpfige Familie im Monatsdurchschnitt 379,— DM für Woh-

nung, Bekleidung, Verpflegung usw. 1960 lag dieser Betrag bereits bei 506,— DM, und 1961 ist das Einkommenssoll schon auf 527,— DM geklettert.

Der Bundesbürger verfügt, nach den Feststellungen des Bundes der Steuerzahler, heute nur noch über rd. die Hälfte jeder Mark des Sozialprodukts und lebt im Land mit den höchsten Steuern und Abgaben in Europa. Der britische Volkswirtschaftler Lionel Needleman hat lt. „Economic Review" des britischen Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung errechnet, daß Griechenland, Spanien und Portugal die niedrigsten Steuern, nämlich 20 % vom Einkommen, erheben. Dänen und Belgier haben 24 % aufzubringen, US-Amerikaner 26 %, Engländer 29 % und Österreicher, Schweden, Finnen, Franzosen 30 % an den Staat abzuliefern. Die Bundesrepublik steht an der Spitze, indem sie ihren Bürgern 1/3 ihres Einkommens, also 34 %, abnimmt. Dazu kommen aber noch die Länder- und Gemeindesteuern, so daß ein Bundesbürger direkt oder indirekt rd. 40 % seiner Einkünfte in die „öffentliche Hand" zahlt.

Zurückzuführen ist das in erster Linie auf die wesentliche Erhöhung unserer Rüstungsausgaben. Die direkten Rüstungskosten belaufen sich im Etat auf rd. 13 Mrd. DM. Wie aber der SPD-Abgeordnete Schäfer im Bundestag feststellte, kommen zu diesen direkten Ausgaben noch 14 Mrd. DM indirekte Rüstungslasten hinzu, so daß 27 Mrd. DM oder 60 % des Haushaltes auf militärische Ausgaben entfallen. Wie groß die getarnten zusätzlichen Rüstungsausgaben sind, geht aus einer am 31. August 1960 veröffentlichten Erklärung des Bundes der Steuerzahler hervor. Diese Organisation hat berechnet, daß in den Jahren 1956 bis 1960 für die Rüstung 102 Mrd. DM ausgegeben sind, wobei die unmittelbaren Kosten im Etat des Verteidigungsministeriums sich auf 47,3 Mrd. DM belaufen.

Mit dieser Mammutsumme hat die Bundesregierung selbst die Ausgaben Hitlers für die Aufrüstung übertroffen, die nach Hitlers eigenen Worten bei Ausbruch des Krieges 90 Mrd. RM betrugen.

Wer diese Zahlen bezweifelt, der lese die Rede des Ministers Strauß nach, die er anläßlich seines Besuches in den USA, im Januar 1961, dort gehalten hat. Hier konnte selbst der zuständige Minister nicht darum herum, eine ähnliche Summe zu nennen, nämlich 91,656 Mrd. DM „für die Verteidigungskosten im engeren Sinne". Rechnet man die Ausgaben für Bundesgrenzschutz, Luftschutz, Stationierungskosten für ausländische Truppen in der Bundesrepublik hinzu, so kommt man leicht auf die gleiche Summe, die der Bund der Steuerzahler angegeben hat.

Damit hat jeder Haushalt rd. 5—6000 DM (der Jahresverdienst eines Arbeiters) in die Rüstung gesteckt!

Daß eine solche Politik nur auf Kosten weiter Bevölkerungskreise, nur unter Verzicht auf viele lebensnotwendige Ausgaben für Forschung, Bildung und Wissenschaft und nur durch Hintanstellung der Gesundheitspflege durchzuführen ist, dürfte jedem einleuchten. Hierfür einige Beispiele:

Für eine Bataillonskaserne im Werte von 20 Mill. DM könnte man 1000 Wohnungen bauen, also für 10 Mrd. DM, die für Rüstungsbauten eingesetzt sind, den gesamten Wohnungsbedarf in der Bundesrepublik decken;

für den Wert von 6 Düsenjägern, also 30 Mill. DM, könnte man die bisher abgelehnte Erhöhung des Altersgeldes für betagte Bauern von 60,— auf 72,— DM durchführen;

für 48 in den USA gekaufte „Pershing"-Raketen im Werte von 500 Mill. DM könnte die bisher nicht aufzubringende zusätzliche Aufbauhilfe von 500 Mill. DM für notwendige Krankenhäuser bereitgestellt werden;

für den Preis von 2 Panzern könnte man eine 8klassige Schule bauen, somit an

Stelle des gesamten Panzerprogramms, welches 4 Mrd. DM verschlingen soll, sämtliche in der Bundesrepublik noch fehlenden Schulen erstellen;

für 400 Düsenjäger „Starfighter"-F 104G, die 2,5 Mrd. DM kosten und bald wieder veraltet sein werden, könnte man mit 280 Mill. DM an Investitionsmitteln und etwa 28 Mill. DM jährlich an Unterhaltungskosten eine neue Hochschule mit 6 Fakultäten und 77 Seminaren, Instituten und Kliniken errichten und damit einen bleibenden Wert für Forschung, Ausbildung und Fortschritt schaffen;

für $^2/_3$ des Rüstungshaushaltes könnte man den „Goldenen Plan" der Olympischen Gesellschaft durchführen, der den Bau längst notwendiger Sportanlagen zur Erhaltung der Volksgesundheit vorsieht.

Unsere Verantwortung

Die Menschheit steht gegenwärtig vor der Alternative: entweder ein sich steigerndes Wettrüsten unter Verzicht auf Fortschritt und gesunde Grundlagen, bis ein neuer Weltkrieg mit modernsten Massenvernichtungsmitteln eine grausame Katastrophe über die Völker bringt, oder Vernunft und aufrichtiges Streben nach Verhandlungen, um die heutigen Spannungen ein- für allemal aus der Welt zu schaffen und zu einer totalen Abrüstung, selbstredend unter entsprechender Kontrolle, zu kommen.

Nur wenn der zweite Weg eingeschlagen wird, kann den Völkern Ruhe, Sicherheit, fortschrittliche Entwicklung und eine friedliche Zukunft von ihren Regierungen verheißen werden. Hierzu müssen aber die Völker selbst, und jeder einzelne, beitragen.

Prof. Dr. Manfred von Ardenne

Niemals ein dritter Weltkrieg!

Studie zum Profil des thermonuklearen Krieges

Gegenwärtig wird die nukleare Potenz vom Stand der Raketentechnik bestimmt

In dem am 5. August 1961 veröffentlichten Memorandum der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik findet sich der Satz: „Die Sowjetregierung möchte glauben, daß in der Bundesrepublik die klare Einsicht besteht, daß sie nicht einmal einige Stunden eines dritten Weltkrieges überleben würde, falls er entfesselt wird, und daß die höchsten Lebensinteressen der Bevölkerung Westdeutschlands die Ausschaltung einer solchen tragischen Möglichkeit erheischen."

Dieser Satz ist kaum zur Kenntnis der westdeutschen Öffentlichkeit gelangt. Er wurde in fast allen Kommentaren übergangen oder sogar bewußt verschwiegen. Sein Inhalt wird von den maßgebenden Politikern nicht ernst genommen und von der im Kalten Pressekrieg verhetzten Bevölkerung nicht geglaubt. Die Mißachtung dieser deutlichen Warnung ist eine höchst gefährliche Erscheinung, denn davon, daß dieser Satz in der Bundesrepublik heute als tiefernste Realität erkannt und beurteilt wird, könnte das Schicksal der Bevölkerung Westdeutschlands mit Millionen unschuldiger Kinder, Frauen und Männer abhängen.

Die Bundesrepublik als Zielbereich erster Ordnung

Obwohl unsere gegenwärtige Epoche mit Recht das Zeitalter von Naturwissenschaft und Technik genannt wird, besteht in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung eine tiefe Kluft zwischen Regierung und führenden Naturwissenschaftlern. Der bekannte Gegensatz zwischen der Bonner Regierung und den Atomwissenschaftlern der Göttinger Erklärung, die sich erst vor wenigen Wochen erneut zu ihrem Appell bekannten[1]), ist nur ein Beispiel hierfür. Wohl als Folge dieser geistigen Kluft blieb vor einigen Jahren die Chance der Erklärung atomarer Neutralität als Konsequenz aus den Fortschritten der Raketentechnik in Bonn ungenutzt[2]). Die tragische Folge dieser geistigen Kluft und der ihr zugeordneten jahrelangen Politik der Uninformiertheit über die Fortschritte der Technik ist aber, daß die Bundesrepublik im Falle eines dritten Weltkrieges zum thermonuklearen Zielbereich der ersten Ordnung geworden ist.

Im folgenden soll versucht werden, an Hand von neueren Meßergebnissen und Zahlenwerten das Gesicht des thermonuklearen Krieges in bezug auf die primär wichtigste Wirkung, die thermische Vernichtung, zu analysieren.

Das Gesicht des thermonuklearen Krieges hat sich grundlegend gewandelt

Bekanntlich geht von dem Feuerball, der sich am Zentrum atomarer Explosionen ausbildet, eine so intensive Wärmestrahlung aus, daß trotz der geringen Strahlungsdauer von nur wenigen Sekunden bis zu einem bestimmten relativ großen Abstand vom Explosionszentrum alle brennbare Substanz oberhalb der Erdoberfläche in Brand gesetzt sowie bei Mensch und Tier Verbrennungen dritten Grades hervorgerufen werden. Bis vor wenigen Jahren war die irrtümliche Auffassung verbreitet[3]), daß die Größe dieses Abstandes (Radius des Kreises thermischer Vernichtung) bei normalem dunstigem Wetter nur ein Bruchteil des Abstandswertes bei den sehr seltenen Wetterbedingungen mit völlig klarer Fernsicht ist. Neuerdings hat sich jedoch aus Messungen ergeben, daß auch bei dem gewöhnlich herrschenden dunstigen Wetter der Radius des Kreises thermischer Vernichtung kaum geringer ist als bei klarer Sicht, weil der Verlust an direkter Wärmestrahlung im wesentlichen wieder ausgeglichen wird durch den Anteil der indirekten, am Dunst gestreuten Wärmestrahlung[4]). Diese experimentelle Feststellung hat das Gesicht des thermonuklearen Krieges grundlegend verändert.

Heute weiß man, daß die in 45 km Höhe ausgelöste Explosion einer thermonuklearen Ladung mit 10 Megatonnen TNT Energieinhalt bei wolkenlosem Himmel auf dem Erdboden im Laufe der Strahlungsdauer von etwa 20 Sekunden eine Wärmestrahlungsdichte von 9 cal/cm² (Kalorien pro Quadratzentimeter) erzeugt. Wird nicht eine einzelne thermonukleare Ladung, sondern eine Vielzahl solcher Ladungen in gleichmäßigen Abständen von z. B. ebenfalls 45 km in der genannten Höhe gleichzeitig zur Explosion gebracht, so läßt sich leicht ausrechnen, daß dann die mittlere Wärmestrahlungsdichte auf dem Erdboden noch auf etwa das Vierfache des Wertes ansteigt, welcher unterhalb der Explosion einer einzelnen nuklearen Ladung gemessen wird. Wird also über einem größeren Gebiet eine

---

[1]) Physikalische Blätter, 17, 263, 1961.

[2]) Siehe auch M. von Ardenne, Erklärung deutscher atomarer Neutralität als Konsequenz aus der Entwicklung interkontinentaler Raketen und des ersten künstlichen Erdsatelliten, „Blätter", 2, 354, 1957.

[3]) Vgl. z. B. The Effects of Atomic Weapons. US Government Print. Off. Washington 1950. Seite 194.

[4]) Vgl. z. B. The Effects of Nuclear Weapons. US Government Print. Off. Washington 1957. Seite 335.

Vielzahl von thermonuklearen Ladungen mit 10 Megatonnen TNT Energieinhalt in gleichmäßigen Abständen von 45 km und in einer Höhe von ebenfalls 45 km gleichzeitig zur Explosion gebracht, so würde auf der Erdoberfläche für die schon genannte Explosionsdauer eine Wärmestrahlungsdichte von etwa 40 cal/cm² gegeben sein. Voraussetzung ist dabei allerdings wolkenloser Himmel [5]).

Zum Verständnis dafür, was der eben erwähnte Wert für die Wärmestrahlungsdichte auf der Erdoberfläche wirklich bedeutet, sei hinzugefügt, daß eine Energiedichte von 15 cal/cm² bei Mensch und Tier Verbrennungen dritten Grades und Erblindung hervorruft. Bei der gegebenen Explosionsdauer setzt weiter eine Energiedichte von 30 cal/cm² Kleidungsstücke aus brennbarem Material in Brand, und eine Energiedichte von 40 cal/cm² genügt in den meisten Fällen, um ungeschützte Holzteile von Gebäuden und Wälder zur Entzündung zu bringen.

Um die Vorstellung von den Konsequenzen der genannten Energiedichte zu unterstützen, sei weiter erwähnt, daß pro Sekunde eine Energiedichte von 40 cal/cm² in 2 cm Abstand von einem mit 200 Ampère betriebenen Hochstromkohlebogen (z. B. 10-kW-Lampe eines Flakscheinwerfers) gegeben ist [6]).

In den betroffenen Gebieten würden die brennbaren Gebäude der Städte und Dörfer sowie Wälder, Getreidefelder usw. Feuer fangen oder verdorren. Alle im Freien von der Strahlung getroffenen Lebewesen mit Ausnahme der unter Wasser lebenden Tiere würden umkommen. Ein großer Teil der Menschen, die durch Zufall vor der direkten Wärmestrahlung geschützt waren, würden in der nachfolgenden Feuerkatastrophe zugrunde gehen. Die wenigen überlebenden Menschen würden durch die sekundären Folgen der Katastrophe, wie Mangel an Nahrungsmitteln, an ärztlicher Versorgung usw., umkommen [7]). Der Zeitpunkt völliger Wolkenfreiheit würde durch die meteorologischen Dienste oder durch Beobachtung von künstlichen Satelliten aus bestimmt werden. Das ist das furchtbare Profil eines thermonuklearen Krieges moderner Prägung.

90 ballistische Raketen mit nuklearer Ladung könnten den Untergang aller Menschen, Städte, Dörfer und Landschaften innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik herbeiführen

Für den thermonuklearen Krieg würden im Falle der Bundesrepublik, die bekanntlich eine Bodenfläche von etwa 250 000 km² besitzt, etwa 90 nukleare Ladungen mit 10 Megatonnen TNT Energie-Äquivalent zum Einsatz kommen. Nach dieser Feststellung wollen wir zur Beantwortung der Frage schreiten, ob die Behauptung zutrifft, „daß die Bundesrepublik nicht einige Stunden eines dritten Weltkrieges überleben würde". Hierzu ist es nach den unmittelbar vorausgegangenen Ausführungen nur noch notwendig, zu prüfen, ob die technischen Voraus-

---

[5]) Für Gebiete mit bedecktem Himmel dürfte eine Explosionshöhe von nur wenigen Kilometern eingestellt werden. Dann wird die zweitstärkste Wirkung, die Vernichtung durch die Druckwellen, vorwiegend ausgenutzt. Für diese Explosionen muß auch mit starken Kernstrahlungseffekten in abseits liegenden Bereichen (Windrichtung!) durch den radioaktiven „Fallout" gerechnet werden (Bikini-Experiment).

[6]) M. von Ardenne, M. Feller, H. Weltmeyer, Über ein Lichtimpulsgerät zur Prüfung von Schutzanzügen und Baustoffen unter dem Einfluß von Wärmestrahlungsdichten, äquivalent der Wärmestrahlung bei Atom- und Wasserstoffbombenexplosionen. Die Technik, 14, 389, 1959.

[7]) In dieser Darstellung bleibt die Auswirkung des radioaktiven „Fallout" unberücksichtigt.

setzungen für die Realisierung der geschilderten Kriegsform heute schon als erfüllt angesehen werden können.

Voraussetzung: 1. Ist eine genügende Zahl nuklearer Ladungen vorhanden?

Eine nukleare Ladung besteht bekanntlich aus einer Atombombe (Uran-235 bzw. Plutonium-239), aus der die Fusionsenergie liefernden Schicht (Deuterium + Tritium oder Lithium-6 + Deuterium) und aus dem die Hauptexplosionsenergie liefernden Mantel aus natürlichem Uran. Aus Angaben über den Energieverbrauch für die Urantrennung nach der Diffusionsmethode, aus Angaben über Reaktoren zur Plutoniumerzeugung sowie aus Angaben über Produktionsziffern von natürlichem Uran und aus von dritter Seite veröffentlichten Auffassungen war schon 1956 angenommen worden, daß die Weltvorräte an Atomladungen der Zahl 50 000 nahekommen. Da auch die Großproduktionen von Deuterium, Tritium und Lithium-6 seit über einem Jahrzehnt laufen, darf mit hoher Sicherheit geschätzt werden, daß die Zahl der auf beiden Seiten vorhandenen nuklearen Ladungen schon gegenwärtig sehr groß ist gegenüber der im untersuchten Falle erforderlichen Zahl 90. Die Voraussetzung 1 muß daher als erfüllt angesehen werden.

Voraussetzung 2: Ist die Gleichzeitigkeit der Explosionen dieser Ladungen zu realisieren?

Damit die Energiedichte auf der Erdoberfläche den obengenannten hohen Wert erreicht, müssen die nuklearen Ladungen etwa gleichzeitig mit einer Genauigkeit von ± 1 sec zur Explosion gebracht werden. Diese Aufgabe ist nicht mit Bomben tragenden Flugzeugen (Entwertung der Kernbomben-Flugzeuge!), sondern nur mit den Mitteln der Raketentechnik lösbar. Nach den jüngsten Erfolgen der Raketentechnik, bei denen die Genauigkeit der Innehaltung von vorbestimmten Bahndaten und Auslösezeitpunkten besonders imponierte, besteht kein Zweifel, daß die geforderte Gleichzeitigkeit erzielt werden kann. Aus dem Gesagten geht die entscheidende Bedeutung eines hohen Standes der Raketentechnik hervor. Auch die Voraussetzung 2 muß daher als bereits gegenwärtig technisch erfüllbar angesehen werden.

Voraussetzung 3: Ist eine genügende Zahl von Trägerraketen vorhanden?

Nach den schon Jahre zurückliegenden ersten Versuchen mit künstlichen Satelliten (Sputniks) ist sicher, daß der Prototyp von hinreichend tragfähigen ballistischen Raketen schon seit mehreren Jahren bekannt ist. Die Vervielfachung dieses Typs auf Stückzahlen gegen die Zahl 90 im Laufe mehrerer Jahre ist ein Problem, welches in hoch industrialisierten Staaten mit hohen Bevölkerungszahlen sowie zentral gelenkter Planung als gelöst angenommen werden muß. Man vergleiche hierzu den Mitte August 1961 in der „Komsomolskaja Prawda" veröffentlichten Sonderbericht, nach dem von einem Werk im Laufe eines Jahres bereits 250 solcher Trägerraketen am laufenden Band produziert worden sind. Auch die Voraussetzung 3 ist daher als erfüllt anzusehen.

Voraussetzung 4: Können die Ladungen mit der erforderlichen Genauigkeit am vorbestimmten Explosionsort ausgelöst werden?

Für die angenommene Kriegsform müssen die Ladungen nicht nur gleichzeitig, sondern auch an etwa ± 2 km im Raum vorbestimmten Orten zur Explosion

gebracht werden. Bei den bekannten, am 20. 1. 1960 durchgeführten sowjetischen Versuchen mit interkontinentalen ballistischen Raketen betrug bei Schußweiten von 12 500 km die Zielabweichung weniger als ± 2 km. Den damals in der Presse veröffentlichten Ergebnissen muß auch nach den inzwischen erzielten Resultaten (Mondschuß mit Rakete, Umfliegen des Mondes mit Rakete, Weltraumschiff-Flüge) unbedingt Glauben geschenkt werden. Die Voraussetzung 4 ist daher ebenfalls als erfüllt anzusehen.

Voraussetzung 5: Ist die Vorbedingung der Wolkenlosigkeit erfüllbar?

Im Gegensatz zu den Verhältnissen bei Staaten mit großer kontinentaler Ausdehnung ist bei der relativ kleinen Fläche der Bundesrepublik eine solche Großwetterlage, die Wolkenlosigkeit gewährleistet, sehr viel häufiger gegeben. Die Erkennung eines solchen Zeitpunktes durch Beobachtung von künstlichen Satelliten aus oder durch Auswertung der Möglichkeiten des internationalen meteorologischen Dienstes bereitet keine grundsätzlichen Schwierigkeiten. Die Voraussetzung 5 ist daher ebenfalls als erfüllbar anzusehen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die technischen Voraussetzungen für die Realisierung eines nuklearen Krieges in der geschilderten Form heute schon als erfüllt oder erfüllbar anzusehen sind. Daraus ergibt sich, daß der einleitend zitierte Satz aus dem Memorandum der Sowjetregierung eine tief ernste Realität andeutet.

Der schwerste Fehler, den eine Staatsregierung begehen kann, ist es, das gegnerische Kräftepotential in spannungserfüllten Zeiten zu unterschätzen. Das lehrt die Vorgeschichte des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Hauptzweck dieser Studie ist es, dazu beizutragen, daß nicht noch ein drittes Mal, und diesmal mit der Folge einer endgültigen nationalen Katastrophe, die entscheidenden politischen Realitäten unterschätzt werden.

Wir wollen annehmen, daß die vielen ernsten Warnungen der führenden Naturwissenschaftler aus aller Welt, sowie der kürzlich von dem sowjetischen Ministerpräsidenten an die Westmächte ausgesprochene Appell an die menschliche Vernunft Erfolg haben und daß es keine Regierung geben wird, welche die Verantwortung für die Entfesselung eines atomaren, dritten Weltkrieges, für das größte Verbrechen an der Menschheit in der Geschichte unserer Welt, auf sich nimmt. Auch in diesem Falle ist die spontane Entfesselung eines dritten Weltkrieges aus Zufall, das heißt durch die Verkettung einiger unglücklicher Umstände, durchaus möglich. Wenn in elektrotechnischen Anlagen die Spannung auf immer höhere Werte gesteigert wird, so wird schließlich ein Augenblick erreicht, wo ein geringfügiger Vorgang den Hochspannungsdurchschlag (die Entladung) auslöst. Seit fast $1^1/_2$ Jahrzehnten wird mit ständig wachsendem jährlichen Aufwand an den Volkswirtschaften entzogenen Milliardenbeträgen der nukleare Spannungszustand zwischen den beiden Polen gesteigert. Über die verschiedenen Möglichkeiten zu einer von den Regierungen nicht gewollten spontanen Auslösung der nuklearen Maschinerie ist schon viel geschrieben worden, so daß hier weitere Worte in dieser Richtung unterbleiben können. Unabhängig von der Frage, wie ein dritter — nuklearer — Weltkrieg zur Auslösung käme, die Bundesrepublik würde nach dem eingangs zitierten Satz und auf Grund der besprochenen Realitäten zu den Opfern der ersten Stunde eines dritten Weltkrieges gehören. Nur die allgemeine totale Abrüstung, die den nuklearen Spannungszustand völlig beseitigen würde, könnte die ganze Menschheit von der Furcht vor den Folgen einer nuklearen Auseinandersetzung befreien.

Was kann man tun?

Vor einigen Wochen hatte der Autor ein Zusammentreffen mit einem westdeutschen Nobelpreisträger, einer der wenigen heute noch lebenden großen Forscherpersönlichkeiten, deren Lebensleistung entscheidend zu dem hohen Ansehen der deutschen Naturwissenschaft in den Jahren der Weimarer Republik beigetragen hat. Nach dem Fachgespräch, das uns zusammenführte, fiel von seiner Seite völlig unvermittelt die Äußerung: „Ich habe nun fast alle unsere Staatsmänner persönlich kennen gelernt. Ich bin bestürzt über den Mangel an Weisheit, den ich bei ihnen gefunden habe, und über ihre Arroganz. Mich erfüllt große Sorge vor der Zukunft. Was kann man tun?"

Meine Antwort lautete: „Das viel zu wenig beachtete Vermächtnis Ihres Nobelpreis-Kollegen, des französischen Physikers Frédéric Joliot-Curie, erfüllen helfen." Dieser rief kurz vor seinem Tode dazu auf, die Bevölkerung aller Staaten eingehend über die furchtbare Wirkung der Atomwaffen aufzuklären. Dem Vermächtnis dieses großen französischen Physikers zu dienen, ist ein weiterer Zweck der vorliegenden Studie.

Prof. Dr. Erich Fromm, Mexico

Das neue kommunistische Programm

Das neue kommunistische Parteiprogramm (der vollständige Text wurde in der „New York Times" vom 1. August 1961 veröffentlicht) ist ein äußerst aufschlußreiches Dokument, weil es deutlicher als irgendeine der vorhergehenden Veröffentlichungen ein Bild vom wahren Wesen des „Chrustschowismus" und seinen Plänen für die Zukunft gibt.

Das Programm ist eine seltsame Mischung von unverdautem und allzu vereinfachtem Marxismus, leninistischen Phrasen, Wohlfahrtsstaat-Idealen, kapitalistischem Materialismus, calvinistischer Arbeitsethik und viktorianischer Moral. Es ist gekennzeichnet durch einen verkümmerten Begriff des Sozialismus, durch einen reformerischen und entwicklungsgeschichtlichen Feldzugsplan zur Erreichung des Kommunismus, und, was am wichtigsten ist, dadurch, daß das Hauptgewicht auf dem Wunsch nach internationalem Frieden liegt.

Das Programm kann nur im Zusammenhang mit der kommunistischen Ideologie richtig verstanden werden, im historischen Zusammenhang eines Vergleichs mit früheren kommunistischen Programmen, sowie eines Vergleichs mit der chinesischen Position. Jeder, der das Programm ohne Kenntnis dieser verschiedenen Bezugspunkte liest, könnte z. B. Phrasen wie die vom „unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus" und vom „Endsieg des Kommunismus" für aggressive Feststellungen halten oder sogar, wie die Herausgeber der „New York Times" es ausdrücken, für eine „Kriegserklärung an die freie Welt". Was derartige Auslegungen übersehen, ist die Tatsache, daß die Theorie des Marxismus (selbst in der im kommunistischen Programm enthaltenen rohen Form) eine historische Theorie ist, die annimmt, daß Änderungen der Produktionskräfte zu Veränderungen der sozialen und politischen Formen führen und daß der Kapitalismus ebenso durch den Sozialismus abgelöst werden wird, wie auf den Feudalismus der Kapitalismus folgte. Die Prophezeiung des letztlichen Zusammenbruchs

des Kapitalismus ist eine historische Prophezeiung und keineswegs eine Erklärung, daß der Kapitalismus durch Gewaltmittel gestürzt werden soll. Worauf es ankommt, ist nicht die Vorhersage vom Endsieg des Kommunismus, sondern die Methode, durch die das neue Programm dieses Ende zu erreichen verspricht.

Der in dieser Hinsicht wichtigste Punkt ist die Tatsache, daß das Programm eine Wendung von einem revolutionären zu einem evolutionären und beinahe reformistischen Standpunkt darstellt. Natürlich kann dies nicht im Programm ausgesprochen werden, nichts desto weniger ist es eine Tatsache, die bei der Analyse der einschlägigen Formulierungen klar wird. Das Programm betont, daß der Sozialismus durch das B e i s p i e l einer vollkommeneren sozialen Ordnung und besonders der wirtschaftlichen Überlegenheit des Kommunismus gewinnen wird. Es betont, daß ein derartiger Sieg durch „friedliche Mittel" erreicht werden solle, und zwar, indem eine sichere Mehrheit im Parlament gewonnen wird. Es definiert die Diktatur des Proletariats als die „Diktatur einer überwältigenden Mehrheit"; damit geht es auf M a r x zurück und wendet sich von L e n i n s „substitutionistischer" Theorie der Avantgarde ab. Wenn das Programm auch den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus prophezeit, so macht es doch gewisse wichtige Zugeständnisse: 1. daß der „Kapitalismus möglicherweise noch zu gewissen Zeiten und in gewissen Ländern gedeihen könnte", 2. „daß die Arbeiterklasse vieler Länder, sogar noch ehe der Kapitalismus gestürzt ist, das Bürgertum zwingen kann, Maßnahmen durchzuführen, die über gewöhnliche Reformen hinausgehen und von ausschlaggebender Bedeutung sowohl für die Arbeiterklasse und den Fortschritt ihres Kampfes für den Sozialismus wie auch für den größten Teil der Nation sind", 3. „daß, selbst wenn ein Teil der Welt kapitalistisch ist, das Ziel des Weltfriedens erreicht werden kann". (Die beiden letzteren Annahmen stehen in ausgesprochenem Gegensatz zu der überlieferten kommunistischen Lehre.)

Die Haltung des Programms gegenüber den sozialdemokratischen Parteien weist in dieselbe Richtung. Obwohl diese kritisiert werden, wird der Wunsch nach Zusammenarbeit mit ihnen geäußert. Aber die Kritik richtet sich hauptsächlich gegen den „rechten Flügel des Sozialismus" — wiederum eine Unterscheidung, die im kommunistischen Denken nicht üblich war. Es ist besonders wichtig, nachzuprüfen, wie Jugoslawien, beziehungsweise China, in dem Programm behandelt werden. Jugoslawien wird natürlich einer Kritik unterworfen, aber in außergewöhnlich milder Weise. Es heißt, daß „die jugoslawischen Führer durch ihre revisionistische Politik Jugoslawien, das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung in Gegensatz zueinander brächten und so die revolutionären Errungenschaften a u f s S p i e l s e t z t e n" (von mir in Sperrdruck gesetzt, E. F.). Unmittelbar nach diesem Satz wird im Programm China durch folgende zehn Worte erwähnt: „Der Sieg der Revolution in China war von besonderer Bedeutung." In Anbetracht der Ansprüche Chinas ist dieser Ausspruch geradezu ein Schlag ins Gesicht. Bezeichnend für dieselbe Haltung China gegenüber ist es, daß an einer späteren Stelle des Programms der jugoslawische „Revisionismus" in ähnlicher Weise kritisiert wird, wie „Dogmatismus und Sektierertum", denn dieses sind die in bezug auf China gewöhnlich verwandten Ausdrücke.

Für den Betrachter in den USA ist besonders wichtig der Nachdruck, der auf die Programmpunkte Frieden und Koexistenz gelegt wird. Das Programm behauptet, daß seine Ziele in Friedensverhältnissen erreicht werden können und daß die Verhütung eines neuen Weltkrieges das „Kernproblem" der Gegenwart" ist. Es ist sehr interessant und steht im Gegensatz zu einigen chinesischen Äußerungen, daß ein Aufruf erlassen wird, „die Menschheit von einem Vernich-

tungskrieg zu bewahren", und daß der „alles zerstörende" Charakter eines Nuklearkrieges an anderen Stellen erwähnt wird, ohne daß es heißt, hauptsächlich das kapitalistische Lager würde getroffen werden. Nur einmal wird eine derartige Anspielung gemacht: nachdem es geheißen hatte, „friedliche Koexistenz oder Vernichtungskrieg — dieses ist die Alternative, vor die uns die Geschichte stellt", geht es im Programm weiter: „Sollten es die imperialistischen Angreifer trotzdem wagen, einen neuen Weltkrieg zu beginnen, wird das Volk nicht länger ein System dulden, das es in Vernichtungskriege hineinzieht. Es wird den Imperialismus hinwegfegen und ihn begraben."

„Allgemeine, vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle" wird mehrmals als sicherster Weg zu einem dauerhaften Frieden herausgestellt. Die Stellungnahme gegenüber den jungen selbständigen Staaten und der kolonialen Revolution ist auch sehr interessant. An erster Stelle erklärt das Programm, daß „die jungen selbständigen Staaten weder zum System der imperialistischen Staaten, noch zum Block der sozialistischen Staaten gehören". Auf diese Weise bestätigt das Programm den von Chrustschow vorher vertretenen Grundsatz der freundschaftlichen Anerkennung der blockfreien Staaten. Außerdem fordert das Programm nur die „Ausmerzung der Überreste des Kolonialismus, die Ausrottung der imperialistischen Herrschaft, die Entfernung ausländischer Monopole, den Aufbau einer nationalen Industrie, die Abschaffung des Feudalsystems und seiner Überreste, die Durchführung radikaler Bodenreformen im Interesse und mit der Beteiligung des gesamten Bauerntums, die Verfolgung einer unabhängigen, auf Erhaltung des Friedens gerichteten Außenpolitik, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Stärkung der politischen Unabhängigkeit. Die Lösung nationaler Probleme liegt im wohlverstandenen Interesse aller patriotischen und fortschrittlichen Kräfte der Nation". Dieses ist ein verhältnismäßig bescheidenes Programm für die Kolonialvölker, es ist tatsächlich ein Programm, mit dessen Grundzügen die Vereinigten Staaten einverstanden sein könnten. Zudem macht das Programm Zugeständnisse für die Teilnahme der „nationalen Bourgeoisie an der Politik der Kolonialvölker" und analysiert das dualistische Wesen dieser Bourgeoisie. Weiterhin wird die positive Rolle, die die neutralen Staaten spielen können, durch folgende Stelle des Programms betont: „Die Nationalstaaten werden als eine unabhängige Kraft auf der politischen Weltbühne immer wirksamer ... Den Ländern und Völkern, die jetzt frei von kolonialer Unterdrückung leben, kommt eine hervorragende Rolle bei der Verhütung eines neuen Weltkrieges — dem Kernproblem der Gegenwart — zu." Die Tatsache, daß das Programm „gerechte anti-imperialistische Befreiungskriege" von Kolonialvölkern billigt, bedeutet nichts weiter als den Ausdruck traditioneller Sympathie der Sowjets für koloniale Freiheitsbewegungen, wie die algerische, und kann unmöglich als Teil einer „neuen Kriegserklärung" ausgelegt werden.

Das Programm geht ausführlich ein auf die schließliche Abschaffung der kommunistischen Partei, das Absterben des Staates und das vollentwickelte demokratische Verfahren. Während dies in völligem Gegensatz zum totalitären Charakter des gegenwärtigen russischen Regimes steht, deutet die nachdrückliche Betonung dieser Punkte, sowie die Hervorhebung der Dezentralisation — die in Anbetracht der gegenwärtigen Situation Rußlands etwas Realeres darstellt — zumindest auf eine größere Freiheitstendenz hin, die ohne Rücksicht auf die Wünsche Chrustschows ein Zugeständnis ist, das an das russische Volk gemacht werden muß und das ebenso dringend ist wie das der gesteigerten materiellen Befriedigung.

Das neue kommunistische Programm unterscheidet sich nicht nur von den aggressiven Merkmalen älterer kommunistischer Taktiken, sondern es unterscheidet sich grundlegend vom Geist des marxistischen Sozialismus. Nichts könnte aufschlußreicher sein als die Feststellung, die das „sozialistische Prinzip" definiert als „ein Prinzip, das den Gliedern der Gesellschaft einen materiellen Anteil an den Früchten ihrer Arbeit sichert". Tatsächlich ist dieses Prinzip während vieler Jahrzehnte vom westlichen Kapitalismus akzeptiert worden und kann deshalb nicht als Prinzip des Sozialismus bezeichnet werden. Der einzige typisch sozialistische Begriff des Programms ist der einer vom Staat gelenkten und staatseigenen Wirtschaft, die wirksamer ist als der Kapitalismus und deren letztes Ziel die bessere wirtschaftliche Leistung für das Volksganze ist. In diesem Programm ist der Sozialismus nicht, wie für Marx, eine neue Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausgeht, sondern er ist im wesentlichen ein Wohlfahrtsstaat, der erfolgreicher als der Kapitalismus, aber im selben Geiste wirkt.

Was das Programm der Bevölkerung als Resultat einer weiteren erfolgreichen Entwicklung an wirtschaftlichen Zielen verheißt, geht im wesentlichen über die Errungenschaften der kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten nicht hinaus. Kostenlose ärztliche Behandlung, Schulbesuch, Bücher, höhere Bildungseinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, und sogar die Abschaffung von Mieten sind kaum mehr utopische Ziele. Einige davon sind längst in England und Skandinavien verwirklicht worden. (Obwohl diese Tatsache im Programm strikte übergangen worden ist.) Vor der Veröffentlichung des Programms drehten sich zahlreiche Gerüchte um die angebliche bevorstehende kostenlose Ausgabe von Brot; im Programm ist davon nicht die Rede. Während die wirtschaftlichen Ziele des Programms die eines vollentwickelten Wohlfahrtsstaates sind, sind die menschlichen Ziele reaktionärer als die der meisten kapitalistischen Länder. Dies wird besonders deutlich in der Beschreibung der kommunistischen moralischen Prinzipien. Die Partei vertritt die Ansicht, daß der Moralkodex der Schöpfer des Kommunismus die folgenden Grundsätze enthalten sollte:

„Hingabe an die kommunistische Sache, Liebe zum sozialistischen Vaterland und zu anderen sozialistischen Ländern;

gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Gesellschaft — wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen;

Anteilnahme jedes einzelnen an der Erhaltung und dem Wachstum des allgemeinen Wohlstandes;

ein hochentwickeltes Gefühl für dem Gemeinwesen dienende Pflichten und Unduldsamkeit gegenüber das öffentliche Interesse schädigenden Handlungen;

Kollektivismus und kameradschaftlichen gegenseitigen Beistand; einer für alle und alle für einen;

menschliche Beziehungen und gegenseitige Achtung; der Mensch ist dem Menschen ein Freund, Genosse und Bruder;

Redlichkeit und Wahrhaftigkeit, sittliche Lauterkeit, Bescheidenheit und Aufrichtigkeit im gesellschaftlichen und privaten Leben;

gegenseitige Rücksichtnahme in der Familie und ernsthaftes Befassen mit der Erziehung der Kinder;

kompromißlose Haltung gegenüber Ungerechtigkeit, Schmarotzertum, Unehrlichkeit und Strebertum (Karrierismus);

Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen allen Völkern der UdSSR; Ablehnung jedes Völker- und Rassenhasses;

kompromißlose Haltung gegenüber den Feinden des Kommunismus; Frieden und Freiheit der Völker;

brüderliche Solidarität mit den Werktätigen aller Länder und mit allen Völkern."

Dieses sittliche Programm mit seiner Herausstellung von Familie, Arbeit, Patriotismus, Pflicht hat Ähnlichkeit mit dem Programm P é t a i n s oder S a l a z a r s, aber zweifellos nicht die geringste mit der marxistischen Ideologie. Es deckt unbekümmert die kulturelle Wirklichkeit hinter den revolutionären Phrasen Sowjetrußlands auf, die sich aus calvinistischer Arbeitsmoral, der Muffigkeit viktorianischen Kleinbürgertums und moralischen Prinzipien der Diktatur zusammensetzt. Man kann sich gut vorstellen, daß irgendein sehr konservativ oder sehr reaktionär eingestellter Besucher der Sowjetunion, der Russisch kann, sich mit Ausnahme der Begriffe „Gott" und „Kommunismus" in dieser kulturellen Umgebung sehr zu Hause fühlen würde.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Programm ein klares Bild der derzeitigen Verhältnisse in der Sowjetunion und der Absichten ihrer Führer vermittelt. Die Sowjetunion ist erfolgreich in der Organisation einer zentral gelenkten Staatswirtschaft und in der Steigerung der materiellen Zufriedenheit ihrer Bewohner. Sie braucht Frieden und möchte Frieden haben und erwartet, daß sich die sozialistische Ideologie schließlich durchsetzen wird ohne gewaltsame Revolutionen oder einen internationalen Krieg. Sie verkörpert jedoch kein revolutionäres, sondern im Gegenteil ein konservatives System, das Tendenzen der zunehmenden Liberalisierung in dem Maße erkennen läßt, in dem die Möglichkeiten für einen höheren Lebensstandard wachsen.

Das Programm ist eine Herausforderung an den Kapitalismus, sich erfolgreich mit der Leistung des Kommunismus zu messen, und es ist das genaue Gegenteil einer Kriegserklärung.

Aus dem Englischen übersetzt von Ursula Rautenstrauch

W e r n e r L o d y

„Lieber tot als rot"?

Eine Laienpredigt an die Herren Professionellen

I.

Die Alternative „Lieber tot als rot" ist — kraß ausgedrückt — die Stellungnahme gewisser kirchlicher Kreise zur Frage der Atomrüstung. Man ist danach unter Umständen damit einverstanden, daß die Menschheit lieber gemeinsam Selbstmord begehen als einen etwaigen Sieg des Bolschewismus hinnehmen solle. Man will lieber eine tote, unbewohnbare, als eine kommunistische Erde; bzw. lieber eine, auf der degenerierte Kretins sich wieder mit Steinbeilen totschlagen, als eine, auf der Marxisten ungehemmt mit Humanismus und Christentum zu einem geistigen Ringkampf antreten würden. Lieber als eine Koexistenz mit dem Bolschewismus will man eine Welt nach der Atomkatastrophe, auf der günstigstenfalls auf Asiens Hochplateaus einige Mongolenhorden gesund überlebt hätten, die natürlich alles andere täten, als die christlich-abendländische Kultur wieder aufzubauen.

Man begründet diesen Entschluß mit seiner angeblich christlichen Haltung und Verpflichtung. Man behauptet zu wissen, damit im Sinne Gottes zu handeln, ob-

wohl man sonst allzugern dahin argumentiert, Gottes Wille sei unerforschlich und er lasse oft Dinge zu und sende Prüfungen, die nicht zu kritisieren, sondern in Demut hinzunehmen seien.

Nun aber maßt man sich plötzlich an, Gottes Willen zu kennen, ja unter Umständen verpflichtet zu sein, Gott vorzugreifen.

Liegt in dieser Haltung nicht — aus christlicher Sicht gesehen — eine ungeheuere Blasphemie, ein sündiger Mangel an Gottvertrauen? Und liegt in ihr nicht auch eine unglaubliche Unkenntnis der Geschichte des Christentums? Wäre die gefürchtete Situation, gesetzt, sie träte ein, etwas so Erstmaliges, so beispiellos Fürchterliches und das Christentum für ewig Vernichtendes? Hat das Christentum nicht im Laufe seiner Geschichte viele ähnliche, ja schwerere Gefahren überwunden? Gefahren und Prüfungen, die auch den überchristlich eingestellten Geschichtsbetrachter anerkennen lassen müssen, daß dem Christentum eine ungeheuere Vitalität innewohnt, daß es Bedürfnisse der menschlichen Seele anspricht, die sich immer wieder durchgesetzt haben und durchsetzen werden? Ist es nicht aus allen Gefährdungen — oft wider alle vernunftgemäße Erwartung — stets als Sieger und stets mächtiger hervorgegangen? Kurz, muß gerade aus christlicher Sicht die Geschichte dieser Religion nicht als sichtbares Walten Gottes zu ihrem Schutze interpretiert werden? Kennen diese atomfreudigen Christen die Geschichte ihrer Religion nicht?

Hier sei sie ihnen in ganz groben Umrissen vorgeführt:

II.

In das weltumspannende römische Imperium, in dem die Staatsreligion ein integrierender Bestandteil des Staatsbewußtseins und der Staatsbejahung war, so daß Negierung der Staatsreligion gleichbedeutend mit Staatsfeindlichkeit war, in diesen durchorganisierten Staatsorganismus drangen eines Tages, aus seiner verachtetsten Provinz kommend, schlichte Wanderprediger ein. Aber während andre Wanderprediger, vielfach griechische Popularphilosophen, klugerweise die Staatsreligion respektierten, wagten diese Galiläer es, die Adoration der Kaiserstandbilder, eine dem Römer ganz konventionelle politische Geste, abzulehnen. Sie wurden daher als „Gottlose" und Staatsfeinde angesehen und verfolgt. Mit Ausweisung, Deportation, ja mit dem Tod. Zunächst waren es nur gelegentliche, örtliche Unterdrückungsmaßnahmen. Aber die anfangs belächelte und verachtete Bewegung wuchs und wuchs. Bald sprengte sie ihre religiösen und rassischen Schranken, trennte sich vom Judentum und nahm Menschen aller Rassen, Klassen und Nationen auf. Sie fand mit ihrer Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott zunächst natürlich Anhang unter den Sklaven und anderen Parias. Als aber auch römische Staatsbürger, ja Aristokraten der Staatsreligion abspenstig gemacht wurden, horchte der Staat auf, und die Maßnahmen zur Bekämpfung der „Gottlosigkeit" erhielten System. Man war ja groß im Organisieren, und die Methoden, zu denen man griff, stellten alle modernen, auch die heutigen russischen, in den Schatten. Die Gemeindevorsteher wurden verhaftet und in die sardinischen Bergwerke deportiert, die heiligen Schriften und Geräte mußten — gegen Quittungserteilung! — abgeliefert werden, die Versammlungshäuser und Gemeindevermögen wurden beschlagnahmt, die frommen Wallfahrtsstätten wurden zerstört. Die Gläubigen mußten sich einer Gewissenserforschung unterwerfen und zum Beweise dessen, daß sie wieder ordnungsliebende Staatsbürger werden wollten, vor dem Kaiserstandbild das obligate Weihrauchkügelchen in die Opferpfanne werfen. Auch darüber wurden ihnen Bescheinigungen, „Libelli", ausgestellt. Sie sind noch in zahlreichen Stücken erhalten, obwohl man sich später Mühe genug gegeben hat, ihrer wieder habhaft zu werden, um sie zu vernichten. Die Zahl der Abtrünnigen muß also ganz erheblich gewesen sein.

Ganze Gemeinden lösten sich auf. Aber man konnte durch besonders milde Behandlung der Abgefallenen die Gemeinden dennoch neu organisieren, und allen Verfolgungen zum Trotz wuchs das Christentum weiter und weiter. Richtete sich organisatorisch und ideologisch immer besser aus und stieß Sekten ab, die noch orgiastische heidnische Riten mit christlichen vermengten. Bald gab es Christen in hohen Staatsämtern, ja am Kaiserhofe.

Im Jahre 313 schlug die erste große Stunde der neuen Religion. Nachdem schon im Jahre 311 der Westkaiser Galerius die letzte, konsequenteste, sich über das gesamte Imperium erstreckende Verfolgung des Christentums, die des Diokletian, abgebrochen hatte, schlossen seine Mitkaiser Licinius und Konstantin sich dem an, und mit dem Mailänder Toleranzedikt erhielt das Christentum den Charakter einer erlaubten Religion (bis auf das Gebiet des Ostkaisers Maximin Daia, der die Verfolgungen fortsetzte). Dann begann der große Machtkampf der Tetrarchen, der vier Großen: Galerius, Licinius, Konstantin und Maximin Daia, um die Alleinherrschaft, aus dem im Jahre 324 Konstantin als Sieger hervorging. Er hatte sich aber dabei so sehr auf bereits christliche Truppenteile stützen müssen, daß er, am Ziele angekommen, nicht mehr ohne die christlichen Bevölkerungsteile, geschweige denn gegen sie regieren konnte. Insbesondere, da im Endkampf gegen Maximin Daia, der vor der Entscheidungsschlacht die alten Götter anrief, während Konstantin seinen christlichen Einheiten das „Christusmonogramm" als Feldzeichen gab, der Kampf — äußerlich gesehen — den Charakter eines Glaubenskampfes angenommen hatte. An sich war Konstantin das Christentum gleichgültig. Aber er erkannte, wie schon vor ihm Aurelian, daß das Konglomerat aller Rassen, Völker und Religionen, aus denen sich das Imperium zusammensetzte, eines alle einigenden kulturellen Bandes, einer Staatsreligion bedurfte. Die antiken Religionen waren in der Auflösung begriffen und hatten überhaupt stets wenig Neigung gezeigt, sich straff zu organisieren. Nur die Kaiseradoration war ihnen gemeinsam. Aureliean (270—275) hatte versucht, durch synkretistische Parallelsetzung der berühmtesten antiken Götter wie Apollo, Asklepios, Sol invictus und des aus dem Orient gekommenen, von den Legionen aber schon durch das ganze Imperium verbreiteten Mithras, eine neue Staatsreligion zu kreieren. Konstantin hatte zunächst diese Arbeit fortgesetzt und sich selbst mit dem Sol invictus, dem Unbesiegten Sonnengott, identifiziert. Der Konstantinsbogen zu Rom ist ein einziges Denkmal der Verehrung dieses Gottes. Doch dann hatte er erkannt, daß es an der Zeit sei, auch das christliche Element anzuerkennen. Zumal da seine Riten und Vorstellungen sich weitgehend mit dem Mithraskult deckten. So erhob er also nach seinem Sieg über Maximin Daia das Christentum von einer erlaubten zu einer Staatsreligion. Neben den anderen! Er selbst blieb aber immer Pontifex maximus, blieb ferner Haruspex, Eingeweidewahrsager, und ließ noch im Jahre 327 neben zahlreichen christlichen Kirchen (insbesondere über schon populären Wallfahrtsorten wie Geburtskirche zu Bethlehem, Grabeskirche zu Jerusalem, Petrusgrab zu Rom usw.) zu Hispellum einen Tempel der „Gens Flavia", der kultischen Verehrung seines Geschlechts erbauen. Sich selbst ließ er zu Konstantinopel in einer Riesenstatue des Sonnengottes mit seinen Zügen verehren, vor der auch Opfer dargebracht wurden.

Dennoch trat der Mithraskult, lange der gefährlichste Rivale des Christentums, von nun an mehr und mehr zurück, und der Siegeszug des Christentums ging weiter durch das ganze Imperium. Gen Osten bald bis nach Indien, dank des Umstandes, daß ein halbes Jahrtausend zuvor der große Alexander griechische Kultur und Sprache bis an den Indus vorgetragen hatte. Gen Westen dank der

römischen Zivilisation mit ihrer fast modernen Reisesicherheit ohne Visum und Eiserne Vorhänge.

War nun der Sieg des Christentums gesichert, nachdem der heidnische Kaiser, durch die politische Situation gezwungen, es zur Staatsreligion erhoben hatte und in zunehmendem Maße weiter förderte? Nein, nun brach ein sich über Jahrhunderte erstreckender Dogmenstreit zwischen den Kirchenlehrern Athanasius und Arius aus. Konstantin war verzweifelt. In einem Brief an den Bischof von Alexandrien klagt er: „Ich hatte mir zum Ziel gesetzt, die unter allen Völkern verbreiteten Vorstellungen vom göttlichen Wesen unter einer einheitlichen Form zu bringen ... was eine wesentliche Förderung der reibungslosen Abwicklung der Staatsgeschäfte bedeuten würde ..." Rigoros beruft er das Konzil zu Nikäa und dekretiert — als heidnischer Pontifex maximus —, daß Athanasius recht habe. Er selbst aber bezeichnet den „Streit ums Jota", den Streit darum, ob Christus homoousios, gottgleich, oder homoiousios, gottähnlich, sei, als ein „müßiges Problem, dessen Erörterung höchstens gut ist, seinen Witz daran zu üben ..." „Gebt mir die Ruhe meiner Tage und den friedlichen Schlummer meiner Nächte zurück!" seufzt er, — sah also in dieser sich anbahnenden Kirchenspaltung eine schwere politische Gefahr.

Zerfiel aber das Christentum durch diesen blutigen, sich über Jahrhunderte hinziehenden internen Streit? Nein, auch ihn überwindet es ohne Einbuße an äußerer, politischer Macht, ja es wächst trotzdem weiter und weiter. Die Konstantinssöhne konnten — und mochten — die Gleichberechtigung der antiken Religion mit der neuen nicht mehr aufrechterhalten. Rücksichtlos fängt die junge Religion an, die alten zu unterdrücken. Tempel und Tempelvermögen werden annektiert, die alten Gottesdienste gestört, die Machtergreifung in den Staatsämtern weiter und weiter durchgesetzt.

Bis Julian der „Abtrünnige" dieser Entwicklung entgegentrat, die Rechte der alten Religion wiederherstellte, nunmehr Toleranzedikte mit umgekehrtem Vorzeichen, also zum Schutze der alten Religion, erließ, rechtswidrig enteignete Tempel und Tempelvermögen den Eigentümern zurückgab und systematisch die Christen wieder aus den Staatsämtern zu verdrängen suchte.

War der Siegeslauf des Christentums zu Ende? Modern gedacht, der Augenblick zum Druck auf das Atomknöpfchen gekommen? Zweifellos war die Gefahr riesengroß. Da fiel Julian nach nur zweijähriger Regierung in einer Schlacht, was von den Christen als sichtbare Strafe Gottes gedeutet wurde. Sein Versuch blieb Episode und hatte nun die völlige Machergreifung des Christentums zur Folge. Unter Theodosius wurde es alleinige Staatsreligion. Die von Konstantin eingeleitete Verschmelzung von Staat und Christentum war vollendet. Der Altarraum von San Vitale in Ravenna ist mit Mosaikbildern des Kaisers Justinian und der Kaiserin Theodora geschmückt. Das Herrscherbild ist in den Kirchenraum eingezogen und symbolisiert die Synthese zwischen Kaiser und Kirche, zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt. Der Bischof war gleichzeitig Prätor, also Reichsbeamter. Und folgerichtig begann (um 400) das Christentum mit der Unterdrückung aller anderen Religionen. Unter Anwendung aller Maßnahmen, unter denen es einst selbst geseufzt hatte. Und die alten Religionen siechten dahin, ihre Tempel und Bildwerke wurden zerstört, die Philosophenschulen geschlossen. Nun mußte das Christentum nicht nur auf dem Gipfel der Macht, sondern auch gegen jegliche Gefährdung gefeit sein.

Doch das Gegenteil war der Fall. Die schwersten Gefährdungen traten jetzt an die triumphierende Kirche heran. Zu Anfang des siebten Jahrhunderts werden im Osten die Perser, die Erbfeinde der Römer, die, da sie nie zum Imperium gehört hatten, noch heidnisch waren, aggressiv. Sie erobern das ganze Heilige

Land und führen im Triumph das Heilige Kreuz aus Jerusalem hinweg. Eine die ganze Christenheit erschütternde, geradezu symbolische Niederlage. Ein Grund zur Atomkriegspanik? Keineswegs. Vierzehn Jahre später besiegt Kaiser Heraklios die Perser und holt das Kreuz im Triumph zurück. Noch heute ist der Tag, der 14. September, der Tag der „Kreuzerhöhung", im Osten einer der zwölf höchsten kirchlichen Feiertage.

Nun aber mußte das Christentum doch gegen alle inneren und äußeren Feinde gesichert dastehen? Nein, da entsteht noch zur Regierungszeit des Heraklios in Arabien eine neue Religion. Ebenfalls monotheistisch und ebenso kämpferisch und expansiv wie das Christentum. In atemberaubendem Tempo überflutet sie Arabien, Persien, Syrien, Palästina und Ägypten. Schon 635 wird Jerusalem moslemitisch, Damaskus Kalifenstadt. Und nach der Legende ist der moslemitische Feldherr so siegessicher und arrogant, daß er Heraklios das Angebot macht, zum Islam überzutreten, um so seinen Thron zu retten.

Jetzt schien es aus zu sein mit dem Christentum. Schon mußte der oströmische Kaiser Konstans II. (629—668) seine Residenz aus dem vom Islam umbrandeten Konstantinopel nach Sizilien verlegen. Die Araber aber überschwemmen ganz Nordafrika. Im Jahre 711 setzen sie nach Gibraltar, also nach Europa, über, errichten in Spanien für Jahrhunderte moslemitische Reiche und dringen über die Pyrenäen nach Frankreich vor. Riesengroß wächst die Gefahr, daß sie das ganze Abendland erobern, dem Christentum den Garaus machen. Da stellt sich im Jahre 732, schon mitten in Frankreich, bei Tours und Poitiers, der fränkische Hausmeier Karl Martel den Arabern zu einer verzweifelten Abwehr entgegen. Die Schlacht, eine echte Entscheidungsschlacht zwischen Mohammed und Christus, tobte schon neun Tage, für die damalige Zeit etwas ganz Unfaßbares. Schon schien alles verloren und das Schicksal des Abendlandes besiegelt, künftig zu beten, daß Allah groß und Mohammed sein Prophet sei. Verteidigungsminister Strauß hätte zweifellos längst aufs Atomknöpfchen gedrückt. Da wendet sich, der Sage nach durch ein sichtbares Wunder, am zehnten Tage der Sieg den Christen zu.

Aber es ist nur eine Atempause. Wenn das Christentum auch in den nächsten Jahrhunderten die Araber Schritt für Schritt wieder aus Spanien verdrängen konnte, so verlegte der Islam dafür nun das Schwergewicht seines ungebrochenen Angriffswillens auf Abendland und Christentum wieder auf den rechten Flügel der gigantischen Front: auf den Orient. Und auf das Zentrum im Mittelmeer.

Sizilien nebst Süditalien fallen ihm zu. Immer weiter dringen die Sarazenen die italienische Küste hinauf. Im August 864 landen sie an der Tibermündung und zerstören die Gräber beider Apostelfürsten. Sie setzen sich in der Romagna fest. Noch heute zeigen es Ortsnamen wie Saracinesco bei Tivoli und Ciciliano, das noch zur Zeit Johannes' X. (914—28) ein befestigter sarazenischer Ort war. Aber auch diese Gefahr wird ohne Einsatz von Atombomben gebannt. Weiter auf dem rechten Flügel erobern die Moslemiten zwar noch Kreta, Zypern und die griechischen Inseln, aber Konstantinopel, der Eckpfeiler des Christentums auf dem rechten Flügel, hält immer noch stand.

Dann kommen die Kreuzzüge, die Gegenoffensive des Christentums gegen den Islam. Ihr Erfolg ist gleich Null. Der Islam wird nicht aus dem Heiligen Land vertrieben. Der erste Kreuzzug beginnt mit einem wüsten Judenprogrom in Deutschland und endet mit egoistischen Staatengründungen und Bruderkriegen im Orient, wobei oft Christen und Moslemiten auf der gleichen Seite fechten. Der zweite scheitert völlig. Der dritte desgleichen, weil Barbarossa auf ihm stirbt und die Könige von Frankreich und England sich entzweiten.

Der vierte rechtfertigt das böse Nietzschewort von der „höheren Seeräuberei".

Die Kreuzritter lassen sich von den Venetianern gegen das christliche Konstantinopel hetzen und zerstören diesen Eckpfeiler des Christentums gegen den Islam von Grund auf. Erst vierzig Jahre später wird die Stadt von den Byzantinern zurückerobert und wieder aufgebaut. Den fünften Kreuzzug unternahm widerwillig der große Hohenstaufe Friedrich II. Er führte nur zu einer vertragsmäßigen Freigabe der heiligen Orte für christliche Pilger, und auch dieser Erfolg ging nach wenigen Jahren wieder verloren. Vom sechsten und siebten Kreuzzug ist gar nicht zu reden, so kläglich scheiterten sie.

Und dennoch läßt jahrhundertelang der Druck des Islam auf das Christentum nach. Kann es aufatmen? Ist die Gefahr der Bedrohung durch den Islam überwunden? Da entsteht diesem in Mohamet ein neuer, religiös-fanatischer Feldherr. Der bricht endlich den schon so lange vom Islam umbrandeten Eckpfeiler Konstantinopel. Nach einer erbittert geführten Belagerung dringt er 1453 in die Stadt ein. Und noch während in den Straßen eine grauenvolle Plünderung und Zerstörung im Gange ist, zieht er triumphierend in die Hagia Sophia, die schönste und größte Kirche des Christentums, ein und beginnt, sie zu einer Moschee umzugestalten. Die Zeichen des früheren Glaubens werden entfernt, weggerissen die Altäre, übertüncht die frommen Mosaiken. Dumpfpolternd stürzt das hochragende Kreuz der Kirche zu Boden. Aus ist's mit dem Christentum, der Weg ins Abendland frei! Was würden die Fürsprecher der atomaren Selbstvernichtung der Menschheit in dieser Stunde angerichtet haben?!

Denn nun geht's lawinenartig weiter. Im 16. Jahrhundert erobern die Türken Belgrad, vertreiben die Johanniter von Rhodos und Malta, siegen bei Mohatsch über die Ungarn und stehen 1529 zum erstenmal vor den Toren Wiens. Wird demnächst von seinen Türmen der Ruf erschallen, daß es keinen Gott gebe außer Allah und daß Mohammed sein Prophet sei? Längst hätten die heutigen Atomstrategen den Einsatz von Kernwaffen gefordert; aber es ging auch ohne. Der Vormarsch des Islam kam längere Zeit zum Stehen. Bei Lepanto erleiden die Türken im Jahre 1571 eine schwere Niederlage zur See; aber das uneinige Abendland nutzt sie nicht aus. Der türkische Vormarsch formiert sich mit Fanatismus und Zähigkeit aufs neue. Venedig verliert mit Kreta seinen letzten Besitz im Mittelmeer, und im Jahre 1683 stehen die Türken erneut vor Wien. In weit größerer Stärke als im Jahre 1529. Nun wird der Halbmond endgültig über das Kreuz triumphieren! Da rafft sich das Abendland zu einer letzten, gemeinsamen Anstrengung auf. Der Polenkönig Jan III. Sobieski, ohne den heute wirklich von den Minaretts in München der Muezzin die Gläubigen zum Gebet rufen würde, entsetzt in letzter Stunde Wien. Und im Jahre darauf schlägt Prinz Eugen die Türken entscheidend. Ohne Atombomben. Damit war die Gefahr, die tausend Jahre lang über dem Christentum geschwebt hatte, ein für allemal gebannt. Zwischen Mohammed und Christus war, von beiden Seiten stillschweigend anerkannt, der Zustand friedlicher Koexistenz eingetreten. Doch heute noch werten Geschichtsbücher aus islamitischer Sicht die beiden entscheidenden Niederlagen des Islam, die bei Tours und Poitiers im Jahre 832 und die bei Senta im Jahre 1697, als die beiden größten Sinnlosigkeiten der Weltgeschichte, die die endgültige Unterwerfung des Abendlandes unter den Islam verhindert hätten. Man hat sich aber damit abgefunden. Auch damit, daß der Islam nach und nach ganz aus Europa herausgedrängt werden wird. Fromme Moslims in Konstantinopel lassen sich schon heute in Skutari, auf der asiatischen Seite des Bosporus, beerdigen, in der Erkenntnis, daß auch die Hagia Sophia nicht ewig eine Moschee bleiben wird.

Kurz zuvor war es übrigens auch innerhalb der Christenheit zu einer Koexistenz gekommen, der zwischen Katholiken und Protestanten. Lange hatte man sich blutig und erbittert bekämpft und diffamiert und die Devise aufgestellt: Lieber tür-

kisch als protestantisch! Es ist aber nicht überliefert, daß irgend jemand diese Ankündigung realisiert hat; und heute, im Zeitalter der Wiedervereinigungsbestrebungen beider Konfessionen, können wir auf jene fanatische Alternative nur mit dem bedauernden Kopfschütteln zurückblicken, mit dem spätere Generationen auf die heutige Alternative vom Atomtod zurückblicken werden. Sofern sie noch können.

Aber die Gefährdung des Christentums, und zwar schwerster, oft an seinem Grundbestand rüttelnder Art, gingen weiter. Es waren jetzt die verschiedenen Säkularisationsbestrebungen. Besonders die der großen Französischen Revolution. Das Christentum wurde in aller Form abgeschafft und durch den Kult der Göttin der Vernunft ersetzt. Die Kirchen wurden zu Tempeln und Klubhäusern umgewandelt, der Kirchenbesitz enteignet, die Priester blutig verfolgt. Der christliche Kalender mußte einer neuen Zeitrechnung weichen; die Monate wurden neu eingeteilt, die christliche Woche durch die Dekade ersetzt. Und die Bewegung drohte auf ganz Europa überzugreifen. Die „Kanonade von Valmy" war der denkbar törichteste Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Welt mußte sich mit der Großen Revolution abfinden, wie wir mit dem Kommunismus. Und es ging besser, als man anfangs glaubte. Ohne Kernwaffen. Das Christentum ging auch aus dieser Prüfung stärker hervor.

Harmloser war die deutsche Säkularisation zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Die italienische hingegen von 1860—70 machte dem weltlichen Kirchenstaat, der angeblichen „Konstantinischen Schenkung", ein Ende; aber auch das stärkte nur die geistige Macht der Kirche. Wieder uns Deutsche angehend war der B i s m a r c k ' s c h e Kirchenkampf von 1871—87, ein Angriff auf die Kirche, der an Gefährlichkeit den heutigen russischen zumindest nichts nachgab. Die damaligen Kampfmaßnahmen waren: Kanzelparagraph, Jesuitengesetz, staatliche Übernahme der gesamten Schulaufsicht. Dann die Maigesetze, die von den Geistlichen die Ablegung eines Kulturexamens forderten, die kirchlichen Seminare unter Staatsaufsicht stellten, die staatliche Kontrolle der Ernennung der Geistlichen anordneten und den staatlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten schufen. Widersetzliche Geistliche, sogar Bischöfe, wurden abgesetzt und zu Geld-, ja auch zu Gefängnisstrafen verurteilt. Zeitweise waren sämtliche Bistümer und rund ein Viertel aller Pfarreien verwaist. Und immer neue Kampfmaßnahmen folgten: Das Sperrgesetz (Brotkorbgesetz) und im Mai 1873 das Klostergesetz, das die Auflösung aller Klostergenossenschaften binnen sechs Monaten anordnete. Doch auch dieser sehr schwere Angriff auf die Kirche wurde ohne Einsatz von Atomwaffen abgeschlagen; die Jesuitengesetze erst während des Ersten Weltkriegs aufgehoben. Nicht nur an Intensität, sondern auch an Dauer ist dieser heute vergessene Kirchenkampf dem heutigen sowjetischen zumindest gleichzusetzen.

Und bald darauf erstand der Kirche in H i t l e r ein neuer Todfeind. Seltsamerweise setzte man ihm die Alternative entgegen: Lieber braun als tot! und verhalf ihm zur scheinbar legalen Machtergreifung, indem man mit fliegenden Fahnen dem Ermächtigungsgesetz zustimmte. Aber auch Hitlers tückische Anschläge gegen die Kirche, die sich erst nach seinem Siege voll offenbart hätten, kamen nicht zur Durchführung. Nach nur zwölf Jahren ging das Dritte Reich, das sich vermaß, ein Tausendjähriges zu werden, in Sadismus, Blut, Schutt und Schuld kläglich zugrunde.

III.

Man rekapituliere die vorstehend nur gestrafft und unvollständig geschilderten Ereignisse aus der fast zweitausendjährigen Geschichte des Christentums. Muß der echte Christ nicht in ihnen das sichtbare Walten Gottes erblicken? Müßte es nicht für ihn die äußerste Blasphemie bedeuten, angesichts dieser ständigen Über-

windungen aller Gefährdungen seiner Religion Gottes Allmacht, Willen und Weisheit in Zweifel zu ziehen? Was bedeuten die heutigen Gefährdungen der Kirche gegenüber den Christenverfolgungen Diokletians oder den Säkularisationsbestrebungen der großen Französischen Revolution? Darf ein Christ sich vermessen, mit dem Gedanken auch nur zu spielen, die gesamte Schöpfung seines Gottes zu vernichten, sofern seinem kurzsichtigen Verstand einmal der Fortbestand seines Glaubens bedroht erscheint? Der so beliebte Kanzelruf: „Oh Ihr Kleingläubigen!" wäre angebracht gegenüber diesen Zweiflern an ihres Gottes Allmacht und Weisheit. Sie sind in der Tat gottloser als die Bolschewisten; sie sind die größten potentiellen Verbrecher an der Menschheit. Es spricht aus ihrer Alternative „Lieber tot als rot!" die gleiche verbrecherische Mentalität wie diejenige, mit der im Jahre 1945 Hitler beschloß, nun, da seine Ideologie besiegt war, die ganze Menschheit in seinen Untergang mit hineinzureißen.

Und Gott? Wo bleibt Gott? Die Menschheit ist in Jahrhunderttausenden, wenn nicht in Jahrmillionen, aus dem Tierreich emporgestiegen. Ihr Gottesbegriff hat sich dabei geläutert vom Fetisch des Primitiven, der geprügelt wurde, wenn er versagte, über die lebenslustigen Götter der Griechen, über den eifernden Nationalgott der Juden zum allgütigen Vater der Menschheit. Die Menschheit hat ihn in ihren edelsten Vertretern erkannt auch in sich selbst. „Gott ist in mir das Feuer, und ich in ihm der Schein; sind wir einander nicht ganz inniglich gemein?" singt Angelus S i l e s i u s , der Cherubinische Wandersmann. Was wird aus diesem sublimen Gottesbegriff, mit dem sich Gott in uns selbst manifestiert, was wird aus diesem allgütigen Vater der Menschheit, wenn diese Menschheit, der ein einzelner, individueller Selbstmord schon Todsünde ist, wenn diese Menschheit Universalselbstmord begeht? Wo wäre Gott auf einer tot und sinnlos durch das All rotierenden Erde? „Ich weiß, daß ohne mich Gott nicht ein Nu kann leben. Werd ich zu nicht, er muß vor Not den Geist aufgeben", singt wieder der Cherubinische.

Ist Menschheitsmord nicht auch Gottesmord?!

Heinz Abosch

Hans Zehrer oder die ewige Wiederkehr

Das beschämende Schauspiel des diesjährigen Wahlkampfes, in dem die Parteien in einer Art von Schattenboxen wie im chinesischen Theater der Öffentlichkeit Scheingefechte lieferten; vermeintliche Fragen aufwarfen, um den echten aus dem Weg zu gehen; sich vor nichts mehr fürchteten als vor der Vernunft und stattdessen fieberhaft den Schaum der Gefühle schlugen; — dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne die brave Sekundantenrolle der Presse. In ihrer großen Mehrheit hütete sie sich, die Parteienstrategie zu durchkreuzen, und fleißig streute sie den Schlafsand in ihre Augen ihrer Leser, auf daß sie ja keinen Begriff von der wirklichen Lage gewännen. Mehr denn je handelte es sich darum, in nationaler Einheit gegen den ruchlosen C h r u s t s c h o w strammzustehen und die wackeren Herzen für Berlin zu rühren. Hingebungsvoll wurde auf der Klaviatur moderner Massensuggestion gespielt, wobei als gegeben vorausgesetzt galt, was zu beweisen war: daß der politische Kurs stimme. Die Mehrzahl der Presse (auch die

repräsentativsten Organe) war darin mit den großen Parteien einer Meinung: die Richtung stimmte, man mußte nur festen Tritt fassen.

In dieser geistigen Mobilmachung, die unschwer an ähnliche Exempel von 1914 und 1939 erinnerte, kommt Hans Zehrer, seines Zeichens Chefredakteur der „Welt" und „Hans im Bild", ein besonderer Platz zu; — wenn man will, ein Ehrenplatz in der Kohorte der Kriegsvorbereiter. Er stand in vorderster Linie, seine Sprache wurde zusehends martialischer. Mehr als ein Mann der Feder schien er sich als Trommler zu dünken, der den Leitartikel mit dem Drill für kraftvollen „Einsatz" verwechselte. Allein die Überschriften der letzten Wochen zeigen, welche heroische Aufgaben Zehrer sich stellte. Da hieß es: „Ohne Opfer geht es nicht", „Auge in Auge" und „Haben wir noch Zeit?". Bei der Hochpeitschung der Berlin-Gefühle war er nicht Mitläufer wie so viele andere, von denen man Besseres gewohnt war, er gab ein Beispiel, bestimmte den Ton und trieb ihn auf hysterisch-schrille Höhen. Zehrer, „Die Welt" und das Millionenblatt „Bild" spielten seit dem Frühjahr die „Flüchtlingsflut" systematisch in den Vordergrund. Das so ergiebige Thema, wobei Tränen dazu dienen, politische Geschäfte und Geschäfte schlechthin zu besorgen, diente dazu, das Berlin-Problem emotional zu laden, politische Lösungen zu verhindern, eine dramatische Kraftprobe herbeizuführen. Auf diese Weise wurde die Zahl der Flüchtlinge gesteigert, was wiederum den seherisch beschworenen „Ernst der Lage" bewies und die bedenkenlos angewandten Mittel heiligte ...

Spiel mit dem Untergang

Warum müssen wir Opfer bringen, „Auge in Auge" sehen, weshalb drängt die Zeit? Zehrers Barometer steht auf Sturm, wollüstig malt er Untergangsstimmung aus, weil „der Mann aus dem Osten bereits seinen schweren Stiefel" auf Berlins Pflaster setzt: „Er hat die von ihm selbst provozierte Krise auf jene Ebene hinaufgespielt, auf der die konventionellen Mittel der Politik versagen und auf der die Raison der großen Bomben in Kraft tritt. Er steht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, Auge in Auge gegenüber." („Die Welt", 26. 8. 61). Dieses Zitat ist in mehrfacher Hinsicht für Zehrers Geistesverfassung kennzeichnend: Die Berlin-Krise hat jene Phase erreicht, wo die Mittel der Politik bereits ausgeschaltet sind und nur mehr „die Raison der großen Bomben in Kraft tritt". Somit trennt uns kaum noch eine Schwelle vom Krieg atomarer Vernichtung, es sei denn, ein Wunder oder ein Zufall träten auf. Nach Zehrer entbehren die Menschen jedes Mittel zur Einflußnahme auf die Ereignisse außer verstärkter Rüstung und geistiger „Bereitschaft". Das Wort hat nicht die Ratio, sondern irrationale Gewalten herrschen, die von Zehrer mystisch-geheimnisvoll verklärt werden. Des weiteren sieht er mit Vorliebe in den internationalen Auseinandersetzungen das Gegenüber von Personen, „Führern", die sich „Auge in Auge" wie im Ring zum Zweikampf stellen. Die mystischen „Urkräfte" der Geschichte erheben sich aus dem Dunkel in Form machtvoller Gestalten. So tritt das „Gute" dem „Bösen" entgegen. Dem lichten Kennedy folgt der unheilvolle Crustschow: Siegfried und Hagen. Die hochtönenden, nach esoterischem Weihrauch duftenden Phrasen, die auf Du und Du mit dem Weltall schließen lassen, bringen es nicht weiter als zum simplen Bild, mit dem Groschenhefte Kinderherzen erregen. Auf diese Geisteshaltung ist die Flucht vor Fakten, vor rationaler Analyse zurückzuführen und die Vorliebe für Kitsch-Romanen entnommene Klischees. Sich vor klaren Denkoperationen grauend, schwelgt Zehrer in Bildern. Da hat „der Mann im Kreml" die „Faust des gelben Rivalen im Nacken", während er im „gelben Fahrwasser" steuert; da sitzt wiederum „der Mann im Weißen Haus ... vor einem Telefon, mit dem er über das Schicksal der Welt entscheiden kann"; da

wird „die Humanität heute vor aller Welt mit Füßen getreten" und „das makabre Spiel mit dem Feuer" gespielt; zum „letzten Gefecht des letzten Ismus um die Weltherrschaft" wird geblasen und gespenstisch wird prophezeit, „daß es auch hier, wenn nicht so laut, so doch gefährlicher knallen kann"; „dem Ansturm aus dem Osten" soll standgehalten und eine „Durststrecke" muß durchstanden werden. Das sind Formeln, schlecht, kitschig, phrasenhaft und bis zum Überdruß in serienmäßig hergestellten „Unterhaltungsromanen" verschlissen, die geradezu nach der „Bild-Zeitung" verlangen. So ist denn die Metamorphose des „Welt"-Redakteurs zum „Bild"-Leitartikler durchaus keine wirkliche Verwandlung, geschweige denn ein Absturz: sie ist ein Kampf mit gleichen Mitteln für gleiche Ziele. Was den bürgerlichen „Welt"-Lesern recht ist, soll dem „Bild"-Volk billig sein. Dabei kann nur Gutgläubige überraschen, wenn das Sprachrohr sogenannter „geistiger" und „gebildeter" Menschen wie natürlich und ohne jede Umstellung den Anschluß an das Blatt gefunden hat, das wohl weit und breit als das obstoßendste Produkt des modernen Journalismus gelten kann. Zehrers Geist in der „Welt" steht nicht über dem des „Bild"; er befindet sich auf gleichem Niveau, nur ist er zusätzlich mit einigen Schnörkeln versehen, die auf Tiefsinn schließen lassen sollen. Bemerkenswert ist bestenfalls die Anpassungsfähigkeit, mit der dieser alte Verfechter des „Elite"-Gedankens und traditionelle Verächter der „Massen" sich zum Volksherold gemausert hat.

Angst vor der Analyse

Man wird bei Zehrer keine Suche nach Gründen finden, kein Entdecken der Wahrheit oder Abwägen von Argumenten. Er operiert mit Glaubenssätzen und Dekreten, an denen es nichts zu rütteln gibt. Der Kriegswille der kommunistischen Länder ist bei ihm eine unumstößliche These, die nachzuweisen er sich allerdings hütet; er setzt ihn einfach, als allgemein angenommen, voraus. Wie ein Prophet äußert er sich in Form von Orakeln: „Der Kreml entwickelt eine fieberhafte Eile, als stünde er unter Zeitdruck" und dränge „auf eine Entscheidung heute und hier", heißt es am 9. 9. Weiter dekretiert er allwissend: „Denn die Sowjetunion wird den Wettlauf mit einer hochindustrialisierten Welt . . . niemals gewinnen können." Im gleichen Artikel wird aufgerufen, „daß man sich entscheiden und daß man kämpfen muß." Am 5. 8. wurde gewahrsagt, daß Moskau nichts weiter übrig bleibe als „der Sprung oder die Flucht nach vorn". Eine Woche später hieß es gleichfalls, mit Hinweis auf Chrustschow: „Die Zeit ist reif, sagt der Mann. Und er meint damit den endgültigen Sieg des Kommunismus in der Welt." Er soll „der gesamten Welt aufgezwungen werden, und wenn sie es nicht willig übernehmen sollte, dann durch die Gewalt der sowjetischen Militärmacht." Warum Chrustschow an Angriffskrieg denkt, während er den Sieg des Kommunismus von der Koexistenz abhängig macht, das beweist freilich Zehrer nicht. Da gibt er allgemeine Gründe an, die von der Geschichte mehr als einmal widerlegt wurden: „Daß noch jede Revolution zur Macht griff und ihre Soldaten marschieren ließ." Fast jede Revolution hat einen erstaunlich defensiven Charakter gezeigt, insbesondere auch die russische Revolution. Zehrer will vergessen machen, daß, bevor 1945 russische Soldaten deutschen Boden betraten, in zwei Weltkriegen deutsche Soldaten die russische Revolution auf ihrem Boden auszulöschen drohten! In Spanien ließ nicht die Revolution zum Sturm blasen, sondern die von Zehrer mit Wohlwollen betrachtete Konterrevolution. Und schließlich steht das von ihm so befehdete „Rot-China nicht auf Cuba, wohl aber stehen die gewiß nicht revolutionären USA auf Formosa.

Aber Zehrer geht es nicht um die Wahrheit, sondern um Mythen. Und dabei kommt dem Schreckgespenst von der bösen Revolution eine wichtige, grund-

legende Funktion zu. Dem imaginären Gesetz aller Revolutionen zufolge strecke also Chrustschow nicht nur „die Hand nach Berlin", sondern zur Weltmacht aus. Aber die Mär ist nicht neu. Wir hören sie in Deutschland schon sehr lange. Und zwar seit 1917, seit dem Beginn der russischen Revolution. Daß die Prophezeiung durch alle Jahrzehnte nicht eingetreten ist, hat nicht gehindert, daß man an sie glaubte wie an ein religiöses Bekenntnis, — und daß man sie heute als der Weisheit letzten Schluß auftischt. Der „Mann" sei in der Krise, meint Zehrer, und er führt den reichlich verbrauchten „Antagonismus zwischen Moskau und Peking" an, „im Osten ein Riesenreich, das ihm ebenso Sorgen macht" und „im Westen Trabanten um sich, die Europäer und ihm fremd geblieben sind". Aber auch das ist eine alte Litanei, so alt wie die russische Revolution selbst. Wie oft sagten nicht in der Vergangenheit die Zehrer den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch oder den eiligen „Sprung nach vorn" voraus? Die inneren Schwierigkeiten waren einst in der Sowjetunion unvergleichlich größer, warum sollen sie heute in den wahnwitzigen Vorstoß in den Atomkrieg führen? Nur weil Zehrer dekretiert, Moskau habe „das Spiel verloren" und „der Mann" pfeife „auf dem letzten Loch"?

Falsche Daten und falsche Zahlen

Seine Orakelsprüche haben sich seit Jahrzehnten als irrig erwiesen. Sie gehören zum alten Bestand der Reaktion und erfreuten sich nicht zuletzt im Dritten Reich höchstamtlicher Anerkennung. Daran möchte Zehrer allerdings nicht erinnern und präsentiert stattdessen seine fragwürdigen Thesen als waschecht neu und streng demokratisch. Zu diesem Zwecke gibt er sich Operationen hin, die kaum als lauter zu bezeichnen sind. Mit Daten und Ereignissen geht er willkürlich um und verschmäht es nicht, sich mit fremden Federn zu schmücken. So unternimmt er es, seinen antikommunistischen Kreuzzug mit der Erfahrung des deutschen Antifaschismus der dreißiger Jahre zu begründen, indem er an „die Erfahrungen und Erlebnisse der Jahre 1932, 1933, 1938, 1939 und 1945" erinnert! Hans Zehrer fürchtet sich vor keinem Zynismus: Um den antikommunistischen Kreuzzug von heute zu tarnen, beruft er sich nicht auf den antikommunistischen Kreuzzug von gestern, was nahe liegen würde, sondern auf den Kampf der Antinazis! Den Opfern wird damit eine neue Schmach zugefügt; aber es ist notwendig, denn die Kreuzzügler von heute müssen die Tatsache verwischen, daß sie Kreuzzügler von gestern sind, was — wie wir sehen werden — bei Zehrer in besonders hohem Maße zutrifft. Nichts muß er mehr fürchten, als mit der Wahrheit konfrontiert zu werden; aus diesem Grunde zieht er beständig geschichtliche Analogien, die nichts miteinander gemein haben. Um Verhandlungen mit Chrustschow abzulehnen, beruft er sich auf M ü n c h e n. Zehrer setzt den sowjetischen Ministerpräsidenten dem deutschen „Führer" gleich; aber er liefert nur Scheinbeweise, nicht stichhaltiger als der unbewiesene Angriffsgeist der Revolution. T i t o, der ebenfalls eine historische Parallele, aber eine weit treffendere, entwarf, indem er die heutigen Gebietsforderungen mit denen verglich, die in München triumphierten, muß sich von Zehrer sagen lassen, daß er „Schindluder mit der Geschichte" treibe. Aber — und wir werden es beweisen — Tito hat mehr Recht, von München zu sprechen als Hans Zehrer.

Unaufhörlich setzt er Thesen als wahr voraus, die es nicht sind. So versucht er den Glauben zu erwecken, als habe die von ihm vertretene aggressive Politik etwas mit der von Kennedy gemein. Gewiß spinnt er um ihn einen Führerkult, ohne den es bei Zehrer nicht geht: „Man kann dem amerikanischen Präsidenten heute nur durch Vertrauen und durch Furchtlosigkeit helfen." („Die Welt", 26. 8.) Aber diese militärische Untertanensprache will vergessen machen, daß Kennedy

von völlig anderen Auffassungen ausgeht, die mit denen Zehrers bestenfalls eine These gemein haben: die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Aber die Ansicht des amerikanischen Präsidenten über Ursache und Wesen des Kommunismus, über die Mittel zu seiner Bekämpfung, die Möglichkeiten der Koexistenz und nicht zuletzt über den Charakter der Berlin-Krise ist im Wesen von der Zehrers verschieden. Es möge hier genügen, an seine Antrittsrede zu erinnern, in der er ausrief: „Laßt uns niemals aus Furcht heraus verhandeln, aber laßt uns auch niemals Verhandlungen fürchten. Laßt beide Seiten prüfen, welche Probleme uns einigen, statt auf den Problemen herumzureiten, die uns trennen!" Zehrer hat eine diametral entgegengesetzte Meinung, aber er hütet sich, den amerikanischen Präsidenten zu attackieren, und gibt vor, er unterstütze ihn. Das Neue in der Kennedyschen Konzeption ist, daß er im Kommunismus nicht mehr eine wesentliche militärische Bedrohung erblickt, sondern den Ausdruck ungelöster Sozialprobleme, vor allem in den unterentwickelten Ländern. Zehrer denkt das Gegenteil und trotzdem tut er so, als stehe er hinter dem US-Präsidenten. In der Berlin-Frage feierte seine Strategie gleichsam Triumphe: Es galt, die verschiedenen Linien der westdeutschen und amerikanischen Politik fälschlich auf den gemeinsamen Nenner der „Verteidigung von Berlin" festzulegen. An dieser Täuschung der bundesdeutschen Öffentlichkeit war „Die Welt" maßgeblich beteiligt. Wiederum wurde mit falschen Analogien gearbeitet und verschwiegen, daß die Amerikaner unter der „Verteidigung von Berlin" nicht das gleiche verstanden wie die antikommunistischen Strategen à la Zehrer: für jene gilt es, in West-Berlin zu bleiben, für diese geht es darum, die DDR zu zerschlagen und den Osten „aufzurollen".

Der Ruf nach der „Führungsschicht"

Es ist selbstverständlich, daß des „Welt"-Redakteurs geradezu wollüstiges Schwelgen in düsteren Farben und Katastrophenprognosen, sein Attentat gegen die Raison, um die „Raison der großen Bomben" zu preisen, sein kraftmeierisches Prahlen von Kampf und „letztem Gefecht" zu einer radikalen Revision der innerpolitischen Situation der Bundesrepublik führen muß. Wenn der russische Kriegswille als Tatsache eingesetzt wird und uns vom Krieg nichts anderes mehr trennt als Kennedys Telefon, dann ist die Existenz einer Demokratie ein Unding, dem man sogleich abhelfen muß. In der Tat zögert Zehrer nicht, Bedenken und Verhandlungswillen als „Geschwätz" abzutun: „Es sollte auch bedacht werden, daß das Geschwätz vom Verhandeln heute dicht an der Grenze der Kapitulation entlangläuft". (26. 8.). Er ist entschlossen, das, was er bei Kennedy aus taktischen Gründen übersieht, der deutschen innerpolitischen Opposition nicht zu verzeihen. Im gleichen Artikel heißt es: „Das entscheidende Problem in der Bundesrepublik ist, daß sie möglichst bald eine breite, verantwortliche und glaubwürdige Führungsschicht findet, die imstande ist, die notwendige Konzentration aller Kräfte, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen, durchzuführen und zu repräsentieren." Man müsse über „Bindungen und Interessen hinauswachsen und sich zusammenfinden, weil . . . es nun Ernst wird und ums Ganze geht." Ähnlich forderte er am 8. 7., „die Reihen zu schließen."

Solche Appelle sind uns nicht unbekannt, wir haben sie bereits gehört. Zehrer, der unter anderen vielen Daten auch 1932/33 beschwört, hat nicht unrecht, wenn auch in einem ganz anderen Sinn. Der Ruf nach der „Führungsschicht", nach „Konzentration" und „Bereitschaft" wurde von den Kräften erhoben, die die Weimarer Republik zerstörten, — und zu ihnen gehörte der heutige „Welt"-Redakteur. Wenn geschichtliche Analogien einen Sinn haben, dann nur den, daß der heutige Zehrer mit dem aus dem Jahre 1933 identisch ist. „Seit fast einem halben Jahrhundert hängt der Alpdruck" des Kommunismus über der Menschheit, schrieb

er am 8. August 1961. Aber im April 1933 schrieb er in der „Tat": „Die Jugend, die heute in ihren Uniformen durch die Straßen marschiert und die den Durchbruch der Nation auf ihr Konto schreibt, soll sich des Sieges freuen." Und: „Der Staat kann nur autoritär sein, wenn er der deutschen Tradition entsprechen soll . . ." Im Mai 1933 hieß es: „Es ist ja von ganz entscheidender Bedeutung, daß wir in Deutschland schnellstens wieder vom Teil zum Ganzen, vom Besonderen zum Allgemeinen kommen und daß der Vereinheitlichungsprozeß der Nation sich in scharfem Tempo fortsetzt. Denn es ist nicht unwahrscheinlich, daß der neue deutsche Staat schon in kurzer Zeit seine Widerstandskraft nicht nur im Inneren, sondern gegenüber der Welt zu zeigen haben wird. Bis dahin müssen alle inneren Gegensätze überbrückt und gelöst sein, denn wir werden nur in dem Maße Widerstand leisten können, in dem das Volk tatsächlich geeint und geschlossen hinter dem Staate steht." „Vereinheitlichungsprozeß", „Widerstandskraft", „Gegensätze überbrücken": dieser Zehrer aus dem Jahre 1933, der die Hakenkreuz-Diktatur feierte, entspricht dem heutigen Chefredakteur einer der größten Zeitungen der Bundesrepublik. Die Sprache ist auswechselbar, die Worte sind dieselben, der Geist ist der gleiche.

Gestern und heute

Zweifellos handelt es sich um die Fortsetzung einer Politik, einer Geistesrichtung; und man könnte dieser Treue zu sich selbst eine gewisse Achtung nicht versagen, wenn Hans Zehrer sie offen eingestehen würde. Er denkt jedoch nicht daran, schmückt sich mit den ihm nicht zustehenden Federn eines Demokraten und beruft sich auf die Meilensteine des Kampfes gegen den Staat, an dessen Heraufkommen er aktiv mitgearbeitet hat. Ist die publizistische Bedeutung Zehrers in der Bundesrepublik ein nicht gerade erhebendes Symbol, so trifft das mit seinem Mogeln um seine eigene Vergangenheit nicht minder zu: der Fall Zehrer steht für viele. Aus diesem Grunde ist es um die hiesige Demokratie, um deren Vertrauensbasis im Ausland, so schlecht bestellt. Hans Zehrer knüpft an seine eigene Vergangenheit wieder an, im Chefredakteur der „Welt" ersteht der Chefredakteur der „Tat" wieder auf, der im September 1930 den Nationalsozialismus begrüßte als „eine Stufe, allerdings die letzte, in einer Bewegung, für die er die große Bresche schlug" und der im April 1933 frohlockte: „Wenn der Geist heute unter die Schraube der Kontrolle gesetzt wird, so ist das für ihn selber am dienlichsten." Unnötig zu sagen, daß die „Schraube" im Gewissensterror und im KZ bestand.

Als Leiter der „Tat", zu der auch der heutige „Welt"-Mitarbeiter Ferdinand Fried (und Giselher Wirsing) gehörte, übte Zehrer als Ideologe der „konservativen Revolution", des „nationalen Sozialismus" und der „Frontkameradschaft" unter Intellektuellen einen beträchtlichen Einfluß aus. In einer ausgezeichneten Studie von Kurt Sontheimer, in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" (3/1959), wird der „Tat"-Kreis als ein „besonders rühriger Agent im geistigen Vorfeld der nationalsozialistischen Machtentfaltung" gekennzeichnet: „Es gehört zu den Eigentümlichkeiten nicht nur Zehrers, sondern der meisten Vertreter der ‚konservativen Revolution', daß sie wähnten, rationalen Argumenten guten Gewissens ausweichen zu dürfen, weil sie ja nicht mehr auf dem Boden einer ‚bloßen Verstandeskultur' standen." Das scheint uns das Entscheidende zu sein: Über die zeitbedingten Formen, die sich ändern (heute spricht man nicht von „nationalem Sozialismus", sondern von „Verteidigung der Demokratie"), gibt es bei Zehrer eine Kontinuität des Denkens. Das ist die Ablehnung des Rationalen und das Schwelgen im Mystischen, die Absage an die Vernunft und das Sich-Hingeben an unkontrollierte Gefühlswallungen, das Anbeten der Autorität und die Sehnsucht

nach der Katastrophe. Wenn die „Frankfurter Zeitung" in den dreißiger Jahren von der „Tat" schrieb, daß bei ihrer Lektüre vor allem „eine Häufung von Krach- und Katastrophenartikeln" auffällt, so ist das eine treffende Charakterisierung der Leitartikel des „Welt"-Redakteurs. Heute wie damals ist er auf der Flucht vor der Vernunft, vor der sachlichen Analyse von Tatbeständen, und putscht stattdessen Gefühle auf, irrt im Dunkel des Mystischen mit dem Ausblick aufs Katastrophale. Zehrer gehört mit Spengler, Moeller van den Bruck, Grimm, Kolbenheyer, Sieburg und anderen zu der in Deutschland besonders üppig gedeihenden Strömung des Kulturpessimismus, die in der Vergangenheit sich als Schrittmacher des Nazismus erwiesen hatte und die gegenwärtig, wieder einmal den „Untergang des Abendlandes" an die Wand malend, nichts anderes als eine Perspektive dauernder Rüstungen und Kriege vor sich sieht. Heute wie damals bedroht sie sowohl die Demokratie als auch den Frieden.

Zwischenspiel

Der uns beschäftigende Fall bedarf noch einer Ergänzung: Bevor Zehrer den Anschluß an seine eigene Vergangenheit wieder fand, verteidigte er zeitweilig eine Politik, die er gegenwärtig als „Geschwätz" verwirft. Es ist kaum zu glauben, aber in den Jahren 1957/58 bekämpfte er die deutsche Atombewaffnung und warb für den Rapacki-Plan! „Die Zeit vergeht schnell" schrieb er am 7. 12. 57, und begrüßte begeistert als „neue Vorstellungen" die Gedanken Kennans, Bevans und Rapackis. Die Zeit vergeht schnell. Ob sich wohl Zehrer noch an das erinnert, was er am 30. 11. 1957 schrieb? „Der Ausweg aus dieser Krise wird nicht darin liegen können, daß man nun wieder die Autorität stärkt oder eine neue an die Stelle der alten setzt und sich nach einem andern Führer oder Vater umsieht. Der Ausweg kann nur in der Stärkung der Demokratie, das heißt in einer stärkeren Beteiligung der Massen an der öffentlichen Verantwortung bestehen." Am 4. 11. 1957 hieß es: „Aber man sollte sich in einem Augenblick des Säbelrasselns und der großen Worte in der Welt über eines klar sein: das deutsche Volk wird seit 1945 gewogen, und es wird auch heute und gerade heute auf sein Verhalten hin geprüft. Es wäre schrecklich, wenn es noch einmal vor der Geschichte als zu leicht befunden werden sollte!" Wir nehmen an, daß Hans Zehrer selbst als leicht, allzu leicht zu bewerten ist.

Die Frage stellt sich, warum er heute mit solcher Frenesie auf die Kriegstrommel der „Bereitschaft" schlägt, warum er die sowjetischen Berlin-Forderungen als „Griff zur Weltmacht" deutet, während ihr defensiver Charakter offenkundig ist, warum er jeden Verhandlungswillen als „Kapitulation" verketzert? Auch da könnte uns die Erinnerung an die dreißiger Jahre von Nutzen sein: Die reaktionären Kräfte züchteten eine Angst- und Kriegspsychose, die den „Feinden Deutschlands" einen Aggressionswillen andichtete, von dem sie selber bestimmt waren. Die Kampagne, die Zehrer seit Monaten unternimmt, erinnert ganz an dieses Vorbild. Systematisch hat er versucht, die Situation mit schwarzen Farben darzustellen und auf die explosive Spitze hochzutreiben. Alle Anzeichen für einen Kompromiß wurden verschwiegen oder in Acht und Bann getan, gleichzeitig die Lüge verbreitet, der Westen schicke sich an, für Zehrersche Ziele in den Krieg zu ziehen. Die Bedenkenlosigkeit, mit der Zehrer dabei verfährt, läßt keinen Zweifel über die absolvierte Schule aufkommen. Wie damals, so liegt auch heute der Verdacht nahe, daß nicht Chrustschow „unter Zeitdruck" steht, wohl aber Zehrer und die Militaristen von jetzt. Nicht Moskau geht es „ums Ganze", aber ihnen: Die geistige Kriegsvorbereitung soll das deutsche Volk auf Vordermann bringen und den widerstrebenden Westen unter Druck setzen. Bis zu diesem Punkt wiederholt sich die Geschichte. Zehrer vergißt jedoch, daß seine Patronen heute

weniger scharf sind als im Jahre des Heils 1933. Er mag das bedauern und eine Kampagne über den „amerikanischen Verrat" starten, die sich jetzt bereits ankündigt. Darauf kann man ihm mit einer seiner beliebten Formeln entgegnen, an die er sich allerdings nicht gehalten hat: „Man steigt nicht zweimal in den gleichen Fluß." Daß Zehrer im zwölften Jahr der Bundesrepublik wiederum zum Wortführer weiter Kreise des Bürgertums wird, ist ein Symptom von schwerwiegender Bedeutung, das von niemand verkannt werden sollte.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Mehr Ausbildung zum selbständigen Denken

Die Bedingungen für die geistige Arbeit haben sich seit einiger Zeit grundlegend gewandelt. Auf allen Wissenschaftsgebieten hat im Laufe unseres Jahrhunderts das Tatsachenmaterial lawinenartig zugenommen. Eine Folge hiervon ist, daß in Schulen und Hochschulen die Speicherkapazität des menschlichen Gehirns, das Gedächtnis, von Jahr zu Jahr stärker durch Anhäufung von „Wissen" (Auswendiglernen!) überbelastet wird und immer weniger Raum übrig bleibt für die Erlernung des „Könnens".

Bei dieser Lage besteht eine der überragendsten Forderungen unserer Zeit darin, daß in Schule, Hochschule und in der Forschung so schnell wie möglich die Methoden und Hilsmittel zur übersichtlichen Aufspeicherung des Material geschaffen und hochgezüchtet werden, welches heute unser Gehirn unnötig belastet. Es sollte so werden, daß der Schüler, der Student, der fertige Wissenschaftler und der Forscher auf der Basis eines universellen Grundwissens künftig ihr Gedächtnis in bezug auf Einzelheiten nur noch mit der Frage zu beanspruchen haben, wo sie in ihren Speichereinrichtungen das für die jeweilige Arbeit notwendige Geistesgut finden können.

Nach dieser Erkenntnis sollte man in der Schule und Hochschule dazu übergehen, wenigstens im Bereich der Naturwissenschaften, für den ich spreche, eine neue Form von Schul- und Lehrbüchern zu schaffen, in denen das notwendige Wissen konzentriert in Form einer kombinierten Sammlung von Tabellen, Formeln, Gesetzen, Methoden, Grundprinzipien, Daten, Bauprinzipien, Literaturauszügen, Literaturhinweisen usw. zusammengefaßt wird. Im Sinne unserer Zielsetzung müßten diese „Tabellenbücher des Wissens" dem Schüler und Studenten beim Unterricht und bei der Durchführung von Klassen- und Prüfungsarbeiten zur Verfügung stehen. Die Speicherkapazität seines Gehirns würde dann in bezug auf Einzelheiten nur noch gebraucht werden für die Kenntnis der Stelle, wo das betreffende Material zu finden ist. Um den geistigen und zeitlichen Aufwand für das Suchen möglichst zu reduzieren, sollten diese Tabellenbücher von vornherein mit schärfster systematischer Ordnung und in standardisierter Form aufgestellt werden. Hier liegt eine gewaltige, aber sehr dankbare Aufgabe vor unseren Pädagogen, Hochschullehrern und Forschern. Vorbilder für diese so notwendige Art von Hilfsbüchern zu Unterricht und Studium existieren bereits. So hat beispielsweise der Verfasser dieser Zeilen in zehnjähriger Arbeit für die Fachgebiete der Elektronenphysik und Ionenphysik eine solche Wissensspeicherung unternommen (Tabellen der Elektronenphysik, Ionenphysik und Übermikroskopie, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1. Auflage 1956, 2. Auflage 1961). Bei der Forschungsarbeit im eigenen Institut hat diese allen Mitarbeitern zur Verfügung stehende Speicherung zu einer außerordentlichen, auffälligen Steigerung des Arbeitstempos

Bemerkungen

Prof. Dr. Erich Fromm, in Frankfurt geboren, war bis zu seiner durch den Nationalsozialismus erzwungenen Emigration nach USA am Psychoanalytischen Institut in Berlin tätig. Er lehrte dann u. a. an der Yale-University, der Columbia-University und der New School for social research. Zur Zeit hat er den Lehrstuhl für Soziologie an der Nationalunversität von Mexico in Mexico-City inne. Anfang September hielt Prof. Fromm auf dem Internationalen Psychoanalytischen Kongreß in Düsseldorf ein vielbeachtetes Referat über „Grundpositionen der Psychoanalyse". — Seine Werke sind Bemühungen um eine Integration soziologischer und psychoanalytischer Erkenntnisse. Genannt seien u. a.: Flucht vor der Freiheit, 1952; Psychoanalyse und Ethik, 1956; Der moderne Mensch und seine Zukunft, 1960.

Dr. Rudolf Hilf, geboren 1923, studierte Geschichte, Wirtschaftsgeographie und Zeitungswissenschaft an der Universität München. Er stammt aus dem Egerland, dem westlichsten Teil der heutigen Tschechoslowakei. Von 1951—1959 war er der persönliche Referent des Sprechers der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Rudolf Lodgman von Auen. In dieser Eigenschaft verantwortlich für den Aufbau von Verbindungen zum westlichen Ausland. 1959 Trennung von der landsmannschaftlichen Führung auf Grund konträrer Lagebeurteilung.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Amerikanisch-sowjetische Erklärung zum Abrüstungsproblem

Die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unterzeichnete gemeinsame Erklärung über die Grundsätze, die in Zukunft bei den Abrüstungsverhandlungen angewendet werden sollen, führt folgende Punkte auf:

1. Ziel der Verhandlungen ist ein Abkommen über ein Programm, das garantieren soll, daß a) die Abrüstung allgemein und vollständig ist und daß der Krieg kein Mittel mehr für die Lösung internationaler Probleme ist; b) eine solche Abrüstung ist von der Aufstellung eines sicheren Verfahrens zur friedlichen Lösung von Streitfragen sowie wirksamer Bestimmungen zur Aufrechterhaltung des Friedens in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinigten Nationen begleitet.

2. Das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung wird garantieren, daß die Staaten zu ihrer Verfügung nur gemeinsam vereinbarte nichtnukleare Waffen, Streitkräfte, Einrichtungen und Ausstattungen haben werden, die für die Aufrechterhaltung ihrer inneren Ordnung und den Schutz der persönlichen Sicherheit der Staatsangehörigen erforderlich sind. Ferner werden die Staaten eine Streitkraft der Vereinigten Nationen für den Frieden unterstützen und mit Personal beliefern.

3. Zu diesem Zweck wird das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung die notwendigen Bestimmungen enthalten über:

a) die Demobilisierung der Streitkräfte, die Schleifung der militärischen Einrichtungen einschließlich der Stützpunkte, die Einstellung der Rüstungsproduktion sowie deren Liquidation oder Umwandlung zu friedlichen Zwecken;

b) die Beseitigung aller Lager an Kernwaffen, an chemischen sowie bakteriologischen und aller anderen Massenzerstörungswaffen sowie die Einstellung der Herstellung solcher Waffen;

c) die Beseitigung aller Transportmittel zur Beförderung von Massenzerstörungswaffen;

d) die Abschaffung der Organisationen und Institutionen zur Errichtung der Militärmacht der Staaten, die Einstellung des Militärdienstes und die Schließung aller Militärausbildungsanstalten;

e) die Einstellung der Militärausgaben.

4. Das Abrüstungsprogramm sollte nach einem gemeinsam vereinbarten Plan etappenweise in Kraft gesetzt werden, bis es vollständig ausgeführt sein wird, wobei jede Maßnahme und jede Etappe innert einer bestimmten Frist ergriffen, bzw. zurückgelegt werden soll. Der Übergang zu einer nächsten Etappe im Abrüstungsverfahren sollte erst nach der Prüfung der Inkraftsetzung der in der vorangegangenen Etappe vorgesehenen Maßnahmen und erst dann stattfinden, wenn endgültig festgestellt worden ist, daß alle diese Maßnahmen angewendet und überprüft worden sind und daß alle zusätzlichen Kontrollbestimmungen, die für die nächste Etappe vorgesehen sind, zur gegebenen Zeit auch tatsächlich zur Anwendung gelangen können.

5. Alle Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollten so ausgeglichen sein, daß in keiner Phase der Anwendung des Vertrags ein Staat oder eine Staatengruppe sich militärische Vorteile sichern könne und daß die Sicherheit aller garantiert sei.

6. Alle Abrüstungsmaßnahmen sollten von Anfang bis Ende unter einer genügend strikten und wirksamen internationalen Kontrolle ausgeführt werden, damit garantiert wird, daß alle Parteien ihre Verpflichtungen erfüllen. Während und nach der Inkraftsetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollte die eingehendste Kontrolle durchgeführt werden. Die Art dieser Kontrolle wird von den Erfordernissen der Überprüfung der bei jeder Etappe durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen abhängen.

Um die Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen im Rahmen der Abrüstung anzuwenden, sollte im Schoße der UN ein internationales Abrüstungsorgan geschaffen werden, dem alle Unterzeichner des Abkommens angehören sollen. Dieses internationale Abrüstungs-

organ und dessen Inspektoren sollten überall und ohne Veto eine wirksame Kontrolle uneingeschränkt ausüben können.

7. Die fortschreitende Abrüstung sollte von Maßnahmen begleitet sein, die die für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Lösung der internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln bestehenden Institutionen stärken sollen. Während und nach der Inkraftsetzung des Programmes für die allgemeine und vollständige Abrüstung sollten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UN-Charta Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit ergriffen werden, die auch die Verpflichtung für die Staaten einschließen sollten, der UN das für die Schaffung einer internationalen Streitkraft notwendige Personal sowie gemeinsam vereinbarte Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen. Die Bestimmungen über die Verwendung dieser Truppen sollten garantieren, daß die Vereinten Nationen in der Tat in der Lage sind, jeder Drohung oder Verwendung von Waffen in Verletzung der Ziele und der Grundsätze der UN vorzubeugen oder sie auszuschalten.

8. Die Staaten, die an den Verhandlungen teilnehmen, sollten sich um ein Abkommen bemühen, das so umfassend wie möglich und so bald wie möglich abgeschlossen werden sollte. Anstrengungen sollten ohne Unterbrechung bis zum Abschluß eines Abkommens über das gesamte Programm gemacht werden. Ferner sollten auch Anstrengungen im Hinblick auf ein Abkommen und eine rasche Anwendung von Abrüstungsmaßnahmen unternommen werden, unabhängig von den Fortschritten auf dem Weg zu einer vollständigen Abrüstung, und zwar so, daß diese Maßnahmen das Gesamtprogramm erleichtern sollen und in es eingebaut werden können.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. IX. 61

Pauling: Atomtod für 14 000 Menschen

Der amerikanische Nobelpreisträger Pauling prophezeite jetzt wegen der Atomversuche 14 000 Menschen den Tod. Dies seien — nach den Worten des Wissenschaftlers — die katastrophalen Folgen bisheriger radioaktiver Niederschläge.

Linus Pauling behauptete in einem Interview mit der Zeitschrift „U. S. News and World Report", daß der durch die sowjetischen und amerikanischen Atomversuche bis 1958 verursachte radioaktive Niederschlag 140 000 Kinder der nächsten Generation schädigen würde. Alle Vererbungsforscher seien mit ihm der Ansicht, kleine Mengen Radioaktivität riefen Mutationen hervor, die sich darin äußern, daß Kindern später als Bluter, als Zwerge oder ohne Gliedmaßen zur Welt kämen. „Strontium 90" und andere Spaltprodukte würden zum Tod von 14 000 Menschen der Gegenwart führen, die vor allem an Leukämie und Knochenkrebs erkrankten, erklärte der Nobelpreisträger.

Westdeutsches Tageblatt v. 26. IX. 61

Sechzig Atomwaffengegner trafen sich in London

In London haben zu Ende der vergangenen Woche etwa sechzig Personen aus verschiedenen Ländern ein drei Tage dauerndes Treffen abgehalten, das vom bekannten englischen Geistlichen Kanonikus Collins, der zu den führenden Atomwaffengegnern gehört, einberufen worden war. Von sowjetischer Seite waren die zwei Publizisten Ehrenburg und Korneitschuk zugegen, von britischer Seite Lord Chorley und Prof. Tucker, von amerikanischer Seite Prof. Linus Pauling. Andere waren aus Österreich, Belgien, Westdeutschland, der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei, Italien, Schweden, Indonesien, Kanada, Indien und Südafrika nach London gekommen. Die unoffizielle Konferenz hat eine auch von den zwei Russen genehmigte Erklärung herausgegeben, in welcher die Wiederaufnahme der Explosionstests verurteilt wird, und gleichzeitig die drei Westmächte und die Sowjetunion aufgefordert werden, unverzüglich Verhandlungen betreffend Berlin zu eröffnen. Überdies verlangt die Versammlung freien Zugang nach Berlin, mit einer UNO-Garantie, Einstellung der Wiederbewaffnung „der beiden Deutschlands", sowie die Schaffung einer atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Interessant an der ganzen Manifestation scheint den Beobachtern zu sein, daß die zwei Sowjet-Publizisten Ehrenburg und Korneitschuk sich genügend frei und sicher fühlten, einer solchen Erklärung zuzustimmen, welche immerhin einen gewissen Tadel an die Adresse der Sowjetregierung enthält. Die einzige Änderung, die die zwei Russen in der

Erklärung durchsetzen konnten, bestand darin, daß der Ausdruck „verurteilt" durch die Formel „bedauert" (nämlich die Wiederaufnahme der Versuchsexplosionen) ersetzt wurde.
Basler Nachrichten v. 19. IX. 61

Schweitzer unterstützt Russell

Albert Schweitzer, der Urwalddoktor von Lambarene, hat in einem Brief die Haltung des inhaftierten britischen Philosophen Bertrand Russell unterstützt. In dem Brief heißt es: „Ich kenne alles, was Sie unternommen haben, um gegen die Atomwaffen zu protestieren. Ich glaube, daß Sie recht haben, Massenproteste zu organisieren." Der 89jährige Russell war zu einer siebentägigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er zu einer Massendemonstration gegen Atomwaffen aufgerufen hatte.
FAZ v. 18. IX. 61

Protest gegen die Wiederaufnahme der sowjetischen Atombomben-Versuche

Mit Bedauern und Empörung haben die Kriegsdienstverweigerer von der Wiederaufnahme der sowjetischen Atombombenversuche erfahren. Sie verurteilen entschieden diese Politik, die zum Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen und damit zur Verschärfung der Spannungen in der Welt und zur Kriegsgefahr geführt hat.
Das bereits vorhandene Potential an nuklearen Waffen reicht aus, um in einem künftigen Atomkrieg nicht nur die beiden Hauptgegner zu vernichten, sondern auch das Leben der Menschen auf der ganzen Erde zu gefährden. Schon die Tests haben eine verderbliche Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen in aller Welt.
Deshalb wenden sich die Kriegsdienstverweigerer mit aller Deutlichkeit gegen die Fortsetzung des Rüstungswettlaufes, insbesondere auf dem Gebiete der nuklearen Waffen, und damit gegen die sowjetischen Kernwaffenversuche.
Sie begrüßen zugleich die bisher in dieser Frage von Präsident Kennedy gezeigte Haltung und hoffen, daß es ihm gelingt, sich gegen die westlichen Politiker zu behaupten, die dem schlechten Beispiel der Sowjetunion folgen und ebenfalls die Versuche wieder aufnehmen wollen. Sie hoffen, daß auch Großbritannien und vornehmlich Frankreich auf weitere Tests verzichten.
Darüber hinaus fordern sie die Bundesregierung — wie sie sich auch immer nach den Wahlen zusammensetzen mag — auf, umgehend die Initiative zu ergreifen, um gemeinsam mit anderen Völkern die Atommächte zu einer atomaren und allgemeinen Abrüstung zu veranlassen.
Für den Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Westharz
gez.: Gerhard Lüders (Vorsitzender).
Für die Internationale der Kriegsdienstgegner, Bezirksverband Braunschweig
gez.: H. G. Friedrich (Vorsitzender).

Spaak für Abrüstungskontrollzone

Der belgische Außenminister Paul Henri Spaak hat am Montag in Brüssel die Errichtung bestimmter Zonen vorgeschlagen, in denen man mit Versuchen für eine Abrüstungskontrolle beginnen könne. Er ging nicht näher auf die geographische Lage solcher Zonen ein, fügte jedoch hinzu: „Es ist schließlich auch der Augenblick gekommen, klar zur Frage der friedlichen Koexistenz Stellung zu nehmen."
Stuttgarter Zeitung v. 13. IX. 61

Spaak ist zuversichtlich

Der belgische Außenminister Spaak kam von seinem Besuch in Moskau nach Brüsel zurück. Er hat im ganzen sieben Stunden mit Chrustschow gesprochen. Spaak, der selbst in seinem eigenen Ministerium als schweigsam gilt, wiederholte bei seiner Ankunft, daß er die Gespräche in Moskau für interessant und nützlich halte. Sie hätten sich in einer verständnisvollen, freundschaftlichen und aufgelockerten Atmosphäre abgespielt. Chrustschow sei in einigen Punkten sehr fest gewesen.
Spaak ist mit der festen Uberzeugung zurückgekehrt, daß es Verhandlungsmöglichkeiten geb und daß Verhandlungen schnell eingeleitet werden sollten.
FAZ v. 21. IX. 61.

Einladung Nehrus zur Friedenskonferenz

Ministerpräsident Chrustschow hat Premierminister Nehru bei dessen Aufenthalt in Moskau aufgefordert, an der Konferenz über den deutschen Friedensvertrag teilzunehmen. Nach Berichten indischer Journalisten aus Moskau soll Nehru diesen Vorschlag jedoch noch nicht beantwortet haben.

Neue Zürcher Zeitung v. 11. IX. 61

Nehru wiederholt die Zwei-Staaten-Theorie

Der indische Ministerpräsident Nehru hat seine These von der Existenz zweier deutscher Staaten wiederholt. Vor rund 500 Parlamentsabgeordneten seiner regierenden Kongreßpartei sagte er, selbst wenn man nicht diplomatische Missionen mit beiden austausche, müsse man die Existenz zweier Staaten, zweier Regierungen und zweier völlig verschiedener Ordnungen anerkennen.

Nehru bezeichnete es als wichtig, daß die bestehenden wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit beiden deutschen Staaten und mit beiden Teilen Berlins aufrechterhalten blieben. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht unmöglich, sie könne unter den Bedingungen einer dauernden Abrüstung verwirklicht werden. Jeder die Oder-Neiße-Linie betreffende Anspruch, gleich von welcher Seite, werde sich nicht gut auf die internationale Lage auswirken. Die Oder-Neiße-Linie könne nur durch Verhandlungen als Teil einer großen Gesamtregelung oder aber durch Krieg geändert werden.

Zu Berlin sagte Nehru, die Frage des Zugangs nach West-Berlin bereite keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Viele Deutsche glaubten, sie sollten wiedervereinigt werden, doch wüßten viele nicht, wie diese Einheit aussehen solle. Manche Leute und auch manche Mächte seien der Ansicht, daß ein starkes wiedervereinigtes Deutschland im Herzen Europas übermächtig und eine Gefahr sein könne. Nehru sagte jedoch nicht, ob er diese Ansicht in Moskau gehört habe. Nehru nannte die Weltlage zwar „ziemlich gefährlich", doch könne der Krieg vermieden werden.

FAZ v. 13. IX. 61.

Paul Reynaud im Kreml

Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Reynaud hatte mit Chrustschow im Kreml eine dreistündige Unterredung. Reynaud berichtete vor französischen Journalisten in Moskau darüber. Er führte aus, Chrustschow sei der Ansicht, daß die DDR, wie China, ein souveräner Staat werden könne, ohne daß sie deswegen von allen Ländern de jure anerkannt worden sein müsse. Westberlin als „Freie Stadt" und die DDR sollten sich gegenseitig verpflichten, sich nicht in die Angelegenheiten des andern einzumischen; der freie Zugang zu Westberlin müßte in einer internationalen Vereinbarung verbürgt werden, die bei den Vereinigten Nationen hinterlegt würde.

Chrustschow hat nach Aussagen Reynauds für die Westberlin zu gewährenden Garantien militärischer Art mehrere Lösungen im Auge, zwischen denen die Verhandlungspartner zu wählen hätten. Er denke beispielsweise an die Einsetzung eines Schiedsgerichts, in dem jede Partei gleichmäßig vertreten wäre und das allfällige Streitfälle zu bereinigen hätte.

Wie Reynaud mitteilte, äußerte Chrustschow die Uberzeugung, daß „das Schicksal Westberlins durch die Geschichte und nicht durch den Krieg bestimmt werden wird". Das Problem des Zuganges nach Berlin solle kein Hindernis für eine internationale, bei den Vereinigten Nationen zu hinterlegende Vereinbarung sein. Dabei habe Chrustschow gesagt, er sei „völlig damit einverstanden, daß das Hauptquartier der Vereinigten Nationen nach Westberlin verlegt wird". Nach den Worten Chrustschows sei diese Bereitwilligkeit der Beweis dafür, daß die Sowjets nicht daran interessiert seien, Westberlin für sich in Anspruch zu nehmen.

Der ehemalige französische Ministerpräsident sagte, er habe Chrustschow „mit einem Gefühl der Hoffnung auf das Ergebnis der Verhandlungen verlassen, die bald beginnen werden". Reynaud äußerte den Wunsch, daß Frankreich an solchen Verhandlungen teilnehmen werde. Chrustschow betrachte das Westberlinproblem „wie ein Staatsmann". Auf die französisch-sowjetischen Beziehungen eingehend, sagte Reynaud, Chrustschow

habe den Wunsch nach größeren wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten ausgesprochen.
Neue Zürcher Zeitung v. 20. IX. 61.

Flexible Haltung Washingtons in der Deutschland-Frage

In Washington erregt ein Bericht Interesse, den der Chefkorrespondent der „New York Times", James Reston, von Präsident Kennedys Wochenendaufenthalt Hyannis Port datiert. Offensichtlich gibt dieser Bericht sowohl in seiner nüchternen Entschlossenheit wie mit seiner unvoreingenommenen Einstellung gegenüber Verhandlungen die Haltung und die Gedanken des Präsidenten im gegenwärtigen Zeitpunkt wieder. Die entscheidenden Punkte dieses Berichts lauten:

„Jede Handlung, die den Amerikanern den Zugang zu Berlin verwehren würde, hätte Gegenaktionen zur Folge — zuerst in den Vereinten Nationen, dann in Form wirtschaftlicher Maßnahmen und schließlich, wenn notwendig, in Form einer Luftbrücke oder aber einer konventionellen militärischen Bodenaktion, die das Ziel hätte, die Zufahrten zu sichern. Jeder Gedanke, daß die Vereinigten Staaten eine Niederlage ihrer Landstreitkräfte hinnehmen würden, ohne zur nuklearen Waffe zu greifen, wäre aber unverantwortlich. Ein Atomkrieg ist unter solchen Umständen „nicht unvorstellbar". Er wird tatsächlich erwogen und vorgeplant, und Chrustschow sollte das in Rechnung stellen, wenn er nicht riskieren will, in der Nachbarschaft von 800 Millionen Chinesen über eine sowjetische Wüste regieren zu müssen."

Man erhält den Eindruck, daß Kennedy auf keine Berlin-Formel festgelegt ist, abgesehen vom Prinzip der Erhaltung der Freiheit seiner Bevölkerung und der Ehre der Vereinigten Staaten. Sein Denken ist nicht auf irgendwelche Thesen der Vergangenheit festgelegt. Er möchte ernsthaft verhandeln; aber er will sich nicht einschüchtern lassen.

Neue Zürcher Zeitung v. 8. IX. 61

„Gewisser Grad der Anerkennung"

Die britische Regierung hat ihre volle Zustimmung zu Präsident Kennedys Erklärung gegeben, daß es „eine gute Möglichkeit" geben werde, Verhandlungen über Berlin zu beginnen, wenn in der nächsten Woche Außenminister Rusk den sowjetischen Außenminister Gromyko in New York treffen werde. Offensichtlich würde es die britische Regierung aber begrüßen, wenn zu diesen Gesprächen auch der britische Außenminister Lord Home hinzugezogen würde.

Inzwischen berichten verschiedene britische Amerika-Korrespondenten — zum Beispiel die der „Times" und des „Guardian" —, Amerika werde von der Bundesrepublik die Anerkennung der Tatsache verlangen, daß Westdeutschland Konzessionen machen oder zumindest einige Aspirationen und Illusionen aufgeben müsse. „Die amerikanische Ansicht ist, daß Diplomatie nur Erfolg haben kann, wenn ein gewisser Grad der Anerkennung Ostdeutschlands angeboten wird", erklärt die „Times".
Stuttgarter Zeitung v. 15. IX. 61.

Washington: Bonn muß Preis bezahlen für Unabhängigkeit Westberlins

Man spricht in diesem Zusammenhang in Washington von einem Preis, den Bonn zu zahlen bereit sein müßte, wenn von der Sowjetunion wirksame und dauerhafte Garantien für die Freiheit Westberlins, das alliierte Anwesenheitsrecht und die Freiheit der Zugangswege zu erhalten sind.

Stuttgarter Zeitung v. 15. IX. 61

Senator Mansfield: Unvermeidlich

In einem Fernsehinterview erklärte Senator Mansfield, der Vorsitzende der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat, daß Konzessionen in kommenden Berlin-Verhandlungen unvermeidlich seien. Man würde aber falsch tun, darin eine Appeasement-Haltung zu erblicken. Insbesondere denke er an eine De-facto-Anerkennung des mitteldeutschen Regimes.
Es gebe aber drei Punkte, über die sich in der Berlin-Frage nicht diskutieren lasse. Das

seien die Grundfreiheiten der Westberliner Bevölkerung, das Recht der Alliierten, in Berlin Truppen zu haben, und die Freiheit der Zufahrtsverbindung nach Berlin.
Die Welt v. 25. IX. 61.

„Westen erwägt technische Anerkennung Pankows"

„Die Westmächte erwägen eine Art De-facto-Anerkennung Pankows", schreibt die angesehene bürgerliche dänische Zeitung „Berlingske Tidende" in einem Bericht ihres Washingtoner Korrespondenten, Anders Georgen, der sich auf wohlunterrichtete Kreise in Washington stützt.
Nach diesem Bericht habe der Westen eingesehen, daß eine Übertragung der Rechte der Sowjetunion auf die Zone nicht zu verhindern sei. Moskau werde seine Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des Berlin-Verkehrs an Ostberlin abtreten. Als Äquivalent für diese Verpflichtung Pankows sei der Westen bereit, die Sowjetzone in ihrer Eigenschaft als „Verkehrs-Administration" anzuerkennen.
Der tägliche Berlin-Verkehr solle demnach mit den Zonenbehörden abgewickelt werden. Übertretungen und Beschwerden aber wollten die Westmächte direkt mit Moskau aushandeln.
Bei dieser Formel handele es sich um eine „technische Anerkennung Pankows", die — so wurde dem Korrespondenten in Washington erklärt — etwas mehr als eine De-facto-Anerkennung und etwas weniger als eine diplomatische Anerkennung sei.
Der Osten und der Westen würden somit aus der gespannten Berlin-Lage „in Ehren" herauskommen. Der Westen erhalte eine neue Zusicherung seiner Berlin-Rechte, die Sowjetunion bekomme einen „kodifizierten" Friedensvertrag durch eine vertragliche Anerkennung des neu geschaffenen Zustandes.
Nach: Die Welt v. 16. IX. 61.

Labour-Abgeordnete für Anerkennung der DDR und Disengagement

Einen Fünf-Punkte-Plan mit Vorschlägen zur Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage haben 59 britische Labour-Abgeordnete in gleichlautenden Schreiben dem amerikanischen Präsidenten Kennedy und dem sowjetischen Regierungschef Chrustschow unterbreitet. Eine Einigung bei Ost-West-Verhandlungen über Deutschland, heißt es darin, könnte nach den folgenden Grundsätzen erreicht werden: Erstens ein garantierter Zugang nach Berlin, zweitens Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, drittens Anerkennung Ostdeutschlands, viertens keine Atomwaffen oder Ausbildung an Trägerwaffen für die deutschen Truppen in Ost- oder Westdeutschland, fünftens Disengagement in Mitteleuropa. Obwohl die Unterzeichner entweder eine vom „Schattenkabinett" der Labour unabhängige Linie verfolgen oder dem linken Flügel der Partei angehören, stimmen ihre Vorschläge nach Ansicht politischer Beobachter im wesentlichen mit der Meinung breiter Kreise der Labour Party überein.
Stuttgarter Zeitung v. 26. IX. 61.

Die britischen Liberalen für De-facto-Anerkennung der DDR

Die kleinste der drei im englischen Unterhaus vertretenen Parteien, die Liberale Partei, hat sich für eine De-facto-Anerkennung der Sowjetzone als Gegenleistung für eine neue Garantie der Freiheit West-Berlins und der westlichen Zufahrtswege ausgesprochen. Eine Resolution, die diese Vorschläge enthält, wurde nach heftiger Diskussion vom Parteitag der Liberalen, der in Edinburgh stattfand, angenommen ...
Die Liberalen haben im Unterhaus zwar nur fünf Sitze, sie betrachten sich aber, ähnlich wie vor der Wahl in der Bundesrepublik die FDP, als eine Partei der Zukunft, die von der Unzufriedenheit der Wähler mit den beiden großen Parteien profitieren könnte. Der energische Führer der Liberalen, Grimond, hat schon früher Vorstellungen über Deutschland entwickelt, in denen eine De-facto-Anerkennung der Zone und der Oder-Neiße-Linie eine Rolle spielte. Außerdem ist Grimond für ein Engagement der neuen Punkte, etwa durch die Verlegung einiger UNO-Behörden in die Stadt und eine Beteiligung der Vereinten Nationen an der Kontrolle der Zufahrtswege.
Deutsche Zeitung v. 23./24. IX. 61.

Für Anerkennung der Oder-Neiße

Für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und eine Diskussion über die de-facto-Anerkennung des Sowjetzonenregimes im Rahmen von Ost-West-Verhandlungen sprach sich die britische UNO-Gesellschaft in einer am Montag veröffentlichten Erklärung aus.

Frankfurter Rundschau v. 13. IX. 61

Großbritannien und die Leipziger Messe

Das größte britische Industrieunternehmen „Imperial Chemical Industries" hat auf fünf Jahre einen Ausstellungsstand in Leipzig gemietet, und es ist die Politik dieses Konzerns, sagt ein Direktor, daß Handel nichts mit Politik und daher auch nichts mit der Berliner Krise zu tun hat. An der Messe sind auch drei konservative Abgeordnete anwesend, von denen zwei erklären, daß sie nicht als Mitglieder des britischen Parlaments, sondern als Verwaltungsräte einer auf den Handel mit Ostdeutschland spezialisierten Firma teilnehmen.

Basler Nachrichten v. 6. IX. 61.

Die Notwendigkeit eines neuen Berlin-Übereinkommens

Es würde gegen die westlichen Interessen verstoßen, ernste Diskussionen (über Berlin) zu verzögern, bis die Sowjets ihren Friedensvertrag mit Ostdeutschland unterzeichnet haben oder bis der kommunistische Parteikongreß nächsten Monat in Moskau zusammengetreten ist. Vor zwei Jahren gab es eine Debatte über den Vorzug von bleibenden oder Zwischenlösungen für Berlin. Bis zu einem gewissen Grade ist solch eine Debatte rein akademisch, da die einzige bleibende Rolle Berlins darin besteht, die Hauptstadt eines vereinigten Deutschlands zu sein, und ehrliche Deutsche müssen, sogar kurz vor einer Wahl, zugeben, daß diese Rolle heute weiter entfert als je zuvor ist. Welche Übereinkommen immer für Berlin getroffen werden mögen, sie werden ein Element des Provisorischen in sich tragen. Aber das ist kein Argument für den Versuch, ein endgültiges Datum festzusetzen, zu dem diese Übereinkommen erreicht sein müssen, wie es die Russen in Genf getan haben. Solange es eine Fristbestimmung dieser Art gibt, werden die West-Berliner nicht das Vertrauen und die Sicherheit haben, die sie zu Recht beanspruchen. Das wesentliche Erfordernis ist, daß die West-Berliner weder physisch noch in anderer Weise von Westeuropa abgeschnitten werden sollen, zu dem zu gehören sie sich entschieden haben. Sie dürfen auch nicht fühlen, daß die Gefahr, abgeschnitten zu werden, ständig besteht und willkürlich wieder heraufbeschworen werden kann.

Times v. 15. IX. 61.

„Kampagne für den Frieden"

Die PSU, eine Splittergruppe der Sozialistischen Partei Frankreichs, hat am Dienstag die französischen Arbeiter zu „einem großen nationalen Feldzug für die Erhaltung des Friedens" aufgerufen und sich in einem Kommunique für Ost-West-Verhandlungen, die Anerkennung von zwei deutschen Staaten, ständige Garantien der Verbindungswege West-Berlins mit „anderen Ländern" und die Einstellung der Kernwaffenversuche ausgesprochen.

Frankfurter Rundschau v. 13. IX. 61

Skandinavien erwartet Ost-West-Verhandlungen über Deutschland

Für die internationale Entwicklung bedeutete die Bundestagswahl, nach der in den politischen Kreisen der nordischen Hauptstädte vorherrschenden Auffassung, aller Voraussicht nach eine wichtige Zäsur. Nachdem die Wahl überstanden ist, sei für die Westmächte jetzt ein Hindernis aus dem Wege geräumt, um ein den weltpolitischen Gegebenheiten Rechnung tragendes Arrangement mit der Sowjetunion anzustreben. Bisher seien sie, so meint man hier, in ihrer Handlungsfähigkeit zu sehr eingeengt gewesen, weil sie mit Rücksicht auf deutsche Stimmungen an der durch die Entwicklung längst überholten Wiedervereinigungsthese festgehalten haben. Nunmehr bestünden endlich die Voraussetzungen für eine nüchterne realpolitische Konzeption, die unter Verzicht auf unerfüll-

bare Wunschträume und Illusionen zu einer im Bereich des Möglichen liegenden Stabilisierung der Verhältnisse führen könne. Eine solche Politik werde für das deutsche Volk sicherlich gewisse Enttäuschungen beinhalten, weil seine maßgeblichen Politiker vor der Wahl um die Probleme herumgegangen seien wie die Katze um den heißen Brei, anstatt ihm reinen Wein einzuschenken. Doch werde man in Deutschland sicherlich verstehen lernen, daß auch in seinem eigenen Interesse eine realistische Umstellung der westlichen Politik geboten sei. Der Zeitpunkt ist gekommen, wie die Kopenhagener Zeitung „Politiken" schrieb, wo man genötigt ist, die Konsequenzen aus der Teilung Deutschlands zu ziehen, das heißt mit anderen Worten, sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten abzufinden und den Status quo zu akzeptieren.
Stuttgarter Zeitung v. 19. IX. 61.

Pariser Zeitung spricht von Vorkonzessionen an Moskau

Von drei vorzeitigen „Hauptkonzessionen" der Amerikaner und Briten gegenüber Moskau in der Berlin-Frage will die französische Sonntagszeitung „Journal de Dimanche" erfahren haben. Es handele sich um folgende Punkte:
1. Eine De-facto-Anerkennung der kommunistischen Zonenregierung hinsichtlich der Kontrolle der Verbindungswege nach Berlin nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Moskau.
2. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Westmächte. Sie war bisher nur eine provisorische Demarkationslinie.
Die Welt v. 25. IX. 61.

Belgien lehnt Erhöhung der militärischen Ausgaben ab

Die belgische Regierung hat das Ersuchen der NATO um eine Erhöhung der militärischen Anstrengungen im Zusammenhang mit der heutigen internationalen Spannung abgewiesen. Eine Verlängerung der Militärdienstzeit in Belgien hält man vom psychologischen Gesichtspunkt aus für unmöglich. Statt einer Ausdehnung der effektiven militärischen Einheiten, meint die belgische Regierung vor allem durch Rationalisierung die Schlagkraft der Streitkräfte verstärken zu können. Wie der Minister für Landesverteidigung, Segers, erklärte, sei eine Erhöhung der militärischen Ausgaben für Belgien gleichfalls nicht akzeptabel, denn die belgische Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn die Steuern erhöht werden sollten, um zusätzliche Leistungen zugunsten der NATO zu finanzieren.
Stuttgarter Zeitung v. 26. IX. 61.

Hoher Verteidigungsbeitrag

Die Bundesrepublik stand im Jahre 1960 in der Höhe ihrer Verteidigungsausgaben an zweiter Stelle aller Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wie das Deutsche Industrieinstitut mitteilte, beliefen sich die entsprechenden Aufwendungen im vergangenen Jahr auf 3,9 Prozent des Bruttosozialprodukts. An der Spitze lag Frankreich mit 5,6 Prozent. In den Niederlanden machten die Verteidigungsausgaben 3,8, in Belgien drei und in Italien 2,8 Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts aus.
Deutsche Zeitung v. 27. IX. 61.

Prof. Dr. Ernst Blochs Absage an Ulbricht

„An den Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Herrn Prof. Dr. Hartke, Berlin.

Sehr verehrter Herr Präsident!
Seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat, der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.
In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre. In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit, zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden

verfolgt, bestraft, die Möglichkeit für publizistisches Wirken wurde unterbunden, ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbauverlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit, zu leben, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.

Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten ließen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrechterhalten, auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.

Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident, mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.

In besonderer Wertschätzung sehr ergeben

gez. Ernst Bloch"

Nach: FAZ v. 21. IX. 61.

Der Abdruck des Wortlautes der Rede Präsident Kennedys vor den Vereinten Nationen muß aus technischen Gründen auf November verschoben werden. D. Red.

Bemerkungen

Prof. Dr. Erich Fromm, in Frankfurt geboren, war bis zu seiner durch den Nationalsozialismus erzwungenen Emigration nach USA am Psychoanalytischen Institut in Berlin tätig. Er lehrte dann u. a. an der Yale-University, der Columbia-University und der New School for social research. Zur Zeit hat er den Lehrstuhl für Soziologie an der Nationalunversität von Mexico in Mexico-City inne. Anfang September hielt Prof. Fromm auf dem Internationalen Psychoanalytischen Kongreß in Düsseldorf ein vielbeachtetes Referat über „Grundpositionen der Psychoanalyse". — Seine Werke sind Bemühungen um eine Integration soziologischer und psychoanalytischer Erkenntnisse. Genannt seien u. a.: Flucht vor der Freiheit, 1952; Psychoanalyse und Ethik, 1956; Der moderne Mensch und seine Zukunft, 1960.

Dr. Rudolf Hilf, geboren 1923, studierte Geschichte, Wirtschaftsgeographie und Zeitungswissenschaft an der Universität München. Er stammt aus dem Egerland, dem westlichsten Teil der heutigen Tschechoslowakei. Von 1951—1959 war er der persönliche Referent des Sprechers der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Rudolf Lodgman von Auen. In dieser Eigenschaft verantwortlich für den Aufbau von Verbindungen zum westlichen Ausland. 1959 Trennung von der landsmannschaftlichen Führung auf Grund konträrer Lagebeurteilung.

1800 Dr. Hans Bäcker
Hegertorwall 1 B

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Hotel 3 Lörgen Schillerstr. 0811 595521